

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Verkehrspolitik

Antragsbereich V

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67

Antrag 72 V 01**Antragsteller: Landesvorstand****Leitantrag: Verkehrsinfrastruktur****Annahme in folgender Fassung:****Wohlstand und Arbeitsplätze durch eine leistungsfähige
Infrastruktur im ganzen Land sichern**

Mobilität von Personen und Gütern ist eine zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes: Mobilität erschließt Räume, sie ermöglicht z.B. den Zugang zu Schulen, Krankenhäusern und Freizeitaktivitäten, schafft die Anbindung an Märkte und eröffnet dadurch Beschäftigungs- und Absatzmöglichkeiten in Stadt und Land.

Baden-Württemberg ist angesichts seiner Exportportorientierung von einer funktionierenden Infrastruktur noch abhängiger als andere Regionen der Welt. Nur wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit vertretbarem Aufwand zur Arbeit kommen, die wachsenden Pendlerströme bewältigt werden, ist Wachstum möglich. Nur wenn die Maschinen, die Autos, die Schrauben, die High-Tech- und all die anderen Qualitätsprodukte, die im Land Baden-Württemberg produziert werden, auch zu ihren Abnehmerinnen und Abnehmer kommen, können wir unsere Wirtschaftskraft erhalten und weiter ausbauen.

Die technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen haben in den letzten Jahrzehnten auch zu steigenden Mobilitätsansprüchen in der Freizeit geführt. Vereinfachte Reisemöglichkeiten im Rahmen der EU wirken sich weiter expansiv auf die Mobilität aus.

Neben den positiven Folgen, die diese neue Art der Mobilität mit sich bringt, sind die Schattenseiten so bekannt wie unerwünscht: Umwelt- und gesundheitsschädliche Beeinträchtigungen durch CO₂-, Schadstoff- und Lärmemissionen. Unfälle mit Verletzten und Toten. Ein hoher Flächenverbrauch durch die Verkehrsinfrastruktur. Trotz immer neuer Straßen mehren sich durch das ständig steigende Verkehrsaufkommen Staus, mit der Folge von hohen Kosten, Zeitverlusten und erhöhtem Kraftstoffverbrauch. Der Flugverkehr bringt im Umfeld von Flughäfen enorme Lärmbelastungen mit sich, und die Luftverschmutzung durch Schadstoffausstoß in großen Höhen ist noch schlimmer als beim Auto. Somit ist Verkehr nicht nur enorm wichtig für Wirtschaft und Gesellschaft sondern auch gleichzeitig durch seine enormen Probleme und die Schäden an der Umwelt auch ein Bremsen derselben. Daher müssen wir in Zukunft unseren Fokus noch stärker auf den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln lenken, um Mensch und Umwelt zu entlasten und die Wirtschaft unseres Landes zu stärken.

Für eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft, Wachstum und Lebensqualität, müssen wir nun die Weichen stellen, damit wir auch in Zukunft mobil sein und den drohenden Verkehrskollaps noch abwenden können.

Bei allen wichtigen Einzelfragen der Infrastrukturpolitik gilt für uns: Grundlage unseres politischen Handelns ist das Recht auf einen freien Zugang zur öffentlichen Infrastruktur. Die Möglichkeit der Mobilität muss für alle Menschen offen stehen. Mit Hilfe einer öffentlichen Infrastruktur mobil zu sein, ist für uns Sozialdemokraten ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

**Lösungsansätze für eine nachhaltige Verkehrspolitik im 21.
Jahrhundert****1. Leistungsfähige Schieneninfrastruktur fürs ganze Land**

Der Bau und die Pflege der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur gehört zu den Kernaufgaben des Staates. Die Bedeutung dieser Infrastruktur für eine hohe Lebensqualität und für ein effektives Wirtschaften liegt auf der Hand: Jede Verbesserung bringt mehr Freiheit für die Menschen und erhöht gleichzeitig die Produktivität unserer Unternehmen. Dabei ist für die Sozialdemokratie das Ziel klar: Mehr Verkehr muss auf

1 die Schiene, sonst ersticken wir in Lärm und Abgasen. Dies ist aber nur
2 dann möglich, wenn die Schiene sowohl für den Personen- als auch für
3 den Güterverkehr attraktiv ist. Deshalb haben wir uns auch mit Erfolg für
4 den öffentlichen Verkehrsträger Bahn im Eigentum des Bundes
5 eingesetzt.

6
7 Unser Ziel ist es, mit gut ausgebauten, schnellen Schienenverbindungen
8 zwischen Stadtzentren Flüge bis 700 km überflüssig zu machen.
9 Frankreich hat dies zwischen Lyon und Paris, aber auch zwischen
10 Straßburg und Paris bereits in die Realität umgesetzt. Diesem Beispiel
11 wollen wir folgen, auch wenn uns klar ist, dass die Schieneninfrastruktur
12 in Baden-Württemberg aufgrund der schwierigen Topographie teurer ist
13 als in anderen Bundesländern.

- 14 • Für eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur in Baden-
15 Württemberg muss der wichtige Bahnknoten Mannheim
16 weiterhin von allen Fernzügen angefahren werden, einen Bypass
17 lehnen wir ab. Die Strecke Mannheim-Frankfurt muss dringend
18 ausgebaut werden.
- 19
20 • Mit Stuttgart 21 wollen wir den Bahnknoten der
21 Landeshauptstadt fit für die Zukunft machen. Nur mit Stuttgart 21
22 können wir ausreichende Kapazitäten für die kommenden
23 Jahrzehnte bereithalten. Dies stärkt den Nah- und
24 Regionalverkehr, weil Raum für mehr Züge zur Verfügung steht.
25 Mit der daran gekoppelten zeitgleichen Umsetzung der
26 Neubaustrecke zwischen Wendlingen und Ulm wird eine
27 leistungsfähige Ost-West-Verbindung geschaffen. Mit dieser
28 Magistrale werden die Fahrzeiten im Personenverkehr drastisch
29 reduziert und zusätzliche Kapazitäten im Güterverkehr
30 geschaffen. Zudem bindet uns der Neubau des Bahnknotens
31 optimal an die Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris-Bratislava mit
32 den wichtigen Stopps Karlsruhe, Ulm und München an.
- 33 • Das Projekt muss ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis
34 aufweisen. Sollte sich bis zum Jahresende herausstellen, dass
35 die Kosten deutlich über den bislang vereinbarten und
36 finanzierten Beträgen (Investitionskosten zzgl. Risikofonds)
37 hinausgehen, muss das Projekt einer erneuten Prüfung
38 unterzogen werden.

39 Doch die leistungsfähigen Knoten der Zukunft sind nur dann sinnvoll,
40 wenn auch die wichtigen Bahnstrecken des Landes die Kapazität
41 vorhalten, die wir für einen funktionierenden und attraktiven Bahnverkehr
42 für Menschen und Güter benötigen.

43 Daher wollen wir in den kommenden Jahren alle wichtigen
44 Schienenverkehrsachsen in Baden-Württemberg fit für die Zukunft zu
45 machen:

- 46 • Wir Sozialdemokraten setzen uns mit Nachdruck für den Neu-
47 und Ausbau des 3. und 4. Gleises entlang der Rheinschiene ein.
48 Allerdings fordern wir einen Ausbaustandard, der den Belangen
49 der Bevölkerung zwischen Offenburg und Weil genügt. Wir sind
50 im Interesse der betroffenen Bürger in der Pflicht, wie beim
51 Bahnknoten Stuttgart und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm
52 die berechtigten Forderungen der Anwohner angemessen zu
53 berücksichtigen und die zukünftigen Belastungen abzumildern.
54 Wir fordern die Landesregierung auf, sich für eine
55 menschenfreundliche Rheintaltrasse genauso einzusetzen wie
56 für eine menschenfreundliche Gestaltung des Bahnknotens
57 Stuttgart.
- 58 • Auch an anderer Stelle gibt es noch erheblichen Ausbaubedarf.
59 So müssen zumindest alle Hauptstrecken auf absehbare Zeit
60 ausgebaut werden. Die Gäubahn, die Frankenbahn und die
61 Südbahn sind wichtige Verkehrsachsen, die nicht ihrer
62 Bedeutung entsprechen ausgebaut sind. Eine durchgehende
63
64
65
66
67

Streichen: ~~nur~~ Mit Stuttgart 21 ...

1 Elektrifizierung aller Strecken ist ein Muss, ein zweigleisiger
2 Ausbau fast durchgängig nötig.
3 Zudem wollen wir das Bestandsnetz in Schuss halten, um nicht
4 zukünftigen Generationen die ständig teurer werdenden
5 Sanierungsarbeiten aufzubürden.
6 Wir lassen nicht zu, dass die Bahn dringend nötige
7 Erhaltungsinvestitionen auf die lange Bank schiebt. Das bringt zwar
8 kurzfristig mehr Rendite, zeigt aber schon heute fatale Auswirkungen:
9 immer öfter sind Züge gezwungen langsam zu fahren, da das
10 Gleismaterial selbst für mittlere Geschwindigkeiten nicht mehr
11 zugelassen ist.
12 Die SPD Baden-Württemberg will daher auch in Zukunft sicherstellen,
13 dass ausreichend Mittel in den Erhalt des Schienennetzes fließen.
14 Deshalb lehnen wir einen Börsengang der Deutschen Bahn ganz
15 entschieden ab.

16
17
18
19
20 Wir setzen uns für die Errichtung einer europäischen öffentlichen
21 Eisenbahngesellschaft für den Betrieb der Hochgeschwindigkeitszüge,
22 die durch ganz Europa fahren, ein. Eine unsinnige Konkurrenz zwischen
23 deutsch, französischen, spanischen und weiteren nationalen
24 Eisenbahngesellschaften erzeugen in diesem Bereich unsinnige
25 Mehrkosten. Europa könnte hier gemeinsam eine globale Pionierstellung
26 entwickeln.
27

2. Priorisierung im Straßenbau verbindlich vornehmen

28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38 Wir müssen in Zukunft noch effektiver mit den knappen Mitteln, welche
39 uns zur Verfügung stehen, umgehen.
40
41

42 Daher wollen wir, um unnötige Planungskosten zu vermeiden,
43 schnellstens eine bindende Priorisierung der Bundes- und
44 Landesstraßen vornehmen. Nur so ist gewährleistet, dass den Bürgern
45 vor Ort nicht vorgegaukelt werden kann, alles was geplant sei, werde
46 auch gebaut. Wir wollen nicht, wie die derzeitige Regierung im Land
47 1.000 Landesstraßenbaumaßnahmen im vordringlichen Bedarf vorhalten
48 und vor Ort den Eindruck erwecken, dass diese demnächst alle auch
49 tatsächlich gebaut werden.
50

3. Behutsamer Ausbau und Erhalt des bestehenden Straßenverkehrsnetzes

51
52 Straßen sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Ob
53 gewollt oder nicht, die Straße ist *der* Verkehrsweg für die meisten Bürger
54 - nicht nur in Baden-Württemberg. Ob auf dem Weg zur Arbeit, zu
55 Freizeitaktivitäten, als Transportweg für unsere Güter oder als schnellste
56 Möglichkeit Kunden direkt zu erreichen; die Straße ist und bleibt auf
57 absehbare Zeit das Herzstück des Verkehrs.
58

59 Betrachtet man das Straßennetz Baden-Württembergs, so fallen zwei
60 Dinge auf: Einerseits ist es quantitativ ausreichend, andererseits,
61 besonders bei den Landesstraßen, qualitativ schlecht.
62 Quantitativ ist es ausreichend weil jeder Bürger von jedem Punkt des
63 Landes zu jedem anderen Punkt des Landes kommt. Allerdings sind die
64 Wege dabei nicht immer so kurz wie sie sein könnten, gehen häufig
65 durch das Herz von Ortschaften und sind teilweise überlastet.
66
67

Ergänzen:

Es muss für Eisenbahnunter-
nehmen gewährleistet sein, dass
der Zugang zu allen Netzen
diskriminierungsfrei ist unter
Erhaltung der tariflichen und
gesetzlichen Standards.

Streichen:

~~Wir setzen uns für die Errichtung
einer europäischen öffentlichen
Eisenbahngesellschaft für den
Betrieb der
Hochgeschwindigkeitszüge, die
durch ganz Europa fahren, ein. Eine
unsinnige Konkurrenz zwischen
deutsch, französischen, spanischen
und weiteren nationalen
Eisenbahngesellschaften erzeugen
in diesem Bereich unsinnige
Mehrkosten. Europa könnte hier
gemeinsam eine globale
Pionierstellung entwickeln.~~

Streichen:

~~Betrachtet man das Straßennetz
Baden-Württembergs, so fallen
zwei Dinge auf: Einerseits ist es
quantitativ ausreichend,~~

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Wir sehen keinen Bedarf für einen massiven Ausbau der Straßen auf neuen Trassen in Baden-Württemberg. Allerdings ist der bedachte und gut koordinierte Ausbau des Verkehrsnetzes unter folgenden Voraussetzungen auch weiterhin sinnvoll und notwendig:

Umfahrung sensibler Bereiche: Es gibt immer noch eine ganze Reihe von Ortschaften, in denen eine Umfahrung zu einer enormen Entlastung von Mensch und Umwelt führt. Hier unterstützen wir den Neubau von Umfahrungen, da er sinnvoll und richtig ist. Für Projekte dieser Art wollen wir genügend Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Erhöhung der Kapazitäten: In einigen Fällen ist die Kapazität der Straße schon heute zu gering und muss erhöht werden. Dies gilt vor allem für Straßen mit einer hohen Verteilerfunktion. Auch hier wollen wir weiterhin Geld bereitstellen.

In Zukunft wollen wir jedoch jeden Aus- bzw. Neubau noch stärker als bisher nach folgenden Kriterien bewertet:

Netzzusammenhang: Welche Auswirkung hat der Neu- bzw. Ausbau auf den unmittelbar angrenzenden Netzteil? Wird dadurch auf anderen Straßen das Verkehrsaufkommen gesteigert, was dann dort wieder zu einer Überlastung führt? Darauf wollen wir in Zukunft stärker achten und Entscheidungen im Zweifel auch gegen eine Straße fällen.

Wirkungen auf andere Verkehrsmittel: Wo immer es möglich ist, wollen wir versuchen durch eine gezielte Stärkung des Öffentlichen Verkehrs (ÖV), z. B. durch eine einfachere Preispolitik und eine bessere Vertaktung, Verkehr von der Straße auf die Schiene oder in den Bus zu holen. Das muss in Zukunft ein Mittel sein, um Neu- oder Ausbaumaßnahmen zu vermeiden.

Die SPD bekennt sich auch weiterhin zu einer Erweiterung des Straßennetzes, sofern die oben genannten Kriterien erfüllt sind. Allerdings wollen wir noch stärker als heute auch die Finanzierung des Erhalts und Unterhalts bereits bestehender Straßen bedenken, damit uns nicht jeden Tag ein Stück Volksvermögen verloren geht.

Gerade die erbärmliche Qualität unseres Landesstraßennetzes zeigt die Mangelfolgen eines unzureichenden Straßennetzes: Die Wirtschaft kann sich nicht optimal entwickeln, die PKW und LKW-Fahrer sind genervt und die Verkehrssicherheit beeinträchtigt. Knapp 50 Prozent der baden-württembergischen Landesstraßen sind in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand.

Dabei ist die Pflege der Verkehrsinfrastruktur eine Kernaufgabe der Verkehrspolitik. Schließlich ist ein Land mit guter Infrastruktur gegenüber anderen Weltregionen mit schlechter Infrastruktur im Vorteil.

Historisch über lange Zeit gewachsen, müssen die Straßen gepflegt, modernisiert und für den wachsenden Verkehr ertüchtigt werden, sonst wird der ererbte Wert verzehrt. Rechnet man die Ausgaben des Landes für den Erhalt ihrer Straßen hoch, so wurden in den letzten 10 Jahren 550 Mio. Euro zu wenig für den Erhalt unserer Straßen ausgegeben. Damit wird ein Wertverlust in Kauf genommen, der um ein Vielfaches höher ist. Dies geschieht zum Lasten unserer Erben.

Wir Sozialdemokraten wollen daher in Zukunft dem Erhalt der ererbten Infrastruktur größeres Gewicht beizumessen. Geschieht dies nicht verschleudern wir sinnlos wertvolles Volksvermögen.

andererseits, besonders bei den Landesstraßen, qualitativ schlecht. Quantitativ ist es ausreichend weil jeder Bürger von jedem Punkt des Landes zu jedem anderen Punkt des Landes kommt. Allerdings sind die Wege dabei nicht immer so kurz wie sie sein könnten, gehen häufig durch das Herz von Ortschaften und sind teilweise überlastet.

Ergänzen:

...Trassen in Baden-Württemberg, **abgesehen von Lückenschlüssen, z. B. Verbindung A6 und A81.** Allerdings

Ändern:

....**gepflegt erhalten** ...

4. Binnenschifffahrt weiter stärken

Im Gegensatz zu den anderen Verkehrsinfrastrukturen sind auf den Binnenwasserstraßen in Baden-Württemberg Kapazitätssteigerungen möglich.

Wir unterstützen die von SPD-Verkehrsministern begonnenen und gesicherten Schleusenausbauten am Neckar im Wert von einer halben Milliarde Euro mit Nachdruck, um die Schleusen auf das heute übliche Maß von 140 m auszubauen. Dies ist ein weiterer wichtiger Beitrag zu Verkehrsverlagerung weg von der Straße

5. Verbindliche Luftverkehrskonzeption für das ganze Land

Das Flugzeug weist von allen Verkehrsträgern die schlechteste Umweltbilanz auf. Es ist unser Ziel, so viel Flugverkehr wie möglich zu vermeiden, ohne allerdings für die Wirtschaft wichtige Mittel- und Langstreckenflüge unmöglich zu machen.

Wir wollen daher eine neue Luftverkehrskonzeption die folgende Punkte verbindlich festschreibt:

Schnelle Züge machen Flüge überflüssig. Das zeigt zum Beispiel die TGV-Verbindung Stuttgart-Paris. Seit ihrer Einführung wurden jährlich 500.000 Flüge zwischen Straßburg und Paris gestrichen, da die Nachfrage weggebrochen ist. Daher setzen wir uns für einen weiteren Ausbau der schnellen und umweltfreundlichen Schienenverbindungen ein, um Flüge unter 700 km in Zukunft unrentabel und somit überflüssig zu machen.

Flugverkehr besteuern: Mit der Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel ab 2011 ist ein erster Schritt in die richtige Richtung erfolgt. Dies kann aber kein vollständiger Ersatz für die unzureichende Besteuerung des Luftverkehrs sein.

Wir Sozialdemokraten wollen eine Mineralölsteuer für Kerosin und die Erhebung der Mehrwertsteuer für grenzüberschreitende Flüge. Denn während der Gesamtausstoß an Klimagasen in der EU seit Anfang der 90er Jahre leicht rückläufig ist, schnellte der Kerosinverbrauch in die Höhe. Dadurch haben die umweltfreundlichen Verkehrsmittel Bahn und Bus, welche Strom-, Öko- und Mineralölsteuer und obendrauf noch Mehrwertsteuer bezahlen, einen eindeutigen Wettbewerbsnachteil. Diesen wollen wir abschaffen. Zudem wollen wir die Subventionen für Flughäfen kippen.

Belastung für die Bevölkerung möglichst klein halten - Bau einer 2. Startbahn in Stuttgart auch weiterhin verhindern – Flugbewegungen von Zürich fest begrenzen. Wir wollen die Fokussierung auf den Stuttgarter Flughafen beenden und die beiden anderen Flughäfen in Söllingen (Baden-Airpark) und Friedrichshafen mehr einbeziehen. Eine zweite Startbahn in Stuttgart lehnen wir ab. Wir halten an der absoluten Begrenzung der An- und Abflüge für den Züricher Flughafen über deutsches Hoheitsgebiet fest. Südbaden trägt einen überproportionalen Anteil der Belastungen des Flughafens, weiterer Wachstum muss von der Schweiz selbst aufgenommen werden.

Für vernünftige Verkehrsanbindung sorgen. Alternativen werden nur dann wahrgenommen, wenn eine vernünftige Erreichbarkeit der Flughäfen gewährleistet ist. Der Baden-Airpark ist bis heute nicht an die Schiene angeschlossen. Dass wollen wir ändern.

Wechselwirkungen mit anderen, grenznahen Flughäfen beachten. Baden-Württemberg ist von den europäischen Drehscheiben Frankfurt, München und Zürich umgeben. Zusätzlich befinden sich in unmittelbarer Nähe die Regionalflughäfen in Basel-Mulhouse-Freiburg, Memmingen, Nürnberg und Straßburg. Der Flughafen Frankfurt ist mit dem Zug von Stuttgart aus in etwas mehr als einer Stunde, von Mannheim in einer halben Stunde ohne Umsteigen zu erreichen. Zürich ist für den

Ändern:

...wurden ~~jährlich 500.000~~ immer mehr Flüge zwischen ...

Einfügen:

Bestehende Nachtflugverbote für alle Flughäfen in Baden-Württemberg müssen erhalten bleiben.

1 Südbadischen Raum schnell erreichbar, München für Südwürttemberg.
2 Somit ist gewährleistet, dass auch interkontinentale Flugziele von Baden-
3 Württemberg aus schnell und bequem erreicht werden können.

6. Radverkehr stärken

7 Derzeit ist Radfahren im Land im günstigsten Fall unattraktiv, im
8 schlimmsten Fall gefährlich. Das ohnehin unübersichtliche Radwegenetz
9 ist lückenhaft, mutet den Radlern und Radlerinnen oft ungepflegte
10 Trassen entlang verpesteter Bundes- und Landesstraßen zu und irritiert
11 zudem mit teilweise chaotischen Beschilderungen.

12
13 Dabei hat ein Radwegenetz keineswegs reinen Freizeitcharakter. Immer
14 mehr Bürger steigen aus umweltschonenden Gründen wieder aufs Rad,
15 im Alltag und im Urlaub. Ein gut ausgebautes, zusammenhängendes
16 Radwegenetz schont außerdem die Umwelt.

17 Wir Sozialdemokraten wollen das Fahrrad als umweltfreundliches
18 Verkehrsmittel weiter stärken. Das bestehende lückenhafte
19 Radwegenetz wollen wir attraktiver und sicherer machen und vor allem
20 flächendeckend ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine einheitliche
21 und durchgängige Beschilderung, sowie eine bessere Verknüpfung von
22 Rad und ÖPNV. Machbar ist dies alles nur mit einem eigenen Etat.

7. Mobil sein in Baden-Württemberg: ÖPNV stärken und Straßen entlasten

24
25 Das Bereitstellen von intakter und ausreichender Infrastruktur ist eine der
26 Kernaufgaben der Politik. Allerdings ist eine gute
27 Straßenverkehrsinfrastruktur allein nicht ausreichend, um die
28 Verkehrsströme von heute und morgen zu bewältigen. Ein Mehr an
29 Straßeninfrastruktur als exklusive Antwort auf mehr Verkehr kann daher
30 nicht Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

31
32 Vielmehr wollen wir möglichst viele Personen dazu bewegen öffentliche
33 Verkehrsmittel zu nutzen. Denn der öffentliche Verkehr (ÖV) ist sowohl
34 effektiv als auch ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Um mehr
35 Menschen zum Umsteigen vom Pkw auf den ÖV zu bewegen, sind
36 raumspezifisch zugeschnittene Konzepte zu berücksichtigen. Jüngst
37 veröffentlichte Studien belegen, dass Städte in Deutschland mit einem
38 sehr guten ÖPNV-Angebot eine um 42 Prozent niedrigere PKW-Dichte
39 haben als solche mit mangelhaftem Nahverkehrsangebot.

40
41 Baden-Württemberg ist ein Bundesland, das sich durch seinen Mix aus
42 städtisch geprägten Gebieten und ländlichem Raum auszeichnet. Dies
43 hat Auswirkungen auf den ÖV, insbesondere aber auf den öffentlichen
44 Personennahverkehr (ÖPNV). Wir sind uns darüber im Klaren, dass
45 Lösungen für die städtisch geprägten Gebiete nicht nahtlos auf ländliche
46 Gebiete übertragen werden können.

8. ÖPNV in Ballungsgebieten ausbauen

47
48 Der ÖPNV ist in den Ballungsräumen Baden-Württembergs gut
49 ausgebaut. Viele Städte verfügen über ein gut funktionierendes S-Bahn
50 und/oder Stadtbahnnetz. Ein Großteil der Pendlerströme des städtischen
51 ÖPNV wird über die Schiene abgewickelt.

52
53 Der Siegeszug des ÖPNV in den Ballungsgebieten ist auch das Resultat
54 vielfältiger Sanierungsmaßnahmen und Angebotsverbesserungen. Dies
55 war und ist möglich, weil die von der SPD gestellten
56 Bundesverkehrsminister den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) trotz
57 knapper Kassen vorbildlich förderten. Über Jahre hinweg verzeichnete
58 der SPNV im Land deshalb erfreuliche Fortschritte.
59 Um den Nahverkehr weiter zu stärken wollen wir auch als Land in die
60 Finanzierung des ÖPNV einsteigen.

1 Noch wichtiger: Wir wollen den Wettbewerb im SPNV zügig
2 herbeiführen. Denn Wettbewerb erlaubt es die derzeit überbeuerten
3 Bestellerentgelte im SPNV zu senken. Vielfältige Beispiele zeigen, dass
4 trotz geringerer Preise ein Mehr an Qualität und Leistung zu bekommen
5 ist, sofern ein echter Ausschreibungswettbewerb stattfindet.
6 Allerdings kommen bei Ausschreibungen nur Unternehmen zum Zug, die
7 angemessene Tarife bezahlen.

9. Stärken des Busses in der Fläche nutzen

11 Im Gegensatz zu den Ballungsgebieten besteht die Mehrheit der Pendler,
12 meist über 90 Prozent, im ÖPNV des ländlichen Raumes aus Schülern.
13 Das Statistische Landesamt rechnet bis 2020 mit einem Rückgang der
14 Schülerzahlen um 19 Prozent, wobei dieser Rückgang in den eher
15 ländlich geprägten Gegenden stärker ausfallen wird als in den
16 Stadtkreisen.

17 Zudem ist der ÖPNV im ländlichen Raum zu einem Großteil nicht
18 schienengebunden, sondern wird mit dem Bus bewältigt. Die
19 Ausgangslage des ÖPNV in der Fläche ist somit eine völlig andere als
20 die in Ballungsgebieten und führt zu anderen Lösungen im ländlichen
21 Raum.

22 Wir wollen ein möglichst engmaschiges Busliniennetz, welches die
23 Menschen aus der Peripherie in die Mittel- und Oberzentren transportiert,
24 damit sie an wichtige Infrastruktur wie Krankenhäuser, Schule,
25 Einkaufsmöglichkeiten, etc. angebunden sind, auch wenn sie kein Auto
26 besitzen.

10. Die Zukunft im Blick: Innovationen für eine nachhaltige Mobilität

28
29
30
31
32 Andere Bundesländer und Firmen aus dem Land machen es vor:
33 Verkehr kann auch ohne große Infrastrukturmaßnahmen durch
34 innovative Konzepte effizienter gemacht werden. Unsere Probleme
35 lassen sich nicht allein dadurch beheben, die Straßeninfrastruktur dem
36 stetig wachsenden Verkehrsaufkommen anzupassen, wie es die CDU
37 fordert.

38 Vielmehr kommt es darauf an, die Instrumente moderner
39 Verkehrsleittechnik auszubauen und anzuwenden. Dabei werfen die
40 Investitionen in die neue Technik schnell einen volkswirtschaftlichen
41 Gewinn ab. Sie helfen uns Staus durch Überlastung und Unfälle zu
42 vermeiden und das Klima zu schonen.

43 Die häufigste Ursache für Stau ist mit 38 Prozent die Überlastung
44 unserer Straßen, wobei ein sehr großer Teil davon nur punktuell
45 überlastet ist. Anstatt diese Straßen nun für die kurze Dauer der
46 Höchstbelastung immer weiter auszubauen und damit ebendiese
47 Höchstbelastung immer weiter nach oben zu treiben, ist es unser Ziel,
48 das Problem genau andersherum anzugehen. Wir müssen Verkehr so
49 weit wie möglich vermeiden, unvermeidbaren Verkehr entzerren, und den
50 vorhandenen Verkehr besser steuern.

51
52
53 Wir wollen Verkehrsbeeinflussungs-, Knotenbeeinflussungs- und
54 Zuflussregelanlagen an allen neuralgischen Punkten errichten. Das ist
55 billiger und umweltschonender als ständig neue Straßen zu bauen.
56 Zudem wollen wir die punktuelle und überwachte Freigabe von
57 Standstreifen auf der Autobahn, die die Fahrbahnpkapazitäten bei
58 erhöhtem Verkehrsaufkommen um bis zu 30 Prozent erhöhen kann.
59 Auch das verbessert den Verkehrsfluss ohne zusätzliche Flächen zu
60 verbrauchen.

61 Schließlich wollen wir Angebote wie Carsharing, Car 2 go, und Rent a
62 bike fördern, da sie Parkraum in den Städten schonen und zu
63 bewussterem Umgang mit dem Thema Mobilität beitragen.

Antrag 8 V 02**Antragsteller: OV Bietigheim-Bissingen**

Zur Weiterleitung an den

- Landesverband
- Landesparteitag
- Kreisdelegiertenkonferenz

Antrag:

Die Mitgliederversammlung des SPD OV-Bietigheim-Bissingen am 10.08.09 möge beschließen:

Die SPD Baden-Württemberg wird die Verlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs unter die Erde (Stuttgart 21) nicht unterstützen. Auch sollte die SPD und ihre Mitglieder ihre aktive Unterstützung, insbesondere sollte Wolfgang Drexler seine Arbeit als künftiger Sprecher der Projekts S21 beenden.

Wenn sich die bisherigen Kosten-, Finanzierungs- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen als unhaltbar herausstellt, fordert die SPD Baden-Württemberg den Stopp des Vorhabens. Die Alternativplanung K21, Modernisierung des Kopfbahnhofes, muss dann aufgenommen werden.

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, dieser Linie zu folgen. Dies entspricht auch dem Parteitagebeschluss des Landesparteitages im September 2007, in dem Stuttgart 21 mehrheitlich abgelehnt wurde.

Begründung:

Die Kommunalwahl vom 7. Juni hat deutlich werden lassen, dass große Teile der Bevölkerung das Projekt Stuttgart 21 nicht unterstützt.

Es ist für das Ansehen der SPD Baden-Württemberg verheerend, wenn sich Prominente Mitglieder für das Projekt Stuttgart 21 einsetzen. Die SPD lässt sich vor den Karren der DCU/FDP Koalition spannen. „Mr. Stuttgart 21“ Wolfgang Drexler hat mit seinem Versprechen „150% Einsatz für S21“ (Bietigheimer Zeitung v. 25.07.09) das Fass zum überlaufen gebracht.

Drexler stellt sich mit seinen Aktivitäten vor DCU und FDP um für diese, wegen der ablehnenden Haltung in der Öffentlichkeit, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Öttinger und Schuster halten sich im Hintergrund. Die SPD Baden-Württemberg hat sich immer gegenüber technischen Neuerungen und moderner Infrastruktur aufgeschlossen gezeigt. So war für viele Mitglieder das Projekt S21 interessant. Aber inzwischen sind die Fakten auf dem Tisch, die zeigen, dass dieses Projekt viele Nachteile für das Land, für die Region und für die Menschen in BW hat. Es entsteht der Eindruck, die Mehrheit der SPD-Mitglieder sei für S 21, obwohl der SPD-Landesparteitag 2007 das Projekt S 21 auf Antrag der Jusos mehrheitlich abgelehnt hat.

Wesentliche Kritikpunkte

- 1) S 21 wurde über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entschieden
- 2) Die Modernisierung ist vor allem eine Verkleinerung des bestehenden Stuttgarter Hauptbahnhofs von derzeit 16 auf zukünftig 8 Gleise
- 3) Stuttgart wird zum Nadelöhr für den Nahverkehr
- 4) Milliardengrab: 1993 mit 2,5 Milliarden gestartet, es wird bis 2019 mit 7,5 Milliarden gerechnet (Kostenabschätzung Roland Ostertag Juni 2008), Ende offen. Das Land hat seinen Anteil immer weiter erhöht, was Folgen für Bereiche wie Nahverkehr, Bildung und Sicherheit zur Folge hat.
- 5) Initiative zum Bürgerentscheid (67000 Unterschriften) wurde 2007 im Stuttgarter Gemeinderat abgelehnt.
- 6) Bundestagspetition 2008 mit 4995 Stimmen für Erhalt des Hauptbahnhofs, ohne Folgen

Erledigt durch V01

- 1 7) U.a.wurden in Frankfurt und München die „21“ Projekte aus
2 Kostengründen begraben.
3 8) Gefahren durch Grundwasserabsenkung, z.B. Köln. Müssen wir
4 dieses Risiko eingehen?
5 9) Unter Kosten- und Finanzierungsgesichtspunkten ist S21 ein
6 unseriöses Projekt, dies war bereits 1994 für jeden klar, der es
7 wissen wollte. Erst durch die Kostenstudie von Vieregge Rössler
8 wurden die zu erwartenden Kosten von S21 offengelegt.
9 10) Der unabhängig Bundesrechnungshof taxiert S21 inzwischen auf
10 5,3 Milliarden € (Wirtschaftswoche vom 22.07.2009)
11 11) Wirtschaftlichkeit und Nutzen stehen in krassem Missverhältnis
12 zueinander.
13 12) Der Steuerzahler wird die Zeche der zu erwartenden
14 Kostensteigerungen bezahlen
15 13) Nichteinhaltung des Parteitagsbeschluss des Landesparteitags
16 22.09.2007 durch die Landtagsfraktion
17 14) Es ist zu befürchten, dass die Vorgehensweise der
18 Landtagsfraktion die Partei spaltet.
19

Antrag 37 V 03

21
22 **Antrag des Ortsvereins Herrenberg** zum Projekt Stuttgart 21
23 für den Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg

Erledigt durch V01

24 Die SPD Baden-Württemberg fordert die Deutsche Bahn AG, den Bund und
25 Land auf, das Projekt "Stuttgart 21" einzustellen und stattdessen das we-
26 kostengünstigere und nach Meinung fast aller projektunabhängiger
27 Verkehrsexperten verkehrspolitisch wesentlich sinnvollere Projekt "Kopfbahn
28 21" zu verwirklichen.

29 Landesvorstand und Landtagsfraktion werden vom Landesparteitag noch
30 eindringlich aufgefordert, den Beschluss des Landesparteitages 2007 in
31 Fellbach politisch konsequent zu vertreten.
32

Begründung:

33 1. Der Tiefbahnhof bewältigt keinen integralen Taktverkehr nach
34 Schweizer Muster.
35

36 Dies kann nur der Alternativvorschlag „modernisierter Kopfbahnhof 21“.
37 Er kann flexibler an künftige Veränderungen angepasst werden und
38 bietet mehr Sicherheit, als der Tiefbahnhof, bei dem der gesamte
39 Verkehr durch einen Tunnel fließt.
40

41 2. Der Tiefbahnhof kostet Geld, das dringend für den Ausbau des
42 Schienennetzes im ganzen Land gebraucht wird.
43

44 Schon in naher Zukunft ist mit einer drastischen Einschränkung des
45 Autoverkehrs zu rechnen, weil Öl knapp und teuer wird und aus Gründen
46 des Klimaschutzes der Verbrauch fossiler Energieträger reduziert werden
47 muss.
48

49 Dann kann nur ein dichtes Netz von Schienenwegen den notwendigen
50 Verkehr von Personen und Gütern gewährleisten – wie seit Jahrzehnten
51 von der SPD vertreten.
52

53 Es ist also ein Gebot existentieller Daseinsvorsorge, unverzüglich mit
54 dem Ausbau des Schienennetzes zu beginnen, anstatt große Teile der
55 verfügbaren Mittel auf nur ein fragwürdiges Großprojekt zu
56 konzentrieren.
57

58 Der Bundesrechnungshof bestätigte die Schätzungen des Büros Rössler,
59 das für Stgt.21 mit weit höheren Kosten rechnet als für die Ertüchtigung
60 des bestehenden Kopfbahnhofs.
61

62 Hinzu kommen noch die Folgekosten für den Betrieb des Tiefbahnhofs
63 und seine Tunnelbauten, die bis jetzt verschwiegen werden.
64
65
66
67

1
2 Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat Bund, Land und Kommunen mit
3 einem historisch einmalig hohen Schuldenstand belastet, und zwingt sie
4 zu tief greifenden Sparmaßnahmen. Es ist politisch niemand zu
5 vermitteln, dass die Haushalte des Landes und der Kommunen in der
6 Region zusätzlich belastet werden sollten.

7 Die eingesparten Mittel aus dem Verkehrsetat sollten stattdessen in
8 einen weiteren, breiteren Ausbau des Schienennetzes und ein
9 verbessertes Fahrplanangebot gesteckt werden, also in ein intelligentes
10 Projekt „Baden-Württemberg 21 statt in Kürzungen und
11 Preiserhöhungen.
12

13 Beispielhaft genannt seien hier die Elektrifizierung der Südbahn, der
14 dringend notwendige zumindest zweigleisige Ausbau der Gäubahn
15 zwischen Horb und Tuttlingen, Projekte wie die im Kreis Calw
16 angedachte Schaffung einer Schienenverbindung in den Großraum
17 Böblingen/Stuttgart mit Wiedereröffnung der Verbindung Calw – Weil der
18 Stadt, sowie die angedachte neue Verbindung Herrenberg – Nagold, das
19 Stadtbahnkonzept der Region Neckar-Alb mit Wiederanschluss der
20 Reutlinger Alb an das Schienennetz wie auch weitere
21 Schienenverkehrsprojekte im Land.
22

23
24 **3. Anschluss an die Neubaustrecke Stuttgart – Ulm**
25 Die Neubaustrecke nach Ulm kann auch über einen modernisierten
26 Kopfbahnhof angeschlossen werden. Die Verknüpfung mit dem
27 Tiefbahnhof ist nicht zwingend sondern nur vorgeschoben.
28

29 Nehmen wir uns ein Vorbild an unserem Nachbarland Schweiz: dieses
30 steckt seine Finanzmittel statt in einzelne Großprojekte primär in einen
31 breiten Ausbau des Schienennetzes und tätigt dort Investitionen, wo ein
32 maximaler Gewinn im Netz z. B. zum Ausbau des dort seit Jahrzehnten
33 erfolgreich praktizierten integralen Taktfahrplan zu erwarten ist.
34

35 Verabschiedet am 16.10.09, Mitgliederversammlung, Gaststätte „Da
36 Gino“, Herrenberg
37

38 **Antrag 47 V 04**

39
40 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
41 **Antragsteller: Ortsverein Waiblingen**
42

43 Das Projekt „Stuttgart 21“ wird sofort gestoppt
44

45 **Antragsteller : SPD Ortsverein Waiblingen**

46
47 Adressaten: SPD Kreisvorstand Rems-Murr, SPD
48 Kreisparteitag Rems-Murr
49 SPD Regionalvorstand, SPD Regionalparteitag
50 SPD Landesvorstand, SPD Landesparteitag
51
52
53

54 **Der SPD Landesparteitag möge beschließen:**

55
56 Das Projekt „Stuttgart 21“ wird sofort gestoppt. Die SPD wird auf allen
57 Ebenen –Land, Region und Kommunen- darauf drängen, dass das
58 Projekt S 21 nicht mehr weiter verfolgt wird. Wir fordern Wolfgang
59 Drexler auf, sich aus seiner Funktion als S 21-Berater für die Bahn
60 zurück zu ziehen.
61

62 **Begründung:**

63 Es ist längst bewiesen, dass die Kostenberechnungen nicht zu halten
64 sind und die städtebaulichen Risiken unübersehbar sind.
65
66
67

Erledigt durch V01

Antrag 19 V 05**Antragsteller: SPD Stuttgart-Ost****Adressat:** Landesparteitag**Begehren:**

Der SPD-Landesparteitag fordert den Stuttgart 21-Beauftragten der Landesregierung Wolfgang Drexler auf, sofort sein „Ehrenamt“ niederzulegen!

Begründung:

Mündlich.

Antrag 63 V 06**Empfänger: SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg****Antragsteller: SPD-Kreisvorstand Waldshut****Antrag:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Nachhaltige Mobilität**

Mobilität in unserer Zeit heißt: Zugang zu Märkten, Jobs, sozialen Einrichtungen und Bildungsmöglichkeiten und damit privatem und gesellschaftlichen Wohlstand ist ohne Wege und Verkehrsmittel kaum möglich. Die Folgen von Mobilität sind aber auch zum Fluch unserer Zeit geworden: Abgase, Lärm, Staus, Unfälle, Klimawandel.

Die Herausforderungen für die Verkehrspolitik in der Zukunft sind:

- Die hohe Abhängigkeit aller Verkehrsträger von Erdöl bei gleichzeitig nahender Endlichkeit der Ressourcen führt zu steigenden Energiepreisen und Verteilungskonflikten
- Der Klimawandel zerstört unsere Lebensgrundlage
- Die demografische Entwicklung besonders im ländlichen Raum erfordert neue Lösungen
- Die Finanz- und Wirtschaftskrise gefährden Schlüsselindustrien

Für die Mobilität von Personen und Gütern von Morgen steht fest: Sie wird langfristig nur bezahlbar bleiben, wenn Energie effizienter genutzt und die Abhängigkeit vom Öl verringert wird. Mit neuen Mobilitätskonzepten und Verkehrstechnologien setzen wir auf ein nachhaltiges Wachstum unserer Volkswirtschaft, das nicht zu Lasten der Umwelt und künftigen Generationen geht.

Eine zukunftsfähige und nachhaltige Verkehrspolitik basiert deshalb auf vier Handlungsfelder:

1. Stärkung der öffentlichen Verkehrsangebote und Förderung des nicht motorisierten Verkehrs (z.B. Rad- und Fußverkehr)
2. Verkehrssteuerung (u. A. Verkehrsvermeidung, effiziente Verkehrsabwicklung und –verlagerung)
3. Innovative Verkehrstechnologien wie Verkehrs- und Fahrzeugtechnik, alternative Antriebe
4. Verkehrsinvestitionen

Wir fordern deshalb:

- eine gesicherte Finanzierung von Bund und Land für ein attraktives Angebot im ÖPNV in Baden-Württemberg. Dies umfasst einen dichten Taktverkehr auf den Hauptachsen als auch die Ergänzung durch alternative Bedienformen, die Mobilität auch im ländlichen Raum langfristig sichern.
- Förderung innovativer, zukunftsträchtiger Technologien, durch die Kapazität und Sicherheit des Verkehrssystems erhöht und intermodale Nutzungen erleichtert werden (z.B. e-tickets,

Zur Befassung nicht geeignet

Erledigt durch V01

- 1 fingerprint-tickets)
 2 • die finanzielle Unterstützung von Pilotprojekten, die den ÖPNV
 3 attraktiver, flexibler und verbraucherfreundlichen Bedienformen.
 4 • Bei Verkehrsinvestitionen muss die Optimierung und Vernetzung
 5 der einzelnen Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasser und Luft
 6 mitberücksichtigt.
 7 • die Grundsicherung von Bürgerbussen durch das Land Baden-
 8 Württemberg. Ehrenamtliche sorgen bereits heute schon
 9 insbesondere im ländlichen Raum dafür, dass Bürgerinnen und
 10 Bürgern zu bezahlbaren Preisen an nicht mehr bedienten Linien
 11 weiterhin mobil sein können und weiterhin am gesellschaftlichen,
 12 kulturellen teilnehmen können.
 13 • Verbesserung der Barrierefreiheit.
 14
 15 • Unterstützung des sog. Deutschlandtakts: d.h. der
 16 Infrastrukturausbau muss stärker auf die Anforderungen eines
 17 optimalen Taktfahrplans ausgerichtet werden. Auch der
 18 Schienengüterverkehr profitiert von dieser Planungsphilosophie,
 19 da die Kapazitätsplanung für Güterzüge einbezogen ist. Knappe
 20 Investitionsmittel können so effizienter und ökonomischer
 21 eingesetzt werden.
 22

Antrag 46 V 07**Sozialdemokratische Partei Deutschlands****Antrag****Kein Nord-Ost-Ring durch das Schmidener Feld****Antragsteller : SPD Ortsverein Waiblingen**

34 Adressaten: SPD Kreisvorstand Rems-Murr, SPD
 35 Kreisparteitag Rems-Murr
 36 SPD Regionalvorstand, SPD Regionalparteitag
 37 SPD Landesvorstand, SPD Landesparteitag
 38

Der SPD Landesparteitag Baden-Württemberg möge beschließen:

41 Die SPD wird auf allen Ebenen –Bund, Land, Region und Kommunen-
 42 darauf hinarbeiten, dass das Planfeststellungsverfahren zur
 43 Neckarquerung bei Remseck gestoppt wird. Auch werden alle politischen
 44 Ebenen aufgefordert, zu verhindern, dass weder ein zweispuriger noch
 45 ein vierspuriger Nord-Ost-Ring durch das Schmidener Feld zwischen den
 46 Kommunen Waiblingen und Fellbach geplant und gebaut wird.
 47

Begründung:

48
 49
 50
 51 Mittlerweile lehnen die Gemeinderäte der Städte Stuttgart, Fellbach und
 52 Kornwestheim die geplante Neckarquerung bei Remseck ab. Die SPD-
 53 Fraktion im Waiblinger Gemeinderat hat eine Neubefassung mit dem
 54 Thema beantragt. Neueste Verkehrszählungen der Städte Fellbach und
 55 Kornwestheim sowie der Stadt Waiblingen haben ergeben, dass das
 56 Verkehrsaufkommen stagniert bzw. im Bereich LKW-Verbot rückläufig
 57 ist.
 58

59 Die geplante Neckarquerung und die Fortsetzung in einem Nord-Ost-
 60 Ring würden neue Verkehrsströme in den Freiraum zwischen Fellbach
 61 und Waiblingen ziehen und somit zu einer Belastung der Umwelt und zu
 62 Lärmemissionen führen.
 63

64 Die ablehnende Haltung der drei Städte und die Probleme in den
 65 kommunalen Haushalten sowie im Landeshaushalt schaffen die
 66 Notwendigkeit, nach umweltverträglichen und einvernehmlichen
 67 Lösungen für die betroffene Raumschaft zu suchen. Ziel muss es

Überweisung an Landtags- und
Bundestagsfraktion

1 deshalb sein, das Planfeststellungsverfahren zur Neckarquerung bei
2 Remseck zu stoppen und einen möglichen Nord-Ost-Ring aus dem
3 Bundesverkehrswegeplan endgültig zu streichen.

4
5 **Antrag 66 V 08**

6 **Antrag**

7
8 **Antragsteller: AGS Baden-Württemberg**

9 **Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion**

10 **Betr.: Öffentlicher Nahverkehr im grenznahen Raum**

11
12
13 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

14 Die SPD Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, sich
15 umgehend für den Ausbau der grenzüberschreitenden
16 Nahverkehrsverbindungen ins Elsaß einzusetzen.

17
18
19
20 **Begründung:**

21 Der grenzüberschreitende Nahverkehr am Oberrhein ist mehr als
22 lückenhaft: Es gibt nur eine unattraktive Busverbindung von Mulhouse
23 nach Südbaden (Neuenburg, Müllheim und Freiburg), die nicht dazu
24 geeignet ist, das vorhandene große Pendleraufkommen zu bewältigen.
25 Zwischen Strasbourg und Offenburg verkehrt immerhin zwischen 6 Uhr
26 und 9 Uhr morgens viermal (!) ein Nahverkehrszug.

27
28
29 Die Verbindung zwischen Colmar und Freiburg (Luftlinie 40 km) führt
30 (nur stündlich) mit zwei Stunden Fahrzeit über Basel (ca. 120 km).

31
32 Zwischen dem Elsaß und Südbaden pendeln aber täglich mehrere
33 hundert Arbeitnehmer mit ihren Fahrzeugen.

34
35 Die Umweltbelastung durch den hierdurch ausgelösten Individualverkehr
36 ist beträchtlich und muss durch ein entsprechendes Angebot reduziert
37 werden.

38
39 Zudem werden Arbeitnehmer – gleichgültig in welche Richtung sie
40 pendeln – mit erheblichen Kosten belastet, die in naher Zukunft mit dem
41 zu erwartenden Anstieg der Energiepreise bei anziehender Konjunktur
42 weiter steigen werden.

43
44 Sowohl auf französischer Seite als auch auf deutscher Seite führen
45 vorhandene Gleise und Trassen in Ost-West-Richtung bis zum Rhein.
46 Allein die Brücke und ein notwendiger Ausbau einschließlich
47 Elektrifizierung der Strecken fehlen. Seit Jahrzehnten werden von der
48 Politik lediglich Absichtserklärungen wiederholt, ohne dass sich konkrete
49 Maßnahmen erkennen ließen.

50
51 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich daher für einen umgehenden
52 Ausbau der Verbindungen über den Oberrhein ein, wie er bereits am
53 Hochrhein, wo Schweizer Bahngesellschaften die Strecken bereits in
54 hoher Frequenz bedienen, ein.

55
56 Die Bundesbahn ist aufzufordern, die erforderlichen Trassen und
57 Brückenbauwerke auch in diesem Bereich zu planen und zu realisieren,
58 um auch für den täglichen Pendlerverkehr – nicht nur den Fernverkehr –
59 die benötigte Infrastruktur anbieten zu können.
60
61
62
63
64
65
66
67

Überweisung an Landtags- und
Bundestagsfraktion

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Wirtschaftspolitik

Antragsbereich W

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Antrag 70 W**Antragsteller: Landesvorstand****Empfehlung erfolgt mündlich****Leitantrag: Industriepolitik****Unser Land muss um seine Stärke kämpfen:
Eine zeitgemäße Industriepolitik für Baden-Württemberg****I. Unser Land braucht eine Politik für die Industrie**

Baden-Württemberg ist mehr Industrieland als andere Bundesländer und Regionen Europas. Im Südwesten lebt ein Achtel der Bevölkerung Deutschlands, hier arbeitet aber ein Fünftel aller Industriebeschäftigten. 1.26 Mio Menschen arbeiten im Verarbeitenden Gewerbe. Dies sind knapp 25 Prozent aller Beschäftigten des Landes. Mit dem eng verbundenen Handel und den industrienahen Dienstleistungen ist die Abhängigkeit von den Industriekernen deutlich höher.

Aus einer besonderen handwerklichen Tradition sind seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts in Baden und Württemberg bedeutende Firmen mit beeindruckender technologischer Stärke entstanden. Qualifizierte und selbstbewusste Arbeitnehmer bilden mit tatkräftigen Unternehmern das Fundament. Die Stärke kommt von Großen wie Kleinen, von Zulieferern wie Endproduktherstellern, von Produzenten und industrienahen Dienstleistern. Jeder Versuch, die Stärke der industriellen Substanz auf eine Wurzel zurück zu führen, weist in die Irre. Die Industrie ist nur gemeinsam stark oder schwach. Die gute Mischung macht es.

In den 90er-Jahren hat sich ein tiefgreifender Strukturwandel in der baden-württembergischen Industrie vollzogen. Die Metallwirtschaft, insbesondere die Automobilindustrie, bauten ihre Dominanz noch aus. Mit knapp 60 % Exportanteil weist der Fahrzeugbau eine hohe Weltmarktintegration aus. Andere Branchen entwickeln sich zurück. Das gesamte Verarbeitende Gewerbe hat eine Exportquote von ca. 32 Prozent. Den Risiken der Weltmarktabhängigkeit begegnet die Industrie mit hoher Innovationskraft und einem hohem Qualifikationsniveau der Beschäftigten: der ‚Baden-Württemberg-Formel‘. Durch enorme Produktivitätssteigerungen ist unsere Industrie wettbewerbsfähig.

Die vom Versagen der Banken- und Finanzwelt ausgelöste weltweite Wirtschaftskrise, verbunden mit einem auslaufenden Konjunkturzyklus und verschärft durch weltweit aufgebaute Überkapazitäten im Fahrzeugbau trifft die Industrie des Landes nun ins Mark. Der Wachstumseinbruch ist stärker als anderswo. Die Gefährdung industrieller Arbeitsplätze ist größer. Die öffentlichen Stützungsmaßnahmen, angefangen mit der Umweltprämie über die Verlängerung der Kurzarbeit bis zu Krediten und Bürgschaften, konnten im Verein mit besonnenen und verantwortlichen Tarifvertragsparteien, einen Flächenbrand für Arbeitsplätze und Firmenexistenzen bisher verhindern.

Durch die aktive Mitgestaltung der Betriebsräte wird Verantwortung für Beschäftigungssicherung wahrgenommen. Die aufkommenden Parolen von einem Ende der Krise verdrängen aber entscheidende Veränderungen: Das Ausgangsniveau der industriellen Produktion vor der Krise wird auch nach Jahren nicht wieder erreicht sein. Die Arbeitsmarkteinbrüche wirken nachlaufend und treffen jetzt in aller Schärfe ein. Die Firmenlandschaft steht in einem brutalen Verdrängungswettbewerb. Für die Produkte der Zukunft haben die Firmen unseres Landes nicht selbstverständlich die Führungsrolle inne. Baden-Württemberg muss um seine industrielle Stärke kämpfen.

1
2 Wenn Psychologie zur Hälfte die Ökonomie bestimmt, wirkt eine
3 selbstgefällige ‚Wir sind Spitze‘-Rhetorik der Landesregierung besonders
4 fatal. Weil die landespolitischen Instrumente begrenzt sind und sich im
5 Wesentlichen auf Infrastrukturpolitik stützen muss, ist eine nüchterne
6 Zustandsbeschreibung und eine motivierende Zukunftsperspektive für
7 ein sich änderndes Industrieland Baden-Württemberg notwendig. Dies
8 geschieht trotz zahlreicher Kommissionen und Räte nicht. Das
9 Wirtschaftsministerium entwickelt keine Kraft. Die Intervention des
10 Ministerpräsidenten bleibt wirkungslos, weil eine industriepolitische
11 Ausrichtung fehlt. ,

12
13 Jeder für sich‘ statt auf ‚gemeinsam nach vorn‘ dominiert in Baden-
14 Württemberg. Dem Land fehlt ‚Momentum‘. Damit unterliegt unser Land
15 dem Gesetz des ‚gebremsten Vorsprungs‘. Ein relativer
16 Bedeutungsverlust auf hohem Niveau setzt sich fort. Eine öffentliche und
17 politische Debatte darüber findet bislang nicht statt.

18
19 Gefordert ist eine *Industriepolitik neuen Typs* für unser Land. Diese
20 Industriepolitik muss vorausschauend sein und muss sich als ‚positive
21 Anpassungspolitik‘ verstehen. Sie ist nicht steuernd und regulierend,
22 aber stimulierend und motivierend. Sie bedient sich eines von unten nach
23 oben gewachsenen Leitbildes und koordiniert am Standort Baden-
24 Württemberg die europäischen, nationalen, regionalen und lokalen
25 Potentiale. Sie wischt nicht die Verantwortlichkeiten von
26 Unternehmensleitungen, Tarifvertragsparteien und Banken weg. Sie
27 macht diese aber transparent und konfrontiert sie mit einer politischen
28 Vorstellung von der industriellen Zukunft unseres Landes.

30 31 32 **II. Der Rahmen einer vorausschauenden Industriepolitik ändert sich**

33
34 Unbestreitbar war Baden-Württembergs Industrie sowohl im nationalen
35 als auch im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Die aktuelle Krise
36 trifft aber unser Land im Kern. Gefährlich wäre es, sich auf bisherigen
37 Erfolgen auszuruhen. Eine selbstgefällige und hochmütige Auslegung
38 des Spruchs „Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ ist fehl am Platz.
39 Erforderlich ist jetzt eine vorausschauende industriepolitische
40 Konzeption, welche sich den Herausforderungen stellt, die sich aus den
41 wesentlichen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen
42 ergeben.

43
44 Folgende Trends werden auch die industrielle Entwicklung Baden-
45 Württembergs beeinflussen:

46 47 48 1. Internationale Arbeitsteilung und globale Ökonomie

49
50 Der Prozess der internationalen Arbeitsteilung und Globalisierung hat
51 seit Beginn der 90-iger Jahre - unter anderem auf Grund der
52 Entwicklungen im Bereich der Informations- und
53 Kommunikationstechnologien - deutlich an Tempo zugelegt und wird
54 in Zukunft weiter voranschreiten. Diese Entwicklungen spiegeln sich
55 auch in der wirtschaftlichen Entwicklung Baden-Württembergs wider.
56 So weisen beispielsweise alle Leitbranchen einen wachsenden
57 Auslandsumsatzanteil auf. Ein weiterer Indikator ist der deutliche
58 Anstieg der unmittelbaren Direktinvestitionen. Zwischen 1995 und
59 2007 hat sich der Bestand an Direktinvestitionen baden-
60 württembergischer Unternehmen von 26 Mrd. Euro auf 113 Mrd.
61 Euro mehr als vervierfacht. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das
62 Engagement ausländischer Firmen in Baden-Württemberg von 19
63 auf 84 Mrd. Euro.

64
65 Einher geht mit dieser Internationalisierung eine zunehmende
66 Produktionsverkettung durch die Herausbildung transnationaler
67

1 Produktionsnetzwerke. Die Wertschöpfungsketten werden dadurch
2 neu strukturiert. Diese Netzwerke ermöglichen den
3 Industrieunternehmen neben der Erschließung neuer Märkte den
4 Zugang zu neuen Niedriglohnregionen - der die Nutzung
5 komparativer Kostenvorteile ermöglicht - und integrieren diese in die
6 Produktionsverbünde. Diese Entwicklung erzeugt einen weiteren
7 Wandel der Industrie-, Unternehmens- und
8 Beschäftigungsstrukturen.

9
10 Die Verlagerung industrieller Arbeit wird dadurch forciert. Die neuen
11 EU-Mitgliedsstaaten verfügen über hohe Bildungsniveaus und damit
12 auch über die fachlichen und institutionellen Voraussetzungen für
13 eine Spezialisierung auf höherwertige Produkte. Der Prozess der
14 internationalen Arbeitsteilung und Globalisierung, von dem die
15 Industrie unseres Landes besonders betroffen ist, wird deshalb
16 weiter voranschreiten.

18 2. Demographische Entwicklung und Erwerbstätigkeit

19
20 Die absehbare demographische Entwicklung bleibt nicht ohne
21 Folgen für die Arbeitswelt. Das Durchschnittsalter der baden-
22 württembergischen Bevölkerung wird aufgrund des
23 Geburtenrückgangs und der steigenden Lebenserwartung weiter
24 ansteigen. Lag das Durchschnittsalter im Jahre 2000 noch bei 40,2
25 Jahren, wird im Jahr 2025 der Altersdurchschnitt von 45,2
26 Lebensjahre betragen. Zwangsläufig wird der Anteil älterer
27 Erwerbspersonen weiter ansteigen.

28
29 Betrag im Jahr 2000 das Verhältnis der 20 bis 40jährigen
30 Erwerbspersonen zu den 41 bis 60 jährigen noch 112 zu 100, ist
31 bereits 2015 im Land mit einem Verhältnis von 83 zu 100 zu
32 rechnen. Dieser Alterungsprozess der Gesellschaft wird sich auch
33 auf die Belegschaften übertragen und wird aufgrund der
34 Belastungen der Industriearbeit und wegen der sich verändernden
35 Qualifikationsanforderungen eine zusätzliche Herausforderung
36 darstellen. Arbeitspolitische Konzepte für altersgerechtes Arbeiten
37 in der Industrie müssen besonders gefördert werden.

40 3. Technologie und Produktionsentwicklung

41
42 Die weitere Technologie- und Produktionsentwicklung wird die
43 baden-württembergischen Industriestrukturen nachhaltiger als in
44 anderen Ländern verändern. Innovationen sind notwendig. Ein
45 gewollt hohes Innovationstempo verstärkt allerdings auch die
46 Veränderungsdynamik und beschleunigt den Strukturwandel. Neue
47 Informations- und Kommunikationstechnologien haben besonders in
48 der Industrie Produkt- und Prozessinnovationen angestoßen. Der
49 grundlegende Wandel der Industrie und ihre transnationale
50 Vernetzung sind ohne die Entwicklung der Informations- und
51 Kommunikationstechnologien undenkbar. Gerade die Industrie
52 entfaltet eine Dynamik, welche den allgemeinen Trend des
53 Übergangs von der Industrie- zur Wissensgesellschaft vorantreibt.
54 Das Wissen, das in den Produkten enthalten ist, wird weiter steigen.
55 Die Komplexität der Produkte wird weiter zunehmen mit Folgen für
56 Entwicklung und Produktion. Werkstoff-, Mikro- und
57 Lasertechnologien sind weitere entscheidende
58 Querschnittstechnologien für die industrielle Entwicklung, in welchen
59 neue Anwendungsmöglichkeiten denkbar werden. Steigende
60 Komplexität und Vielfalt der Produkte stärken Clusterstrukturen und
61 machen Kooperationen sowie Produktionsvernetzungen
62 unentbehrlich.

63
64
65 Diese Entwicklungen werden zugleich zusätzliche Anforderungen an
66 Logistik und Verkehrsinfrastruktur stellen.

1 Ferner werden durch die Weiterentwicklung der Life Sciences und
2 durch das Wachstum des Gesundheitsbereichs zusätzliche Impulse
3 in der Medizintechnik gesetzt und dort weitere Innovationen
4 angestoßen.

5
6 Nicht nur das steigende Umweltbewusstsein, sondern auch die
7 weiter zu reduzierenden Umweltbelastungen und die zunehmend
8 begrenzten Ressourcen machen weitere umwelttechnologische
9 Entwicklungen - insbesondere im Bereich der regenerativen
10 Industrien - unentbehrlich. In der Industrieproduktion selbst muss
11 das Prinzip der Nachhaltigkeit garantiert sein. Die Umwelt muss
12 weiter entlastet werden. Dieses Erfordernis stellt allerdings selbst
13 einen Innovations- und Wettbewerbsfaktor dar. Insbesondere vor
14 dem Hintergrund der Ressourcenverknappung hat die Entwicklung
15 und Anwendung alternativer Antriebstechniken eine sehr große
16 Bedeutung für Baden-Württemberg, dessen dominante Leitbranche
17 die Automobilindustrie ist.
18 Weitere Potentiale für Innovationen in allen Bereichen beinhaltet die
19 Nanotechnologie. Die Miniaturisierung von Produkten bzw. -teilen
20 oder Strukturen eröffnen neue Anwendungsmöglichkeiten für
21 vorhandene Technologien.
22

23 24 25 4. Frauen und Erwerbstätigkeit

26
27 Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen ist gewollt. Dies
28 entspricht dem Selbstverständnis der Frauen. Die demographische
29 Entwicklung wird den Trend zur Frauenerwerbstätigkeit weiter
30 verstärken. Allerdings ist die praktische Umsetzung der
31 Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer noch mit vielfältigen
32 Problemen behaftet. Neben traditionellem Rollenverständnis gibt es
33 viele alltägliche Hemmnisse, welche den Frauen die Berufstätigkeit
34 erschweren und sie Mehrfachbelastungen aussetzen, da sie immer
35 noch in der Familie die dortigen Verpflichtungen hauptsächlich
36 tragen. Die wachsenden Flexibilitätsanforderungen der Arbeitswelt
37 sind ein zusätzliches Erschwernis, da die
38 Kinderbetreuungsmöglichkeiten wie auch die Schulorganisation im
39 Vergleich zu anderen Ländern verbesserungsbedürftig sind.
40

41 Wenn der wachsende Fachkräftebedarf der Wirtschaft das Potential
42 der Frauen nutzen will, bedarf es hier dringend der Verbesserungen
43 im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mädchen
44 müssen auch in technischen Berufen mehr Chancen bekommen.
45
46

47 **III. Handlungsfelder einer vorausschauenden Industriepolitik jetzt** 48 **gemeinsam angehen – Schwerpunktaufgaben einer Industriepolitik** 49 **neuen Typs**

50 51 Die Mobilität der Zukunft

52
53 Mobilität wird in den kommenden Jahrzehnten neu definiert. Sie ist und
54 bleibt auch eine öffentliche Aufgabe. Insbesondere bei der Infrastruktur.
55 Der Staat sorgt dafür, dass Mobilität im Flächenland gewährleistet ist.
56 Wir wollen aber genauso bei der Entwicklung und Herstellung von
57 Mobilitätskonzepten und -produkten eine aktive Rolle spielen. Das heißt
58 etwa:
59
60

- 61
62 1. Großserienfertigung stärken: Wir müssen alles dafür tun, die
63 Großserienfertigung von Kraftfahrzeugen, aber auch von
64 Komponenten im Lande zu halten bzw. aufzubauen. Wenn die
65 Fertigung verlagert wird, ist auch fertigungsnahe Arbeit und
66 Entwicklung gefährdet. Zur Sicherung industrieller
67

1 Fertigungsstrukturen brauchen wir einen ‚Standort-Dialog‘ in Baden-
2 Württemberg aller Beteiligten. Er ist überfällig.

- 3
4 2. Alternative Antriebe rasch entwickeln: Bei Elektromotoren,
5 Brennstoffzellenantriebsystemen und Hybridantrieben unterstützen
6 wir die ansässigen Firmen in ihrer Strategie, mit zunächst kleinen
7 Stückzahlen einen am Bedarf ausgerichteten Einstieg in den Markt
8 zu finden. Die Forschungsförderung dafür zu bündeln, ist Aufgabe
9 der Landespolitik. Für die Elektromobilität muss aktiv die
10 entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden. Wir fordern, dass
11 neben der vom Bundesverkehrsministerium bereits ausgewählten
12 Region Stuttgart ein zweiter Ballungsraum und ein ländlicher Raum
13 Pilotregionen für eine ‚Elektro-Infrastruktur‘ werden, in denen die
14 Versorgung mit Ladestellen, Bussystemen und Car-Sharing erprobt
15 werden kann.
16
17
18 3. Kombi-Systeme ausbauen: Im Land brauchen wir mehr gute
19 Beispiele für ‚kombinierten Verkehr‘. Das Umsteigen von einem
20 Verkehrsträger auf den anderen muss problemlos sein. Die
21 Verkehrsträger sollen dazu technisch ausgereifter werden. Für
22 solche ‚integrierten Mobilitätskonzepte‘ gründet das Land ein
23 ‚Kompetenzzentrum‘ unter Mitwirkung von Kommunen und
24 Regionen. Sicherzustellen ist auch, dass die Zahl der
25 Verkehrsverbände reduziert, die Vertaktung verbessert und die
26 Bezahlung vereinfacht wird.
27
28 4. Luft- und Raumfahrtentwicklung fördern: Unser Land hat die höchste
29 Zahl an Absolventen in der Luft- und Raumfahrttechnik. Mit dem neu
30 geschaffenen Zentrum an der Universität Stuttgart muss es gelingen,
31 die interessanten industriellen Initiativen in allen Landesteilen zur
32 Zusammenarbeit zu bringen. Auch das satellitengestützte
33 Navigationssystem ‚Galileo‘ braucht eine industrielle Verankerung in
34 unserem Lande.
35

36 Die Energie der Zukunft

37
38 Erneuerbare Energien sind auch für unsere Industrie eine enorme
39 Chance. Die Standorte der industriellen Fertigung und der baulichen
40 Umsetzung werden in diesen Jahren entschieden. Industrie und Staat
41 sind gemeinsam gefordert.
42

- 43 1. Ausrüster Maschinenbau: Erneuerbare Energien bieten enorme
44 Chancen für den Maschinenbau im Lande. Von Windrad-Rotoren
45 über Turbinen bis zu Gasmotoren drängen sich neue Einsatzgebiete
46 zuhause und in der Welt auf. Wir wollen dazu die Marketing-
47 Instrumente des Landes über die heimischen Messen und über BW
48 International im Ausland besser einsetzen.
49
50 2. Energieerzeugung dezentral und zentral ordnen: Erneuerbare
51 Energie können zentral und dezentral erzeugt werden, sie können
52 grundlast- wie spitzenlasttauglich sein. Der Ausstieg aus der
53 Atomenergie ist wie gesetzlich beschlossen möglich. Wir brauchen
54 aber mehr Anstrengungen, um die erneuerbaren Energien im Lande
55 in ausreichender Menge zu erzeugen. Dafür sind die Stadtwerke zu
56 stärken und die Genehmigungsverfahren für Windkraft- und
57 Biomasse-Anlagen zu verändern. Im Lande wollen wir bei
58 landeseigenen und kommunalen Liegenschaften Vorbild für alle
59 CO₂-reduzierenden Maßnahmen sein.
60
61 3. Neue Endgeräte der Energiewirtschaft: Effiziente, schadstoffarme
62 und auch gut designte Endgeräte, wie Heizungen oder
63 Beleuchtungen, sollen ihre industrielle Fertigung in Baden-
64 Württemberg haben. Dafür brauchen wir eine stimulierende Plattform
65 durch einen jährlichen Wettbewerb der besten Ideen.
66
67

1 Die Information der Zukunft

2
3 Die informationstechnische Industrie hat über die letzten Jahrzehnte
4 Hardware-Fertigungs-Kapazitäten im Lande abgebaut. Dies ist kaum
5 mehr rückholbar. Wir brauchen aber einen neuen Schub in der Software-
6 Herstellung und in der IT-Infrastruktur.

- 7
8 1. Open Source-Werkstätte Baden-Württemberg: Unser Land hat gute
9 Chancen, für Open Source-Anwendungen ein wichtiges ‚Labor‘ in
10 Europa zu sein. Viele kleine Firmen sind existent. Wir wollen sie u.a.
11 durch eine konsequente Open Source-Beschaffung in der
12 Landesverwaltung und den Kommunen stärken.
13 2. Schnelle Datenleitungen flächendeckend: Viel zu zögerlich geschieht
14 der Ausbau von leistungsfähigen Datennetzen in unserem Land. Der
15 ländliche Raum droht, abgekoppelt zu werden. Wir wollen alle
16 Gewerbegebiete im Land schnell anschließen und bieten den
17 Betreibern dafür die Mithilfe eines Landesprogramms an.
18 3. Intelligente Steuerung unserer Infrastruktur: Die Steuerung von
19 Heizungen und Lüftungen in öffentlichen Gebäuden, die Lenkung
20 von Verkehrsströmen in Ballungsräumen, die optimierte Nutzung von
21 großen Hallen und Veranstaltungsstätten, die Versorgung und
22 Belegung von Kliniken, die Verladung von Gütern auf die Schiene,
23 u.v.a.m. sind große Herausforderungen für die Steuerung unserer
24 Infrastruktur.
25
26 4. Wir brauchen dazu an unseren Hochschulen sichtbare und
27 genügend ausgestattete Forschungsschwerpunkte und wir brauchen
28 die Anwendung von deren Erkenntnissen in realen Projekten des
29 Landes. Unser Land ist hier nicht als mutiges Einsatzgebiet neuer
30 Konzepte erkennbar.

32 Wohlbefinden der Zukunft

33
34 Eine neue Industrie bildet sich im Zeichen des demographischen
35 Wandels heraus. Sie definiert Produkte und mit ihr verbundene
36 Dienstleistungen, welche dem Wohlbefinden und der Lebens-Balance
37 dienen. Unser Land hat hierzu alle Voraussetzungen und kann hier eine
38 führende Rolle spielen. Beispiele sind:

39
40 Innovative Medizintechnik: Wir unterstützen die existierende, hoch
41 wettbewerbsfähige Branche der Medizintechnik am Standort Baden-
42 Württemberg. Wir sorgen durch europäische und bundesdeutsche
43 Forschungsfördermittel dafür, dass neue, oft branchenübergreifende
44 Vorhaben angegangen werden können.

- 45
46 1. Gesunde Nahrungsmittelerzeugung: Der Südwesten führt bei
47 Nahrungsmittelerzeugung aus biologischem Anbau. Wir wollen durch
48 vorbildliche Beschaffung an allen öffentlichen Einrichtungen unseren
49 Beitrag für eine in Volumen und Qualität hohe Erzeugung leisten.
50 2. Comeback für unsere Textilindustrie: Angenehme und gesunde
51 Fasern, hohe Haltbarkeit, ein herausragendes Design können neue
52 Chancen für ein Comeback der Textilindustrie im Lande sein. Wir
53 stärken dazu das Textilforschungsinstitut in Denkendorf.
54
55

56 QUERSCHNITTAUFGABEN

57 Qualifikationen der Zukunft

- 58
59
60
61
62
63 1. Solide Berufliche Ausbildung dank längerem gemeinsamen Lernen:
64 Die Hauptschule heutiger Prägung schafft insgesamt nicht
65 zufriedenstellend die Grundlagen für eine anschließende betriebliche
66 Berufsausbildung. Mit längerem gemeinsamen Lernen bis zur 6.
67

1 Klasse und der darauf aufbauenden integrierten
2 Gemeinschaftsschule stärken wir die Basis für künftige Fachkräfte
3 wieder und wir gewinnen insbesondere eine große Zahl an Migranten
4 für Berufe in den industriellen Kernen unseres Landes.
5

- 6 2. Enge Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung: Wir
7 wollen die seit Jahren bestehende ‚Schleife‘ von jungen Leuten in
8 ‚Maßnahmen‘ der beruflichen Bildung auflösen. Dafür sind die
9 Unternehmen gefordert Ausbildungsplätze auch mit den betroffenen
10 jungen Menschen zu besetzen und ihnen eine Chance zu geben,
11 hierfür ist jedoch eine qualifizierte Begleitung der Jugendlichen
12 notwendig Gegebenenfalls sind zusätzliche außerbetriebliche
13 Ausbildungsplätze bereit zu stellen. An den Berufsschulen müssen
14 wir die Basis praxiserprobter Lehrer/innen ausbauen und erneuern.
15 Eine ausreichende Unterrichtsversorgung an den beruflichen
16 Schulen in Baden-Württemberg ist zu gewährleisten.
17

- 18
19 3. Ingenieure und Fachkräfte für den Arbeitsmarkt gewinnen und
20 halten: In der Krise wollen wir jungen Menschen, die aktuell keine
21 Anstellung in der Industrie finden, die Chance geben, in
22 interessanten Projekten an den Hochschulen zu arbeiten, um nach
23 zwei Jahren dann auf den betrieblichen Arbeitsmarkt zu gehen. Ein
24 dazu eingerichtetes Programm unterstützen wir und wollen es bei
25 Erfolg ausbauen.
26

- 27
28 4. Weiterbildung ausbauen und erneuern: Fort- und Weiterbildung
29 stehen im Mittelpunkt einer guten Zukunft des Industrielandes
30 Baden-Württemberg. Mit der im Landtag eingerichteten Enquete-
31 Kommission ‚Weiterbildung‘ wollen wir insbesondere auch die
32 Arbeitskräfte aus ‚bildungsfernen‘ Schichten erreichen und ihnen
33 passgenaue Angebote machen. Wir brauchen eine neue Debatte
34 über ein Weiterbildungsgesetz und „Bildungsurlaub“.
35

36 Forschungsland mit Zukunft 37

38 Das Forschungsland Baden-Württemberg hat eine Schiefelage. Es
39 dominieren Forschung und Entwicklung überwiegend in
40 Großunternehmen, Hochschulen und Großforschungseinrichtungen. Es
41 mangelt an Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren
42 Betrieben. Neue Aufgabenfelder werden unzureichend erforscht. Es ist
43 höchste Zeit gegen zu steuern.
44

- 45
46 1. Forschungsplattformen für KMU's an Hochschulen: Kleine und
47 mittlere Unternehmen sollen mit dem Konzept der
48 ‚Forschungsplattformen‘ Zugang zu den FuE-Kapazitäten an unseren
49 Hochschulen finden. Das Land legt einen Pool an
50 Forschungskapazitäten an Hochschulen fest, welche für die kleinen
51 und mittleren Unternehmen bedeutsame Fragestellungen zu ihren
52 betrieblichen Herausforderungen zur Verfügung steht. Wir
53 stimulieren damit technische Spitzenleistungen und wir fördern
54 industrielle Unabhängigkeit.
55

- 56
57 2. Neue Großforschungseinrichtungen nach Baden-Württemberg: In
58 zwei Jahrzehnten deutscher Einheit sind neue Ressourcen für
59 Großforschung zu einem hohen Anteil in neu Bundesländer
60 geflossen. J
61 Jetzt muss es Zeit sein, neue Großforschungseinrichtungen – welche
62 insbesondere mit den o.g. industriellen Schwerpunkten Mobilität,
63 Energie, Information und Gesundheit zusammenhängen – ins Land
64 zu holen. Wir brauchen dafür eine energische und transparente
65 Politik gegenüber der Bundesregierung.
66
67

1 3. Industrielle Labors für das Land gewinnen: Neue industrielle Labors
2 sind in unserem Land möglich. Wenn Qualifikationen und
3 Infrastruktur gegeben sind, sind die Chancen da. Wir brauchen
4 deshalb einen politischen Dialog mit globalen Firmen, in welchem wir
5 die Stärken Baden-Württembergs heraus stellen
6

7
8 Finanzierungen der Zukunft
9

10 Viele Unternehmen im Lande stecken in einer ‚Kreditklemme‘. Unsere
11 Unternehmen benötigen, zumal in der aktuellen Krise, verlässliche und
12 zusätzliche Finanzierungen. Dies gilt grundsätzlich für den Erhalt der
13 industriellen Kerne in der aktuellen Situation, aber auch für die
14 Finanzierung neuer Investitionen im konjunkturellen Aufschwung. Wir
15 stehen zu unseren Vorschlägen:
16

- 17 1. Regionalfonds: Wir wollen über Anleihen Regionalfonds im Lande
18 schaffen, welche – fachlich ausgewiesen besetzt – für Brücken-
19 Finanzierungen von Industrieunternehmen in der aktuellen Krise zur
20 Verfügung stehen.
- 21 2. Bürgschaften: Wir stehen zu Bürgschaften des Landes für in
22 zeitweise wirtschaftliche Schwierigkeiten gekommene Unternehmen
23 und sehen die Rolle des Landes auch als Bürge bei für die
24 Unternehmen bedeutsamen ‚Sprung-Investitionen‘ in eine neue
25 industrielle Zukunft.
- 26 3. Stärkung der LBBW: In einer konzentrierten Landesbanken-
27 Landschaft Deutschland wollen wir die LBBW als eigenständiges
28 Institut stabilisieren und gestalten, das dabei insbesondere den
29 Anforderungen des industriellen Mittelstandes gerecht wird.

30 Unsere Industrie braucht „gute Arbeit“

31 Wachsende Belastungen, neue Leistungsanforderungen, zunehmende
32 Flexibilität sowie veränderte und steigende Qualifikationsanforderungen
33 bestimmen die Industriearbeit von heute und morgen. Unser Anspruch ist
34 es, das Industriearbeit human gestaltet und gerecht bezahlt wird.

35 Industriearbeit muss „gute Arbeit“ sein. Dazu braucht unser Land starke
36 und gestaltungsfähige Tarifpartner.

37 Durch Industriepolitik Wohlstand sichern

38 Durch eine *Industriepolitik neuen Typs* wollen wir die Stärken unseres
39 Landes sichern und ausbauen. In den Risiken, die in der aktuellen Krise
40 offenbar werden, sehen wir zugleich Herausforderungen, die durch eine
41 aktive und gestaltende Politik gemeinsam mit allen Beteiligten bewältigt
42 werden können und zugleich neue Chancen eröffnen. Das Industrieland
43 Baden-Württemberg muss seine industriepolitischen Kompetenzen
44 nutzen, damit Wohlstand und gutes Leben auch in Zukunft möglich sind.
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Arbeits- und Sozialpolitik

Antragsbereich A & S

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Antrag 33 A & S 01**Antragsteller: AfA-Landesvorstand****Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion****Betr.: Gesetzliche Rentenversicherung****Empfehlung erfolgt mündlich****Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die gesetzliche Rentenversicherung als die tragende Säule der Lebensstandardsicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter und bei Erwerbsminderung zu verteidigen und mittelfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

Dies bedingt kurzfristig:

1. Die Rücknahme der Heraufsetzung des Rentenzugangsalters auf 67 Jahre.
2. Verbesserungen des Leistungsniveaus für Menschen, die lang andauernd von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder in prekärer Beschäftigung – insbesondere im Niedriglohnsektor – stehen.
3. Eine Erleichterung des Zugangs zur Erwerbsminderungsrente sowie die Abschaffung der Rentenabschläge bei einem aus gesundheitlichen Gründen erzwungenen vorzeitigen Rentenzugang.
4. Die Erhaltung der Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand für ältere Beschäftigte durch eine Fortsetzung der geförderten Altersteilzeit über das Jahr 2009 hinaus sowie eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Bezug einer Teilrente.

Begleitet werden müssen diese dringend notwendigen Reformschritte von einem grundsätzlichen Paradigmenwechsel: Die Notwendigkeit der Sicherstellung eines auskömmlichen Leistungsniveaus darf nicht länger einem willkürlich gegriffenen Beitragssatzziel untergeordnet werden.

Begründung:

Die Vorzüge einer solidarischen, umlagefinanzierten Rentenversicherung gegenüber den kapitalgedeckten Vorsorgeformen sind im Beschluss der AfA-Bundeskonferenz 2008 „Gute Arbeit – Sicherheit im Alter, Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit“ (unter Ziff. II der Anlage) ausführlich beschrieben und haben durch die aktuelle Finanzkrise ihre Bestätigung gefunden.

Diese grundsätzliche Einschätzung wird in sehr breiten Teilen der Bevölkerung geteilt. Sorge bereitet den Menschen allerdings die in den kommenden Jahrzehnten deutlich zunehmende Gefahr von Altersarmut. Obgleich hierfür vornehmlich Entwicklungen am Arbeitsmarkt, wie die Zunahme von Langzeitarbeitslosigkeit sowie unterschiedlichen Formen prekär Beschäftigung, insbesondere im Niedriglohnsektor, verantwortlich sind, trägt auch die in den vergangenen zwanzig Jahren kodifizierte Rentenpolitik bei vielen Menschen zu der Befürchtung bei, im Lebensabend nicht mehr auf eine auskömmliche gesetzliche Rente zurückgreifen zu können.

Es wurde in der Arbeitnehmerschaft mit Sorge registriert, dass in Folge dieser gesetzlichen Eingriffe das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 um fast ein Drittel sinken wird und es dementsprechend für Menschen mit niedrigem Arbeitsverdienst und/oder längerer Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zunehmend schwieriger bzw. sogar unmöglich wird, Rentenansprüche über dem Grundsicherungsniveau zu erwerben.

1 Ebenso wird angesichts der Arbeitsmarktlage und insbesondere der
2 tatsächlich bestehenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere die
3 beschlossene Anhebung des Rentenzugangsalters auf 67 Jahre als eine
4 weitere Rentenkürzung begriffen.

5
6 Diese Entwicklungen sind nicht nur geeignet, die bestehende Akzeptanz
7 der solidarischen Rentenversicherung in der Bevölkerung zu
8 untergraben, sondern sie haben auch einen wichtigen Teil der
9 sozialdemokratischen Wählerschaft von der Partei entfremdet.
10 Sozialdemokratische Oppositionspolitik im Deutschen Bundestag muss
11 deshalb darauf ausgerichtet sein, den Menschen zu verdeutlichen, dass
12 das Ziel der Sicherung eines auskömmlichen Rentenniveaus für die SPD
13 Vorrang hat.
14 Dies bedingt eine unmissverständliche Korrektur der bereits Gesetz
15 gewordenen Anhebung des Rentenzugangsalters im Rahmen der 2010
16 vorgesehenen Überprüfung der Arbeitsmarktvoraussetzungen.
17

18 Diese sind, insbesondere angesichts der noch nicht überschaubaren
19 Folgen der Finanzkrise für den Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren,
20 schlichtweg nicht gegeben.

21 Ebenso muss umgehend der soziale Schutz der Versicherten mit
22 längeren Phasen von Arbeitslosigkeit oder Niedrigverdiensts verbessert
23 werden. Hierzu kommen beispielhaft folgende Maßnahmen in Betracht:
24

- 25 - Höhere Beitragszahlung durch die Träger der Grundsicherung
- 26 für Zeiten des ALG-II-Bezugs.
- 27 - Rückwirkende Hochwertung bisher niedriger versicherter Zeiten
- 28 des Leistungsbezugs.
- 29 - Hochwertung von Niedrigeinkommen („Rente nach
- 30 Mindesteinkommen“).

31
32 Ferner sollte für ältere Beschäftigte, die in ihrer qualitativen
33 Erwerbsfähigkeit vielfältigen Einschränkungen unterliegen und deshalb
34 nur noch leichte Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarkts verrichten
35 können, wenn konkret kein geeigneter Arbeitsplatz zu finden ist, der
36 Zugang zur Erwerbsminderungsrente eröffnet werden.
37

38 Wird das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aus gesundheitlichen
39 Gründen erzwungen, ist es systemwidrig, diesen vorzeitigen
40 Rentenzugang in der gesetzlichen Rentenversicherung mit Abschlägen
41 zu belasten, zumal in den übrigen Säulen der Altersvorsorge ein solcher
42 Schicksalsschlag in der Regel nicht oder nur unzureichend aufgefangen
43 wird.

44 Älteren Beschäftigten muss auch weiterhin die Möglichkeit eines
45 gleitenden Übergangs in den Ruhestand offen gehalten bleiben. Mit dem
46 Instrument der geförderten Altersteilzeit können dabei
47 Beschäftigungschancen für Jüngere verbessert und die Ausbildung
48 unterstützt werden. Der Übergang mit einem Teilrentenbezug kann durch
49 einfacher ausgestaltete Hinzuverdienstregelungen sowie die Eröffnung
50 der Möglichkeit der steuer- und sozialabgabenfreien Übernahme
51 zusätzlicher Rentenversicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber
52 attraktiver ausgestaltet werden.
53

54 55 **Antrag 28 A & S 02**

56
57 **Antragsteller:** ASF Baden-Württemberg, AfA Baden-
58 Württemberg, AGS Baden-Württemberg, ASG
59 Baden-Württemberg, ASJ Baden-Württemberg
60

61 **Empfänger:** SPD-Bundestagsfraktion
62

63 **Betr.:** Kindererziehungszeiten
64
65

66 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
67

Annahme

1
2 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, den Beschluss der ASF-
3 Bundeskonferenz 2008 in Kassel bezüglich der Anrechnung von
4 Kindererziehungszeiten sofort umzusetzen:

5
6 Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sind
7 Müttern im selben Umfang anzurechnen unabhängig davon, wann die
8 Geburt des/der Kinder war.

9
10 **Begründung:**

11
12 Bisher wird zwischen Geburten bis 12/91 und Geburten ab 01/92
13 unterschieden. Für Geburten bis 12/91 wird Müttern lediglich ein
14 Beitragsjahr in der GRV (gesetzl. Rentenversicherung) angerechnet
15 (entspricht derzeit einer mtl. Rentenzahlung in Höhe von rd. 27 Euro)
16 und für Geburten ab 01/92 werden Müttern drei Jahre Beitragszeit
17 angerechnet (das entspricht derzeit einer mtl. Rentenzahlung in Höhe
18 von rd. 81 Euro).

19
20 3 Kinder vor 1992 bringen demnach soviel Rente wie ein Kind ab 1992.
21 Diese Ungerechtigkeit muss zwingend beseitigt werden.

22
23 Wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Kindergeldurteil richtig
24 festgestellt hat, muss uns jedes Kind gleich viel wert sein. Ebenso muss
25 uns die Erziehungsleistung der Mütter dieser Kinder gleich viel wert sein.

26
27 Bei dieser Regelung, bei der es sich keinesfalls um eine
28 Stichtagsregelung handelt, wie gerne behauptet wird, sondern um eine
29 willkürlich gezogene, ungerechte und ungerechtfertigte Grenze, werden
30 Mütter jüngeren Jahrgangs, denen Erwerbstätigkeit neben
31 Kindererziehung zunehmend erleichtert wurde, bevorzugt behandelt
32 gegenüber Müttern, die –gesellschaftlich gewollt- neben der
33 Kindererziehung einer Berufstätigkeit nur unter erschwerten
34 Bedingungen nachgehen konnten.

35
36 Die Leistung der Kindererziehung für das Solidarsystem der
37 Rentenversicherung darf aber nicht in so eklatanter Weise
38 unterschiedlich gewertet werden, wie es derzeit geschieht.
39 Vergleichbare Forderungen gibt es beim Deutschen Frauenrat und den
40 Gewerkschaften (ver.di, DGB).

41
42
43 **Antrag 73 A & S 03**

44
45 **Antragsteller: Ortsverein Oberes Zabergäu**
46 **Betreff: Solidarität in der Gesellschaft**

Annahme

47
48
49 Der Landesparteitag möge beschließen:
50 Die SPD muss darauf hinwirken, dass die von der FDP zumindest im
51 Gesundheitswesen angestrebte 2-Klassen-Gesellschaft verhindert wird.

52
53 **Begründung:**
54 Ein Leitsatz der deutschen Sozialdemokratie ist die Solidarität und
55 Chancengleichheit in der Bevölkerung. Wir wollen keine
56 Spaltungsversuche zwischen arm und reich, alt und jung und
57 Arbeitnehmern und Arbeitgebenden. Wirtschaftliche Dynamik und
58 Beschäftigung soll für alle gelten. Es darf keine Abkehr vom
59 Solidarprinzip geben.
60

1 **Antrag 30 A & S 04**

2
3 **Antragsteller: AfA-Landesvorstand**
4 **Empfänger: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion**
5 **Betr.: Leiharbeit einschränken und sozial gestalten**
6
7

8 **Leiharbeit einschränken und sozial gestalten!**

9
10 Die AfA-Landesdelegiertenkonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion
11 auf, die gesetzlichen Regelungen zur Leiharbeit wie folgt abzuändern:
12

- 13
14 - Beschränkung der Verleihzeit zu einem Entleiher auf 12 Monate. Ziel
15 muss die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis sein. Dem
16 Betriebsrat des entleihenden Betriebs muss ein Zustimmungs-
17 verweigerungsrecht nach § 99 Abs. 2 eingeräumt werden.
18
19 - Leiharbeiter müssen den Beschäftigten des Entleihbetriebs
20 gleichgestellt werden.
21
22
23
24 - Wiedereinführung des Synchronisationsverbots.
25
26 - Beschränkung der Anzahl der Leiharbeitnehmer auf maximal 10% der
27 Mitarbeiterzahl des Entleihers.
28
29 - Leiharbeitnehmer werden bei der Berechnung der
30 Schwerbehindertenquote mitgerechnet.
31
32 - Leiharbeitnehmer werden im Entleihbetrieb wie
33 Stammmitarbeiter mitgezählt (z.B. Betriebsratsgröße,
34 Freistellungen, ...)
35

36 **Antrag 24 A & S 05**

37
38 **Antragsteller: ASJ Baden-Württemberg, AfA Baden-Württemberg,**
39 **AGS Baden-Württemberg, ASF Baden-Württemberg,**
40 **ASG Baden-Württemberg, Jusos Baden-**
41 **Württemberg**
42

43
44 **Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion**
45

46 **Betr.: Arbeitnehmer-Datenschutz**
47

48 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- 49
50 - **Datenvermeidung und Datensparsamkeit:**
51 Bei der Erfassung und der Verarbeitung von Arbeitnehmerdaten
52 müssen die Grenzen klar definiert werden, damit dem Missbrauch
53 von Arbeitnehmerdaten wirksam vorgebeugt wird.
54 Kernstück ist die Forderung eines besonders schonenden
55 Umgangs der datenverarbeitenden Stellen mit den
56 personenbezogenen Daten; dies muss organisatorisch in größeren
57 Betrieben auch dadurch sichergestellt werden, dass die
58 Personalverwaltung und die Lohnbuchhaltung auch personell
59 getrennt sind.
60
61 - **Verbesserung der Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen**
62 **betrieblichem Datenschutzbeauftragtem und betrieblicher**
63 **Arbeitnehmervvertretung**
64 Die Grundlagen für die Zusammenarbeit zwischen der betrieblichen
65 Arbeitnehmervvertretung und dem betrieblichen
66
67

Anahme in folgender Fassung:

Ersetzen „AfA-Landesd...“ durch
SPD Baden-Württemberg

Leiharbeiter müssen den
Beschäftigten des Entleihbetriebes
gleichgestellt werden. Gleiches
Geld für gleiche Arbeit.

Annahme

1 Datenschutzbeauftragten sind zu verbessern.
2 Der betriebliche Datenschutzbeauftragte darf kein direkter
3 Mitarbeiter der Personalabteilung sein. Er muss in jedem Betrieb
4 zwingend installiert werden.
5 Im Bezug auf § 80 I Nr. 1 BetrVG ist eine Informationspflicht des
6 Datenschutzbeauftragten gegenüber dem BR vorzusehen.
7 Ein Widerspruch des Datenschutzbeauftragten stoppt vorläufig die
8 Durchführung der beanstandeten Maßnahme.
9

10 - **Eigenständige Rechtsgrundlage bei**
11 **Persönlichkeitsverletzungen**

12 Bei der Verletzung des Persönlichkeitsrechts ist eine
13 eigenständige Rechtsgrundlage zu schaffen, die eine
14 Entschädigung für die erlittene Persönlichkeitsverletzung enthält. §
15 253 BGB, auf dessen Grundlage im Arbeitsrecht Entschädigungen
16 zugesprochen werden, reicht nicht aus. Es sind nach dem Vorbild
17 von § 15 II AGG verschuldensunabhängige Entschädigungen
18 vorzusehen (Ergebnishaftung).
19 Darüber hinaus sind den Arbeitnehmern Entschädigungen auch
20 dann zu bezahlen, wenn sie bei Ausübung ihrer Tätigkeit durch
21 Dritte Persönlichkeitsrechtsverletzungen erfahren. Die Vorschrift
22 des § 12 IV AGG ist dabei als Vorbild zu nehmen, diese verlangt
23 vom Arbeitgeber in solchen Fällen, dass er geeignete,
24 erforderliche und angemessene Maßnahmen zum Schutz der
25 Beschäftigten ergreift. Eine an § 12 IV AGG orientierte AG-Pflicht
26 ist erforderlich.
27

28
29 **4. Persönlichkeitsschutz nach § 75 BetrVG stärken**

30 Bei groben, aber auch schon bei einfachen Datenschutz-
31 Verstößen des Arbeitgebers gegen § 75 BetrVG soll der
32 Betriebsrat und die im Betrieb vertretene Gewerkschaft ein
33 Verfahren nach § 23 III BetrVG einleiten.
34

35 - **In betriebsratslosen Betrieben Interimsbetriebsräte vorsehen**

36 In betriebsratslosen Betrieben gibt es keine Überwachung des
37 Persönlichkeitsschutzes durch Betriebsräte, daher sind hier
38 Interimsbetriebsräte vorzusehen. Die Arbeitsgerichte haben auf
39 Antrag von drei wahlberechtigten Arbeitnehmern oder der im
40 Betrieb vertretenen Gewerkschaft einen Interimsbetriebsrat zu
41 bestellen (Verfahren ist dem § 17 IV i.V. m. § 16 II BetrVG
42 nachzubilden).
43 Die Amtszeit des Interimsbetriebsrats ist auf 1 Jahr zu begrenzen,
44 seine Aufgaben bestehen insbesondere in der Überwachung des
45 Persönlichkeitsrechts der Arbeitnehmer. Im Übrigen hat er
46 Beteiligungsrechte in sozialen und personellen Angelegenheiten.
47 Seine vornehmste Aufgabe besteht darin, in dem Betrieb ein
48 Grundverständnis für die Bedeutung des Datenschutzes und des
49 Betriebsverfassungsrechts zu erzeugen und als Abrundung die
50 Installierung eines ordentlichen Betriebsrates auf den Weg zu
51 bringen.
52

53
54 **6. Differenzierte Ausgestaltung**

55 Hierbei sind drei Ebenen zu unterscheiden, die eine differenzierte
56 Ausgestaltung des Arbeitnehmerdatenschutzes erforderlich
57 machen:

- 58 - Bewertung und Quantifizierung der Arbeitsleistung, gemäß den
- 59 arbeitsvertraglich übernommenen wechselseitigen Pflichten.
- 60 - Vermeidung von Schäden des Arbeitgebers und der
- 61 Arbeitnehmer, die insbesondere die Korruptionsbekämpfung des
- 62 Arbeitgebers mit umfassen.
- 63 - Schutz von Firmengeheimnissen.

64
65 In Anlehnung an die gesellschaftsrechtlichen Vorgaben zu den
66 Geschäftsberichten von Wirtschaftsprüfern haben externe
67

1 Datenschutzprüfer Testate über die Einhaltung der
2 datenschutzrechtlichen Bestimmungen abzugeben und diese sind mit
3 den Geschäftsberichten zu veröffentlichen. Hierbei sind auch die intern
4 geltenden Compliance Vorgaben mit in die Prüfung einzubeziehen.
5
6

7 **Begründung:**

8
9 Ein eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzrecht ist erforderlich, weil
10 die Fälle Aldi, Lidl, Deutsche Bahn und Co. In den letzten Monaten
11 gezeigt haben, dass der Datenschutz, wie er im BDSG geregelt ist,
12 breitflächig nicht beachtet wird und Arbeitgeber in grundrechtlich
13 geschützte Rechtspositionen der Arbeitnehmer teilweise massiv
14 eingreifen.
15

16 Die Skandale um Krankendaten, heimlich gefilmte Mitarbeiter, die
17 Kontrolle telefonischer Verbindungsdaten und den massenhaften
18 Kontodatenabgleich bei der Deutschen Bahn, machen ein umgehendes
19 Handeln des Gesetzgebers zwingend erforderlich.
20

21 Der Konflikt zwischen Arbeitnehmerinteressen und Arbeitgeberinteressen
22 muss auch im Zusammenhang mit dem Datenschutz vernünftig
23 austariert werden.
24

25 Einerseits ist sicherzustellen, dass das Eigentum des Arbeitgebers nicht
26 beschädigt wird, seine Dateneinrichtungen nicht missbraucht werden und
27 der Arbeitnehmer die arbeitsvertraglichen Pflichten, die er übernommen
28 hat, erfüllt.
29

30 Andererseits muss der Arbeitnehmer davor geschützt werden,
31 permanent überwacht und kontrolliert zu werden und dafür gesorgt
32 werden, dass sein Persönlichkeitsrecht und sein Recht auf Privatheit und
33 informationeller Selbstbestimmung in dem nach dem Grundgesetz
34 erforderlichen Umfang respektiert wird.
35

36 Das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) in seiner jetzigen Ausgestaltung
37 wird aufgrund seiner allgemeinen Vorgaben den praktischen
38 Bedürfnissen des Persönlichkeitsschutzes des Arbeitnehmers und
39 Arbeitgebers im Rahmen der Arbeitsverhältnisse nicht gerecht.
40

41 Zum einen ist es nicht transparent und zum anderen hat es keine
42 Antworten auf eine Vielzahl von praktisch anstehenden Fragen wie z.B.
43 ob das Einverständnis des Arbeitnehmers erforderlich ist, sobald dessen
44 Name mit dem Unternehmensnamen als E-Mail-Adresse eingeführt
45 werden soll.
46

47 Damit sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber rechtskonform handeln
48 können, muss also ein rechtlich transparenter Handlungsrahmen gesetzt
49 werden.
50

51 Die Präsidentin des BAG Schmidt hob hervor, dass im
52 Bundesdatenschutzgesetz viele Regelungen getroffen seien, die der
53 Rechtsfindung hinsichtlich der anstehenden Fragen im Arbeitsverhältnis
54 nicht immer dienlich seien. Wünschenswert sei ein eigenständiges
55 Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, das die besonderen Anforderungen des
56 Persönlichkeitsschutzes an Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Rahmen
57 des Arbeitsverhältnisses regle (NZA, Heft 5, XII, 2009)
58
59

60 Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier
61 forderte, „die Privatsphäre der Bürger besser zu schützen“. Der Staat
62 habe die verfassungsrechtliche Pflicht, für einen angemessenen
63 Datenschutz der Bürger auch gegenüber privaten Einrichtungen Sorge
64 zu tragen, so Papier in Spiegelonline vom 03.05.2009.
65
66
67

Antrag 29 A & S 06

Antragsteller: AfA-Landesvorstand
Empfänger: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.: Rechte der Betriebsräte

Annahme

Rechte der Betriebsräte bei wirtschaftlichen Angelegenheiten stärken!

Die AfA-Landesdelegiertenkonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, das Betriebsverfassungsgesetz bei § 106 (Wirtschaftliche Angelegenheiten) von einer Beteiligungsform von Informations- und Beratung zu einer qualifizierten Mitbestimmung auszubauen.

Antrag 32 A & S 07

Antragsteller: AfA-Landesvorstand
Empfänger: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.: Behinderung von Betriebsratswahlen

Annahme

Behinderung von Betriebsratswahl, Betriebsratsarbeit und der Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben ist kein Kavaliersdelikt!!!

Die AfA Landesdelegiertenkonferenz fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Strafen für die Behinderung der Betriebsratswahlen, der Betriebsratsarbeit und der Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben und Unternehmen deutlich zu verschärfen.

Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten der Strafverfolgung gem. § 119 (2) BetrVG erweitert werden. Hierzu ist bei den zuständigen Arbeitsministerien oder deren nachgeordneten Behörden eine Zuständigkeit für die Stellung von Strafanträgen zu schaffen.

Im Rahmen des § 20 BetrVG ist bei den zuständigen Arbeitsministerien oder deren nachgeordneten Behörden eine Zuständigkeit für die Überwachung eingeleiteter Betriebsratswahlen zu schaffen.

Antrag 75 A & S 08

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Kreisverband Konstanz
 Der Landesparteitag möge beschließen:

Nichtbefassung

Mitgliedschaft von Arbeitslosen in den Gewerkschaften

Die SPD Baden-Württemberg bittet die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund in Baden-Württemberg, Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, bei ihnen Mitglied zu werden.

Begründung

Zwar behalten Mitglieder der Einzelgewerkschaften ihre Mitgliedschaft falls sie arbeitslos werden. Für Menschen die bereits arbeitslos sind, gibt es nicht in allen Gewerkschaften des DGB die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Arbeitslose sollten aber auch Teil der gewerkschaftlichen Interessenvertretung sein und auch von den Gewerkschaften z.B. in der sozialrechtlichen Beratung Unterstützung erfahren können.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Bildungspolitik

Antragsbereich B

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Antrag 44 B 01

Landesparteitag 27./28 November 2009 in Karlsruhe
Beschluss des Landesparteitages:

Antrag Antragsteller: Landesvorstand
Empfänger: Landesparteitag
Betreff: kommunale Schulentwicklung

Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Bildungsaufbruch jetzt – Schulentwicklung vor Ort unterstützen!

In den Kommunen Baden-Württembergs gibt es zahlreiche Initiativen zur Weiterentwicklung der örtlichen Schullandschaft. Deren Ziel ist, die Bildungschancen der jungen Menschen zu verbessern und ein qualitativ hochwertiges Schulangebot wohnortnah zu erhalten. Die neue Werkrealschule erhöht den Druck, kommunale Schulentwicklungskonzepte zu erarbeiten, denn sie beschleunigt durch die Maßgabe der Zweizügigkeit das Aus der knapp 800 einzügigen Hauptschulstandorte im Land. Doch sämtliche Konzepte, die von Schulträgern beantragt wurden und die die Trennungsphilosophie des dreigliedrigen Schulsystems durchbrechen wollen, werden bisher von der Kultusbürokratie abgelehnt. Die SPD fordert deshalb:

1. Die Schulträger erhalten einen Rechtsanspruch auf Genehmigung innovativer Schulkonzepte, die Kinder länger gemeinsam lernen lassen und sie besser individuell fördern.
2. An den Hauptschulstandorten sollen grundsätzlich 10 Schuljahre für alle Schülerinnen und Schüler vorgehalten werden und neben dem Hauptschul- und dem Werkrealschulabschluss auch der echte Realschulabschluss möglich sein.
3. Die verbindliche, dreistufige Grundschulempfehlung wird abgeschafft und den Eltern nach einer qualifizierten Beratung durch die Grundschullehrkräfte das Recht eingeräumt, selbst über die Wahl der weiterführenden Schulart zu entscheiden.
4. Die Gymnasien können innerhalb des G8 auch einen parallelen neunjährigen Zug zum Abitur einrichten.

Begründung:

Die Schullandschaft in Baden-Württemberg steht vor einem dramatischen Umbruch: die Schülerzahlen gehen zurück, insbesondere die Hauptschulen sind mit einem Schülerrückgang von durchschnittlich 25 Prozent bis 2015 betroffen. Das Übergangsverhalten von der Grundschule auf die weiterführende Schule verschiebt sich immer stärker Richtung Gymnasium. Im Schuljahr 2008/09 wechselten 39,7 Prozent der Kinder nach der 4. Klasse auf das Gymnasium und nur noch 25,1 Prozent auf die Hauptschule. Die Hauptschule verliert also immer mehr an Akzeptanz.

Mit der neuen Werkrealschule läutet die Landesregierung einen „Flurbereinigungsprozess“ in der Schullandschaft ein. Denn die Werkrealschule soll mindestens zweizügig sein. Dadurch wird das Aus der knapp 800 einzügigen Hauptschulen im Land (von insgesamt 1.200) beschleunigt. Die Regierung lässt die einzügigen Standorte am langen Arm verhungern, schiebt bei Schulschließungen den Schwarzen Peter aber trickreich den Kommunen zu.

Einzügige Hauptschulstandorte sollen für die Umsetzung des Werkrealschulkonzepts kooperieren oder fusionieren, doch dies legt den Schulträgern große organisatorische Bürden auf – insbesondere dort, wo die Schulstandorte viele Kilometer voneinander entfernt sind. Die

1 Schülerbeförderung muss neu organisiert und Schulleiterstellen ggf. neu
2 besetzt werden. Und wie die Kooperation mit den Berufsfachschulen in
3 der 10. Klasse organisiert werden soll, ist den Beteiligten schleierhaft.
4 Soziale Bindungen und die Identifikation mit der Schule gehen bei den
5 Schülern verloren, wenn sie an drei Tagen in der Werkrealschule, an
6 zwei Tagen in der Berufsfachschule sind.

8 Die SPD will grundsätzlich zehn Schuljahre für alle Kinder und in diesem
9 Rahmen den Hauptschul-, den Werkrealschul- und den
10 Realschulabschluss anbieten. Bei konsequenter individueller Förderung
11 der Schüler soll dies auch an den 1-zügigen Hauptschulstandorten
12 möglich sein. Diese werden dadurch nachhaltig stabilisiert. Es gibt
13 bereits heute zahlreiche Schulen, die dieses Angebot an ihrem Standort
14 machen möchten und hierfür ein schlussiges Konzept vorgelegt haben.

16 Beispielhaft seien die Gemeinden Mulfingen und Bergatreute genannt.
17 Die SPD schafft so auch den Einstieg in eine Gemeinschaftsschule mit
18 zehn Schuljahren und erreicht, dass die weiterführende Schule im Dorf
19 bleibt. Auch die Realschulen werden dadurch entlastet: sie sind schon
20 heute überfüllt, da sie zusätzlich die vielen „Abgänger“ aus dem G8
21 aufnehmen. Hinzu kommt, dass im letzten Schuljahr landesweit 17 der
22 Kinder, die eine Gymnasialempfehlung hatten, nach der Grundschule
23 nicht auf das Gymnasium, sondern auf die Realschule wechselten.

25 Wie reagiert die Landesregierung auf die Herausforderungen? Sie legt
26 zahlreiche kostspielige Sonderprogramme zur Stärkung der Hauptschule
27 auf, die aber allesamt wirkungslos verpuffen. Sie blockiert innovative
28 Schulentwicklung vor Ort. Ministerpräsident Oettinger und Kultusminister
29 Rau halten ideologisch-verböhrt am dreigliedrigen Schulsystem fest und
30 stellen dadurch hunderte Schulstandorte insbesondere im ländlichen
31 Raum in Frage. Die Kooperation von Haupt- und Realschulen in den
32 Klassen 5 und 6 an 20 ausgewählten Standorten sind ein reine
33 Alibiprojekt, mit dem die Landesregierung auf Zeit spielt.

35 Hingegen begreifen die Kommunen und Schulträger die
36 Herausforderungen als Chance für eine pragmatische und innovative
37 Schulentwicklung. In vielen Kommunen machen sich die Beteiligten vor
38 Ort – Schulen, Eltern, Schulträger, Wirtschaft – auf den Weg der
39 Schulentwicklung. Sie erarbeiten Konzepte, die auf die Situation vor Ort
40 passen, z.B. die 6-jährige Grundschule, das integrierte Realschulangebot
41 an einer Hauptschule, die Kooperation von Hauptschule und
42 Gymnasium. In den letzten Jahren wurden etwa 60 Anträge auf
43 Einrichtung innovativer Schulkonzepte gestellt – sie wurden allesamt von
44 der Kultusverwaltung mit dem Hinweis abgebügelt, solche Konzepte
45 entsprächen nicht den schulgesetzlichen Vorgaben.

47 Die SPD will die kommunale Schulentwicklung und die Innovationsfreude
48 der Kommunen unterstützen, und nicht mit unsinnigen Vorgaben von
49 oben abwürgen. Alle Parteigliederungen greifen das Engagement der
50 Beteiligten auf und werden so zu Triebfedern der Schulentwicklung.
51 Insbesondere für die Mandatsträger vor Ort ergibt sich dabei ein
52 interessantes Betätigungsfeld.

54 Die Schulträger sollen generell einen Anspruch auf Genehmigung
55 innovativer Schulkonzepte bekommen, die Kinder besser individuell
56 fördern und sie länger gemeinsam lernen lassen. Die Beteiligten vor Ort
57 erhalten dadurch größere Handlungsspielräume. Dem „Bildungsaufbruch
58 von unten“ kann auf diese Weise zum Durchbruch verholfen werden. Mit
59 ihrer Position steht die SPD nicht allein. Auch die kommunalen
60 Landesverbände fordern, Schulkonzepte, die auf die Situation vor Ort
61 passen, zuzulassen. So stellt der Gemeindetag in seiner Stellungnahme
62 zum Werkrealschulgesetzentwurf der Landesregierung fest: „[...] Ziel
63 muss sein, „maßgeschneiderte Konzepte“ für eine Raumschaft zu finden.
64 Einheitslösungen für alle nach starren Vorgaben werden nicht
65
66
67

1 funktionieren.“

2
3 Das Ziel der SPD ist, dass alle jungen Menschen bessere
4 Bildungschancen erhalten und Schulstandorte wohnortnah und mit einem
5 breiten Angebot an Abschlüssen erhalten bleiben. Wir wollen den
6 vielerorts bereits begonnenen pragmatischen Reformprozess aktiv mit
7 gestalten, so dass am Ende ein integratives Schulsystem mit einer 10-
8 jährigen gemeinsamen Schulzeit für alle Kinder steht – unabhängig von
9 ihrer sozialen Herkunft, unabhängig von ihrer Begabung, unabhängig ob
10 behindert oder nicht behindert.

11
12
13 ad 4) Gymnasium weiterentwickeln

14
15 Die SPD möchte auch den Gymnasien größere Handlungsspielräume
16 verschaffen. Die SPD-Landtagsfraktion hat aufgrund der anhaltenden
17 Kritik am achtjährigen Gymnasium (G8) im Sommer 2008 eine
18 Elternumfrage durchgeführt. Mit über 10.000 Rückmeldungen wurden die
19 Erwartungen weit übertroffen. Die Ergebnisse sind eindeutig: die Eltern
20 stellen dem G8 ein miserables Zeugnis aus. 72% würden, wenn es am
21 Gymnasium ihres Kindes einen G8- und einen G9-Zug gäbe, für ihr Kind
22 den G9-Zug wählen.

23
24
25 Zum selben Ergebnis kommt eine repräsentative Meinungsumfrage des
26 Meinungsforschungsinstituts TNS Infratest-Sozialforschung. Befragt
27 wurden zwischen 20. April und 3. Mai 2009 rund 1000 repräsentativ
28 ausgewählte, über 18 Jahre alte Wahlberechtigte in Baden-Württemberg.
29 Demnach sehen fünf Jahre nach Einführung des G8 70 Prozent der
30 Baden-Württemberger die Verkürzung der Gymnasialzeit als falschen
31 Schritt an. Selbst unter den eigenen Leuten stößt die Politik der
32 Landesregierung auf große Ablehnung: 61 Prozent der FDP-Anhänger
33 und 63 Prozent der CDU-Anhänger sind gegen das G8. Die
34 Gymnasialpolitik von Oettinger und Rau ist also auf ganzer Linie
35 gescheitert. Laut der Umfrage würden es 70 Prozent der Baden-
36 Württemberger begrüßen, wenn eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und
37 G9 bestünde. Bei den FDP-Anhängern begrüßen 61 Prozent diese
38 Option, bei den CDU-Anhängern sogar 64 Prozent. Die Landesregierung
39 muss wenigstens diese Lösung zulassen, wenn sie schon das G8 gegen
40 den Willen der Mehrheit der Bürger eingeführt hat.

41
42 Als Konsequenz aus diesen Ergebnissen fordert die SPD, dass künftig
43 Anträge von Gymnasien genehmigt werden, die neben dem achtjährigen
44 auch einen neunjährigen Zug zum Abitur anbieten wollen. Die
45 Entscheidung soll die Schulkonferenz unter Mitwirkung des Schulträgers
46 treffen. Eltern und Schüler hätten dann die Wahl zwischen zwei
47 Lerngeschwindigkeiten. Das bedeutet weniger Lernstress und die
48 Chance für mehr junge Menschen, das Abitur am allgemein bildenden
49 Gymnasium zu erwerben.

50
51 Das Auguste-Pattberg-Gymnasium in Mosbach möchte genau diesen
52 Weg gehen und hat ein schlüssiges Konzept erarbeitet. Dies zeigt, dass
53 die Einrichtung von parallelen G8- und G9-Zügen in einer Schule
54 organisatorisch und pädagogisch machbar sind. Das Ansinnen der
55 Schule ist jedoch vom Kultusministerium abgewiesen worden.

56
57
58 **Antrag 68 B 02**

59
60
61 **Antragsteller: Kreisvorstand Calw**

62 Empfänger: Landesparteitag

63 Betreff: Frühkindliche Bildung

64
65 Der Landesparteitag möge beschließen:

Annahme

1 **Förderung der frühkindlichen Entwicklung und Bildung – nun**
2 **müssen Taten folgen**

3
4 Der auf allen politischen Ebenen und in allen Parteien unumstrittenen
5 Bedeutung der frühkindlichen Entwicklung und Bildung muss endlich
6 Rechnung getragen werden, den Ankündigungen und Sonntagsreden
7 vom „Kinderland Baden-Württemberg“ müssen nun auch Taten folgen.
8

9 Die Warnrufe der Kommunen sind dabei ernst zu nehmen: Schon heute
10 sehen sie sich nicht in der Lage, die flächendeckende Einführung des
11 Orientierungsplans, die notwendigen Verbesserungen beim
12 Personalschlüssel oder den Ausbau der Kleinkindbetreuung finanzieren.
13 Bei einer weiteren Belastung der kommunalen Haushalte durch sinkende
14 Einnahmen geraten gerade diese Aufgaben weiter unter Druck, und die
15 Kommunen verlangen eine Kostenübernahme des Landes oder eine
16 zeitliche Verschiebung.
17

18 Die wichtige Aufgabe der Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen
19 Entwicklung und Bildung erlaubt aber keinen Aufschub. Deshalb muss
20 das Land Baden-Württemberg seine Verantwortung für die Bildung auch
21 im frühkindlichen Bereich wahrnehmen und die Finanzierung einer mehr
22 als ausreichenden Ausstattung mit Erziehungs- und Bildungspersonal
23 sicherstellen. Die Qualität der Ausbildung und die Bezahlung des
24 Personals muss dabei die Wertschätzung der frühkindlichen Bildung
25 spiegeln. Dann können auch mehr Männer für dieses Berufsfeld
26 gewonnen werden.
27

28
29 **1. Gebt den Erziehern und Erzieherinnen Zeit für die Kinder!**

30 Der notwendige Qualitätssprung in der frühkindlichen Bildung
31 braucht eine verbesserte Ausbildung des Erziehungs- und
32 Bildungspersonals. Vor allem aber muss durch eine Verbesserung
33 des Personalschlüssels erreicht werden, dass Erzieherinnen und
34 Erzieher Zeit nicht nur für die Dokumentation der Entwicklung,
35 sondern auch genügend Zeit für die Kinder selbst aufbringen.
36

37 **2. Sprachförderung für alle - von Anfang an!**

38 Der frühkindlichen Sprachentwicklung muss wegen ihrer
39 Auswirkungen auf Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe
40 das höchste Augenmerk gelten.

41 Dabei darf die Bildungspolitik der Landesregierung nicht weiter in
42 ihrer Defizitorientierung verharren, sie darf nicht mühsam und teuer
43 festgestellte Defizite in der Sprachentwicklung in Kleingruppen
44 therapieren. Die wissenschaftliche Begleitung des
45 Sprachförderungsprojekts der Landesstiftung hat schon vor Monaten
46 empfohlen, die zur Verfügung gestellten Mittel für die
47 Sprachförderung in der Breite einzusetzen. Sprachförderung beginnt
48 vor der Entstehung von Defiziten und fördert die Entwicklung der
49 Sprachfähigkeiten aller Kinder, ohne gleich wieder (aus)zu sortieren.
50

51
52 **3. Bezieht die Eltern mit ein!**

53 Bildung ist auch Elternsache – die Bildung der Eltern nicht nur in
54 Erziehungsfragen, auch deren Wertschätzung von Bildung hat einen
55 entscheidenden Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder. In einem
56 Bildungshaus, wo Kindertagesstätte, Grundschule und Einrichtungen
57 der Erwachsenenbildung verzahnt arbeiten, kann auch ein Angebot
58 für Elternbildung Raum finden.
59

60 **Antrag 52 B 03**

61
62 **Antragsteller:** Juso-Landesverband Baden-Württemberg;
63 AfA Baden-Württemberg
64 **Empfänger:** SPD-Landesparteitag
65 **Betreff:** Verbesserung der Qualität unserer
66 **Berufsschulen**
67

1
2 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

3
4 **„Zukunft – fällt heute aus“ – Verbesserung der Qualität unserer**
5 **Berufsschulen**

6
7 Berufsschulen sollten im dualen System der Berufsausbildung eine
8 zentrale Funktion darstellen. Berufsschulen haben im klassischen
9 Verständnis Ausbildungsinhalte fachtheoretisch zu flankieren und
10 praktische Fertigkeiten inhaltlich zu untermauern.
11

12 Nach Angaben der IHK sowie bestätigt durch das Ministerium für Kultus,
13 Jugend und Sport sind die Berufsschulen dazu nur noch bedingt in der
14 Lage. LehrerInnenmangel und Unterrichtsausfall prägen das derzeitige
15 Bild, welches unsere Berufsschulen darbieten. Ebenso schlecht bestellt
16 ist es um die weiterführenden beruflichen Schulen unseres Landes. Die
17 von der CDU so hoch gelobte „Durchlässigkeit“ des dreigliedrigen
18 Schulsystems existiert einzig noch auf dem Papier, die Realität besagt:
19 Nur die Besten eines Jahrgangs bekommen die Chance, einen
20 höherwertigen Schulabschluss zu absolvieren.
21

22 Zudem ist eine Bugwelle aus bereits geleisteten Mehrarbeitsstunden im
23 Kommen, welche unsere Berufsschulen zu überfluten droht.
24 Kultusminister Rau hielt beständig dagegen: „derzeit findet man keine
25 LehrerInnen auf dem Markt“, ließ er verlauten, ein wirkliches Bemühen
26 war allerdings nicht zu erkennen.
27

28
29 Deshalb fordert die SPD gerade in Zeiten der Krise:

- 30 1. Anreize schaffen und Hürden abbauen, um einen Wechsel von
31 der Wirtschaft in den Schuldienst zu erleichtern:
 - 32 - Finanzielle Anreize, z.B. eine „TechnikerInnen-Zulage“
33 für dringend benötigte IngenieurInnen.
 - 34 - Veränderung des Beamtenrechts, damit Übergänge
35 aus der Wirtschaft vereinfacht werden können.
 - 36 - Pädagogisches Schulungskonzept für alle
37 QuereinsteigerInnen.
- 38
39 2. Ein Werbekonzept für das Studium zum/zur Berufsschullehrer/in
40 seitens des Landes Baden-Württemberg.
- 41
42 3. Fairer Umgang mit ReferendarInnen; lückenlose Übernahme
43 nach dem Referendariat in den Schuldienst.
- 44
45 4. Die Möglichkeit für Schulen, LehrerInnenstellen früher
46 ausschreiben zu können .
- 47
48 5. Einrichtung von Poolklassen an allen weiterführenden Schulen in
49 Zeiten der Krise.
- 50
51 6. Klassenteiler in beruflichen Schulen auf 28 SchülerInnen pro
52 Klasse senken – kann auch in Stufen bis zum Jahr 2011
53 geschehen.
- 54
55 7. Schaffung von SchulsozialarbeiterInnen-Stellen in allen
56 beruflichen Schulen unseres Landes.
- 57
58 8. Bessere individuelle Förderung in der Schule; im Detail:
59 Hausaufgabenbetreuung, Förderung der Sprachkompetenzen für
60 SchülerInnen mit Migrationshintergrund,
61 Ganztagesangebotsangebot.
- 62
63 9.

64
65
66 **Antrag 31 B 04**
67

1
2 **Antragsteller:** AfA-Landesvorstand
3 **Empfänger:** SPD-Bundestagsfraktion
4 **Betr.:** Grundrecht auf Ausbildung
5
6

Überweisung an Bundestags-
fraktion

7 **Grundrecht auf Ausbildung**
8

9
10 1. Wir fordern ein Grundrecht auf eine berufliche Ausbildung, das in der
11 Verfassung verankert wird und eingeklagt werden kann. Deshalb
12 unterstützen wir die Petition an den Deutschen Bundestag und fordern
13 dazu auf die Unterschriftenaktion in allen Bereichen einzusetzen:
14 www.ausbildung-fuer-alle.de
15

16 2. Die SPD-Bundesfraktion wird aufgefordert, sich für eine Erweiterung
17 der gegenwärtigen Grenzen des geltenden Rechts einzusetzen, damit
18 auch zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze, wie vom Verwaltungsrat
19 der Bundesagentur für Arbeit beschlossen, insbesondere für
20 Altbewerber/innen, finanziell gefördert werden können. Die örtlichen
21 Abgeordneten werden aufgefordert, diese Forderung in den
22 entsprechenden Gremien voranzutreiben.
23

24 3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das
25 Berufsausbildungssicherungsgesetz in Kraft zu setzen, um somit die
26 Möglichkeit tariflicher Regelungen zur Schaffung von ausreichend
27 Ausbildungsplätzen den notwendigen Nachdruck zu verleihen.
28

29 4. Die Landesregierung wird aufgefordert;

- 30
31 - die Lehr- und Lernbedingungen an den allgemeinbildenden
32 Schulen zu verbessern um die Vermittlung von
33 Ausbildungsfähigkeit und Berufsreife zu stärken.
34
35 - ein flächendeckendes Angebot an gebundenen
36 Ganztagschulen zu schaffen und die notwendigen Lehrkräfte
37 und pädagogischen Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden.
38 Weiter sollen Schulgebäude ausgebaut und erweitert werden,
39 um die nötigen Flächen für den Ganztagesbetrieb zu schaffen
40 (Mensa, Arbeitsräume, Aufenthaltsräume, ...)
41
42 - die gemeinsame Schulzeit bis zum 9. Schuljahr zu verlängern.
43

44 Die AfA Baden-Württemberg unterstützt in diesem Zusammenhang die
45 Initiative „Länger gemeinsam lernen“.
46

- 47
48 - Jugendlichen per Landesverordnung eine verbindliche
49 Anrechnung vorhandener vollzeitschulischer Ausbildungsgänge
50 auf eine Berufsausbildung in der Wirtschaft zu gewährleisten.
51 - in Baden-Württemberg eine Meldepflicht der Unternehmen für
52 Ausbildungsstellen einzuführen.
53
54 - die Durchlässigkeit von der Berufsbildung in die Hochschule
55 zukünftig durch ein flächendeckendes Angebot von „dualen
56 Berufskollegs“ und den Erwerb der Zusatzqualifikation
57 „Fachhochschulreife“ in der dualen Ausbildung auszubauen. Die
58 Bundesregierung, sowie die Landesregierungen und Gemeinden
59 werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Kammern bzw.
60 andern zuständigen Stellen, die ausbildenden und nicht
61 ausbildenden Betriebe stärker in die Pflicht zu nehmen und sie
62 auf ihre gesellschaftliche Verantwortung hinzuweisen. Auch
63 müssen stärkere Kontrollen durchgeführt werden, ob die
64 vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte ordnungsgemäß vermittelt
65 werden. Darüber hinaus muss der Unterrichtsausfall an den
66 Berufsschulen verhindert und ausreichend qualifizierte
67

1 Berufsschullehrer/innen eingestellt werden.

2
3 Außerdem muss ein Konzept zur Anrechnung erworbene beruflicher
4 Kompetenzen entwickelt und erprobt werden. Hier muss das Land die
5 gesetzlichen und strukturellen Rahmenbedingungen schaffen.

6
7
8 **Begründung:**

9
10 **Ausbildungsplatzsituation in Baden-Württemberg Oktober 2007:**

- 11
12 - nur 44% der 83.405 Jugendlichen, die sich bei den
13 Arbeitsagenturen für einen Ausbildungsplatz gemeldet haben,
14 bekamen wurden in Ausbildung vermittelt.
15
16 - 39.074 (46,8%) der Gesamtbewerber/innen sind
17 Altbewerber/innen
18
19 - gerade noch 28 Prozent aller Betriebe im Land bilden aus (IAW-
20 Studie 2005)
21

22
23 Die demografische Entwicklung zeigt, dass wir in Baden-Württemberg
24 nachdem 2012 zwei Abiturlehrgänge die Schule verlassen, einen
25 Rückgang der Schulabgänger/innenzahlen haben werden. Dies bewirkt
26 langfristig einen Fachkräftemangel, sowie eine nachhaltige Gefährdung
27 des auf Qualifikation basierenden Produktionsmodells in Baden-
28 Württemberg.

29
30 Gerade für ein Land wie Baden-Württemberg ist es deshalb gerade jetzt
31 wichtig, dass alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung bekommen.
32 Dies erhöht nicht nur die Beschäftigungsfähigkeit der Jugendlichen,
33 sondern erhöht die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und ist ein Motor
34 für Innovation.

35
36 Die Branchen, vor allem Handwerk und Hotel- und Gaststättengewerbe,
37 die im Moment mit hohen Zahlen an Ausbildungsplätzen prahlen, werden
38 von den Gewerkschaften sehr kritisch beäugt. Denn vor allem hier gibt
39 es viele „schwarze Schafe“, die scheinbar Auszubildende vorrangig als
40 kostengünstige Arbeitskraft einstellen. Dem muss Einhalt geboten
41 werden.
42

43 Schulen brauchen Rahmenbedingungen und Strukturen, die es
44 ermöglichen, bessere Lernbedingungen für alle Schülerinnen und
45 Schüler zu schaffen. Gebundene Ganztagschulen mit entsprechenden
46 pädagogischen Konzepten bieten hierfür die besseren Voraussetzungen.
47 Die AfA legt Wert darauf, dass die Ganztagschule mit neuen Formen
48 des fächerübergreifenden Lernens, des Projektunterrichts und des
49 integrierten Unterrichts einhergeht.
50

51
52 **Antrag 43 B 05**

53
54
55 **Antragsteller: Landesvorstand**
56 **Empfänger: Landesparteitag**
57 **Betreff: Hochschulen/Wissenschaft**
58

59 Der Landesparteitag möge beschließen:

60
61 **Reform der Lehrerinnen-Ausbildung**

- 62
63
64
65 1. Die Ausbildung der ErzieherInnen und LehrerInnen muss neu
66 konzipiert werden
67

Empfehlung erfolgt mündlich

1
2 Baden-Württemberg braucht den Bildungsaufbruch. Die SPD fordert
3 bessere Bildung für alle. Der skandalöse Zusammenhang von sozialer
4 Herkunft und Bildungschancen muss aufgebrochen werden. Unter dem
5 Stichwort „Bildungsaufbruch“ entwickelt die SPD weitreichende
6 Reformkonzepte für das Land Baden-Württemberg. Im Mittelpunkt steht
7 die individuelle Förderung jedes Einzelnen – von klein an bis ins hohe
8 Alter.

9
10 Die SPD begreift Bildung umfassend. Das Recht auf Bildung beginnt mit
11 der Geburt und besteht lebenslang. Daran hat sich die Landespolitik zu
12 messen. Ein breites Bildungsverständnis mit Blick auf junge Menschen
13 überwindet die engen Zuständigkeitsgrenzen zwischen Familien
14 (=Erziehung), Schule (=Bildung) und Jugendhilfe (=Betreuung). Die
15 individuelle Förderung ist Voraussetzung für optimale Lern- und
16 Entwicklungsleistung und muss daher zu einem Strukturprinzip in allen
17 Bildungseinrichtungen werden.

18
19 Es liegt auf der Hand, dass die absehbaren und von der SPD im Verbund
20 mit zahlreichen gesellschaftlichen Gruppierungen und Verbänden
21 angestrebten Änderungen weitreichende Konsequenzen für die
22 Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen haben. Das
23 Bildungssystem von morgen braucht eine ausreichende Zahl von
24 ErzieherInnen und LehrerInnen, die auf diese neuen
25 Herausforderungen umfassend vorbereitet und für diese speziell
26 ausgebildet sind.
27

28 29 30 **2. Ausgangssituation**

31
32 Die Ausbildung für ErzieherInnen geschieht überwiegend an speziellen
33 nichtakademischen Fachschulen. Entsprechend schlecht ist die
34 Bezahlung der Fachkräfte im Elementarbildungsbereich. Eine
35 Qualifizierung der Ausbildung hat noch nicht stattgefunden. Die
36 Entwicklung der Kindergärten und Kindertagesstätten weg von
37 Aufbewahrungsanstalten hin zu Bildungseinrichtungen erfordert aber dringend
38 die Aufwertung der ErzieherInnenausbildung durch Akademisierung.

39
40 Die Lehramtsstudiengänge an pädagogischen Hochschulen und an den
41 Universitäten sind weitgehend am Bild des Lehrers als
42 Wissensvermittler ausgerichtet. Es wird gelehrt, wie man Fächer
43 unterrichtet, aber nicht, wie man die individuellen Lernprozesse von
44 Kindern und Jugendlichen begleitet und moderiert.

45
46 Pädagogik und pädagogische Psychologie kommen quantitativ zu wenig,
47 nicht mit der notwendigen Systematik, wenig vernetzt und kaum
48 evidenzbasiert vor. Die Praxisvernetzung zu den Schulen durch Praktika
49 und zu den Ausbildungsseminaren ist meist nur sehr eingeschränkt
50 vorhanden.
51

52
53 Vor und während des Studiums findet keine individuelle Beratung im
54 Hinblick auf die Berufswahl und kein Qualifikationsverfahren im Sinne
55 einer Bestenauswahl für den Lehrberuf statt. Die Lehramtsstudiengänge
56 für die verschiedenen Schultypen werden gegeneinander abgeschottet,
57 Übergänge sind sehr schwierig.

58
59 Insbesondere im an Universitäten angesiedelten Lehramt für den
60 gymnasialen Bereich dominieren nach wie vor die Fachwissenschaften,
61 obwohl diese bereits durch die Reformen der letzten Jahrzehnte über
62 Gebühr hinaus eingeschränkt wurden. Es muss aber auch festgestellt
63 werden, dass das fachwissenschaftliche Studium z.T. zu wenig auf die
64 sich ändernden Anforderungen der Schule bezogen ist.
65 Anwendungsorientierte Ansätze und fächerübergreifende Aspekte
66 spielen eine zu geringe Rolle.
67

1
2 Die reflexive, philosophische Hinterfragung findet kaum statt, obwohl sie
3 gerade für zukünftige Lehrer, die immer auch Erzieher sind, von
4 besonderer Bedeutung ist.

5
6 An diesem Sachverhalt hat auch die jüngst erfolgte Reform der
7 Lehramtsstudiengänge in Baden-Württemberg wenig geändert.

8 9 10 **3. ErzieherInnen und LehrerInnen – Elemente einer zukünftigen** 11 **Profession**

12
13
14 Für die Ausbildung der Lehrkräfte vom Elementar- bis zum
15 Sekundarstufenbereich muss es ein herausragendes Ziel sein, eine
16 professionelle, pädagogische Identität herauszu-bilden und zu fundieren.
17 Soll der Kindergarten künftig auch eine Stätte frühkindlicher Bildung
18 werden, müssen die ErzieherInnen methodisch und didaktisch auf die
19 neue Aufgabe vorbereitet werden.

20
21 Dazu sind die heutigen Ausbildungsstätten nicht in der Lage. Das
22 subjektive Bewusstsein, man wisse, wie Lehrersein geht, muss durch
23 eine wissenschaftliche Grundlegung dieses Berufs auch in den
24 Bereichen Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Didaktik und Methodik
25 überwunden werden. Dies muss ebenso wie die gründliche
26 fachwissenschaftliche Ausbildung integraler Bestandteil einer
27 professionellen Identität des Lehrerberufs werden.

28
29
30 Diese Grundlegung auch in den Bildungswissenschaften darf nicht nur
31 rein kognitiv erfolgen, sondern muss durch reflektierte Praktika und
32 Übungen, durch Selbsterfahrungsgruppen und Teilnahme an
33 Coachingprozessen verinnerlicht und intensiviert werden.

34
35 ErzieherInnen und LehrerInnen brauchen mehr als früher ein
36 ganzheitliches Berufs-verständnis. Eine Kindertagesstätte, an der Kinder
37 nicht nur aufbewahrt sondern gebildet und erzogen werden, eine Schule,
38 die nicht mehr bloße Halbtagschule ist, in der im Wesentlichen am
39 Vormittag im Stundenrhythmus Stoff vermittelt wird, braucht
40 ErzieherInnen und LehrerInnen, die sich in ganzheitlicher Weise – und
41 das heißt weit über die fachlichen Aspekte hinaus – für die Kinder und
42 Jugendlichen verantwortlich wissen und sich auf sie einlassen. Die
43 individuelle Entwicklung jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen muss
44 das Ziel sein. Von großer Bedeutung für die Ausbildung der LehrerInnen
45 und ErzieherInnen ist die **Grundlegung einer professionellen Identität.**

46
47
48
49 Es muss eine deutliche **Pädagogisierung** der Ausbildungsgänge
50 stattfinden in dem Sinne, dass es für die Studierenden möglich ist, eine
51 solide pädagogische Profession und Identität auszubilden. Nicht nur sind
52 deshalb die pädagogisch-psychologischen Ausbildungsanteile quantitativ
53 auszubauen. Sie sind auch qualitativ umfassend darzustellen. Die
54 Studierenden sind an die reflektierte Auseinandersetzung mit ihrer
55 eigenen Persönlichkeit, ihren Persönlichkeitsstrukturen heranzuführen.
56 Dass damit die Ausbildung für den Elementarbereich und die
57 Lehramtsstudiengänge anspruchsvoller werden, liegt auf der Hand.
58 Ebenso zeichnet sich ab, dass auch der erziehungswissenschaftliche
59 Teil der Ausbildung einen klaren curricularen Aufbau braucht.

60
61 Was eine Lehrkraft heutzutage können muss, ist differenziert und sehr
62 komplex. Natürlich ist besonders im Sekundarbereich ein breites und
63 solides **Fachwissen** auf dem Hintergrund eines wissenschaftlichen
64 Studiums unabdingbar. Das ist essentiell für die universitäre
65 Anschlussfähigkeit (Hochschulreife) der gymnasialen Bildung, aber nicht
66 nur dafür. Fundierte fachwissenschaftliche Kenntnis ist für alle
67

1 Sekundarstufenlehrer ebenso essentiell wie Pädagogik, diagnostische
2 Skills, Lerntheorie und praktische Lehrerfahrung. Die verschiedenen
3 Reformen der letzten Jahre haben eine erhebliche Reduktion der
4 fachwissenschaftlichen Teile insbesondere für die
5 Lehramtsstudiengänge in den Sekundarbereichen gebracht.

6
7 Schon heute ist die notwendige Tiefe in den Fachwissen-schaften und
8 Breite in ihren Anwendungen nicht mehr gewährleistet. Daher muss für
9 die Sekundarstufen die **fundierte fachwissenschaftliche Ausbildung**
10 **wieder herge-stellt werden**. Klar ist, dass dies zusammen mit der
11 gewünschten Pädagogisierung des Studiums nur zu organisieren ist,
12 wenn man für das Studium ausreichend Zeit von etwa 10–12 Semestern
13 ansetzt.

14
15 Man mag zum Bologna Prozess, der uns die gestuften und
16 modularisierten Studiengänge brachte, stehen wie man will: Sicher ist,
17 dass er bis auf weiteres unumkehrbar ist. Zum Wintersemester 2009/10
18 werden die letzten Diplom- bzw. Magisterstudiengänge eingestellt und
19 stattdessen Bachelor- und Masterabschlüsse angeboten. Das
20 fachwissen-schaftliche Studium in den Lehramtsstudiengängen für die
21 Sekundarstufen wird sich diesen Fakten anpassen müssen.

22
23 An den Hochschulen sind nirgendwo die notwendigen Lehrkapazitäten
24 vorhanden, um die fachwissenschaftlichen Lehramtsstudiengänge
25 eigenständig neben den grundständigen wissenschaftlichen Bachelor-
26 und Masterstudiengänge mit eigenem Veranstaltungsangebot und ganz
27 eigener Struktur zu führen. Dies wäre auch gar nicht wünschenswert.

28
29 Die Integration des fachwissen-schaftlichen Teils der
30 Lehramtsstudiengänge in die grundständigen wissenschaftlichen
31 Studiengänge an den Hochschulen bringt nämlich nicht nur erhebliche
32 Synergieeffekte im Lehrbetrieb, sondern hat darüber hinaus
33 grundsätzliche Bedeutung für die professionelle Identität der
34 FachlehrerInnen.

35
36 Daher sollte die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master
37 als Chance für die völlige Neukonzipierung der Lehramtsstudiengänge
38 begriffen werden, anstatt veraltete und zu überwindende Konzeptionen
39 beizubehalten oder sie gar in das konsequente Bachelor- und
40 Masterkonzept – wie in das Bett des Prokrustes – hinein zu zwingen.
41 Man sollte daher **Bachelor und Master ernst nehmen** ohne bewährte
42 Strukturen der bisherigen Lehramtsstudiengänge aufzugeben.

46 47 4. Strukturelemente im neuen Ausbildungskonzept

48
49 Es ergeben sich folgende konkreten Strukturelemente für die
50 zukünftigen Lehramtsstudiengänge vom Elementar- bis zu den
51 Sekundarbereichen:

- 52
53 a) **Akademisierung der ErzieherInnenausbildung:** Den
54 Einrichtungen im Elementarbereich (Kindergärten,
55 Kindertagesstätten, Vorschulen) wachsen zu-nehmend Bildungs-
56 und Erziehungsaufgaben zu.
57 Das Personal muss für diese Aufgaben in Theorie und Praxis
58 fundiert und umfassend ausgebildet werden. Das notwendige
59 Niveau der Ausbildung entspricht einem Hochschulstudium.
60 Deshalb sollten an Hochschulen Studiengänge für das Lehramt
61 im Elementarbereich (die heutigen ErzieherInnen) eingerichtet
62 werden. Als berufsqualifizierender Abschluss ist in einem ersten
63 Schritt an eine Bachelorabschluss gedacht. Die Gehälter der
64 ErzieherInnen müssen dann entsprechend der höheren
65 Qualifizierung angepasst werden.
- 66 b) **Die schulspezifischen Lehrämter durch Stufenlehrer**
- 67

1 **ersetzen:** Die SPD fordert längeres gemeinsames Lernen der
2 Kinder und Jugendlichen. Da machen schulartspezifische
3 Lehramtsstudiengänge keinen Sinn mehr. Die Lehrämter sollten
4 nach Schulstufen (Elementarbereich, frühkindliche Bildung,
5 Sekundarstufe I und II) unterteilt werden. Dabei sind alle
6 Bereiche verschieden aber gleichwertig, für den
7 Elementarbereich ist der Bachelorabschluss ein erster Schritt in
8 diese Richtung. Gleichwertigkeit bedeutet dann aber auch
9 gleiche Bezahlung.

10 c) **Fakultäten für die Bildungswissenschaften einrichten:** Auch
11 an den Universitäten, die Lehramtsstudiengänge anbieten, sind
12 eigenständige Fakultäten für die Bildungswissenschaften
13 einzurichten. Damit soll der Lehrerbildung in allen Hochschulen
14 mit Lehramtsausbildung eine eigenständige Verankerung
15 gegeben werden, die ihr in der Konkurrenz mit anderen
16 Aufgaben „Augenhöhe“ ermöglicht. Die Studierenden in den
17 Lehramtsstudiengängen sind diesen Fakultäten zugeordnet.

18 d) **Orientierungs- und Berufspraktika frühzeitig anbieten und**
19 **mit den theoretischen bildungswissenschaftlichen Anteilen**
20 **verzahnen:** Bereits das Hochschulstudium muss umfangreiche
21 berufspraktische Sequenzen in Form von Orientierungs- und
22 Berufspraktika enthalten. Fach- und bildungswissenschaftliche
23 Studien müssen mit den schulpraktischen Studien interaktiv
24 angelegt werden.

25 e) **Elementarbereich und frühkindliche Bildung miteinander**
26 **verzahnen:** ErzieherInnen und PrimarstufenlehrerInnen
27 absolvieren zunächst einen gemeinsamen pädagogischen
28 sechssemestrigen Bachelorstudiengang. In einem ersten Schritt
29 kann der Bachelorabschluss ergänzt durch ein Staatsexamen
30 die Qualifikation für den ErzieherInnenberuf bieten. Ebenfalls
31 können hier neue Qualifikationen und Berufsfelder für den
32 Schuldienst erschlossen werden. Die Ausbildung zum
33 Primarstufenlehrer erfolgt dann in einem viersemestrigen
34 Masterstudiengang.

35 f) **Für den Sekundarbereich Fachwissenschaft,**
36 **Bildungswissenschaft und praktische Ausbildung**
37 **verbinden:** Das Lehramtsstudium für den Sekundar-
38 insbesondere für den gymnasialen Bereich muss so gestaltet
39 werden, dass beides ganz und richtig gemacht wird, dass
40 Fachwissenschaft in der nötigen Tiefe und
41 Bildungswissenschaften mit praktischen Erfahrungen in der
42 notwendigen Breite erworben werden. Gutes Fachwissen ist
43 Voraussetzung für guten Unterricht. Diesen Schluss legen
44 zumindest Ergebnisse aus dem langjährigen Forschungsprojekt
45 COAKTIV des Max-Planck-Instituts (MPI) für Bildungsforschung,
46 Berlin, nahe. Genauso wichtig für die Schule der Zukunft
47 sind fundierte Kenntnisse des Lehrpersonals in Didaktik und den
48 Bildungswissenschaften, sowie eine gründliche praktische
49 Ausbildung. Hierfür diesen Zweck sollen die fachdidaktischen
50 und bildungswissenschaftlichen Studienanteile erhöht werden,
51 um für pädagogisch-psychologische Lehr/Lernzusammenhänge
52 zu sensibilisieren und den Erwerb von Diagnose-, Beurteilungs-
53 und Beratungskompetenz sowie den Umgang mit heterogenen
54 Lerngruppen zu fördern.

55 g) **Den Bolognaprozess ernst nehmen:** Die Studienangebote sind
56 zweistufig anzubieten und in Module zu gliedern, mit einem
57 ersten, schwerpunktmäßig fachwissenschaftlichen
58 ausgerichteten Bachelorabschluss und einem Master-
59 aufbaustudium, das überwiegend den Bildungswissenschaften
60 und der praktischen Ausbildung gewidmet ist. Es ist zu
61 überlegen, ob das Referendariat nicht in diesen
62 Aufbaustudiengang zu integrieren ist. Alle
63 Lehramtsstudiengänge sollen mit dem Staatsexamen
64 abschließen.

1 h) **Eine fünfjährige Berufseingangsphase anschließen:** In
2 Kooperation mit den Staatlichen Seminaren für Didaktik und
3 Lehrerbildung und den Hochschulen wird der schulische Einsatz
4 im Rahmen von Seminartagen mit verbindlichen
5 Fortbildungsmaßnahmen begleitet.

6 i) **Fortbildung ernst nehmen:** Die Fort- und Weiterbildung der
7 Absolventen aller Bildungsstudiengänge soll erheblich
8 ausgeweitet und systematisiert werden, um in den nächsten
9 Jahren möglichst alle Lehrkräfte einbeziehen zu können. Die
10 Aufgaben der Lehrerfort- und Weiterbildung sind:

- 11 • Die bildungswissenschaftliche und fachbezogene
12 Weiterqualifikation der LehrerInnen, um die
13 gegenwärtige schulische Praxis stärker forschend zu
14 analysieren und theoriegestützt zur Verbesserung der
15 Qualität des Unterrichts zu reflektieren,
- 16 • Die Vorbereitung auf Führungsfunktionen bzw.
17 Übernahme von Koordinations-, Verwaltungs- und
18 Leitungsaufgaben,
- 19 • Die Koordination der Weiterbildungsangebote von
20 Schulen, Akademien, Hochschulen mit einem
21 entsprechenden Angebot an die Staatlichen Seminare
22 für Didaktik und Lehrerbildung. Hinzu treten Angebote
23 des Fernstudiums. Die mit Präsenzphasen (in der
24 unterrichtsfreien Zeit) kombiniert werden. Für
25 „Quereinsteiger“ in den Lehrerberuf sollen besondere
26 Weiterbildungsangebote entwickelt und bereitgestellt
27 werden.

28 Für diese Aufgaben erweist sich die modulare Struktur der
29 Hochschulstudiengänge besonders geeignet und sollte
30 dementsprechend eingesetzt werden.

31 Aus diesen Strukturvorgaben sollen in den nächsten Monaten konkrete
32 Modellstudien-gänge für alle Lehramtsstufen entwickelt und konkretisiert
33 werden.
34
35

36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Antragsbereich ELV

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67

Antrag 1 ELV 1

Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg
Empfänger: SPD-Landesparteitag
Betreff: Erweiterung des VerbraucherInnen-
Informationsgesetzes

Überweisung an
Bundestagsfraktion

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Erweiterung des VerbraucherInnen-Informationsgesetz

Wir fordern eine Erweiterung des VerbraucherInnen-
Informationsgesetzes und eine bessere Schulung der
KundenberaterInnen bei Finanzdienstleistern, um die KundInnen besser
vor großen Verlusten zu schützen. Wir fordern eine Erweiterung des
VerbraucherInnen-Informationsgesetz dahingehend, dass der Kunde/die
Kundin genaue Auskunft über die Inhalte und Risiken von
Finanzprodukten erhält.

Die jeweiligen BeraterInnen der Finanzdienstleister sollen verpflichtet
werden, diese Informationen zu geben. Durch diese Regelung soll
gewährleistet werden, dass der Kunde/die Kundin einen besseren
Überblick erhält und dadurch nach einer eingehenden Risikoberatung
abschätzen kann, ob er bereit ist, dieses Risiko einzugehen.

Um effektiv über Risiken aufklären zu können, soll dem
VerbraucherInnen-Informationsgesetz an dieser Stelle noch ein
Musterformular beigelegt werden. Dieses wird von einer
ExpertInnenkommission ausgearbeitet und muss von den
Finanzdienstleistern bei der Beratung verpflichtend herangezogen
werden. BankkundInnen können so besser vor Risiken gewarnt werden.

Außerdem sollen die KundenberaterInnen auch selbst eine
angemessene Ausbildung im Risikomanagement erhalten, um
sicherzustellen, dass sie – wie es bislang nicht der Fall zu sein scheint –
auch wissen, was sie eigentlich verkaufen und so stärker in die
Verantwortung genommen werden können. Dies könnte auch durch die
Einführung einer Art staatlichen Lizenz zum Verkauf von
Finanzmarktprodukten oder ähnlichem geschehen.

Diese Ausweitung des VerbraucherInnen-Informationsgesetzes soll
dem/der Endverbraucher/in eine bessere Orientierung am Finanzmarkt
und damit einen höheren Schutz vor Fehlinvestitionen verschaffen.
Durch die Erweiterung der Informationspflicht und der
Qualifikationserfordernisse der Finanzdienstleister und ihrer
MitarbeiterInnen soll zum einen eine Stärkung des Einzelnen und zum
anderen ein verantwortungsvolleres Verhalten der Finanzmarktakteure
erreicht werden.

Diese staatliche Maßnahme wirkt in zwei Richtungen. Zum einen kann
sie einen entscheidenden Beitrag zum Verbraucherschutz leisten, der
sich wiederum positiv durch neues Vertrauen in die Finanzmärkte
fortsetzen kann. Zum anderen wirkt ein Zwang zu mehr Kompetenz und
Transparenz positiv auf die Finanzmärkte. Dies ist, vor allem vor dem
Hintergrund der aktuellen Geschehnisse, wünschenswert und notwendig.

Wir sind der Meinung, dass weder beim/bei der durchschnittlichen
Käufer/in noch beim/bei der durchschnittlichen Verkäufer/in von
gängigen Finanzprodukten davon ausgegangen werden kann, dass
diese in der Lage sind, die potenziellen Renditen und Risiken
ausreichend gegeneinander abzuwägen. Von den noch komplexeren
Verhältnissen auf den Finanzmärkten ganz zu schweigen. Diese
Intransparenz erfordert einen staatlichen Eingriff, der der Pflicht des

1 Staates, den/die Verbraucher/ in zu unterstützen und dadurch zu
2 schützen, wie er es auch in anderen Situationen tut, gerecht wird.

3
4 Um diesen positiven Effekt zum Schutz der VerbraucherInnen zu
5 verstärken, fordern wir darüber hinaus auch, dass Prämienzahlungen für
6 abgeschlossene Finanzverträge massiv eingeschränkt bzw. vollständig
7 abgeschafft werden. Maßgeblich für einen Vertragsabschluss über
8 Finanzprodukte sollte die Qualität der Produkte, das Vertrauen der
9 KonsumentInnen in den Finanzdienstleister sowie das Vertrauen des
10 Finanzdienstleisters in sein angebotenes Produkt sein. Es darf nicht die
11 gängige Praxis fortgesetzt werden, in der Produkte teilweise nur verkauft
12 und den KundInnen aufgedrängt werden, um Prämienzahlungen
13 einzustreichen und nicht wegen der Sinnhaftigkeit und dem allgemeinen
14 Nutzen eines Vertragsabschlusses.

15 **Antrag 55 ELV 02**

16
17
18 **Antragsteller: SPD KV Freiburg**
19 **Empfänger: SPD-Landesparteitag**

20 **Keine gentechnisch veränderten Organismen in unserer** 21 **Landwirtschaft**

22
23
24
25 Wir lehnen den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen in
26 der Landwirtschaft ab.

27
28 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion
29 auf, alles zu unternehmen, um die Freisetzung gentechnisch veränderter
30 Organismen (grüne Gentechnik) in der Landschaft zu unterbinden.

31
32 Die Koexistenz von gentechnisch verunreinigten und „sauberen“
33 landwirtschaftlichen Produkten ist biologisch nicht möglich. Wenn das
34 landwirtschaftliche Urprodukt gentechnisch verunreinigt ist, gibt es auf
35 der Ebene der verarbeiteten Produkte keine Auswahlmöglichkeit.

36 **Antrag 59 ELV 03**

37
38
39 **Antragsteller: SPD KV Freiburg**
40 **Empfänger: SPD-Landesparteitag**

41 **Jeder muss von seiner Arbeit leben können – auch die Landwirte.** 42 Ohne Regeln geht es nicht.

43
44
45 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion, die SPD-Bundestagsfraktion und
46 die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich dafür
47 einzusetzen, dass jeder von seiner Arbeit leben kann, auch die
48 Landwirte.

49
50 Wir wollen, dass unsere Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft
51 verlässliches Einkommen aus der Erzeugung des hochwertigen
52 Lebensmittels Milch und der Landschaftspflege erzielen können. Durch
53 die landwirtschaftliche Nutzung der Milchviehbetriebe wird die
54 Offenhaltung der Landschaft gewährleistet und dadurch die
55 Tourismuswirtschaft in strukturschwachen ländlichen Regionen
56 gesichert. Im Rahmen der regionalen Nahversorgung werden dem Markt
57 verbrauchernahe Erzeugnisse und dem Arbeitsmarkt vor- sowie
58 nachgelagerte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt.

59 Unsere Milchviehbetriebe brauchen verlässliche wirtschaftliche
60 Rahmensetzungen, um auch in Zukunft ihre wirtschaftlichen und
61 landespflegerischen Leistungen vollbringen zu können.

62
63 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion
64 auf, sich dafür einzusetzen, dass für die Milcherzeuger die
65 nachfrageorientierte Mengensteuerung eingeführt wird. Wie in Kanada,
66 wo eine vergleichbare Regelung bereits seit über 40 Jahre erfolgreich
67

Erledigt durch Beschlusslage

Überweisung an Landtags-
fraktion, Bundestagsfraktion,
SPE

1 umgesetzt wird, findet mit wissenschaftlicher Unterstützung ein ständiges
2 Monitoring durch eine Kommission, der Vertreter aus allen
3 gesellschaftlich relevanten Gruppen angehören, statt. Durch regelmäßig
4 angepasste Milchmengen wird auch in Zukunft die Existenz der
5 bäuerlichen Landwirtschaft, die Qualität des Lebensmittels Milch und die
6 Attraktivität unserer Tourismuslandschaften erhalten.

7 Diese Lösung kostet kein zusätzliches Steuergeld.

8 Begründung: Zum Jahr 2015 soll nach Beschluss des Ministerrats die
9 Milchquote auslaufen. Das ist der Zeitpunkt, zu dem die Milchwirtschaft
10 in die Freie Marktwirtschaft entlassen werden soll. Dies wäre
11 gleichbedeutend mit der weiteren Eskalation des Preisdrucks auf den
12 Erzeugerpreis für Milch. Unsere Milchbauern leisten mit ihrer Tätigkeit
13 einen wichtigen Beitrag zur Versorgung mit einem wichtigen und
14 qualitativ hochwertigen Lebensmittel und zur Landschaftspflege.

15 **Antrag 69a ELV 04**

16
17 **Antragsteller: Landesvorstand**

18 ***Für naturnahe Wälder und den Schutz der Artenvielfalt***

19
20
21
22 Unsere Wälder leiden nicht nur unter den Folgen des Klimawandels und
23 der Luftverschmutzung sondern mehr und mehr auch unter einer
24 stiefmütterlichen Art der Waldbewirtschaftung. Wir Sozialdemokraten
25 setzen uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die auf die Belange
26 des Natur- und Artenschutzes Rücksicht nimmt. Wir fordern daher
27 verbindliche Vorschriften für die gute fachliche Praxis in der
28 Waldwirtschaft, die Ausweisung zusätzlicher Waldschutzgebiete und die
29 Stärkung der staatlichen und kommunalen Forstverwaltung.

30 31 **I. Naturnahe Waldwirtschaft**

32
33 Wir fordern, dass nachfolgende Regeln einer Naturnahen Waldwirtschaft
34 in einem novellierten Bundeswaldgesetz bzw. im Landeswaldgesetzes
35 BW verbindlich fest geschrieben werden. Ihre Einhaltung ist von der
36 staatlichen Forstverwaltung zu überwachen. Verstöße gegen diese
37 Vorschriften sind zu ahnden.

- 38
39 - Hauptziel ist die Erhaltung und Schaffung von Wäldern mit einem
40 hohen Anteil standortheimischer Baumarten. Maßstab ist die
41 potentielle natürliche Waldgesellschaft. In der Regel sind dies
42 Buchenmischwälder mit wechselnder Beimischung von Eiche,
43 Tanne oder anderen standorttypischen Baumarten. Angestrebt wird
44 ein mehrstufiger, ungleichaltriger Waldaufbau.
- 45
46 - Der Naturverjüngung ist Vorrang vor Saat und Pflanzung zu geben.
47 Bei Saaten oder Pflanzungen darf kein gentechnisch verändertes
48 Saat- und Pflanzgut verwendet werden.
- 49
50 - Auf Düngung als Mittel zur Ertragssteigerung ist zu verzichten.
51 Kalkungen zur Kompensation von schadstoffbedingter
52 Versauerung im Oberboden dürfen nur vorgenommen werden,
53 wenn eine Bodenuntersuchung zeigt, dass eine solche Maßnahme
54 notwendig ist.
- 55
56 - Pestizide und andere organische Pflanzenschutzmittel werden nicht
57 eingesetzt.
- 58
59 - In Althölzern sind mindestens 5 starke Bäume je ha Waldfläche
60 dauerhaft zu markieren und aus der Nutzung zu nehmen.
61 Liegendes und stehendes Totholz im Umfang von mindestens 20
62 m³/ha Waldfläche ist dauerhaft im Wald zu belassen.

63 64 65 **II. Waldschutzgebiete**

Überweisung an
Landtagsfraktion

1 Zur Erhaltung der biologischen Vielfalt fordern wir die Ausweisung
2 zusätzlicher Waldschutzgebiete in Baden-Württemberg:

- 3
4 - 5 % der Waldfläche sind als Bannwald aus der Bewirtschaftung zu
5 nehmen. Dies entspricht den Zielen der nationalen Strategie der
6 Bundesregierung zur Erhaltung der biologischen Vielfalt.

8 **III. Stärkung der öffentlichen Forstverwaltung**

9
10 Zur Realisierung und Durchsetzung der naturnahen Waldwirtschaft
11 fordern wir:

- 12
13 - einen Stopp des Personalabbaus in der Forstverwaltung des
14 Landes und der Gemeinden und eine vermehrte Einstellung von
15 Nachwuchspersonal,
16
17 - Obergrenzen für die Flächenausdehnung der Forstdienstbezirke
18 und
19
20
21 - eine Belegschaft an Waldfacharbeitern im öffentlichen Wald, die es
22 ermöglicht, die Pflegearbeiten überwiegend und die
23 Holzerntearbeiten zumindest teilweise in Eigenregie durchzuführen.

24
25 Zur Begründung dieser Forderung stellen wir fest: Der Personalabbau in
26 der staatlichen und in den kommunalen Forstverwaltungen und die
27 Auflösung von zahlreichen Forstdienststellen, wie sie im Zuge
28 Verwaltungsreform der Landesregierung seit nunmehr zwei Jahrzehnten
29 praktiziert werden, sind mit einer nachhaltigen, pfleglichen und am
30 Gemeinwohl orientierten Waldwirtschaft nicht vereinbar. Seit Jahren wird
31 sowohl bei den Förstern wie bei Forstwirten (Waldarbeitern) so gut wie
32 kein Nachwuchs mehr eingestellt. Eine Naturnahe Waldwirtschaft ist nur
33 möglich, wenn die Wälder von ausreichend und gut ausgebildetem
34 Fachpersonal betreut werden.

35 36 **Gegen Landschaftsverbrauch durch Zersiedlung**

37
38 Wir Sozialdemokraten setzen uns für ein Ende des ungezügelten
39 Landschaftsverbrauchs ein. Wir fordern ein Gesetz, das die staatlichen
40 und kommunalen Planungsträger verpflichtet, den Landschaftsverbrauch
41 entsprechend der demografischen Entwicklung zu beschränken und
42 landesweit auf Netto Null zurückzuführen. Wir treten für folgende
43 Maßnahmen ein:

- 44
45 - Die bauliche Entwicklung der Gemeinde ist auf die
46 Innenentwicklungspotentiale zu lenken. Das sind Baulücken,
47 ehemals bebaute Flächen wie Siedlungsbrachen, Konversions- und
48 Altlastenflächen, nicht mehr genutzte Industrie- und Wohngebäude
49 sowie nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Betriebsgebäude.
50 Aus ökologischen Gründen erforderliche Grünflächen sind zu
51 erhalten oder neu anzulegen.
52
53 - Die Gemeinden sind nach landeseinheitlichen Vorgaben zu
54 verpflichten, ihre Innenentwicklungspotenziale zu erfassen, zu
55 beplanen und bekannt zu machen sowie den Vorrat an baurechtlich
56 ausgewiesenen und/oder bereits erschlossenen, aber noch nicht
57 genutzten Bauflächen zu erfassen und bekannt zu machen.
58
59 - Bei Baumaßnahmen auf der grünen Wiese sind andernorts gleich
60 große Flächen zu entsiegeln und der Natur zurückzugeben.
61
62 - Zur Minimierung des Flächenverbrauchs ist das Bodenrecht, die
63 Baunutzungsverordnung, das Grundsteuerrecht
64 (Versieglungsabgabe) und die Wohneigentumsförderung zu
65 reformieren.
66
67

- 1
2 - Dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist der
3 Vorrang vor dem weiteren Ausbau des Straßennetzes zugeben.
4
5 - Ziel muss sein, künftig kompakte Siedlungsstrukturen mit kurzen
6 Wegen zu schaffen.
7

8 **Begründung:**

9
10 Obwohl die Bevölkerung in Baden-Württemberg im Jahr 2008 erstmals
11 abgenommen hat, werden immer noch neue Wohn- und
12 Gewerbegebiete, Straßen und Parkplätze geschaffen. Im Jahr 2008
13 betrug der tägliche Flächenverbrauch 8,2 ha oder etwa 12 Fußballfelder.
14 In den letzten 50 Jahren haben wir im Lande soviel Fläche für Siedlung
15 und Verkehr beansprucht wie alle Generationen vor uns. Die negativen
16 Folgen des Flächenverbrauchs sind seit langem bekannt:
17

- 18 - wertvolle Naturräume gehen verloren und werden zerschnitten,
19 die Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren leidet,
20 - die Versiegelung der Böden beeinträchtigt die Wasserversickerung
21 und die Grundwasserbildung,
22 - die land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche wird reduziert,
23 - der Reiz und die natürliche Schönheit der heimatlichen Landschaft
24 gehen verloren.
25

26
27 Neuer Flächenverbrauch kann weitgehend vermieden werden, wenn die
28 Siedlungsentwicklung auf die Innenentwicklungspotenziale gelenkt wird.
29 Sie sind landesweit nicht erhoben, werden aber auf 23.000 ha bis 36.000
30 ha oder 10 % bis 20 % der bestehenden Gebäude- und Freifläche im
31 Land geschätzt. (Quelle: Landesentwicklungsbericht 2005).
32

33 **Antrag 69b ELV 5**

34
35 **Antragsteller: Landesvorstand**

36 ***Agrarpolitik braucht dringend einen Kurswechsel***

37
38
39 Angesichts der Zunahme des Hungers in der Welt, vor allem in den
40 Entwicklungsländern, und der Überschussproduktion von
41 Nahrungsmitteln in den Industrieländern mit der Folge enormer
42 Umweltschäden fordern wir Sozialdemokraten dringend einen
43 Kurswechsel in der nationalen, europäischen und internationalen
44 Agrarpolitik.
45

46 Die Entwicklung hat gezeigt, dass die konventionellen Rezepte einer
47 industrialisierten Landwirtschaft zur Produktionssteigerung (mehr
48 Kunstdüngereinsatz, mehr Pestizide, mehr Massentierhaltungen, mehr
49 Gentechnik und patentiertes Saatgut etc.) nicht geeignet sind, dem
50 geplanten Ziel einer Halbierung der Zahl der Hungernden weltweit bis
51 2015 (FAO-Beschluss von 1995) näherzukommen.
52

53
54 Wir fordern deshalb, dass innerhalb der EU so rasch wie möglich
55 folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 56
57 • Abschaffung der Exportsubventionen für den Export von
58 Lebensmitteln in Drittländer, weil sie, besonders in Afrika, die
59 einheimischen Märkte zerstören;
60
61 • Drastische Reduzierung der Futtermittelimporte, vor allem aus
62 ärmeren Ländern, in die EU;
63
64
65 • Sofortiger Stopp der Importe von Agrosprit aus Schwellen- und
66 Entwicklungsländern;
67

Überweisung an SPE

- Beendigung der Investitionsförderung aus Brüssel für den Bau von Großanlagen zur Massentierhaltung, Festlegung von Obergrenzen;
- Konsequente Förderung der artgerechten Haltung von Nutztieren;
- Erhöhung der Zulagen für Grünland und Milchviehbetriebe, besonders in benachteiligten Gebieten;
- Begrenzung von Direktzahlungen für Einzelbetriebe, gerechtere Aufteilung und strikte Kappungsgrenze für große Agrarfabriken;
- Verzicht auf Gentechnik und weitergehende Rationalisierung der Massenproduktion;
- Umstellung der Agrarforschung auf die Bedürfnisse einer nachhaltigen, an ökologischen Kriterien ausgerichteten bäuerlichen Landwirtschaft;
- Beendigung der von EU-Kommission und Bundesregierung verfolgten Liberalisierungs- und Deregulierungsbestrebungen im Bereich der Nahrungsmittelversorgung.

Eine Zukunft für den Ländlichen Raum

Der Ländliche Raum leidet in vielfältiger Weise unter den Konsequenzen der Industrialisierung der Landwirtschaft und der Weltmarktideologie der EU-Agrarpolitik. Diese hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich von den Vorstellungen und Verpflichtungen der Römischen Verträge von 1957 entfernt.

Wir Sozialdemokraten treten deshalb für eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ein. Das heißt, wir wollen, dass die EU am Europäischen Agrarmodell und damit am Leitbild einer multifunktionalen Landwirtschaft festhält.

Dies bedeutet, dass die Landwirtschaft nicht allein die Aufgabe hat, gesunde Lebensmittel zu produzieren, vielmehr muss das Ziel der Agrarpolitik darüber hinaus sein, dafür zu sorgen, dass:

- die Kulturlandschaft gepflegt wird,
- die Artenvielfalt von Flora und Fauna erhalten wird,
- eine möglichst flächendeckende Bewirtschaftung in allen europäischen Regionen stattfindet, soweit dies mit Zielen des Naturschutzes vereinbar ist,
- die bäuerlichen Betriebe in den Mittelgebirgen und anderen benachteiligten Gebieten erhalten bleiben,
- eine sichere dezentrale Versorgung der Verbraucher mit frischen naturbelassenen Lebensmitteln aus der Region gewährleistet wird, und zwar zu angemessenen Preisen,
- lebendige Ländliche Räume mit eigenen Entwicklungschancen und einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen erhalten bzw. wieder gewonnen werden.

Begründung:

Die Entwicklung der letzten Jahre hat deutlich gemacht, dass weder die Hungerbekämpfung in der Welt von Erfolg gekrönt ist noch die ungerechte Verteilung von Nahrungschancen gemildert werden konnte und dass die nördlichen Industrieländer ihrerseits längst an die Grenzen ihrer Produktionsmethoden stoßen. Entgegen den

1 Milleniumsbeschlüssen der FAO (1995) wird die Zahl der Unterernährten
2 weiter steigen und bis zum Ende des Jahrzehnts mehr als eine Milliarde
3 Menschen betragen
4 Nach dem Weltagrarbericht der Vereinten Nationen (IAASTD), an dem
5 400 internationale Wissenschaftler mitgearbeitet haben, kommt es nicht
6 auf die Steigerung der Produktion um jeden Preis an, sondern auf die
7 Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und deren Produktion vor Ort.
8

9 Das sei der entscheidende Faktor für die Bekämpfung von Hunger und
10 Armut weltweit. Der Bericht weist daraufhin, dass weit mehr als 80% der
11 Menschheit durch die Arbeit von Kleinbauern und nicht durch agrarische
12 Großbetriebe ernährt werden. Er erklärt deshalb ohne Umschweife
13 "Business as usual ist not an Option" und fordert einen radikalen
14 Paradigmenwechsel und eine Abkehr von marktradikalen Tendenzen im
15 Weltagrarhandel Die Anwendung angepasster und bewahrter Techniken
16 und die Nutzung traditionellen Wissens seien die besten Garanten für die
17 Ernährungssicherheit und die Schaffung sowohl nationaler als auch
18 regionaler Ernährungssouveränität
19

20 Die Europäische Agrarpolitik, die nach Gründung der EWG beachtliche
21 Erfolge hinsichtlich einer raschen und reichlichen
22 Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung vorweisen konnte, hat in den
23 letzten Jahrzehnten durch eine falsche Förderpolitik und einseitige
24 Ausrichtung auf industrielle Produktionsmethoden unheilvolle
25 Entwicklungen ausgelöst. Die bereits aus den 70er Jahren stammende
26 Maxime "Wachsen oder Weichen" sorgte dafür, dass mittlere und
27 kleinere Betriebe systematisch vernachlässigt und häufig zur Aufgabe
28 gezwungen wurden, weil nur noch sog Wachstumsbetriebe eine Zukunft
29 haben sollten.
30

31
32 Der Trend zu Agrarfabriken anstelle von Bauernhöfen wurde durch die
33 politischen Vorgaben nach Kräften gefordert, sowohl beim Ackerbau als
34 auch in der Tierhaltung In der Milchviehwirtschaft mussten z. B. seit 1990
35 mehr als zwei Drittel der Bauern ihre Betriebe aufgeben. Konzentration
36 auf bestimmte "Gunstlagen", Zerstörung regionaler Strukturen, Fusionen
37 und Übernahme kleinerer Molkereien durch Großkonzerne, Beseitigung
38 dezentraler Schlachthöfe etc. - all dies führte zu einem zu
39 Monostrukturen, ausgeräumten Landschaften und langen
40 Transportwegen, die dem Klimaschutz diametral zuwiderlaufen, vor allem
41 aber auch zu immer höheren Futtermittelimporten aus Schwellen- und
42 Entwicklungsländern, und zum andern als Endeffekt zu einer sinnlosen
43 und teuren Überschussproduktion.

44 Der hohe Fleisch- und Fettkonsum in den USA und Europa trägt
45 beispielsweise erheblich zur Vernichtung riesiger Regenwaldflächen im
46 Amazonasgebiet und auf Sumatra bei, weil die kahlgeschlagenen
47 Flächen größtenteils zur Anlage von Soja- und Palmölanlagen genutzt
48 werden. Dieser ausbeuterische Weg führt schon deshalb nicht in die
49 Zukunft, weil die Naturressourcen endlich sind und weil der rasante
50 Anstieg der Weltbevölkerung von heute 6 auf 9,5 Milliarden bis zum
51 Jahre 2050 die Armut vermehren und nicht vermindern wird.
52

53
54 Im Interesse der 500 Millionen Einwohner der 27 Mitgliedsländer muss
55 der Kurs der EU Agrarpolitik neu durchdacht werden. Das Ergebnis kann
56 nicht eine uneingeschränkte Weltmarktöffnung sein, denn dies hätte zur
57 Folge, dass die Nahrungsmittelversorgung unserer Bevölkerung von den
58 unvorhersehbaren und oft abrupten Schwankungen des globalen
59 Marktes, und letztlich auch von Spekulationen, abhängig würde. Wir
60 lehnen die damit verbundenen Risiken aus politischen, gesellschaftlichen
61 und ethischen Gründen ab. Man könne, so erklärte der frühere
62 französische Agrarminister Michel Barnier 2008, die Frage der Ernährung
63 nicht dem Markt überlassen. Hier gehe es schließlich um die
64 menschliche Existenz und um Frieden oder Unfrieden in der Welt. Über
65 diese Themen sollten wir die Debatte eröffnen
66
67

1 **Antrag 72 ELV 06**

2
3 **Antragsteller: Ortsverein Oberes Zabergäu**
4 **Empfänger: Landesparteitag 2009 in Karlsruhe**
5 **Betreff: Einhaltung der AKW-Stillegungsfristen**
6
7

8 Der Landesparteitag möge beschließen:
9 Die SPD muss darauf hinwirken, dass es beim während der rot/Grünen
10 Regierung beschlossenen Atomausstieg bleibt. Unsere Zukunft liegt in
11 erneuerbaren Energien.
12

13
14 **Begründung:**
15 Der weitere Betrieb schrottreifer Meiler behindert die weitere
16 technologische Entwicklung erneuerbarer Energieformen. Es darf nicht
17 sein, dass GKN1 mit verminderter Leistung so lange betrieben wird bis
18 der Abwracktermin verstrichen ist. Nur in Kernkraftwerken wird das in der
19 Natur nicht vorkommende Nervengift Plutonium erzeugt. Jeder weitere
20 Tag Laufzeit vermehrt die Produktion dieser hochgiftigen Substanz.
21 Sichere Endlager über Jahrtausende sind dafür auf unserem Globus
22 nirgends ausgewiesen.
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Erledigt durch Beschlusslage

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Finanz- und Steuerpolitik

Antragsbereich F & S

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Antrag 10 F & S 01**Antragsteller: KV Ulm****Annahme in folgender Fassung****Ein handlungsfähiger Staat ist Voraussetzung für den Wohlstand im Land**

Die Finanzmarktkrise, deren Ende immer noch nicht absehbar ist, hat unsere sozialen und demokratischen Staatsstrukturen existentiellen Gefahren ausgesetzt. Sie hat den Staat gezwungen, zahlungsunfähige private Banken zu retten, weil ansonsten das gesamte Finanzsystem zusammengebrochen wäre. Aber auch im öffentlichen Bankensektor konnten die spekulativ geführten Landesbanken nur durch massive Interventionen der Eigner vor dem Ruin bewahrt werden.

Wird Begründung

Mit den Rettungsmaßnahmen des Staates wurde der größte Teil des Risikos des Spekulationskapitals von der öffentlichen Hand übernommen, anstatt die wertlosen Forderungen durch deren Eigner abschreiben zu lassen.

Private Banken müssen, wenn sie in die Zahlungsunfähigkeit geführt wurden, wie jedes andere insolvente Unternehmen behandelt werden können. Sie dürfen nicht, warum auch immer und seien sie zu groß, so systemrelevant werden, dass sie den Staat erpressbar machen und zu Lasten der Allgemeinheit entschuldet werden müssen.

Mit der Krise des Weltfinanzmarktes hat sich erneut drastisch gezeigt, dass die Globalisierung rein nationalem Handeln Grenzen setzt. Deshalb brauchen wir u.a. neue Eigenkapitalregeln, eine Kontrolle der Hedgefonds und eine europäische Finanzaufsicht. Aber solange der Staat nicht "stark" genug ist gegenüber dem privaten Finanzsektor, den er beaufsichtigen soll, werden all diese neuen Instrumente wenig nützen.

Deshalb fordern wir, die Entwicklung und Förderung eines europäischen öffentlichen Finanzsektors. Er kann die Gefahr der Erpressbarkeit bannen. Nur eine zu entwickelnde Marktmacht eines öffentlich kontrollierten Finanzsektors kann dem privat organisierten Finanzbereich die notwendigen disziplinierenden Grenzen setzen.

In Baden-Württemberg stehen die Landesgarantien für die bei der LBBW angesammelten Risiken im Zentrum der weiteren Entwicklung der Landesfinanzen. Sie belasten durch ihre nichtabsehbare Größe den gegenwärtigen und viele künftige Landeshaushalte. Diese Garantien bilden den unsicheren Boden, auf dem die Rahmenbedingungen für die finanzielle Zukunft des Landes stehen.

Die Verursacher dieser Schieflage müssen zur Verantwortung gezogen werden. Zu den hauseigenen Risiken wurden im Sommer 2007 zusätzlich noch mit weiteren 18 Milliarden Euro ein Großteil der finanziellen Risiken der SachsenLB übernommen.

Es gehört zu den demokratischen Pflichten und parlamentarischen Rechten, dass bei derart schwerwiegenden Vorkommnissen wie dem Finanzeinbruch bei der LBBW die Ursachen und möglichen Fehler der Verantwortlichen vorbehaltlos aufgeklärt und entsprechende Konsequenzen gezogen werden, damit sich solche Vorgänge nicht wiederholen können. Zur Aufklärung der Vorgänge soll eine unabhängige Kommission eingesetzt werden.

Wir sind entschieden dafür, dass vollkommene Transparenz in die Verträge mit den Spitzenmanagern gebracht wird, weil nur so das nötige Vertrauen wieder wachsen kann. Gehaltsgrenzen umgehende

1 Zusatzvereinbarungen darf es nicht geben.

2
3 Die Finanzkrise hat offengelegt, dass große Teile der privaten
4 Bankwirtschaft weit über ihre Verhältnisse gewirtschaftet haben und nun
5 weder in der Krise noch für einen Wirtschaftsaufschwung genügend
6 Eigenkapital besitzen, um die nötigen Kredite für die Realwirtschaft
7 ausreichen zu können. Der Staat muss nun aus dem Stand die drohende
8 Kreditklemme beheben.

9
10 Wegen der grundlegenden Bedeutung der Finanzwirtschaft für die
11 Gesamtwirtschaft und damit die Existenz unseres Staates muss künftig
12 sichergestellt sein, dass sich eine so tief gehende Krise des
13 Finanzmarktes nicht wiederholen kann.

14
15 Wir treten deshalb dafür ein, konstruktiv an einer langfristigen Sanierung
16 und der Neuordnung des Systems der Landesbanken in Deutschland
17 mitzuarbeiten. Diese soll eingebettet werden in einen koordinierten
18 Ausbau und Verbund von öffentlichen Banken und Sparkassen aller EU-
19 Mitgliedsländer zu einem europaweiten öffentlichen Bankensektor mit
20 entsprechend demokratisch legitimierten Organisations- und
21 Aufsichtsstrukturen.

22
23 Der künftige Verbund öffentlicher Banken soll in der Lage sein, auch für
24 Großunternehmen auf europäischer Ebene entsprechende Kredite
25 zur Verfügung stellen zu können.

26
27 Die Sanierung der Landesbanken und die Mittelausstattung des
28 Verbundes sollen über die einzuführenden Börsenumsatz- und andere
29 Finanztransaktionssteuern mit entsprechender Kapitalaufstockung auf
30 Dauer zu einer sich selbsttragenden Kapitalmasse in der nötigen
31 Größenordnung führen.

32
33 Die Kosten der Bankenrettungsmaßnahmen dürfen nicht zu Lasten des
34 Gemeinwohl und der Allgemeinheit aufgebracht und damit die
35 Handlungsfähigkeit des Staates eingeschränkt werden. Die neue
36 Schuldenlast der öffentlichen Haushalte darf nicht die Leistungsfähigkeit
37 des Sozialstaats mindern und zum Abbau staatlicher Daseinsvorsorge
38 führen.

39
40 Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und eine
41 einheitliche Währung eingeführt. Jetzt gilt es, die soziale Dimension der
42 EU zu stärken –sie ist der zentrale Teil unseres europäischen
43 Gesellschaftsmodells. Deshalb wollen Sozialdemokratinnen und
44 Sozialdemokraten das Wettbewerbsprinzip der sozialen Dimension
45 nachordnen. Im Mittelpunkt müssen die Menschen stehen - nicht die
46 Märkte. Die in der Europäischen Grundrechtecharta festgelegten
47 sozialen Grundrechte müssen Wirklichkeit werden.

48
49 Grundlegend für alle Sozialstaaten in Europa sind ein entwickelter und
50 leistungsfähiger Staat, Sozialsysteme zur Absicherung elementarer
51 Lebensrisiken, öffentliche Daseinsvorsorge, geregelte
52 Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der
53 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

54
55 Diese Stärken Europas wollen wir weiter entwickeln. Wir wollen
56 Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, aber gemeinsame
57 Mindeststandards durchsetzen, durch Kooperation für alle Europäerinnen
58 und Europäer nutzbar machen und durch den Austausch über beste
59 Praxis verbessern. Wir können dabei viel voneinander lernen und uns
60 gemeinsam neue Wege aus der Krise öffnen. Zudem werden damit faire
61 Wettbewerbsbedingungen zwischen den Staaten festgelegt, um
62 Sozialdumping zu verhindern.

63
64 Wir wollen eine starke Europäische Union, die von den Menschen
65
66
67

1 solidarisch und aus Überzeugung getragen wird. Deshalb sind wir für
2 mehr Transparenz und Mitsprache auf allen europäischen Ebenen und
3 eine stärkere Vernetzung zwischen der europäischen und den
4 nationalstaatlichen Ebenen.

5
6 Nur mittels eines handlungsfähigen Staates ist soziale Demokratie in
7 Europa, im Bund, im Land und in den Kommunen möglich. Nur ein
8 leistungsfähiger Staat besitzt die notwendige Gestaltungsfreiheit und
9 kann zum Nutzen der Menschen wirken. Nur ein vernünftiges Verhältnis
10 von staatlichen Einnahmen und Ausgaben, nur eine ausgewogene Bilanz
11 von langfristigen Zukunftsinvestitionen und rentierlicher Verschuldung
12 sichert die Gegenwart und sorgt vor für zukünftige Generationen.

13
14 Wir wollen, dass dem Staat, dem Bund, den Ländern und den
15 Kommunen die erforderlichen Einnahmen durch die notwendigen
16 Steuern gesichert werden. Einen armen Staat können sich nur die
17 Reichen leisten.

18
19 Die Schere zwischen arm und reich ist in den letzten Jahren zu Gunsten
20 der ganz Reichen und damit auch zu Lasten des Staates stark
21 auseinandergegangen. Noch nie waren in einem Aufschwung die
22 Realeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte gesunken. Die Früchte des
23 letzten Konjunkturaufschwungs ernteten allein die Unternehmen, die
24 hohen Einkommensbezieher und großen Vermögensbesitzer, die diese
25 vor allem für Finanzmarktinvestitionen anstelle realwirtschaftlicher
26 Investitionen nutzten.

27
28
29 Wir brauchen deshalb einen Richtungswechsel, der dafür sorgt, dass der
30 geschaffene Wohlstand allen zu Gute kommt. Es kann nicht sein, dass
31 sich nur ein ganz kleiner Bruchteil sorgenfrei fühlt und die übergroße
32 Mehrheit, Angst vor den Folgen der Krise und einem Absturz haben
33 muss.

34
35 Dazu braucht der Staat die entsprechenden Mittel.

36
37
38 1. Die starken Schultern müssen hierbei deutlich mehr tragen als die
39 Schwachen. Wir unterstützen die Forderung nach einer substantiellen
40 Reichensteuer und nach der konsequenten Schließung aller
41 Steuerschlupflöcher und Steueroasen.

42
43 Wir halten die Einführung einer Vermögenssteuer zur Sicherung der
44 Landesfinanzen genauso für notwendig, wie die Anhebung der
45 Erbschaftssteuer auf große Vermögen. Mit einer höheren
46 Erbschaftsteuer können wir die dringend notwendige Bildungsoffensive
47 finanzieren, die die Zukunft unseres Landes sichert.

48
49 Die Börsenumsatzsteuer ist überfällig, als ein Mittel der Regulation
50 gegen das schnelle Rad im Spielcasino des Finanzkapitalismus und zur
51 finanziellen Stärkung des öffentlichen Bankensektors.

52
53 Wir sagen konsequent: Nicht die Allgemeinheit darf in Milliardenhöhe für
54 die Exzesse des Finanzkapitalismus haften. Die Finanzwirtschaft muss
55 ihre Schulden an den Staat und die Gesellschaft in erster Linie selbst
56 zurückzahlen.

57
58 Wir setzen auf eine Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, die mit mehr und
59 mit fair bezahlter Arbeit, mit starken Unternehmen mehr
60 Steuereinnahmen in und für Baden-Württemberg entstehen lässt.

61
62
63 2. Die nachhaltige Verbesserung der Einnahmen des Landes muss mit
64 einer nachhaltigen Begrenzung der Ausgaben einhergehen, wenn wir
65 aus der Schuldenspirale und der drohenden Handlungsunfähigkeit des
66 Landes herauskommen wollen. Allerdings sprechen wir uns mit dieser

1.: Erledigt durch Beschlusslage

2.: Ablehnung

1 Handlungsanleitung jedoch strikt gegen die kontraproduktive
2 Schuldenbremse aus, wie sie mit der Förderalismus-Reformkommission
3 II zwischen Bund und Ländern vereinbart wurde.

4
5 Die im Grundgesetz festgeschriebene Verpflichtung ab dem Jahr 2020
6 Haushalte ohne neue Kredite aufzustellen, nimmt dem Staat die
7 notwendige Handlungsfreiheit auf aktuelle Gegebenheiten adäquat
8 reagieren zu können.

9
10 Auch muss genug Platz für klare Prioritäten und nachhaltige
11 Zukunftsinvestitionen bleiben. Diese sehen wir vorrangig in der
12 Bildungsförderung und bei der Unterstützung der Familien und der
13 Kinder.

14
15 **3. Wir brauchen strukturelle Veränderungen in der Verwaltung,**
16 **Aufgabenabbau und ein Höchstmaß an Mitwirkung der Beschäftigten**
17 **Dann können wir auch Personal einsparen.**

18
19
20
21
22
23 Die Beschäftigten dürfen nicht die Verlierer der Konsolidierung werden,
24 haben sie doch mit Arbeitszeitverlängerung, Arbeitsverdichtung,
25 Lohnzurückhaltung und teilweise Kürzungen sehr viel geleistet. Sie
26 haben einen Anspruch auf eine faire und verlässliche Behandlung.

27
28
29 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten garantieren:

30
31
32 Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen.
33 Es gibt keine Einschränkungen bei der Mitbestimmung.
34 Es gibt keine Einschränkungen bei der Gleichstellung.

35
36
37 **4. Bei den Entscheidungen um die Zukunft des Föderalismus in**
38 **Deutschland haben wir erleben müssen, dass die konservativ regierten**
39 **Bundesländer ihr Heil in einem Konkurrenz-Föderalismus suchen. Wir**
40 **plädieren und kämpfen stattdessen für mehr Zusammenarbeit in der**
41 **Sache bei Bund, Länder und Kommunen – auch in Richtung Europa.**

42
43
44
45 Das Kooperationsverbot im Grundgesetz, gerade in den für die Zukunft
46 so überaus wichtigen Bildungsfragen, muss fallen. Wir wollen keine
47 Konkurrenz um der Konkurrenz willen, sondern Kooperation im
48 gemeinsamen Interesse der Länder und im Interesse der Bürgerinnen
49 und Bürger.

50
51 Wir sind für eine neue Initiative, um im Zusammenwirken von Bund und
52 Ländern zu einem neuen „echten Entschuldungsfonds“ bis 2020 zu
53 kommen, damit das Gebot des Grundgesetzes von der Gleichwertigkeit
54 der Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes nicht unter die Räder
55 kommt.

3: streichen:

~~Wir brauchen strukturelle
Veränderungen in der Verwaltung,
Aufgabenabbau und ein
Höchstmaß an Mitwirkung der
Beschäftigten Dann können wir
auch Personal einsparen.~~

ergänzen:

Die Beschäftigten **der öffentlichen
Verwaltung**

ändern:

Wir Sozialdemokratinnen
~~garantieren~~-setzen und dafür ein: ...

ergänzen

...Europa, **ohne die Autonomie
der einzelnen Ebenen
auszuhebeln**

streichen

~~Wir sind für eine neue Initiative, um
im Zusammenwirken von Bund und
Ländern zu einem neuen „echten-
Entschuldungsfonds“ bis 2020 zu
kommen, damit das Gebot des
Grundgesetzes von der
Gleichwertigkeit der
Lebensverhältnisse in allen Teilen
des Landes nicht unter die Räder
kommt.~~

Antrag 3 F & S 02

Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg
Empfänger: SPD-Landesparteitag
Betreff: Public Private Partnership/Öffentlich-Private Partnerschaft

Überweisung an Landes-SGK

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Public Private Partnership/Öffentlich-Private Partnerschaft

Public Private Partnership (PPP) bergen für Kommunen sowohl Chancen als auch Risiken. Wir fordern keine grundsätzliche Ablehnung von PPP, wenn folgende Voraussetzungen für PPP-Projekte gewährleistet sind:

- Zeitliche Beschränkung der Verträge auf maximal zehn Jahre
- Gewährleistung demokratischer Kontrolle:
 - Ab einem bestimmten finanziellen Volumen bzw. einer bestimmten Anzahl an betroffenen BürgerInnen müssen Plebiszite durchgeführt werden.
 - Verträge sind öffentlich zu machen.
 - Der Rechtsstand muss in Deutschland liegen.
- Vertragliche Festlegung von Lohn-, Sozial- und Umweltstandards
- Keine Querfinanzierung über staatliche Banken
- Harte Vertragsstrafen für Investoren
- Versicherungspflicht für Insolvenzrisiko
- Bereiche von fundamentalem Gemeininteresse, d.h. Wasser- und Energieversorgung, Bildung, Kranken- und Altenpflege, Verwahrung und Betreuung von Straffälligen, Sicherheit und Finanzverwaltung müssen von PPP unberührt bleiben.

Begründung:

Bei Public Private Partnership (PPP) ist zunächst festzuhalten, dass es keine Privatisierung im rechtlichen und klassischen Sinne ist. Vielmehr ist es ein Verlust von Kontrolle durch Entdemokratisierung des Gemeinwesens. Es gab bisher durchaus Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Trägern. Die neue Dimension von PPP ergibt sich jedoch daraus, dass über PPP nun die ganze Prozesskette durch Private erbracht wird.

Alle PPP-Verträge liegen unter Verschluss und sind nicht öffentlich (geschützt durch das Vertragsrecht). Dies führt zu Entdemokratisierung. Parlamentarische Kontrolle kann so nicht wahrgenommen werden. Der öffentliche Auftraggeber bleibt in der Regel auf stark eingeschränkte Informations-, Kontroll- und Finanzierungsfunktionen beschränkt.

Die langen Laufzeiten der PPP-Verträge decken sich nicht mit den Amtszeiten der MandatsträgerInnen. Es ist nicht einzusehen, warum Verträge geschlossen werden sollen, für deren Folgen die UnterzeichnerInnen nicht geradestehen können oder müssen. Mit PPP findet in weiten Teilen ein Systemwechsel von einer am Wohl der gesamten Gemeinde orientierten, steuerfinanzierten öffentlichen Infrastruktur zu einer nutzerInnenfinanzierten öffentlichen Dienstleistung statt.

Eine gesicherte und ggf. zweckgebundene Finanzausstattung muss die öffentliche Hand dauerhaft in die Lage versetzen, Daseinsvorsorge für alle zu leisten. Eine Beteiligung privater Unternehmen an der öffentlichen Infrastruktur kann ein Lösungsansatz sein, allerdings ohne einhergehende Privatisierung und bei Aufrechterhaltung der politischen Steuerung, öffentlicher Kontrolle und Transparenz.

Antrag 54 F & S 3

Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg
Empfänger: SPD-Landesparteitag
Betreff: Progressionsvorbehalt für Beschäftigte in Kurzarbeit

Überweisung an Bundestags-
fraktion

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

- **Progressionsvorbehalt für Beschäftigte in Kurzarbeit**

Um soziale Härten in der Kurzarbeit zu verhindern, sollen für die Jahre 2009 und 2010 alle Leistungen der Agentur für Arbeit beim Progressionsvorbehalt nicht einberechnet werden.

Begründung

Die Wirtschaftskrise hinterlässt ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Immer mehr Beschäftigte sind von Kurzarbeit betroffen. Kurzarbeit ist eine richtige Antwort auf Auftragsrückgänge, um Beschäftigte in den Betrieben zu halten und Betriebe von Kosten zu entlasten, um damit bei wieder zunehmendem Auftragseingang sofort lieferfähig sein zu können. Für Beschäftigte bietet Kurzarbeit die Chance, im Betrieb zu bleiben und damit von Arbeitslosigkeit verschont zu werden.

Kurzarbeit bedeutet für die Beschäftigten jedoch auch einen hohen finanziellen Verlust gegenüber der bisherigen Einkommenssituation. Die Beschäftigten in Kurzarbeit tragen damit in einem hohen Maß die finanziellen Lasten der Krise. Einer Krise, die von den Vertretern einer neoliberalen Politik verursacht wurde.

Die Beschäftigten sind jedoch nicht nur von Arbeitslosigkeit bedroht und haben während der Kurzarbeitsphasen deutlich weniger Einkommen zur Verfügung, sie sind darüber hinaus am Jahresende bei ihrer Einkommenssteuererklärung auch noch von dem sog. Progressionsvorbehalt bedroht. Dieses führt im Regelfall bei ausgedehnter Kurzarbeit zu erheblichen Steuernachzahlungen für die Beschäftigten.

Antrag 58 F&S 4

Antragsteller: SPD KV-Freiburg
Empfänger: Landesparteitag, Bundesparteitag

Überweisung an Landesvorstand

Die Krise solidarisch finanzieren – Für einen fairen Lastenausgleich

Antrag:

Die SPD setzt sich für eine solidarische Finanzierung der durch die internationale Finanzkrise entstehenden finanziellen Lasten ein.

Wir streben eine Finanzierungsregelung an, die an den Lastenausgleich nach dem Zweiten Weltkrieg angelehnt ist. Der damals gewählte Weg, hohe Vermögen zu belasten, um die Eingliederung und Entschädigung der Vertriebenen sowie den Wiederaufbau Deutschlands zu finanzieren, bietet sich auch für die Sanierung der öffentlichen Haushalte an.

Es ist aus diesem Grund angebracht, im Rahmen eines Lastenausgleichs auf hohe Netto-Vermögen eine auf zehn Jahre befristete Vermögensabgabe von 2% des Nettovermögens (Nettovermögen: Gesamtvermögen abzüglich Verschuldung) zu erheben. Die Abgabe soll nur von jenen 20% der Deutschen erhoben werden, welche momentan 80% der Vermögenswerte besitzen.

1
2 Die Einnahmen sollen vorrangig zweckgebunden zum Schuldenabbau
3 eingesetzt werden und nach dem Mehrwertsteuer-Schlüssel auf Bund,
4 Länder und Kommunen verteilt werden.

5
6 **Begründung:**

7 Es wird allgemein anerkannt, dass die Auswirkungen der Finanzkrise
8 eine dramatische Belastung für die Öffentlichen Haushalte darstellen.
9 Die deutliche Ausweitung der öffentlichen Verschuldung für
10 Bankenrettungsschirm und Konjunkturpaket verbunden mit dramatischen
11 Steuerausfällen stellen eine außergewöhnliche Belastung der
12 öffentlichen Haushalte dar. Diese hat die ohnehin schon hohe staatliche
13 Verschuldung noch weiter in die Höhe getrieben.

14
15 Die momentane Wirtschafts- und Finanzkrise stellt die seit dem Krieg
16 größte Herausforderung für die öffentlichen Haushalte und die
17 Funktionsfähigkeit unseres Sozialstaates dar. Eine „normale“
18 Finanzierung der Folgen dieser Krise über Wirtschaftswachstum und
19 Steuermehreinnahmen ist kaum möglich. Auch eine Finanzierung über
20 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, Lohnsteuer oder Sozialabgaben
21 scheidet aus.

22
23 Die Lohn- und Einkommenssteuerzahler tragen schon heute die
24 Hauptlast der Finanzierung des Staates. Eine Finanzierung über eine
25 erhöhte Lohn- und Einkommenssteuern ist daher nicht gerecht. Jede der
26 erwähnten Finanzierungsarten führt zu höheren Belastungen für breite
27 Bevölkerungsgruppen, die keinerlei Verantwortung für die
28 Spekulationsblase trugen. Diejenigen, die hauptsächlich von den die
29 Krise verursachenden Finanzprodukten profitierten, werden hingegen
30 nicht zusätzlich belastet

31
32 Die Zweckbindung an Schuldenabbau ist notwendig, da nur so die
33 öffentlichen Finanzen dauerhaft wieder auf eine gesunde Basis gestellt
34 werden können. Die höhere Verschuldung durch die Krisenfolgen ist
35 dabei weniger ein Generationen- als ein Verteilungsproblem. Es sind
36 Deutsche und internationale Vermögensbesitzer, welche dem Staat Geld
37 leihen und Zinsen erhalten. Jetzt durch eine zeitlich befristete
38 Vermögensabgabe einen Ausgleich zu schaffen, ist mehr als
39 gerechtfertigt.

40
41 Auch vor dem Hintergrund der sich ausweitenden Kluft zwischen den
42 großen Vermögensbesitzern und dem Rest der Gesellschaft, die dazu
43 führte, dass die reichsten 20% der Deutschen ihren Anteil am
44 Volksvermögen in den letzten Jahren deutlich auf nun 80% ausweiten
45 konnten, ist es mehr als gerechtfertigt, hier einen Beitrag zu fordern.

46
47 Das BVerfGer hat ausdrücklich eine Substanzbelastung hoher Vermögen
48 zur Finanzierung außergewöhnlicher staatlicher Aufgaben ermöglicht.
49 Die Krisenauswirkungen und die wachsende Staatsverschuldung sind
50 solche außergewöhnlichen Belastungen. Eine Heranziehung großer
51 Vermögen zur Finanzierung der Krisenfolgen ist vor diesem Hintergrund
52 mehr als gerechtfertigt.

53
54
55 **Antrag 74 F & S 05**

56
57 **Antragsteller: Ortsverein Oberes Zabergäu**
58 **Empfänger: Landesparteitag 2009 in Karlsruhe**
59 **Betreff: Wiedereinführung der Vermögenssteuer**
60
61

62
63 Der Landesparteitag möge beschließen:
64 Die SPD muss darauf hinwirken, dass die Vermögenssteuer wieder
65 eingeführt wird.
66
67

Erledigt durch Beschlußlage

1 Begründung:

2 Das Grundgesetz sagt: „Eigentum verpflichtet“. Die Schere zwischen
3 Groß-Besitzenden und Armen wird durch die jetzige Regierung weiter
4 auseinander gehen. Dadurch ist die Chancengleichheit in Gefahr, der
5 innere Unfriede nimmt zu und die Politikverdrossenheit wird sicher nicht
6 abnehmen. Der soziale Frieden ist nicht mehr gewährleistet. Die
7 Wiedereinführung der Vermögenssteuer kann, richtig eingesetzt, z.B. im
8 Bildungsbereich Barrieren überwinden und Hilfe zur Selbsthilfe geben.

9 **Antrag 67 F & S 06**

11 **Antragsteller: AGS Baden-Württemberg**

12 **Empfänger: SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion**

13 **Betr.: Kreditwesen, Öffentliche Sparkassen**

**Überweisung an
Landtagsfraktion**

15
16
17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18 Die SPD Baden-Württemberg verurteilt die unerträgliche Nachlässigkeit
19 der Landesregierung, die zu der schwersten Krise der Landesbank
20 geführt hat und von den Kunden der baden-württembergischen
21 Sparkassen mit einer erheblichen Verschlechterung der Konditionen bei
22 Spar- und Kreditzinsen bezahlt werden muss.

23 Hierfür haben Vorstände und Aufsichtsräte die Verantwortung zu tragen
24 und sind zu dieser heranzuziehen.

25
26
27 **Begründung:**

28 Noch vor 1 ½ Jahren schien die Welt der Landesbank noch in Ordnung:
29 Laut wurde über die Übernahme einer weiteren Landesbank
30 nachgedacht und der Griff nach den Sternen, mit der Fusion weiterer
31 Landesbanken zu einer der beiden letzten und damit auch größten
32 Landesbank zu werden, schien möglich. Die Übernahme der
33 angeschlagenen Sachsen-LB in einer Wochenend-Rettungsaktion
34 beflügelte die Fantasien der Verantwortlichen, nämlich des Vorstandes,
35 des Aufsichtsrates und der Landesregierung.

36
37
38
39 Welch böses Erwachen schon nach wenigen Monaten der Finanzkrise:
40 Da gab es eigene Risiken und Beteiligungen, nämlich solche, an denen
41 die übernommene Sachsen-LB kurze Zeit zuvor gescheitert war. Schon
42 bald stieg der Finanzbedarf der Landesbank auf über 5 Mrd. Euro. Eine
43 für einen Bürger unseres Landes unvorstellbare Größenordnung.

44 Die Landesbanker selbst hatten sich im Dschungel der
45 Finanzmarktprodukte verirrt und waren in Engagements verstrickt, die
46 auch bei anderen Instituten zu erheblichen Wertberichtigungen geführt
47 hatten: Sie hatten - wie viele - gezockt. Kaum jemand wusste, was in den
48 erworbenen Portfolios steckte. Das "Nähere Hinsehen" nach dem
49 Zusammenbruch amerikanischer Großbanken und der Hypo-Real-Estate
50 förderte dies zutage.

51 Nunmehr heißt es bei den Sparkassen, die bei der Landesbank
52 entstanden Löcher in der Bilanz zu stopfen. Das geht nicht ohne
53 zusätzliche finanzielle Mittel ab.

54 Woher kommen die? Sie sind einmal von den Trägern der Sparkassen,
55 nämlich den Kommunen aufzubringen, die in einigen Fällen ihren
56 Sparkassen mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen, die diese
57 wiederum an die Landesbank weiterreichen können. Aufgebracht werden
58 sie von den Gebietskörperschaften und damit aus Mitteln, die die
59 Kommunen gerade in der augenblicklichen Situation selbst dringend
60 benötigen.

61 Die weitere Lösung, Mittel zu generieren stellt das laufende Geschäft
62
63
64
65
66
67

1 dar. Das sind einerseits die Verwahrung von Sparguthaben und
2 Festgeldanlagen und andererseits das Kreditgeschäft.

3
4 In beiden Geschäftszweigen sollte - nach Möglichkeit - mehr verdient
5 werden. Das bedeutet für

- 6
7 a) die Sparer geringere Zinsen als bei der Konkurrenz und
8 b) den Kreditnehmer, insbesondere die Unternehmen, die diese dringend
9 benötigen, die Vereinbarung schlechterer Konditionen als bei einem
10 Konkurrenzinstitut.

11
12 Beide Lösungen sind mit dem Risiko verbunden, nicht mehr
13 wettbewerbsfähig zu sein.

14
15 Die gravierendste Auswirkung ist allerdings der Umstand, dass
16 kommunale Haushalte, Sparer und jene, die für ihren Betrieb Geld leihen
17 müssen, höhere Zinsen bezahlen müssen.

18
19 Diese Auswirkungen der Krise der LBBW waren vermeidbar.
20 Rechtzeitiges Eingreifen, das von der Landesregierung gefordert war
21 sowie notwendige Kontrollen haben nicht stattgefunden.

22
23 Die SPD Baden-Württemberg verurteilt diese Verletzung der
24 Aufsichtspflicht aufs Schärfste.

25 Sie fordert daher die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass die
26 Mittel für die notwendige Sanierung der LBBW nicht durch Kommunen
27 und Kunden aufgebracht werden müssen.

28
29 Des Weiteren wird sie zu prüfen haben, ob die Verantwortlichen für ihr
30 Fehlverhalten der Landesbank Ersatz entstandener Schäden leisten
31 müssen. Es kann nicht sein, dass bei sechsstelligen Vergütungen die
32 entstandenen Verluste nicht ersetzt werden müssen, soweit dies möglich
33 ist. Wer durch seine Entscheidung, mit neuen Finanzprodukten zu
34 spielen, Schäden verursacht, muss hierfür auch persönlich einstehen.
35 Diese dürfen nicht der Allgemeinheit angelastet werden.

36 37 **Antrag 48 F & S 7**

38
39 **Antragsteller: SPD-OV- Denzlingen**
40 **Antrag an den SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg**

41
42 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

43
44 Das Aktiengesetz ist dergestalt zu ändern, dass Firmen die Festsetzung
45 von Gehältern, insbesondere der von leitenden Angestellten und der
46 Vorstandsmitglieder transparent und unter Leistungsgesichtspunkten für
47 die Eigentümer, die Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit nachvollziehbar
48 ist.

49
50 *Begründung:*

51
52 Die Festsetzung maßloser Vorstandsgehälter in unseren
53 Aktiengesellschaften hat mit recht öffentliche Empörung ausgelöst. Um
54 einer weiteren Öffnung der Gehaltsschere entgegenzuwirken, sollte die
55 Festsetzung der Vorstandsgehälter im Einzelfall begründbar und für die
56 Eigentümer nachvollziehbar sein.

57
58 Immer mehr Menschen verlieren trotz langjähriger Zugehörigkeit ihre
59 Arbeitsstelle im Betrieb, während die Vorstände immer größere Boni-
60 Zahlungen und Grundgehälter einstreichen.

61
62 Die von den großen Unternehmen lauthals angekündigte
63 Selbstverpflichtung für die Beschränkung von Vorstandsgehältern ist
64 nicht erfolgt.

Erledigt durch Gesetz

1
2 Wie der Presse zu entnehmen ist, wird jetzt von der amerikanischen
3 Finanzaufsicht gefordert, dass in Großbetrieben, auf die der Staat Einfluß
4 hat, Gehaltsbeschränkungen nach oben durchgesetzt werden.

5
6 Eine solche Transparenz der Gehaltsfestsetzung könnte zum Beispiel auf
7 einem Kriterienkatalog mit Punktesystem fußen.
8

9 **Antrag 17 F & S 8**

10 **Antragsteller: SPD-Kreisverband Stuttgart**

11 **Adressat: SPD-Landesparteitag**

12 **Antrag: Eintrittspreise für kulturelle Einrichtungen**

13
14
15
16
17 Wir fordern die SPD Baden-Württemberg und die Mitglieder der SPD-
18 Gemeinderats- und Landtagsfraktion auf, sich für solidarische Preise in
19 den Kultureinrichtungen der Stadt und des Landes einzusetzen. Dazu ist
20 eine Preispolitik notwendig, die es durch Ermäßigungen
21 Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen oder Vermögen
22 ermöglicht, diese Einrichtungen zu nutzen.

23
24 Ein zu schaffender oder anzugleichender, ermäßigter Eintrittspreis darf
25 40% des regulären Eintrittspreises nicht überschreiten. Ausgenommen
26 von dieser Regel sind Veranstaltungen, die nicht unter Verantwortung der
27 Stadt Stuttgart oder des Landes Baden-Württemberg stehen. Wobei
28 unter diese Verantwortung sehr wohl auch Betriebe in privatrechtlicher
29 Organisationsform, an denen Stadt oder Land eine Mehrheit halten,
30 zählen. Insbesondere Sonderausstellungen sind in den Geltungsbereich
31 des neu zu schaffenden, ermäßigten Eintrittspreises zu zählen.
32 Kultureinrichtungen sind: Museen, Theater, Schwimmbäder,
33 Staatstheater, Kinos, Konzerte und sonstige öffentliche Einrichtungen
34 oder Veranstaltungen, die der Vermittlung oder Aufrechterhaltung von
35 Kultur dienen. In den Berechtigtenkreis des ermäßigten Eintrittspreises
36 zählen mindestens folgende Gruppen: Schüler, Berufsschüler, Kinder
37 und Jugendliche bis 18 Jahre, Studierende, Ersatz- und
38 Wehrdienstleistende, FSJlerInnen, Bezieher von ALG II oder Sozialhilfe,
39 Bezieher der Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung und
40 ähnlichen Sozialleistungen.
41

42 **Begründung:**

43
44
45 Kultur ist unsere wichtigste Errungenschaft. Sie hat uns zu den
46 aufgeklärten Menschen gemacht, die wir sind. Trotzdem ist eine
47 Mehrheit der deutschen Bevölkerung von einer Vielzahl von kulturellen
48 Angeboten ausgeschlossen. Dies zeigen Besucherzahlen von Museen,
49 Theatern und anderen Einrichtungen.
50

51
52 Vor allem Bürgerinnen und Bürger, die weder ein durchschnittliches
53 Einkommen noch sonstiges Vermögen besitzen, sind dort selten bis gar
54 nicht zu finden. Eine Vielzahl von Gründen mag dafür ausschlaggebend
55 sein, nicht zuletzt ein fehlendes Interesse – sei es aus Zeitmangel oder
56 fehlender Sensibilisierung.
57

58 Geldmangel spielt hier aber sicherlich auch eine Rolle. So ist es bei
59 einem ALG-II-Empfänger oder einem Bezieher von Altersgrundsicherung
60 verständlich, wenn er die 10 Euro Eintritt für eine Sonderausstellung der
61 Staatsgalerie nicht aufbringen kann. Ihm steht laut Regelsatz insgesamt
62 pro Tag weniger Geld für Essen und Trinken zur Verfügung. Auch ein
63 Schüler mit 20 Euro Taschengeld im Monat wird sich dies nicht leisten
64 können. Die Solidarität gebietet es uns, es auch diesen Menschen zu er-
65 möglichen, die kulturellen Einrichtungen und Angebote wahrzunehmen.
66 Deshalb ist ein erster Schritt, weitgehendere und günstigere
67

Annahme in folgender Fassung

streichen

... und die Mitglieder der SPD-Gemeinderats- und Landtagsfraktion auf, sich für solidarische Preise in den Kultureinrichtungen der Stadt und des Landes einzusetzen. Dazu ist eine Preispolitik notwendig, die es durch Ermäßigungen ...

...der Stadt Stuttgart oder...

...Stadt oder das Land eine Mehrheit hält, zählen.

1 Ermäßigungen für diese Bevölkerungsschichten zu schaffen.

2
3 Bisher wirken sie eher als ein Tropfen auf den heißen Stein. So zahlt
4 man für den regulären Eintritt in die Sonderausstellung „Drei. Das
5 Triptychon in der Moderne“ im Kunstmuseum Stuttgart 10 Euro. Der
6 ermäßigte Eintritt beträgt 8 Euro. So verhält es sich bei allen größeren
7 Ausstellungen in Stuttgarter Museen, seien sie in städtischer Hand oder
8 in der Hand des Landes.

9
10 Ein dem Antragsbegehren entsprechender Eintritt von 4 Euro, bei dem
11 oben genannten Beispiel, halten wir gerade noch für tragbar und ist nur
12 ein erster Schritt. Am Ende muss der freie Eintritt für diejenigen stehen,
13 die es sich nicht leisten können. In vielen Schwimmbädern und Theatern
14 bieten sich ähnliche Beispiele. Auch dort besteht Handlungsbedarf. Die
15 Institutionen, die bereits mit gutem Beispiel vorangehen, sind durch
16 unseren Antrag nicht betroffen.

17 Fehlendes Geld ist nicht die einzige Quelle für die Tatsache, dass man in
18 den Museen und Theatern fast keine minderbegüterten Menschen
19 antrifft. Es ist aber sicherlich die am einfachsten und billigsten
20 trockenzielende. Denn wer schon nicht in die Einrichtung geht, dessen
21 Geld fehlt auch nicht bei einer höheren Ermäßigung.

22
23 So ist bei einem vermehrten Rabatt auch anzunehmen, dass sich zusätz-
24 lich Einnahmen auf tun. Und zwar die derjenigen, die vorher keinen Fuß
25 in ein entsprechendes Gebäude gesetzt haben.

26 Es ist uns weiterhin ein wichtiges Anliegen, es möglichst vielen
27 Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, in den Anspruch einer
28 Ermäßigung zu kommen, wenn sie es sich sonst nicht leisten könnten,
29 ein Angebot wahrzunehmen. Deswegen halten wir es für nötig, den Kreis
30 der Berechtigten auf ein Mindestmaß zu vereinheitlichen. Dies ist keine
31 abgeschlossene Liste. Bei einem schon bestehenden, weiter gefassten
32 Anspruchskreis soll dieser natürlich bestehen bleiben. Auch muss es in
33 Zukunft möglich sein, die Liste möglichst großzügig zu gestalten, um
34 keinen zukünftigen Konsumenten zu verlieren.

35 Es wird Zeit, dass die Politik nicht nur Sonntagsreden über die
36 Wichtigkeit von kultureller Bildung schwingt, sondern ihren Anspruch
37 einlöst und es gerade den Menschen mit geringem Einkommen
38 ermöglicht, solche Angebote wahrzunehmen.

39 **Antrag 57 F & S 09**

40
41
42 **Antrag SPD KV Freiburg**

43 Landesparteitag, Bundesparteitag

44
45 **Guthabengirokonto für Jedermann1 als sozialer Mindeststandart**

46
47 Die SPD setzt sich dafür ein:

- 48
49
50 - eine gesetzliche Regelung zu schaffen, wonach jede (natürliche)
51 Person ein Anrecht auf ein Guthabenkonto bei einer Bank
52 seiner/ihrer Wahl hat. Die Ablehnungsgründe für ein solches
53 Guthabenkonto sind auf offensichtliche Unzumutbarkeitsfälle zu
54 begrenzen.
55 - dass bis zur (oder in Ermangelung einer raschen)
56 bundesgesetzlichen Regelung die Landes- und
57 Kommunalbanken ein Jedermann/-frau Guthabenkonto
58 garantieren.

59 Begründung:

60
61 Erfolgt mündlich
62
63
64
65

Annahme

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Gleichstellungspolitik

Antragsbereich G

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

1
2 **Antrag 11 G**
3 **Antragsteller KV Ulm**
4

5 – Umdenken ist gefragt: Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt und
6 im Steuerrecht -
7

8 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert folgende Punkte umzusetzen:
9

- 10 2. Die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns von
11 mindestens 7,50 Euro intensiv voran zu treiben.
12
13 3. Eine gesetzlich geregelte Quotierung für Aufsichtsratsgremien von
14 40%.
15
16 4. Die Durchsetzung flexibler Öffnungszeiten in Kinderbetreuungs- und
17 Pflegeeinrichtungen. Die Qualität dieser Einrichtungen ist durch
18 geeignete Fortbildungsmaßnahmen des Personals zu gewährleisten
19 und die Berufe sind aufzuwerten. Frauen leisten immer noch den
20 größten Teil bezahlter und unbezahlter Arbeit in den genannten
21 Bereichen.
22
23 5. Alle Beschäftigungen müssen in die Sozialversicherungssysteme
24 eingegliedert werden.
25
26 6. Die Zumutbarkeitskriterien im Sozialgesetzbuch II müssen
27 dahingehend geändert werden, dass kein Zwang besteht
28 Arbeitsverhältnisse annehmen zu müssen, die die eigene Existenz
29 nicht absichern. Zumutbar dürfen nur Arbeitsverhältnisse sein, die
30 mindestens tariflich bezahlt werden und sozialversicherungspflichtig
31 sind. Beschäftigungen in Branchen in denen sich der Tarifabschluss
32 unter der Grenze von 7,50 Euro befindet, sollen nicht unter die
33 Zumutbarkeitsregel fallen. ALG II Empfängerinnen sollen zudem
34 nicht in unfreiwillige oder Schein-Selbstständigkeit gedrängt werden.
35
36 7. Bedarfsgemeinschaften sind abzuschaffen. Jeder/Jede
37 Hilfsbedürftige hat das Recht auf eine eigenständige Absicherung bei
38 Erwerbslosigkeit.
39
40 8. Gesetzliche Regelungen, die die Beschäftigung von Frauen
41 behindern und die geringfügige Beschäftigung von Frauen fördern,
42 sind abzuschaffen. Dazu gehören das Ehegattensplitting, die
43 Steuerklasse 5 und die beitragsfreie Mitversicherung in der
44 gesetzlichen Krankenkasse.
45
46
47

48 **Begründung:**
49

50 Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt immer noch gravierend benachteiligt.
51 Sie haben öfter als Männer unsichere und nicht existenzsichernde Arbeit,
52 und sie sind stärker von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Dieses
53 Charakteristikum treibt viele Frauen auch in die Altersarmut.
54 Die Arbeitsmarktreformen haben die Situation nicht verbessert, sondern
55 setzen im Gegenteil die Frauen noch stärker unter Druck, nicht
56 existenzsichernde Arbeit anzunehmen. Selbst in Berufen, in denen
57 Frauen dominieren, sind die Führungskräfte selten weiblich.
58

59 Die sozialdemokratische Partei ist aufgefordert diesem Misstand
60 entgegenzuwirken. Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die
61 Frauen und Männern würdevolle und existenzsichernde
62 Arbeitbedingungen garantieren.
63 Gleichberechtigung verwirklicht sich nicht von allein. Lasst sie uns
64 endlich durchsetzen!
65
66
67

Annahme in folgender Fassung:

Erledigt durch Beschlusslage

Erledigt durch Beschlusslage

**Überweisung an
Landtagsfraktion**

Ändern:

...**gesetzliche** Sozialsysteme ...

...unter der der Grenze von **eines
gesetzlichen Mindestlohns von
mindestens 7,50 Euro** ...

~~Bedarfsgemeinschaften sind
abzuschaffen. Jeder/Jede
Hilfsbedürftige hat das Recht auf
eine eigenständige Absicherung bei
Erwerbslosigkeit.~~

Erledigt durch Beschlusslage

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Innenpolitik und Wahlrecht

Antragsbereich I & W

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Antrag 39 I & W 01**Antragsteller: Landesvorstand
Migrationsbeirat der SPD Baden-Württemberg**

Respekt und Anerkennung: Einbürgerungserleichterung für die erste „Gastarbeiter“-Generation
Der Landesparteitag möge beschließen:

Migranten, die vor dem Jahr 1975 (1973 war der Einwanderungsstopp und der Beginn des Familiennachzugs) nach Deutschland eingewandert sind, erhalten unter erleichterten Bedingungen die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter anderem entfällt der Nachweis der Sprachkenntnisse. Es muss kein Einbürgerungstest bestanden werden und die bisherige Staatsangehörigkeit muss nicht aufgegeben werden.

Begründung:

Es wurden Arbeitskräfte angefordert und es kamen Menschen.

Die erste Generation der sogenannten Gast-Arbeiter hat unser Land mit aufgebaut. Sie haben einen großen Anteil am Wirtschaftswunder und am Wiederaufbau und sie haben in unser Sozialsystem eingezahlt. Fleißige, harte Arbeiterinnen und Arbeiter haben mit ihrer Arbeitskraft Enormes geleistet. Als Sozialdemokratische Partei Deutschland sind wir stolz auf diese Leistung.

Wir erkennen diesen wichtigen Beitrag zu unserem Gemeinwesen vorbehaltlos an. Diese Wertschätzung der Aufbauleistung aller Bewohner der Bundesrepublik entspricht unserem historischen Verständnis als Integrationspartei.

Gerufen wurden Arbeitskräfte. Sie kamen als Gast-Arbeiter. Aktive Integrationsbemühungen wurden von keiner Seite eingefordert. Die Anwesenheit sollte nur auf Zeit sein. Der Erwerb der Sprache war nicht wichtig. Wichtig war die Arbeitsbereitschaft. Die Erste Generation ist geblieben. Sie haben Kinder bekommen. Sie haben sich eingerichtet. Heute werden aus den Arbeiterinnen und Arbeitern von gestern Rentnerinnen und Rentner. Aus einem fremden Land wurde eine neue Heimat. In ihrem Heimatland gelten sie mittlerweile häufig als Fremde. Deutschland hat sich eine zu lange Zeit nicht darum bemüht, den Menschen Möglichkeiten zu Integration und Beteiligung zu eröffnen, wie sie heute für die zweite und dritte Generation oder für neue Zuwanderer bestehen.

Für viele ältere Menschen ist das Erlernen der deutschen Sprache immer noch ein großes Hindernis² bei der Einbürgerung. Die Verständigung aber funktioniert. Das hat nur wenig mit Orthographie und Grammatik-Kenntnissen zu tun. Am Arbeitsplatz und im Betrieb fand man Wege des Miteinanders und der Solidarität; im Alltag schlug man sich durch, zu

Es besteht bereits jetzt die Möglichkeit, dass bei älteren Migrantinnen und Migranten auf den Sprachnachweis verzichtet wird. Dies ist allerdings eine Ausnahmeregelung.

Annahme in folgender Fassung:

Migrantinnen und Migranten, die vor dem Jahr 1975 (1973 war der Einwanderungsstopp und der Beginn des Familiennachzugs) nach Deutschland eingewandert sind, können unter erleichterten Bedingungen die Staatsbürgerschaft erhalten wenn sie dies wünschen. Unter anderem entfällt der Nachweis der Sprachkenntnisse. Es muss kein Einbürgerungstest bestanden werden und die bisherige Staatsangehörigkeit muss nicht aufgegeben werden.

1 Hause sprach man sich im Kreise der Familie aus; aber wie viel besser
2 hätte die Integration geklappt, wenn in der breiten Gesellschaft und in der
3 Politik eine Aufnahme-, Teilhabe- und vor allem eine Willkommenskultur
4 geherrscht hätte?
5

6 Die Erste Generation hat ihre Loyalität gegenüber dem politischen
7 Gemeinwesen nicht zu beweisen. Sie haben, wie die heutigen
8 Rentnerinnen und Rentner in der Bundesrepublik auch dazu beigetragen,
9 die Bundesrepublik Deutschland zu einem anerkannten und geachteten
10 europäischen Staat zu machen.
11

12 Aus diesem Grund kann auf die Aufgabe der bisherigen
13 Staatsangehörigkeit verzichtet werden. Bereits heute ist es in der
14 Bundesrepublik für viele Menschen möglich, die Staatsangehörigkeit
15 ihres Herkunfts- und Heimatlandes zu beizubehalten und gleichzeitig die
16 deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Ziel bleibt auch weiterhin die
17 Einführung der generellen doppelten Staatsangehörigkeit
18

19 Wir brauchen eine Anerkennungs-, Teilhabe und Willkommenskultur:
20 Das Angebot der erleichterten Einbürgerung an die so genannte Erste
21 Generation der „Gastarbeiter“ ist eine solche Form der Anerkennung.
22 Uns ist dennoch dabei bewusst: Integration ist weder eine
23 Einbahnstraße, noch bleibt sie auf sozialpolitische
24 Unterstützungsmaßnahmen beschränkt.
25

26 **Antrag 40 I & W 02**

27 **Antragsteller: Landesvorstand**
28 **Migrationsbeirat**

Annahme

29 Der Landesparteitag möge beschließen:
30
31

32 § 29 StAG wird ersatzlos gestrichen.
33
34

35 **Begründung:**

36 § 29 StAG ist ein Produkt der Unterschriftenkampagne „Nein zum
37 Doppelpass“ von Roland Koch im Rahmen von dessen
38 Landtagswahlkampagne in Hessen im Jahr 1999. Diese Kampagne von
39 Roland Koch wurde bekannt als „wo kann man hier gegen Ausländer
40 unterschreiben“-Kampagne. Diese Kampagne verhalf Roland Koch
41 damals zum Wahlsieg. Die damalige rot-grüne Bundesregierung sah sich
42 nach der Wahlniederlage in Hessen zum Kompromiss gezwungen.
43
44

45 Das Ergebnis war die sogenannte „Optionspflicht“ des § 29 StAG. § 29
46 StAG gilt nur für in Deutschland geborene Kinder, deren Eltern keine
47 deutsche Staatsbürgerschaft haben.
48

49 Nach § 29 StAG werden Kinder, deren Eltern dauerhaft in Deutschland
50 leben, mit der Geburt Deutsche. Daneben konnten Kinder, die bis zum
51 01.10.2000 ihr 10. Lebensjahr nicht vollendet hatten, die deutsche
52 Staatsbürgerschaft neben ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft auf der
53 Grundlage von § 29 StAG erhalten. So erhielten in den letzten 10 Jahren
54 hunderttausende von Kindern neben der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern
55 auch die deutsche Staatsbürgerschaft.
56

57 § 29 StAG bestimmt jedoch, dass diese Kinder die Staatsbürgerschaft
58 wählen müssen, wenn sie volljährig sind. Erklären sie bis zur Vollendung
59 ihres 23. Lebensjahres nicht, dass sie sich alleine für die deutsche
60 Staatsangehörigkeit entscheiden, verlieren sie diese. Daneben besteht
61 für diese Kinder die Möglichkeit, neben der anderen auch die deutsche
62 Staatsbürgerschaft zu behalten, wenn sie bis zur Vollendung ihres 21.
63
64
65
66
67

1 Lebensjahres eine Genehmigung beantragen.

2
3 Da die ersten Kinder, die von dieser Optionspflicht betroffen sind, 1999
4 höchstens zehn Jahre alt waren, wird die Regelung nun akut. Den
5 meisten Kindern und Jugendlichen ist der bevorstehende Verlust ihrer
6 deutschen Staatsbürgerschaft nicht bewusst. Sie wissen z.B. auch nicht,
7 dass sie bis zur Vollendung ihres 21. Lebensjahres einen Antrag stellen
8 müssen, um neben ihrer ausländischen Staatsbürgerschaft auch die
9 deutsche behalten zu können. Und in der Öffentlichkeit ist die
10 Optionspflicht bisher kein Thema. Sie wird von der Öffentlichkeit wohl
11 erst dann wahrgenommen, wenn erste Verluste der deutschen
12 Staatsbürgerschaft eintreten, wenn es also schon zu spät ist.

13
14 Diese im § 29 StAG geregelte Optionspflicht ist ein Unikat in Europa.
15 Kinder, deren Eltern bereits in Deutschland geboren sind, die in der
16 dritten Generation hier leben, dürfen nicht ihre deutsche
17 Staatsangehörigkeit verlieren, weil sie Fristen verpassen. Und warum
18 sollen Kinder, deren Eltern schon hier geboren sind, gegenüber Kindern
19 benachteiligt werden, die ebenfalls über zwei Staatsbürgerschaften
20 verfügen, nur weil deren Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft haben?
21 Wie will man jungen Menschen, die bei den vorangegangenen
22 Bundestagswahlen mit gewählt haben und z.B. bei den bevorstehenden
23 Landtagswahlen in Baden-Württemberg im Jahr 2011 noch mitwählen,
24 erklären, sie hätten ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren?

25
26
27 Mit der Optionspflicht des § 29 StAG signalisiert man Kindern von
28 Zuwanderern, dass sie nur unter Vorbehalt als ein Teil dieser
29 Gesellschaft akzeptiert werden und untergräbt so das
30 Zugehörigkeitsgefühl von Millionen junger Menschen zu unserer
31 Gesellschaft.

32 **Antrag 2 I & W 03**

33
34
35 **Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg**
36 **Empfänger: SPD-Landesparteitag**
37 **Betreff: Wahlcomputer**
38

Annahme

39
40
41 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

42 **Ja zu allgemeinen Wahlen – Nein zu Wahlcomputern!**

43
44
45 Aufgrund der Geschichte sind wir verpflichtet, das hohe demokratische
46 Gut der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl
47 auch im 21. Jahrhundert zu verteidigen. Auch im digitalen Zeitalter ist
48 nicht alles richtig, was neu ist! Wahlakte müssen weiterhin für alle
49 WählerInnen nachvollziehbar bleiben.

50
51
52 Darum fordern wir ein Verbot für den Einsatz von Wahlmaschinen bei
53 allen Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland.

54 **Begründung:**

55
56 Die Ereignisse in den USA nach der Präsidentschaftswahl 2000 sind uns
57 allen noch gut bekannt. Durch mangelhafte Lochmaschinen und
58 unzuverlässige Computer kam bis heute kein eindeutig nachweisbares
59 Wahlergebnis zustande. Doch auch in Deutschland ist die Lobby der
60 Computer-Hersteller bereits erfolgreicher als dem/der kritischen
61 Bürger/in lieb sein dürfte. So wurden bei der hessischen Landtagswahl
62 im Januar 2008 in mehreren Kommunen Wahlcomputer der Firma
63 NEDAP aus den Niederlanden eingesetzt. Auch bei der Bundestagswahl
64 2005 fanden bereits über 2.000 Wahlcomputer Verwendung. Dabei kam
65 es bereits 2003 zu einem Skandal, als Irland für 50 Millionen Euro 7.500
66
67

1 Wahlcomputer desselben Typus kaufte, diese aber aus
2 Sicherheitsbedenken bis heute nicht eingesetzt hat. Auch bei der
3 Hessenwahl 2008 kam es zu Unregelmäßigkeiten, weil einige der
4 Computer vor der Wahl bei LokalpolitikerInnen daheim gelagert wurden.

5
6 Bis heute gibt es keine Möglichkeit für die WählerInnen, die Sicherheit
7 vor Betrugsversuchen und die Unabhängigkeit der eingesetzten
8 Wahlmaschinen zu gewährleisten, da die Programmierung dieser
9 oftmals als Geschäftsgeheimnis der Hersteller gilt. Auch die
10 Nachprüfung der Ergebnisse durch ExpertInnen ist oftmals schwierig bis
11 unmöglich und zusätzlich mit hohen Kosten für den/die Steuerzahler/in
12 verbunden.

13
14 Dagegen ist der Einsatz klassischer Stimmzettel kostengünstiger und vor
15 allem sicherer, weil von jedermann/jederfrau nachprüfbar. Das oftmals
16 genannte Argument, Wahlcomputer würden Zeit und Personal sparen, ist
17 damit obsolet. Die permanente Überwachung der Computer vor
18 Manipulationen während der Wahl und die oft tagelangen Überprüfung
19 der Ergebnisse danach, machen alle sinnvollen Argumente dafür
20 zunichte.

21
22 Weiterhin hegen wir große Zweifel, ob Wahlcomputer nicht die
23 Allgemeinheit der Wahl gefährden könnte. So haben gerade ältere und
24 weniger technikaffine Menschen oft große Probleme im Umgang mit
25 digitalen Medien und könnten dadurch vom Urnengang abgehalten
26 werden.

27 28 29 **Antrag 4 I & W 04**

30
31 **Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg**
32 **Empfänger: SPD-Landesparteitag**
33 **Betreff: Kommunales Wahlrecht**
34

35 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

36 37 **Kommunales Wahlrecht**

- 38
39
40 1. Wir fordern das aktive Kommunalrecht ab 16 Jahren für EU-
41 StaatsbürgerInnen.
42
43 2. Wir fordern das aktive und passive Kommunalwahlrecht für
44 Nicht-EU-StaatsbürgerInnen ab 18 Jahren, die länger als drei
45 Jahre in einer Kommune leben und dort gemeldet sind.
46
47 3. Wir fordern das aktive Wahlrecht für Nicht-EU-StaatsbürgerInnen
48 ab 16 Jahren, die länger als 3 Jahre in einer Kommune leben
49 und dort gemeldet sind.

50 51 **Antrag 7 I & W 05**

52
53 **Antrag an den SPD-Landesparteitag**
54 **Antragsteller: Kreisverband Esslingen**
55

56 **Betrifft: Regionalwahlrecht für EU-Bürgerinnen und –Bürger**
57

58 Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass Bürgerinnen und
59 Bürger der Europäischen Union, die in der Region Stuttgart leben, künftig
60 an den Wahlen zur Regionalversammlung des Verbands Region
61 Stuttgart teilnehmen können.
62

63 **Begründung:**

64 Circa 10% der bei der Kommunalwahl Wahlberechtigten in der Region
65 Stuttgart (d.h. volljährig und seit mindestens drei Monaten wohnhaft im
66 Wahlgebiet) sind UnionsbürgerInnen. (Z.B. in Stuttgart 2009: 43.500
67

Annahme in folgender Fassung:

Kommunales Wahlrecht

1. Wir fordern das aktive
Kommunalrecht ab 16 Jahren,
auch für EU-AusländerInnen
2. Wir fordern das aktive
Kommunalwahlrecht für Nicht-
EU-AusländerInnen ab 16
Jahren, die länger als drei
Jahre in eine Kommune leben
und dort gemeldet sind.

Annahme

1 BürgerInnen, das entspricht ca. 11% der Wahlberechtigten). Ihre
2 Integration und politische Teilhabe ist unter dem Gesichtspunkt der
3 Demokratie und im Geiste der europäischen Einigung und Freizügigkeit
4 ein Gebot unserer Zeit.

5
6 In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger ist die Regionalwahl
7 eine Erweiterung der Kommunalwahl, ähnlich wie die Kreistagswahl.
8 Nicht von ungefähr wird der Termin der Regionalwahl mit den
9 Kommunalwahlen in Baden-Württemberg zusammengelegt.
10 „Obwohl der Verband Region Stuttgart keine kommunale
11 Selbstverwaltungskörperschaft ist, wird die Regionalversammlung
12 ebenfalls nach den Bestimmungen des Kommunalwahlrechts gewählt.“
13 (Internetseite des Innenministeriums Baden-Württemberg)

14
15 Es ist daher konsequent, EU-Bürgerinnen und Bürger in unserer Region
16 an der politischen Willensbildung durch Wahlen teilhaben zu lassen,
17 indem sie das aktive wie passive Wahlrecht für die
18 Regionalversammlung erhalten.

20 **Antrag 9 I & W 06**

21
22 **Antragsteller:** SPD-Kreisverband Lörrach
23 **Empfänger:** Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg

Erledigt durch Beschlusslage

24
25 Antrag:

26
27 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen: Die Landrätinnen &
28 Landräte in Baden-Württemberg werden in Zukunft direkt vom Volk
29 gewählt.
30

31
32 Begründung:

33 Die Machtfülle der Landräte in Baden-Württemberg wird von vielen
34 Bürgern als sehr groß empfunden.
35

36
37 Diese Macht resultiert auch aus den vielfältigen prozessualen
38 Spielräumen, die Landräte zu ihren Gunsten nicht nur ausnutzen,
39 sondern auch aktiv gestalten können ("Macht des Faktischen").
40

41 Die Bürger im Landkreis Lörrach haben dies gerade auch in der Frage
42 der Kreiskrankenhäuser sowie der Deponie Scheinberg mit der
43 Dioxinproblematik und dem Tierseuchenlogistikzentrum erfahren
44 müssen. Daher erscheint es folgerichtig, eine Direktwahl des Landrates
45 durch die Bürger zu ermöglichen, einerseits um den Landrat mit einer
46 breiteren Legitimation zu stützen, andererseits um eine direkte Kontrolle
47 durch die Bürger zu schaffen, sodass durch den daraus resultierenden,
48 politischen Druck auf den Landrat ein aufrichtiger und zeitgemäßer
49 Dialog mit dem Bürger entsteht.
50

51 **Antrag 13 I & W 07**

52
53 **Antragsteller:** SPD-Ortsverein Winnenden

Annahme

54
55 Empfänger: SPD Landesparteitag

56
57 **Betreff: Generelles Verbot von großkalibrigen Waffen für**
58 **Privatpersonen und keine Aufbewahrung von scharfer Munition in**
59 **Privathaushalten**
60

61
62 Der SPD Landesparteitag möge beschließen:

63
64 **Vormerkungen:**

65
66 1. Deutschland ist ein Rechtsstaat. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat.
67

1 Es besteht daher seitens einer Privatperson nicht die Notwendigkeit
2 Schusswaffen und Munition zur Selbstverteidigung im privaten Haushalt
3 zu deponieren bzw. bei sich zu führen.
4

5 2. In Deutschland dienen Schusswaffen im Privatbesitz daher der
6 persönlichen Befriedigung bzw. werden zur Ausübung des Schießsportes
7 benötigt. Beide Motive machen nicht zwingend erforderlich, dass
8 Schusswaffen und die entsprechende Munition am gleichen Ort
9 aufbewahrt werden und schnell verfügbar sein müssen.
10

11 3. Die schreckliche Erfahrung vieler Amokläufe – der letzte Amoklauf
12 fand am 11. März 2009 in Winnenden und Wendlingen statt – und auch
13 vieler Familientragödien ist, dass die Durchführung solcher Bluttaten mit
14 legalen Waffen im Privatbesitz erfolgt.
15

16
17 **Antrag:**

18 Die Gesellschaft muss alles tun, um das Risiko solcher Untaten weiter zu
19 reduzieren.
20

21 Wir fordern das generelle Verbot von großkalibrigen Waffen für
22 Privatpersonen.
23

24 Wir fordern weiter, dass Waffen und Munition an getrennt
25 gesicherten Orten aufzubewahren sind und wir fordern außerdem, dass
26 scharfe Munition nicht im Privathaushalt aufbewahrt werden darf.
27

28
29
30 **Begründung:**

31 1. Es ist richtig, die vollkommene Sicherheit gibt es nicht und sie kann
32 auch seitens der Politik und der Gesellschaft nicht geschaffen werden.
33 Dessen ungeachtet ist es Aufgabe der Politik, Risiken zu reduzieren,
34 indem Vorgaben überprüft und verändert werden.
35

36 Tatsache ist leider, dass die bislang gemachten Vorgaben nicht mehr
37 ausreichend sind
38

39 Wir sind auch der Meinung, dass die neuen Vorschriften zur
40 Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition dem Risikogehalt eines
41 Amoklaufes nicht gerecht werden.
42

43
44 2. Die Schulen fordern Sicherheit für Ihre anvertrauten Schülerinnen und
45 Schüler. Der beste Schutz ist die getrennte Aufbewahrung von
46 Schusswaffen und Munition, da die Schwelle für die Durchführung um ein
47 Vielfaches erhöht wird.
48

49 3. Die Sportschützenvereine sind unverzichtbarer Bestandteil des
50 deutschen Vereinlebens. Sie leisten unbestritten Beachtliches. Das soll
51 auch so bleiben.
52

53 Die Ausübung des Schießsports erfolgt nur in genehmigten
54 Sportanlagen. Zur Ausübung des Sports ist es daher nicht zwingend
55 notwendig, Munition im Privathaus zu besitzen.
56

57 Das Recht des Einzelnen auf Gebrauch seiner Schusswaffe wird
58 dadurch nur unwesentlich eingeschränkt. Der Gebrauch von
59 Schusswaffen ist weiterhin möglich, er erfolgt nur nicht sofort, sondern
60 zeitversetzt.
61

62
63 4. Eine einzige Kugel kann ein Menschenleben auslöschen. Die
64 Konsequenz muss daher sein, dass die Aufbewahrung von Munition
65 strikt geregelt und kontrolliert wird.
66
67

Antrag 53 I & W 09**Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg****Empfänger: SPD-Landesparteitag****Betreff: Maßnahmen zur Verhinderung von Amokläufen**

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Maßnahmen zur Verhinderung von Amokläufen

Da es sich viele Schulen durch die Aufhebung der Landesbezuschussung nicht mehr leisten konnten, SchulsozialarbeiterInnen einzustellen, begrüßen wir die Forderung nach mehr SchulpsychologInnen in besonderem Maße. Wir gehen davon aus, dass die Landesregierung unter Ministerpräsident Oettinger hierbei den Zuschuss von mindestens 30 Prozent wieder einführen und damit einer langjährigen Forderung der Jusos Baden-Württemberg nachkommen wird. Auch fordern wir ausdrücklich SchulpsychologInnen an allen weiterführenden Schularten einzusetzen. Diese sollen mit vom Schulausschluss bedrohten SchülerInnen Maßnahmen entwickeln, damit diese lernen, sich wieder in den Schulalltag einzugliedern.

Kommt es trotz allem zu einem Schulausschluss, müssen Eltern, SchulpsychologInnen und das Jugendamt gemeinsam dafür sorgen, dass der/die Schüler/in Perspektiven geboten bekommt mit dem Ziel, den Schulabschluss zu erreichen.

Zudem fordern wir ein Warnsystem mittels eines lauten Amokalarms. Ertönt ein Signallaut, der natürlich deutlich vom Feueralarm unterscheidbar sein muss, handelt es sich um einen Amoklauf. Die LehrerInnen müssen nun schnellstmöglich die SchülerInnen in die Klassen führen bzw. die Türen verschließen. Diese Art des Signals soll dafür sorgen, dass alle gewarnt sind und sich schnellstmöglich in die Klassenzimmer begeben.

Um zu verhindern, dass SchülerInnen vor lauter Panik versuchen, nach draußen zu laufen, geradewegs in die Arme des/der Täters/Täterin, fordern wir zusätzlich eine stärkere Sensibilisierung mit der Thematik „Amoklauf“. Eine Aufklärung an Schulen ist notwendig. Diese kann am besten durch Simulationen erfolgen, die einmal jährlich einen Ernstfall vortäuschen.

Wir schließen uns der Forderung nach einem Türknäufsystem an. Es ist sinnvoll, die Türen in gefährlichen Situationen nur von innen öffnen zu können. Ergänzend fordern wir aber auch die Ausstattung einer jeden Tür mit einem Spion. Da LehrerInnen und SchülerInnen oft die Türen öffnen, ohne zu wissen, wer angeklopft hat, sehen wir diese Maßnahme als unabdingbar an. Besonders in Alarmsituationen, in denen sich einzelne SchülerInnen noch im Gang befinden, ist es wichtig, diese herein lassen zu können, ohne dem/der Amokläufer/in die Türe zu öffnen.

Zusätzlich fordern wir die Ausstattung der Klassenzimmer mit Funkgeräten, welche mit der Schulleitung und Einsatzkräften verbunden sind. Wir distanzieren uns von der geforderten Maßnahme, LehrerInnen mit Pagern auszustatten. Es ist nicht Sinn stiftend, LehrerInnen, die sich in einer solchen Alarmsituation vielleicht noch nicht einmal im Klassenzimmer befinden, einen Pager zu geben. Als wesentlich sinnvoller erachten wir die Ausstattung eines jeden Klassenzimmers mit sowohl einem Notknopf als auch einem Walkie-Talkie, die sich beide hinter einer einzuschlagenden Glastür (siehe Feueralarm) befinden. Die Glastür dient sowohl der Verhinderung von versehentlichen Fehlalarmen als auch der Abschreckung bzw. höheren Hemmschwelle, die es gibt, um beabsichtigter Weise Fehlalarme auszulösen.

Überweisung Landtagsfraktion

1
2 Das Verbot von Gewalt verherrlichenden Spielen lehnen wir
3 grundsätzlich ab. Stattdessen fordern wir das Auseinandersetzen mit der
4 Thematik durch ein Einbeziehen der Eltern und LehrerInnen,
5 beispielsweise durch Podiumsdiskussionen und „Spielnachmittage“.
6

7 Die von Ministerpräsident Oettinger und seinem ExpertInnenkreis
8 geforderte Änderung der „Sendezeitvorgaben für Kinder geeignete
9 Inhalte“ im Fernsehen halten wir in diesem Zusammenhang für falsch.
10 Die meisten AmokläuferInnen planen ihre Taten gut und man kann sie
11 nicht mehr als Kinder bezeichnen. Zudem haben die meisten
12 Jugendlichen heutzutage eigene Fernseher und einen Internetzugang im
13 eigenen Zimmer. So ist das Verhindern einer gewaltsamen oder -
14 verherrlichenden Sendung im Fernsehen ab 22 Uhr utopisch. Auch im
15 Internet gibt es Seiten, die offen von jedermann/jederfrau gelesen
16 werden können. Wir sind der Meinung, dass eine bessere Aufklärung
17 von LehrerInnen und Eltern auf Elternabenden erfolgen muss.
18

19 Das geforderte Heraufsetzen des Mindestalters für Waffen von 18 auf 21
20 Jahre unterstützen wir zwar, allerdings geht diese Maßnahme unserer
21 Meinung nach an der tatsächlichen Thematik weitestgehend vorbei. Wie
22 Winnenden und auch andere Amokläufe gezeigt haben, können junge
23 Menschen auch über geringe Umwege an Waffen gelangen. Hier fordern
24 wir eine Verschärfung und regelmäßige Kontrolle der
25 Waffenaufbewahrung. Schon bei der ersten unsachgemäßen
26 Aufbewahrung ist die Wegnahme der Waffe zwingend erforderlich, um
27 Schlimmeres ggf. zu verhindern.
28

29 Auch die Schützenvereine müssen hier stärker ihren Pflichten
30 nachkommen. Gebrauchte Waffen dürfen nicht mit nach Hause
31 genommen werden. Waffen und Munition müssen getrennt voneinander
32 in speziell dafür vorgesehenen Stahlschränken gelagert werden.
33
34

35 Zusätzlich schließen wir uns der Aufforderung an die Presse an, die
36 Meldungen über Amokläufe zu vereinheitlichen und umzustrukturieren.
37 Wir denken, dass eine ständige Zur-Schau-Stellung des/der
38 Täters/Täterin als Aufforderung zur Nachahmung gesehen werden kann.
39 Dies führt zu einer Verherrlichung des/der Täters/Täterin und die ihm/ihr
40 zuteil werdende Aufmerksamkeit kann zu vermehrten
41 Nachahmungstaten führen.
42

43 **Antrag 5 I & W 08**

44 **Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg**
45 **Empfänger: SPD-Landesparteitag**
46 **Betreff: Europaweiter Ausstieg aus dem Export von**
47 **Kleinwaffen**
48

49 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
50

51 **Europaweiter Ausstieg aus dem Export von Kleinwaffen**

52 Wir fordern den europaweiten Ausstieg aus dem Export von Kleinwaffen
53 sowie den Stopp von Lizenzvergaben für den Eigenbau an Drittländer.
54
55
56

57 **Antrag 49 I & W 11**

58 **Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg**
59 **Empfänger: SPD-Landesparteitag**
60 **Betreff: Gesellschaft 2.0**
61
62

63 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
64

65 **Gesellschaft 2.0**

Überweisung
Bundestagsfraktion und Fraktion
der SPE

Die Antragskommission
empfiehlt, zu diesem Antrag im
Laufe des Jahres 2010 eine
eigene LDK durchzuführen, um
diesen abschließend zu beraten.

1 In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass Themen, die
2 politische Auseinandersetzungen und Wahlen beeinflussen, bisher in der
3 öffentlichen Wahrnehmung ein stiefmütterliches Dasein gefristet haben.

4
5 Fragen des Datenschutzes, der Informations- und Pressefreiheit oder der
6 Schutz vor willkürlicher staatlicher Überwachung wurden von sozial- und
7 wirtschaftspolitischen Fragestellungen überlagert und an den Rand der
8 öffentlichen Berichterstattung gedrängt.

9
10 Dass diese Themen in den Vordergrund gerückt sind, hat mehrere
11 Ursachen:

12
13 Nach dem 11. September 2001 sahen sich die westlichen Demokratien
14 mit einem islamistischen Terrorismus konfrontiert, der gerade das Ziel
15 hatte, die freiheitlich-demokratischen Grundordnungen zu beseitigen. Als
16 Reaktion auf die weltweiten verbrecherischen Attentate der Extremisten
17 wurde der Staat misstrauisch gegenüber den BürgerInnen.

18
19 Von einer verängstigten Bevölkerung erduldet und von einer
20 panikstiftenden Berichterstattung begleitet, konnte der Staat weiter in
21 bürgerliche Freiheiten eingreifen als bisher. Wo Freiräume waren,
22 wurden „Rückzugsräume“ vermutet.

23
24 Die erleichterten Kommunikationsmöglichkeiten des Internets und die
25 rasante technische Entwicklung im Online-Bereich haben dazu geführt,
26 dass Entfernungen und Ländergrenzen an Bedeutung verloren haben.
27 Diese glückliche Entwicklung bringt aber das Problem mit sich, dass für
28 diese Kommunikationsmöglichkeiten bisher kein Rechtsrahmen bestand,
29 der vor Eingriffen in persönliche Daten von staatlicher, wirtschaftlicher
30 oder privater Seite schützt.

31
32 Die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte wie das Post- und
33 Fernmeldegeheimnis oder der Schutz der Wohnung erfassen eben nicht
34 mehr alle Bereiche, in denen persönliche Daten aufbewahrt oder
35 ausgetauscht werden bzw. in denen persönliche Freiheit in einer
36 zulässigen Weise ausgelebt wird. Den Ambitionen der
37 Sicherheitsbehörden standen so keine bzw. nur ungenügende
38 Schranken gegenüber. Das Bundesverfassungsgericht konnte sich nur
39 spät dazu durchringen, ein schwammiges Recht mit dem Namen
40 „Grundrecht der Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität
41 informationstechnischer Systeme“ zu entwickeln.

42
43 Hinzu kam, dass in vielen Lebensbereichen die Menge der
44 ausgetauschten und gespeicherten Daten enorm anstieg. Der leichtere
45 Zugang zum Internet, die exponentiell steigende Zahl der versendeten E-
46 Mails und der Anstieg der Websites trugen genauso dazu bei wie die
47 vermehrte Nutzung des Mobilfunks. Die Speicherung persönlicher
48 Gesundheitsdaten, eine breitere Videoüberwachung und die Erfassung
49 des Verkehrs führten ebenfalls zu einer kaum übersehbaren Datenflut.
50 Angesichts dieser Masse an Daten ist eine Unterscheidung, ob diese
51 Daten für eine effektive Verbrechensbekämpfung notwendig sind oder
52 nicht, einfach nicht möglich. Deswegen wird für den Fall der Fälle
53 gesammelt und gespeichert was das Zeug hält.

54
55 Nicht nur staatliche Organe machen sich diesen Überfluss an Daten zu
56 Nutze. Auch private Unternehmen erhoffen sich aus
57 Persönlichkeitsprofilen und Kaufverhalten gezieltere
58 Werbemöglichkeiten. ArbeitgeberInnen nutzen die online vorhandenen
59 Daten zur Sichtung des Bewerbers/der Bewerberin und Überprüfung
60 seines/ihrer Umfeldes. Dies wird durch einen oftmals sorglosen Umgang
61 der Internet-NutzerInnen mit ihren persönlichen Daten begünstigt. Die
62 Daten, die in sozialen Netzwerken eingestellt werden, sind auf Dauer
63 vom Anbieter gespeichert und sind z.T. auch für alle Internet-
64 NutzerInnen sichtbar. Von ArbeitnehmerInnen wiederum werden
65
66
67

1 Krankheitsdaten, Verbindungsdaten und das Verhalten am Arbeitsplatz
2 überwacht und aufgezeichnet.

3
4 In vielen Bereichen galt es also, rechtliches Neuland zu betreten bzw. es
5 ist immer noch kein Land in Sicht. Wenn davon gesprochen wird, dass
6 das Internet kein rechtsfreier Raum sein darf, so gilt das insbesondere
7 für die Rechte der BürgerInnen. Bedauerlich ist aber, dass die
8 Gesetzgebung nur selten ein Korrektiv für die Eingriffe der
9 Sicherheitsbehörden oder den Missbrauch durch Unternehmen war,
10 sondern die rechtlichen Rahmenbedingungen für viele Eingriffe in die
11 Freiheit des/der Einzelnen geschaffen hat oder zumindest untätig blieb.

12
13 Die angesprochenen Entwicklungen betreffen die gesamte Gesellschaft.
14 Es handelt sich nicht um die Interessen und Sorgen einzelner
15 „Technikfreaks“, sondern um wesentliche gesellschaftliche Fragen. Wer
16 seine Freizeit im Internet verbringt, wer per E-Mail kommuniziert, sich
17 online informiert oder publiziert, der übt seine Grundfreiheiten aus. Die
18 Bedeutung des Internets und der digitalen Kommunikation wird zu- und
19 nicht abnehmen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sich die
20 Sozialdemokratie kompetent und langfristig mit den angesprochenen
21 Themen auseinandersetzt.

22
23 Es darf nicht dazu kommen, dass die SPD den Fehler wiederholt, den sie
24 bei der Umweltbewegung in der Vergangenheit begangen hat. Die
25 Sozialdemokratie ist dann stark, wenn sie sich auf der Höhe der Zeit
26 befindet und Antworten auf die Fragen einer modernen Gesellschaft
27 geben kann. Da sich überwiegend junge Menschen mit den Themen der
28 neuen Medien befassen, sind wir es, die diese Anliegen in die Partei
29 tragen müssen.

30
31
32 Bei der vergangenen Bundestagswahl sind uns v.a. junge WählerInnen
33 zur FDP und zur Piratenpartei abgewandert. Die selbsternannte
34 Bürgerrechtspartei FDP wird ihren Ansprüchen in der Landesregierung
35 nicht gerecht. Im Gegenteil: Das neue Versammlungsgesetz, das
36 Polizeigesetz, die Ausweitung der Videoüberwachung, die
37 Alkoholverkaufsverbote und der Abbau der Polizei auf Landesebene
38 sprechen eine andere Sprache.

39
40 Die Piratenpartei hat ein sehr enges Verständnis von bürgerlichen
41 Freiheiten. Wir wissen aber, dass Freiheit auch heißt, dass zu ihrer
42 Ausübung die sozialen und materiellen Voraussetzungen gegeben sein
43 müssen. Freiheit kann deswegen niemals an der Steckdose aufhören,
44 sondern setzt eine solidarische und gerechte Gesellschaft voraus.

45
46 Die Piratenpartei begrenzt ihr Gesellschaftsbild jedoch auf einen
47 Ausschnitt, der alleine nicht gedacht werden kann. Wer selbst den Wert
48 der Freiheit hochhält, kann auf der anderen Seite nicht rechtsextremen
49 Parteien das Wort reden. Piraten – auf dem rechten Auge blind.

50
51 Es muss in Zukunft klar sein, dass die umfassende Wahrung der
52 bürgerlichen Freiheiten Sache der SPD ist. Wer tatsächliche
53 Repräsentanz für diese Anliegen haben will, muss in Zukunft die SPD
54 wählen. Als SozialdemokratInnen wehren wir uns gegen eine staatliche
55 Überwachung der Menschen. Wir wissen aber auch, dass wir den Staat
56 brauchen, um eine solidarische Gesellschaft zu organisieren. Deswegen
57 kämpfen wir für künftige Wahlerfolge.

58 59 60 **Von Vorratsdatenspeicherung bis Onlinedurchsuchungen –** 61 **BürgerInnenrechte zurück ins Zentrum der Sozialdemokratie**

62
63 Die Sozialdemokratie muss das Thema „BürgerInnenrechte“ in all seinen
64 Facetten wieder nach oben auf die politische Agenda setzen. In der
65 jüngeren Vergangenheit ist dieser Aspekt oft vernachlässigt worden und
66 es wurden Fehler gemacht. Vorratsdatenspeicherung und
67

1 Onlinedurchsuchungen sind nur zwei Beispiele, die zeigen, dass die SPD
2 ihren Grundwert „Freiheit“ bisweilen etwas stiefmütterlich behandelt hat.
3 Hier muss ein Umdenken stattfinden.
4

6 **Vorratsdatenspeicherung**

7 Die Verpflichtung von Telefon- und Internetdienstleistern, Kunden- und
8 Verbindungsdaten pauschal mindestens sechs Monate zu speichern,
9 verstößt aus unserer Sicht klar gegen das Recht des Einzelnen/der
10 Einzelnen, über seine/ihre Daten zu verfügen und selbst darüber zu
11 bestimmen, wer unter welchen Umständen darauf Zugriff hat.
12

13 Insofern streben wir die Rücknahme dieses Gesetzes an und wollen
14 politisch Sorge dafür tragen, dass es zu derartigen
15 Generalverdächtigungen per Gesetz künftig nicht mehr kommt. Dazu
16 muss auch die „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates
17 über die Vorratsspeicherung von Daten“ entsprechen aufgehoben oder
18 zumindest geändert werden.
19

20 Die Einschränkungen, die das Gesetz durch die einstweilige Anordnung
21 des Bundesverfassungsgerichts erfahren hat, sind zwar begrüßenswert.
22 Jedoch geht eine Einschränkung der Datenverwendung bei Beibehaltung
23 der Datenerfassungsregelung längst nicht weit genug. Die
24 Kommunikationsdaten von GeheimnisträgerInnen dürfen nur unter hohen
25 Auflagen untersucht werden.
26

27 Die Schweigepflicht von ÄrztInnen, JournalistInnen, Priestern,
28 PfarrerInnen und anderen religiösen Vertrauenspersonen soll geschützt
29 und geachtet werden.
30

33 **Onlinedurchsuchungen**

34 Das Bundesverfassungsgericht hat die im BKA-Gesetz getroffenen
35 Regelungen zur Möglichkeit sog. Online-Durchsuchungen, die ohne
36 Wissen des/der Durchsuchten heimlich durch den Staat vorgenommen
37 werden können, eingeschränkt. So bedarf es inzwischen der richterlichen
38 Anordnung einer solchen Durchsuchung.
39

40 Das neu entwickelte Grundrecht der Gewährleistung der Vertraulichkeit
41 und Integrität informationstechnischer Systeme muss unverletzt bleiben.
42 Wir begrüßen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
43 ausdrücklich, warnen aber vor einer Politik, die sich darauf verlässt, das
44 Bundesverfassungsgericht werde es im Ernstfall schon richten. Ein
45 solches Verhalten verurteilen wir als verantwortungslos.
46

47 Nicht nur deshalb, weil wir nicht alles, was verfassungsrechtlich möglich
48 ist, auch politisch wollen. Wir fordern den Gesetzgeber auf, das vom
49 Bundesverfassungsgericht entwickelte Computer-Grundrecht
50 ausdrücklich in das Grundgesetz aufzunehmen.
51

54 **Internetsperren**

55 Mit dem Zugangerschwerungsgesetz hat der Bundestag ein Gesetz
56 geschaffen, das es dem Staat erlaubt, den Zugriff auf Seiten
57 kinderpornographischen Inhalts zu erschweren.
58

59 Bei diesen Sperren handelt es sich um sog. DNS-Sperren. Bei DNS
60 handelt es sich um eine Art Telefonbuch im Internet. Wer einen
61 bestimmten Domainnamen angibt, wird auf die zugehörige IP-Adresse
62 weitergeleitet. Die Tatsache der DNS-Sperren ist ihre leichte
63 Umgehbarkeit, die allenfalls wenige Sekunden dauert.
64

65 Ein weiterer Ansatzpunkt für die staatlichen Blockierungsmaßnahmen
66 sind die sog. IP-Adressen. Hierbei kann es zum einen zur Sperrung völlig
67

1 unbedenklicher Seiten kommen, weil sich diese womöglich mit einem
2 illegalen Server eine IP-Adresse teilen. Darüber hinaus können durch
3 dynamische DNS-Einträge Seiten blockiert werden, deren Sperrung
4 niemals beabsichtigt war, da ihnen inzwischen eine andere IP-Adresse
5 zugewiesen wurde.
6

7 Durch die Nutzung dynamischer DNS-Dienste, die kostenfrei bis
8 kostengünstig zu beschaffen sind, können also auch IP-Sperren schlicht
9 umgangen werden. Damit erweisen sich die vom Staat genutzten
10 Instrumente als weitestgehend zahnlos. Von Minimal-Versierten mit
11 YouTube- und Google-Zugang können sie binnen Sekunden ohne
12 größeren Aufwand umgangen werden. Der/die unbedarfte Nutzer/in ist
13 ihnen hilflos ausgeliefert.
14

15 Zudem haben Erfahrungen in Australien gezeigt, dass Filterinstrumente,
16 wie die Internetsperre, die Geschwindigkeit des Internet erheblich
17 reduzieren und zwar umso stärker, je mehr gefiltert wird. Eine Analyse
18 der bereits schon im Ausland eingesetzten Filter zeigte, dass alle
19 Provider zu viel filterten und viele gleichzeitig zu wenig. Ein Großteil des
20 Materials steht auch gar nicht einfach nur zum Downloaden im Internet,
21 sondern wird über Tauschbörsen oder physische Datenträger gehandelt.
22 Hiergegen ist die Internetsperre keine Handhabe.
23

24 Die Diskussion um die Internetsperre ist durch viele Unwahrheiten
25 geprägt. So begründete Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen
26 das Gesetz mit dem großen Erfolg von Internetsperren in anderen
27 Ländern und damit, dass es im Internet einen millionenschweren Markt
28 für Kinderpornographie geben würde. Eine Anfrage der FDP im
29 Bundestag hat dies widerlegt, indem dort festgestellt wurde, dass die
30 Regierung dazu keinerlei Informationen gesammelt hat und daher unklar
31 ist, worauf sich von der Leyens Aussagen beruhen.
32

33 Nun könnte man meinen, dass es auch für den/die unbedarften Nutzer/in
34 keine Notwendigkeit gäbe, auf kinderpornographische Seiten
35 zuzugreifen, von einem staatlichen Eingriff in die Rechte des/der
36 Einzelnen also kaum die Rede sein könne. Dies trifft nur bedingt zu, da
37 die IP-Sperrung – wie oben beschrieben – auch die Sperrung von Seiten
38 jenseits kinderpornographischer Inhalte zur Folge haben kann. Der/die
39 Bürger/in muss also seinen/ihren Informationszugang durch
40 unzuverlässige staatliche Instrumente reglementieren lassen. Mit dem
41 Risiko, dass ihm/ihr auch andere, harmlose Inhalte vorenthalten werden.
42
43

44 **Recht im Netz**

45 So greift die oftmals angeführte Argumentation, wenn die Sperren doch
46 so wenig nützen, könnten sie ja auch niemandem ernst zu nehmend
47 schaden, schlicht nicht. Die Regelungen des
48 Zugangerschwerungsgesetzes stellen – zunächst mal ganz unabhängig
49 davon, was oder ob sie nützen könnten – einen erheblichen Eingriff in die
50 Rechte des/der Einzelnen dar. Konkret schafft der Staat eine
51 Infrastruktur, die den Zugang zu bestimmten Internetseiten erschwert.
52
53

54 Das Bundeskriminalamt (BKA) führt hierzu eine Liste, die die „bösen“
55 Seiten führt. Aufgrund dieser Liste wird der Zugriff auf diese Seiten
56 erschwert. Der Staat entscheidet somit darüber, auf welche Seiten
57 der/die Nutzer/in zugreifen darf und auf welche nicht. Das BKA erhält
58 weitreichende Kompetenzen bei der Auswahl der zu sperrenden Seiten.
59
60

61 Die Existenz eines unabhängigen ExpertInnengremiums ist angesichts
62 der Tatsache, dass seine Kontrolltätigkeit lediglich stichprobenhaft in
63 großen zeitlichen Abständen erfolgt (laut Gesetz lediglich mindestens ein
64 Mal im Quartal), kaum ein Argument für eine rechtsstaatlich abgesicherte
65 transparente Listenführung.
66
67

1 Das Ziel, den das Zugangserschwerungsgesetz erfüllt, ist richtig. Kinder
2 müssen geschützt werden vor Übergriffen Pädophiler. Ob es bei den o.g.
3 einfachen und vielfältigen Umgehungsmöglichkeiten auch geeignet ist,
4 diesen Zweck zu erfüllen, ist aus unserer Sicht mehr als fraglich. Ein
5 Mechanismus, der dort, wo er greifen soll – nämlich bei den Nutzern
6 kinderpornographischer Angebote –, nicht greift, kann nicht geeignet
7 sein.
8

9 Wir sind der Ansicht, dass das strafrechtliche Vorgehen gegen die
10 Einsteller hier Priorität haben muss. Als Alternative zur Internetsperre gilt
11 das Prinzip „Löschen vor Sperren“. Eine Sperrung der Seiten ist in den
12 meisten Fällen überhaupt nicht nötig. Häufig ist den Providern nicht
13 bekannt, dass sich solches Material auf ihren Servern befindet, da diese
14 durch einen Hack dorthin gebracht wurden.
15

16 Mit einem einfachen Anschreiben werden die kinderpornographischen
17 Inhalte in der Regel nach Minuten von den Providern von selbst und
18 freiwillig gelöscht, ohne dass weitere rechtliche Schritte zur Löschung der
19 Inhalte eingeleitet werden müssen. Dieses Prinzip funktioniert auch für
20 Provider im Ausland, denn Kinderpornographie ist nicht nur in
21 Deutschland, sondern auch in weiten Teilen des Auslands illegal.
22

23 Bisher geht das BKA den Umweg über andere nationale Behörden bzw.
24 Interpol, um Provider zu informieren, dass sich solches Material auf ihren
25 Servern befindet. Ein direktes Informieren der Provider empfindet das
26 BKA als Eingriff in fremde Hoheitsbereiche, was u.a. zur Begründung des
27 Gesetzes herangezogen wurde.
28

29 Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hat
30 allerdings gezeigt, dass dieses nicht zutrifft. Das BKA ist berechtigt,
31 ausländische Provider über solche Inhalte zu Informieren. Häufig wird
32 bewusst verschwiegen, dass bereits entdeckte Seiten im Netz gelassen
33 werden, um NutzerInnen zu entdecken, die diese Seiten besuchen. Hier
34 gilt für das BKA traurigerweise TäterInnensuche vor Opferschutz.
35
36

37 Im Moment schaffen InternetaktivistInnen und JugendschützerInnen das,
38 was BKA nicht kann oder willens zu tun ist. Einer von den Bundesländern
39 getragene Initiative Jugendschutz.net ist es mit einem einfachen
40 Anschreiben gelungen, in 80 Prozent aller Fälle zu erreichen, dass
41 Kinderpornographie gelöscht wurde.
42

43 Interessant ist dabei auch, dass es im Bereich des internationalen
44 Bankbetrugs den ErmittlerInnen möglich ist, sog. Phising-Seiten
45 innerhalb von vier Stunden aus dem Internet zu nehmen, während es bei
46 Seiten mit Kinderpornographie zum Teil Wochen dauert, bis diese
47 entfernt werden.
48

49 Statt der Forderung nach Zensurinstrumenten muss hier ein Umdenken
50 des BKAs gefordert werden. Denn Anbetracht dieser Informationen und
51 der Tatsache, dass das Konzept aus dem Innenministerium stammte,
52 lässt die Vermutung zu, dass es bei Internetsperren in erster Linie nicht
53 um den Opferschutz und die Bekämpfung der Kinderpornographie geht,
54 sondern um die Kompetenzerweiterung des BKAs. Außerdem besteht
55 die Gefahr mit der Internetsperre, dass nun nur noch gesperrt statt
56 gelöscht wird. Denn dies ist einfacher.
57

58 Kinderpornographische Seiten gehören gelöscht, die Verantwortlichen
59 strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Hierauf gilt es, Kapazitäten zu
60 verwenden! Nicht auf eine Sperrinfrastruktur, die viel schadet, aber wenig
61 nützt.
62

63
64 Parteintern wurde die Zustimmung zum Zugangserschwerungsgesetz oft
65 mit strategischen Argumenten gerechtfertigt. Die Mehrheit der Leute
66 würde nicht verstehen, warum man sich einem Gesetz zum Schutz vor
67

1 Kinderpornographie verweigern sollte. Deshalb habe man keine andere
2 Möglichkeit als zuzustimmen. Die Angst vor einer Kinderschänder-
3 Kampagne der Union hat bei dem/der ein oder anderen ihr Übriges
4 getan. KritikerInnen der Netzsperrungen seien übrigens davor gewarnt,
5 argumentativ auf den gleichen Zug in die entgegengesetzte Richtung
6 aufzuspringen! Auch die Tatsache, dass „die Netzgemeinde“ mit all ihren
7 öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten als potentielle WählerInnen
8 verprellt würden, ist kein Argument.
9

12 Sozialdemokratie – Position beziehen

13 Trotz allen Widerstandes gegen das Gesetz an sich, begrüßen wir
14 jedoch die Impulse der SPD im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses.
15 Die SPD hat u.a. den Grundsatz „Löschen vor Sperren“ im
16 Zugangerschwerungsgesetz verankert, der die Sperrung von Seiten erst
17 dann anordnet, wenn Löschen nicht möglich ist.
18

19 Darüber hinaus ist es der SPD gelungen, die automatischen
20 strafrechtlichen Konsequenzen, also die NutzerInnendatenerhebung zum
21 Zwecke der Strafverfolgung, die in einer früheren Fassung des Entwurfs
22 verankert war, zu verhindern. Damit hat sie dem Gesetzesentwurf
23 zumindest einige von der Union implantierten Giftzähne gezogen. In
24 diesem Kontext verurteilen wir besonders scharf den anfänglichen
25 Ansatz Ursula von der Leyens, die Sperrmechanismen mit den einzelnen
26 Providern vertraglich zu regeln – ohne Gesetzgebungsprozess und breite
27 parlamentarische Beteiligung.
28

29
30 In diesem Bereich gilt für die SPD als Oppositionspartei besondere
31 Aufmerksamkeit walten zu lassen und gefährliche Tendenzen
32 schonungslos offen zu legen.
33

35 Sicherheit im Netz – auch die virtuelle Welt braucht Regeln

36 Die virtuelle Welt ist kein geflügeltes Wort mehr. Sie existiert parallel zu
37 der Welt, von der wir bisher dachten, sie sei die einzige. Doch auch in
38 der virtuellen Welt gibt es Akteure, gibt es Politik, wird Handel getrieben
39 und kommuniziert. Es entstehen Freundschaften und Beziehungen und
40 es gibt Sex, Gewalt und Kriminalität. Letztere hat es im Netz noch
41 leichter als außerhalb; allein deshalb, weil selten ohne Weiteres
42 festzustellen ist, wer sich hinter einzelnen Seiten, Angeboten und
43 Kontakten verbirgt.
44

45 Das erschwert die Strafverfolgung und lässt ob der (oft vermeintlichen)
46 Anonymität die Hemmschwellen sinken. Ein weiteres Problem deutet
47 bereits der Name an: www steht für World Wide Web; etwas Globales
48 also, das nationale Grenzen auflöst und Menschen überall auf der Welt
49 miteinander vernetzt – zu welchem Zweck auch immer.
50

53 Mehr Kapazitäten bei Justiz und Polizei

54 Das deutsche Strafrecht gilt auch im Internet. Das Problem liegt häufig in
55 der Durchsetzung. Hier müssen wir ansetzen. Wir werden künftig
56 deutlich mehr Kapazitäten bei Justiz und Polizei für den Online-Bereich
57 aufwenden. Nur so kann gewährleistet werden, dass das Netz einerseits
58 kein rechtsfreier Raum ist, in dem jede/r alles darf. Andererseits wird
59 dem Rechtsstaatsanfordernis der Strafverfolgung Rechnung getragen
60 und keine Rechte Einzelner verletzt.
61

62 Konkret muss der Staat dafür Sorge tragen, dass Seiten kriminellen
63 Inhalts aufgefunden und die EinstellerInnen strafrechtlich verfolgt
64 werden. Das wird Kapazitäten binden. So wird die Justiz künftig mehr
65 RichterInnen und mehr Staatsanwältinnen, die Polizei mehr
66 ErmittlerInnen für den Online-Bereich benötigen. Wir können es uns
67

1 nicht leisten, das Internet als Aktionsraum strafrechtlich auszublenden.
2 Wir fordern andere Länder dazu auf, die nach §§ 130 und 86a
3 Strafgesetzbuch unter Strafe gestellten Parolen und Symbole ebenfalls
4 unter Strafe zu stellen und zu verfolgen. Eine rechtsstaatlich saubere
5 Reglementierung des Online-Bereichs ist bisher versäumt, ihre
6 Notwendigkeit unterschätzt worden. Wir treten für eine langfristige
7 Konzeption ein, deren Umsetzung möglicherweise einige Zeit in
8 Anspruch nehmen wird. Verfassungsrechtlich fragwürdigen
9 Schnellschüssen erteilen wir eine klare Absage.

10
11 Bevor weitere neue Instrumente für das BKA geschaffen werden, muss
12 überprüft werden, ob dazu überhaupt die Notwendigkeit besteht, sprich
13 die gewünschten Ziele nicht mit den bereits vorhandenen Mitteln erreicht
14 werden können und diese vorhandenen Mittel auch genutzt werden. Hier
15 gilt Effizienzsteigerung alter Mittel vor der Schaffung neuer. Alle neuen
16 Mittel müssen der demokratischen und/oder der juristischen Kontrolle
17 unterliegen. Die Schaffung von Zensurinstrumenten ist dabei
18 abzulehnen.

21 **Online-Communities – Augen auf und wachsam sein**

22 Ob Facebook, studiVZ oder wkw – sog. soziale Netzwerke im Internet
23 haben in den letzten Jahren einen enormen Boom erlebt und
24 verzeichnen auch weiterhin eine stark wachsende Zahl an NutzerInnen.
25 In den Fokus der Öffentlichkeit und damit in die Schlagzeilen geraten
26 sind diese Netzwerke v.a. aber aus einem anderen Grund: Datenschutz
27 und der Schutz der Privatsphäre werden hier oft mit Füßen getreten. Die
28 Betreiber dieser Seiten, die sich mittlerweile zu einem großen Teil in der
29 Hand von Mediengruppen – wie im Falle von studiVZ, schülerVZ und
30 meinVZ dem Holtzbrinck-Konzern – befinden, gehen zum Teil äußerst
31 fahrlässig mit sensiblen Daten der NutzerInnen um.

32
33 Wir fordern daher, dass die Weitergabe personenbezogener Daten
34 grundsätzlich verboten wird, den NutzerInnen aber die Möglichkeit
35 eingeräumt wird, die Weitergabe bzw. den Weiterverkauf persönlicher
36 Daten an Dritte, z.B. zum Zweck der Werbung, zu erlauben. Gleichzeitig
37 ist eine transparente Informationspolitik notwendig, die über die
38 Auswirkungen der Datenweitergabe, z.B. personalisierte Werbung,
39 informiert. Der Gesetzgeber hat hierfür die entsprechenden Grundlagen
40 zu schaffen und den Datenschutz zu stärken.

41
42 Weiter lehnen wir den Zugriff von Ermittlungsbehörden auf Daten von
43 NutzerInnen der sozialen Netzwerke ab. Der Datensammelwut von
44 staatlicher Seite muss Einhalt geboten werden! Sofern die Ermittlungen
45 nicht in direktem Zusammenhang mit Vorkommnissen innerhalb der
46 sozialen Netzwerke stehen, muss gelten: Sicherheit im Internet vor
47 geheimen Ermittlungen. Superdatenbanken, die das BKA oder der
48 Verfassungsschutz anlegen, tragen nicht zu einer erhöhten Sicherheit
49 der Bevölkerung bei – auch nicht im Internet.

50
51
52 Gleichzeitig wollen wir die InternetnutzerInnen und hier v.a. die der
53 sozialen Netzwerke für das Problem des Datenschutzes sensibilisieren.
54 Absolute Sicherheit vor Missbrauch im Umgang mit vertraulichen und
55 persönlichen Daten kann und wird es nie geben. Auch dass mögliche
56 zukünftige ArbeitgeberInnen Profile von BewerberInnen innerhalb der
57 sozialen Netzwerke unter die Lupe nehmen, kann nicht verhindert
58 werden. Hier gilt: Augen auf und genau aufpassen, welche Daten der
59 Öffentlichkeit im Internet zugänglich gemacht werden. Aber auch hier
60 muss gelten: Wenn NutzerInnen private Daten oder Photos löschen,
61 müssen diese auch von den Servern verschwinden. Es darf nicht sein,
62 dass noch Monate und Jahre später Informationen verfügbar sind, von
63 denen der/die Nutzer/in ausging, diese seien gelöscht worden.

Internet von früh bis spät

Darüber hinaus muss der/die Einzelne wissen, wie er/sie sich schützen kann. Internetkompetenz muss zum allgegenwärtigen Bestandteil der Bildungspläne werden. Nur wer weiß, wie er/sie welche Informationen einzuordnen hat, kann sich im Netz sicher bewegen und läuft nicht Gefahr, extremistischem Gedankengut aufzusitzen oder Aufforderungen sog. Phishing-Mails nachzukommen. Nicht alleine bei den Jugendlichen besteht Nachholbedarf, was Internetkompetenzen betrifft. Es müssen ebenso Angebote für Erwachsene und Eltern bestehen, die es ihnen ermöglichen, die Internetnutzung ihrer Kinder verantwortungsbewusst zu begleiten. Internetauftritte müssen barrierefrei gestaltet sein.

Kreative Köpfe fördern

Im Internet finden kreative Prozesse ihren Ursprung und eine Plattform. Kulturschaffende und Beschäftigte in der Kreativbranche haben es oft schwer: Arbeit in einem schwierigen Umfeld, finanziell nur unzureichend entlohnt – aber für eine moderne zivilisierte Gesellschaft ein nicht wegzudenkender Beitrag zum Wohlstand unserer Gesellschaft. Für uns, die Menschen und ihre Leistungen nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten, sind Kunst und Kultur ein äußerst wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Arbeit von DichterInnen, MusikerInnen und DenkerInnen hat unser Land berühmt gemacht – diese Tradition gilt es weiterzuführen, zu unterstützen und zu fördern.

Wir SozialdemokratInnen setzen uns für ein starkes UrheberInnenrecht ein, das es den in der Kreativbranche Tätigen ermöglicht, von ihrer kreativen Tätigkeit angemessen zu leben. Das derzeitige UrheberInnenrecht hat sich jedoch vor allem zu einem Schutzrecht für große Medienhäuser entwickelt. Kleine, unabhängige KünstlerInnen werden davon nur noch unzureichend erfasst. Außerdem haben sich die Anlage und die Konzeption des UrheberInnenrechts im Internetzeitalter überholt. Wir treten daher für eine Reform und Modernisierung des Urheberrechts ein, das zu einem tatsächlichen Ausgleich zwischen den jeweiligen Interessen sorgt. Die in diesem Zusammenhang diskutierte Kulturflatrate ist ein verfolgenswerter Ansatz.

Allerdings müssen Werke, die durch die Gelder finanziert werden, auch irgendwann der Öffentlichkeit frei zur Verfügung stehen. EmpfängerInnen von Staatsgeldern sollten ihre Publikationen Studierenden und GeringverdienerInnen zu verbilligten Preisen anbieten. Filme, Dokumentationen und Reportagen, die zu mehr als 50 Prozent durch öffentliche Gelder gefördert werden, sollten nach einer Vermarktungszeit von zwei Jahren der Öffentlichkeit frei zugänglich sein.

Wir wollen nicht, dass im Zuge der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, wenn von Sparmaßnahmen – sei es auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene – die Rede ist, Einschnitte bei der Förderung von Kunst, Kultur und Kreativwirtschaft vorgenommen werden.

Qualitätsjournalismus sichern – Printmedien stärken

Die Tages- und Wochenzeitungen leisten mir ihrem breit gefächerten Angebot einen äußerst wichtigen Beitrag zu einer lebendigen Demokratie in unserem Land. Gerade auch die politische Unabhängigkeit der Presse in der Bundesrepublik hat sich bewährt. In den letzten Jahren sind aber zahlreiche Zeitungen, v.a. durch Konkurrenzangebote aus dem Internet, finanziell unter Druck geraten; ihre Auflagen gingen teils dramatisch zurück.

Wir wollen uns für den Erhalt der einzigartigen Presse- und Zeitungslandschaft in Deutschland einsetzen. Auch wenn das Internet, gerade was die Versorgung mit aktuellsten Neuigkeiten und der

1 Möglichkeit zur umfassende Recherche betrifft, in den letzten Jahren an
2 Bedeutung gewonnen hat und viele Verlage umfangreiche Online-
3 Angebote kostenlos zur Verfügung stellen, ersetzt dies nicht den
4 klassischen Qualitätsjournalismus. Dieser finanziert sich zwar nur zu
5 einem relativ kleinen Teil aus dem Erlös der tatsächlich verkauften
6 Exemplare, sondern hauptsächlich durch die im Blatt gedruckten
7 Anzeigen- und Werbemaßnahmen; aber auch hier ging die Nachfrage in
8 den letzten Jahren deutlich zurück und die Einnahmen des Online-
9 Geschäftes reichen oft nicht einmal aus, um die dortigen Kosten zu
10 decken.

11
12 Ein Zeitungssterben, wie es zurzeit in den USA zu beobachten ist, wollen
13 wir als SozialdemokratInnen verhindern. Die vorgeschlagenen Ideen der
14 SPD-Medienkommission begrüßen wir ausdrücklich. Die darin
15 angestrebten Maßnahmen, wie eine Förderung von
16 Qualitätsjournalismus durch eine unabhängige Stiftung und ein
17 Leistungsschutzrecht für Verlage zur Absicherung kostspielig erstellter
18 Inhalte, sehen wir als Beiträge zur Sicherung der Presselandschaft in
19 Deutschland. Auch eine steuerliche Absetzbarkeit von
20 Tageszeitungsabonnements und Kooperationen von Zeitungsverlagen
21 mit Schulen, um SchülerInnen bereits frühzeitig mit dem Medium Zeitung
22 vertraut zu machen, unterstützen wir.

23 **Antrag 14 I & W 12**

24 **Unterzeichnung des Ludwigsburger Dialogs**

25 **Antragsteller: Kreisvorstand SPD Rhein-Neckar**

26 Empfänger: SPD-Kreisparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-
27 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

28 Datum: 7. Oktober 2009

29 **Antragstext:**

30 Hiermit unterzeichnen wir den „Ludwigsburger Dialog für
31 Informationsfreiheit und gegen Internet-Sperren“ unter [www.spd-
32 internetpolitik.de](http://www.spd-internetpolitik.de) und fordern alle Gliederungen der SPD auf, dies
33 ebenfalls zu tun.

34 **Anhang:**

35 *Ludwigsburger Dialog für Informationsfreiheit und gegen Internet-Sperren*

36 Im Bereich der inneren Sicherheit gibt es seit einigen Jahren eine
37 gefährliche Tendenz Bedrohungen und Bekämpfungsstrategien isoliert
38 voneinander zu betrachten. Handlungsoptionen, die dem Grundsatz der
39 Verhältnismäßigkeit entsprechen und dem Ideal der bürgerlichen Freiheit
40 verpflichtet sind, werden zunehmend außer Acht gelassen. Der
41 Wertekanon unserer Gesellschaft verschiebt sich von einer Tradition der
42 Freiheit zu einer Ideologie der Sicherheit. Über Generationen erstrittene
43 Freiheitsrechte gelten weniger als die Verheißungen eines scheinbaren
44 Sicherheitsgewinns durch immer mehr Verbote, Kontrolle und
45 Überwachung.

46 Als Folge erleben wir eine sicherheitspolitische Aufrüstung ohne
47 Augenmaß: Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchung, BKA-Gesetz
48 oder Webseiten-Sperren sind die bekannteren Beispiele dieser
49 Entwicklung. All dies geschieht im Namen vermeintlicher Sicherheit oder
50 der Bekämpfung unliebsamer Inhalte. Es werden dadurch jedoch
51 Infrastrukturen mit Repressionspotential geschaffen, die nur so lange
52 keine größere Gefahr darstellen wie sie in den Händen demokratisch
53 gesinnter Menschen sind und eine wirksame rechtsstaatliche Kontrolle
54 gewährleistet ist.

55 Die Diskussion über die Gefahr einer Erosion der Grundrechte muss
56 dabei wieder in den Parteien und in den Parlamenten stattfinden und
57 nicht nur in einer tief beunruhigten (Fach-)Öffentlichkeit oder vor dem
58 Bundesverfassungsgericht. Denn der Schutz der bürgerlichen Freiheit ist
59 eine vorrangige Aufgabe aller demokratischen Kräfte!

Erledigt durch I & W 14

1
2 Durchdachte, effiziente und ganzheitlich angelegte Maßnahmen müssen
3 das Markenzeichen sozialdemokratischer Rechts- und Innenpolitik der
4 kommenden Jahre sein. Allen Entwicklungen hin zu einem autoritären
5 Staat hat sie konsequent entgegen zu wirken. Vorhaben wie die von der
6 großen Koalition eingeführte Webseiten-Sperre lehnen wir deshalb strikt
7 ab!

8
9 Dies ist unseriöser und schädlicher Populismus auf Kosten
10 missbrauchter Kinder, mit langfristig bedrohlichen Nebenwirkungen für
11 Grundrechte wie der Informationsfreiheit! Löschen ist demgegenüber die
12 einzig richtige, verhältnismäßige und zugleich bürgerrechtsverträgliche
13 Alternative. Sperren ist das nicht. Denn wir wissen: Beim Erarbeiten von
14 wirksamen Strategien gegen weltweit geächtete Inhalte kann sich die
15 Politik auf die Kompetenz mündiger „Netzbürger“ verlassen, die den
16 bisherigen Gesetzgebungsprozess nicht nur mit Kritik, sondern auch mit
17 konstruktiven Vorschlägen begleitet haben.

18
19 Zunehmend organisieren sich wegen dieses Themas bisher unpolitische
20 Bürger. Dies zeigt, dass netzpolitische Themen in der Politik bislang zu
21 wenig Beachtung fanden. Daher appellieren wir heute gemeinsam:
22 Das Internet darf nicht zum bürgerrechtsfreien Raum werden!
23 Wenn staatliche Institutionen mit dem Verweis auf angeblich drohenden
24 Terror oder unerwünschte Inhalte an einer Infrastruktur der
25 flächendeckenden Überwachung, des lückenlosen behördlichen
26 Datenaustauschs und der staatlichen Kontrolle arbeiten und dabei die
27 gesamte Gesellschaft unter Verdacht stellen, führt dies dazu, dass sich
28 die Bürger permanent beobachtet fühlen und verunsichert werden.

29
30 Besonders beunruhigend ist, dass für den Laien die gesetzlichen und
31 technologischen Entwicklungen im Bereich der Überwachung in ihrer
32 Geschwindigkeit und Vielzahl nicht zu überblicken sind und oftmals im
33 Detail unverständlich bleiben. Wer aber unter Generalverdacht steht,
34 beginnt sich selbst zu zensieren. Auf diese Weise kommt einer
35 Gesellschaft das freie Denken abhanden und mit ihm die unverzichtbare
36 Kraft, sich aus sich selbst heraus zu erneuern.

37
38 So wie in einem demokratischen Rechtsstaat Folter kein legitimes Mittel
39 der Strafverfolgung sein darf, müssen auch ganz selbstverständlich
40 schädliche technische Eingriffe in Kommunikations- und
41 Informationsnetze als Mittel der Gefahrenabwehr ausgeschlossen sein.
42 Und so, wie nicht alle Postkarten und Briefe kontrolliert und ihre Inhalte
43 abgeschrieben werden, so dürfen Strafverfolgungsbehörden die
44 technischen Möglichkeiten, die das Internet ermöglicht, nicht zur
45 schrittweisen Errichtung einer Infrastruktur zur umfassenden bis hin zur
46 totalen Überwachung der Bürger zweckentfremden.

47
48 An alle demokratischen Parteien stellen wir den selbstverständlichen
49 Anspruch, unter allen Bedingungen jedem Missbrauch durch demokratie-
50 und grundrechtsfeindliche Kräfte standzuhalten. Das gilt besonders für
51 die SPD, die als ihren ersten Grundwert die Freiheit anführt.

52
53 Dies ist das tragende Prinzip unserer freiheitlich-demokratischen
54 Grundordnung, das der Parlamentarische Rat aus guten Gründen in
55 unserer Verfassung als „ewig“ verankert hat. Wir halten es für falsch,
56 wenn Regierungsmitglieder und Abgeordnete des Bundestages diesen
57 demokratischen Grundkonsens beim Internet aufgeben wollen.

58
59 Gemeinsam wollen wir diese Fehlentwicklung korrigieren und mit den
60 uns jeweils zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln für eine
61 Politik streiten, die Sicherheit in Freiheit verwirklicht, anstatt die Freiheit
62 unserer Gesellschaft einer scheinbaren Sicherheit durch totale Kontrolle
63 zu opfern bereit ist.

1 Wir werden die sicherheitspolitischen Entscheidungen der Vergangenheit
2 wie auch künftige Gesetzesvorhaben kritisch hinterfragen, im Interesse
3 der Freiheit auf sie einwirken und die gemachten Fehler korrigieren. In
4 Kenntnis der Chancen wie auch der Herausforderungen der neuen
5 Medien für unsere Gesellschaft werden wir an diesem gemeinsamen Ziel
6 arbeiten.

7
8 Denn: Der vornehmste Grund für Sicherheit ist es, die Freiheit zu
9 schützen!

10 **Antrag 15 I & W 13**

11 12 **Gegen Netzsperrern, für wirksame Bekämpfung von** 13 **Kinderpornographie!**

14 **Antragsteller: Kreisvorstand SPD Rhein-Neckar**

15 Empfänger: SPD-Kreisparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-
16 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

17 18 **Antragstext:**

19 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich umgehend für die
20 Außer-Kraft-Setzung des „Gesetzes zur Erschwerung des Zugangs zu
21 kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“ (in der
22 Öffentlichkeit bekannt als „Internet-Sperrgesetz“) vom 18. Juni 2009
23 einzusetzen. Weiterhin wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert,
24 auf eine verstärkte Strafverfolgung von Kinderpornographie durch die
25 Ermittlungsbehörden hinzuwirken, um die Entstehung von
26 kinderpornographischem Material zu verhindern, z. B. durch Ausbau der
27 unterbesetzten Abteilungen zur Verfolgung von Kinderpornographie bei
28 BKA und LKAs und die angemessene psychologische Betreuung der
29 Beamten. Weiterhin wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, sich
30 einer möglichen Klage der Unterzeichnenden der Petition „Keine
31 Indizierung und Sperrung von Internetseiten“ vor dem
32 Bundesverfassungsgericht anzuschließen bzw. selbst eine solche
33 Verfassungsklage einzureichen.
34
35

36 **Begründung:**

37 Der Kampf gegen Kinderpornographie muss entschlossen geführt
38 werden. Da Kinderpornographie und deren Verbreitung weltweit strafbar
39 sind, auch wenn Ursula von der Leyen hierüber Unwahrheiten verbreitet,
40 steht bei intensiven Ermittlungen des Bundeskriminalamts einer
41 Verfolgung der Täter nichts im Wege. Dies erfordert ein internationales
42 und gemeinsames Vorgehen der Ermittler, das bisher zu wenig genutzt
43 wird.
44

45 Statt die Ermittlungsbehörden zu einem entschlossenen Vorgehen gegen
46 die Täter anzuhalten, zieht die Bundesregierung es aber vor,
47 vordergründige Überwachungsmechanismen zu installieren.
48 Das „Internet-Sperrgesetz“ ermächtigt die Sicherheitsbehörden zur
49 Errichtung einer staatlichen Kontrolle des Internets. Dies verhindert
50 keinen Kindesmissbrauch.
51

52
53 Die Täter vergehen sich weiter an Kindern, wenn das Bundeskriminalamt
54 sich mit der Erstellung von Sperrlisten statt mit der Ermittlung der Täter
55 beschäftigt.

56
57 Die beschlossenen Netzsperrern sind technisch ineffektiv. Das „Internet-
58 Sperrgesetz“ berücksichtigt nicht, dass Kinderpornographie fast nur in
59 geschlossenen Nutzergruppen (Foren, Chat-Systemen etc.) verbreitet
60 wird. Frei zugängliche Seiten mit kinderpornographischem Inhalt werden
61 ebenfalls nicht gelöscht. Der Aufruf wird stattdessen auf eine
62 „Stopschild“-Seite umgeleitet.
63

64 Ist den Nutzerinnen auf anderen Kommunikationswegen (geschlossene
65 Foren etc.) jedoch die genaue Lage der Seite bekannt oder nutzen sie
66 andere Zugangswege, können sie diese weiterhin fast ungehindert
67

Erledigt durch I & W 14

1 aufrufen. Vielfach wurde als Argument zugunsten einer Sperrung von
2 Internetseiten die schwierige Löschung der Inhalte genannt, wenn diese
3 im Ausland auf Servern gelagert werden.
4

5 Dies wurde inzwischen durch Versuche von Experten eindrucksvoll
6 widerlegt. Kein Provider kann es sich leisten, kinderpornographischen
7 Inhalten Platz auf seinen Servern zu gewähren.
8

9 Aber: Widerstand gegen diese unwirksamen Netzsperrungen ist dringend
10 geboten. Wie die Erfahrung lehrt, besteht bei vielen staatlichen
11 Überwachungsmechanismen die Gefahr, dass diese nach einem ersten
12 Schritt „schleichend“ ausgebaut werden („Bundestrojaner“,
13 Vorratsdatenspeicherung, Rasterfahndung etc.).
14

15 Schon jetzt werden zahlreiche Forderungen nach einer Sperrung
16 islamistischer Seiten oder von sog. „Killerspielen“ erhoben. In Ländern
17 mit ähnlichen Netzsperrungen führte die Filterung dazu, dass z. B. auch
18 Blogs, die die Sperren hinterfragten, geblockt wurden. Dort findet somit
19 bereits eine Zensur der öffentlichen Diskussion statt.
20

21 Darüber hinaus trägt die „Stoppschild-Funktion“ zusätzlich dazu bei, die
22 Verfolgung der Kinderschänder zu erschweren, weil diese damit leicht
23 selbst prüfen können, ob ihnen die Fahnder „auf den Fersen“ sind. Das
24 Stoppschild gibt den Tätern Zeit und Gelegenheit, Beweismittel zu
25 vernichten und verhindert somit Strafverfolgung.
26

27 Die SPD muss die Gefahr durch dieses Gesetz erkennen und sich gegen
28 staatliche Überwachung entschlossen zur Wehr setzen. Leider hat die
29 Bundestagsfraktion dem „Internet-Sperrgesetz“ fast geschlossen
30 zugestimmt. Die SPD hat sich damit für intensive Internetnutzerinnen und
31 junge Menschen unwählbar gemacht. Der Rücktritt des Online-Beirats
32 der SPD zeigt dies deutlich.
33

34 Die Netzsperrungen stellen einen Verrat an den Werten der SPD dar:
35 Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit. Beenden wir die staatliche
36 Überwachung wieder, bevor diese zur Gewohnheit wird!
37 [Der Text basiert auf einem vom SPD-Landesparteitag angenommenen
38 Antrag der Jusos Bayern. Bei im Text genannten Personengruppen sind
39 immer Frauen und Männer gemeint.]
40

41 **Antrag 36 I & W 14**

42 **Antragssteller: SPD Ortsverein Konstanz**

43 Antrag zum „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu
44 kinderpornographischen Inhalten
45 in Kommunikationsnetzen“ (ZugErschwG)
46
47

48 **Antrag:**

- 49
50
51 1. Wir fordern, auf das Einrichten von „Netz-Sperren“ zu verzichten.
52 Sowohl die DNS- als auch die IP-Sperre als einzige
53 Möglichkeiten der technischen Netzsperrungen, verhindern nicht die
54 Verbreitung von einschlägigem Material: DNS-Sperren sind
55 selbst von wenig versierten Anwendern schnell zu umgehen, IP-
56 Sperren hingegen können vom Anbieter des Materials ohne
57 großen Aufwand umgangen werden, treffen aber dafür aufgrund
58 ihrer Ungenauigkeit häufig auch unbedarfte Seiten.
59
- 60 2. Seiten mit kinderpornographischem Inhalt müssen gelöscht und
61 die Entstehung von einschlägigem Material verhindert werden.
62
- 63 3. Weitere Anstrengungen, um Kinderpornographie zu bekämpfen,
64 müssen bei der Produktion und Verbreitung getroffen werden.
65 Anstatt Geld in die Generierung und Überwachung von
66 Sperrlisten zu stecken, sollte dies in die direkte Bekämpfung der
67

Annahme

1 Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie fließen.
2 Hier gilt es, Kapazitäten im Bereich der Justiz auszubauen und
3 die internationale Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung zu
4 intensivieren.

5
6 4. Wir lehnen das „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu
7 kinderpornographischen Kommunikationsnetzen“ in seiner
8 derzeitigen Form ab.

9
10 5. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, auf Verträge mit den
11 Internet-Providern zu verzichten.

12 **Antrag 56 I & W 15**

13 **Antragsteller: SPD KV Freiburg**

14 **Internetsperre – Keine Opferung von Bürgerrechten für**
15 **Zensurinstrumente**

16 **Empfänger: SPD Landesparteitag**

17
18 Am 18.06.2009 beschloss der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der
19 großen Koalition das Setzen von Stoppschildern auf Internetseiten mit
20 kinderpornographischem Material. Die Mehrheit der SPD Fraktion im
21 Deutschen Bundestag stimmte der „Internetsperre“ gegen die
22 Widerstände in der eigenen Partei und der Fraktion sowie gegen den Rat
23 von Experten zu.

24
25 Durch das Setzen von Stoppschildern soll der Zugang zu
26 Kinderpornografischen Inhalten erschwert werden. Dieses Mittel ist im
27 Kampf gegen Kinderpornografie nicht nur ungeeignet, sondern schafft in
28 seiner jetzigen Form ein stark missbrauchsanfälliges Instrument.
29 Die Internetsperre setzt bei den DNS-Servern ein. DNS-Server sind,
30 vereinfacht gesprochen, Telefonbücher im Internet. Wenn ein
31 Internetnutzer eine Seite aufrufen will, schickt er automatisch eine
32 Anfrage an einen DNS-Server, der ihn dann auf die gewünschte Seite
33 weiterleitet. Ist diese durch die Internetsperre indexiert, wird der Nutzer
34 auf das Stoppschild weitergeleitet.

35
36 Die ursprüngliche Seite bleibt unangetastet. DNS-Server gibt es hunderte
37 und sie sind zum Teil frei verfügbar. Der Nutzer kann sich diese frei
38 aussuchen und so z.B. einen ungefilterten Server aus den USA
39 verwenden. Die Internetsperre ist somit wirkungslos. Die Umstellung am
40 eigenen PC bedeutet einen Aufwand von 20 Sekunden. Anleitungen
41 dazu gibt es bei Google und YouTube dutzende. Zudem haben
42 Erfahrungen in Australien gezeigt, dass Filterinstrumente, wie die
43 Internetsperre, die Geschwindigkeit des Internet erheblich reduzieren
44 und zwar umso stärker je mehr gefiltert wird. Eine Analyse der bereits
45 schon im Ausland eingesetzten Filter zeigte, dass alle Provider zu viel
46 filterten und viele gleichzeitig zu wenig.

47
48 Ein Großteil des Material steht auch gar nicht einfach nur zum
49 downloaden im Internet, sondern wird über Tauschbörsen oder
50 physischen Datenträger gehandelt. Hiergegen ist die Internetsperre keine
51 Handhabe.

52
53 Die Diskussion um die Internetsperre ist durch viele Unwahrheiten
54 geprägt, so begründete Familienministerin Ursula von der Leyen das
55 Gesetz mit dem großen Erfolg von Internetsperren in anderen Ländern
56 und damit, dass es im Internet einen millionenschweren Markt für
57 Kinderpornografie geben würde. Eine Anfrage der FDP im Bundestag hat
58 dies widerlegt, indem dort festgestellt wurde, dass die Regierung dazu
59 keinerlei Informationen gesammelt hat und daher unklar ist, worauf sich
60 von der Leyens Aussagen beruhen.

Erledigt durch Antrag I & W 14

1
2 Als Alternative zur Internetsperre gilt das Prinzip „Löschen vor Sperren“.
3 Eine Sperrung der Seiten ist den meisten Fälle überhaupt nicht nötig.
4 Häufig ist den Provider nicht bekannt, dass sich solches Material auf
5 ihren Server befindet, da diese durch einen Hack dorthin gebracht
6 wurden. Mit einem einfachen Anschreiben, werden die
7 kinderpornografischen Inhalte in der Regel nach Minuten von den
8 Providern von selbst und freiwillig gelöscht, ohne das weitere rechtliche
9 Schritte zur Löschung der Inhalte eingeleitet werden müssen.

10
11 Dieses Prinzip funktioniert auch für Provider im Ausland, denn
12 Kinderpornografie ist nicht nur in Deutschland, sondern auch in weiten
13 Teilen des Auslands illegal. Bisher geht das BKA den Umweg über
14 andere nationalen Behörden bzw. Interpol, um Provider zu informieren,
15 dass sich solches Material auf ihren Server befindet. Ein direktes
16 Informieren der Provider empfindet das BKA als Eingriff in fremde
17 Hoheitsbereiche, was u.a. zur Begründung des Gesetzes herangezogen
18 wurde. Ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags
19 hat allerdings gezeigt, dass dieses nicht zutrifft. Das BKA ist sowohl
20 berechtigt ausländische Provider über solche Inhalte zu Informieren.
21 Häufig wird bewusst verschwiegen, dass bereits entdeckte Seiten im
22 Netz gelassen werden, um Nutzer zu entdecken, die diese Seiten
23 besuchen. Hier gilt für das BKA traurigerweise Tätersuche vor
24 Opferschutz. Im Moment schaffen Internetaktivisten und Jugendschütze
25 das, was BKA nicht kann oder willens zu tun ist. Eine von den
26 Bundesländern getragene Initiative Jugendschutz.net ist es mit einem
27 einfachen Anschreiben gelungen, in 80% aller Fälle zu erreichen, dass
28 Internetseiten mit kinderpornografischen Inhalten gelöscht werden.
29

30
31 Interessant ist dabei auch, dass es den Ermittlern im Bereich des
32 internationalen Bankbetrugs möglich ist, so genannte Phising-Seiten
33 innerhalb von vier Stunden aus dem Internet zu nehmen, während es bei
34 Seiten mit Kinderpornografie zum Teil Wochen dauert, bis diese entfernt
35 werden. Statt der Forderung nach Zensurinstrumenten muss hier ein
36 Umdenken des BKAs gefordert werden.

37
38 In Anbetracht dieser Informationen und der Tatsachen, dass das
39 Konzept aus dem Innenministerium stammte, lässt die Vermutung zu,
40 dass es bei Internetsperre in erster Linie nicht um den Opferschutz und
41 der Bekämpfung der Kinderpornografie geht, sondern um die
42 Kompetenzerweiterung des BKA. Außerdem besteht die Gefahr mit der
43 Internetsperre, dass nun nur noch gesperrt, statt gelöscht wird. Denn
44 dies ist einfacher.

45
46 Der Bundestag hat mit der Internetsperre ein gefährliches Instrument zur
47 Zensur geschaffen, die bereits jetzt Begehrlichkeiten weckte, die Sperre
48 auf andere Bereiche ausdehnen und das nicht auf die umstrittenen
49 Killerspiele und Urheberverletzungen, wie es Union fordert. SPD-
50 Innenexperte Dieter Wiefelspütz schlägt schon jetzt vor, die
51 Internetsperre auch auf politische Inhalte auszudehnen. Die Infrastruktur
52 dafür besteht bereits damit. Aussagen, wie die des Informatikers Prof.
53 Hannes Federrath von der Universität Regensburg, dass wir von China
54 und Iran lernen müssen, machen die Gefahr deutlich.

55
56 Der juristisch einigermaßen sichere Weg über Verfügungen durch
57 Aufsichtsbehörden oder Gerichte wurde wegen seiner Länge und
58 Aufwändigkeit abgelehnt. Das Bundeskriminalamt (BKA) ist nun
59 ermächtigt, ermittelte Kinderporno-Seiten unmittelbar durch Eintrag in
60 eine Liste sperren zu lassen, die werktäglich an Provider übermittelt wird.
61 Als Kontrollinstanz dient als einziges der Bundesdatenschutzbeauftragter
62 Peter Schaar, der diese Funktion selbst ablehnt, da er die Neutralität
63 seiner Behörde gefährdet sieht. Aktuell gibt es keine demokratische
64 Kontrolle der vom BKA geführten Listen.
65
66
67

Forderungen:

- Die Mitgliederversammlung der SPD Freiburg setzt sich für das Mittel „löschen statt sperren“ im Kampf gegen Kinderpornografie ein, um kinderpornografische Inhalte langfristig zu entfernen.
- Bevor weitere neue Instrumenten für das BKA geschaffen werden, muss überprüft werden, ob dazu überhaupt die Notwendigkeit besteht, sprich die gewünschten Ziele nicht mit den bereits vorhanden Mittel erreicht werden können und diese vorhanden Mittel auch genutzt werden. Hier gilt Effizienzsteigerung alter Mittel vor der Schaffung neuer. Alle neue Mittel müssen der demokratischen und bzw. oder der juristischen Kontrolle unterliegen. Die Schaffung von Zensurinstrumenten ist dabei abzulehnen.

Kinderpornografie ist ein Verbrechen und muss geächtet und bekämpft werden, aber mit sinnvollen und wirksamen Mitteln, anstatt kurzfristiger und unüberlegter Gesetze zu schaffen, die größeren Schaden als Nutzen mit sich bringen.

Begründung:

Als eine Partei, die selbst unter Zensur und Verfolgung zu leiden hatte, sollte der SPD die Wichtigkeit von Bürgerrechte eigentlich bekannt sein. Aber dennoch drückte sie ein CDU Konzept von Ursula von der Leyen durch. Wir haben nicht nur ein Mittel geschaffen, das die zukünftige Gefahr der Einschränkung der Meinungsfreiheit bedeuten könnten, sondern nähern uns auch den Grenzen der Rechtsstaatlichkeit.

Antrag 45 I & W 16

Antrag an den Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg

Antragsteller: SPD-Kreisverband Ulm**Grundrecht auf Versammlungsfreiheit erhalten!**

Die SPD in Baden-Württemberg erteilt allen Bemühungen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit einzuschränken eine Absage. Wir fordern die Landesregierung Baden-Württemberg auf, sich an der bisherigen Gesetzesgrundlage unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung bei der Gesetzgebung zu orientieren.

Wir wollen nicht, dass ein so wichtiges Grundrecht wie die Versammlungsfreiheit in die Gesetzgebungskompetenz einzelner Länder gelegt wird, und es somit zu ganz unterschiedlichen Regelungen innerhalb Deutschlands kommen kann.

Begründung:

Im Herbst 2008 hat die Landesregierung in Baden-Württemberg einen Entwurf zum Versammlungsgesetz verfasst, der in seinen zentralen Punkten die Ausübung des demokratischen Grundrechts auf Versammlungsfreiheit einschränkt. An VeranstalterInnen von Versammlungen werden hohe bürokratische Anforderungen gestellt, die völlig subjektive und damit willkürliche Definition von Militanz, das vollkommen unkalkulierbare Risiko der VeranstalterInnen, für Straftaten anderer belangt zu werden, sind weitere Punkte, die die angstfreie Beteiligung an Versammlungen verhindern.

Uns ist bewusst, dass derzeit dieser Entwurf „auf Eis“ liegt“, nicht zuletzt wegen des Eilentscheids, den das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zum fast gleich lautenden Versammlungsgesetz in Bayern getroffen hat.

Erledigt durch Beschlusslage

1
2 Mit diesem Eilentscheid wurden einige der auch in Baden-Württemberg
3 vorgesehenen Maßnahmen bereits außer Kraft gesetzt. Einem
4 Kontrollwahn ohne konkreten Anlass hat das BVerfG zunächst ein Ende
5 gemacht. Ebenso sind zahlreiche Bußgeldvorschriften vorläufig außer
6 Kraft gesetzt worden. Die zu Grunde liegenden Vorschriften für
7 Teilnehmer, Leiter und Veranstalter sind nach Meinung des BVerfG viel
8 zu unbestimmt und schwammig, so dass die sich versammelnden Bürger
9 und Bürgerinnen der Willkür der Behörden bei der Auslegung der
10 Vorschriften ausgesetzt wären. Die Entscheidung in der Hauptsache ist
11 damit aber noch nicht gefasst. Ein Termin für die Entscheidung ist noch
12 nicht bekannt, was die Vermutung zulässt, dass eine Entscheidung
13 hierzu erst nächstes Jahr fallen wird. Bis dahin gilt das
14 Versammlungsgesetz in Bayern– ohne die Bereiche, die in der
15 Eilentscheidung außer Kraft gesetzt worden sind – weiter.
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Parteileben

Antragesbereich P

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67

Antrag 50 P 01

Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg
Empfänger: SPD-Landesparteitag
Betreff: Es ist an der Zeit! – Wahlanalysen und Ausblick

Empfehlung erfolgt mündlich

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Es ist an der Zeit! – Wahlanalysen und Ausblick

*Nicht weil es schwer ist,
 wagen wir es nicht,
 sondern weil wir es nicht
 wagen, ist es schwer.
 (Lucius Annaeus
 Seneca)*

Prolog

Drei schwere Wahlniederlagen liegen hinter der SPD in Baden-Württemberg.

Bei den Kommunalwahlen haben wir nur 17,0 Prozent erreicht. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament haben wir nur 18,1 Prozent erzielt; bei den Wahlen zum deutschen Bundestag nur 19,3 Prozent. Was zum „Superwahljahr“ werden sollte, endete am 27. September 2009 um 18.00 Uhr in einem Debakel für die Sozialdemokratie – nicht nur in Baden-Württemberg. Jetzt gilt es, die Ursachen für die Niederlagen zu benennen, Fehler zu korrigieren und dann mutig nach vorne zu gehen.

Wir widersprechen all denjenigen, die behaupten, die Sozialdemokratie werde nicht mehr gebraucht. Wir widersprechen all denjenigen, die behaupten, der Sozialdemokratie fehle der Mut zu gesellschaftlichen Veränderungen. Wir sind die einzige politische Kraft, die eine Vision von einer gerechten Gesellschaft hat und den konkreten Willen, dies in die Tat umzusetzen. Dafür werden wir mit neuer Kraft kämpfen. Solange es Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft gibt, solange wird es auch SozialdemokratInnen geben, die dagegen angehen.

Kommunalwahlen

Am Abend des 07. Juni 2009 lag hinter der SPD in Baden-Württemberg eine Kommunalwahl, der schon Jahre vorher große Bedeutung zugemessen wurde. In der Partei wurden schon früh Gremien gebildet und Verantwortlichkeiten verteilt, um eine langfristige Vorbereitung auf die Kommunalwahl zu organisieren.

In der Tat wurden viele Papiere, Broschüren und Handlungsanweisungen produziert, die den Mitgliedern vor Ort zur Verfügung standen. Die „Kommunalpolitischen Werkstätten“ sollten das Herzstück der Kampagne bilden. Man setzte auf die Einbindung des vorpolitischen Raumes, auf ein Online-Druckportal und darauf, dass jeder Ortsverein einen eigenen Internetauftritt haben sollte. Die kosten- und personalintensiven Aufwendungen scheiterten aber vielerorts an der Realität der Partei.

Fraktionen und Ortsvereine hatten selten einen regen Austausch zwischen den Wahlen, geschweige denn eine gemeinsame politische Agenda. Noch geringer ist die Anbindung der Fraktionen an die Landespartei, die ja den Wahlkampf in detail vorgezeichnet hatte. Die „Drehbücher“ und „Reader“ kamen daher selten über die Regionalgeschäftsstellen hinaus. Erschwerend kam hinzu, dass der für die Vorbereitungen der Kommunalwahlen verantwortliche SPD-

1 Landesgeneralsekretär in der heißen Phase für negative Schlagzeilen
2 sorgte.

3
4 Vor Ort wurde dann meistens ein Wahlkampf nach Vorstellung der
5 etablierten Fraktionsmitglieder geführt, der auf bestehendes Material und
6 bekannte Methodik zurückgriff. Die Zugpferde der vergangenen Jahre
7 kandidierten oft nicht mehr, ohne sich um den Nachwuchs gekümmert zu
8 haben. Neue KandidatInnen, die auch viele Stimmen auf sich vereinigen
9 konnten, waren selten Eigengewächse aus den Ortsvereinen. Wo junge
10 Menschen kandidiert haben, hatten sie zum Teil sogar Gegenwind aus
11 den eigenen Reihen. Dass die Kommunalwahlen in erster Linie
12 Persönlichkeitswahlen sind, wurde nicht ausreichend beachtet.
13 Insbesondere im Alter zwischen 25 und 50 gab es nur wenige
14 KandidatInnen auf unseren Listen.

15
16 Das gute Abschneiden der Grünen zeigt uns, dass wir vor Ort das
17 ökologische Profil der SPD vernachlässigt haben. Das personelle
18 Angebot der SPD weist einen hohen Grad an Kompetenzen im Sozial-
19 und Bildungsbereich auf. Selbstständige, UnternehmerInnen und
20 ArbeiterInnen waren eine Seltenheit auf der Liste, was die vielzitierte
21 „Wirtschaftskompetenz“ der SPD nicht stärken konnte.
22

23
24 Trotz des schlechten Abschneidens im Landesdurchschnitt gab es auch
25 Beispiele erfolgreicher Kommunalwahlen. Ein gutes Miteinander
26 zwischen Fraktion und Partei, eine gute Nachwuchsarbeit,
27 herausragende Persönlichkeiten und der Mut zu einem aktiven,
28 modernen Wahlkampf mit neuen Themen haben sich vor Ort ausgezahlt.
29 Das Ergebnis der Kommunalwahlen wird uns noch lange in den Knochen
30 stecken. Die fehlenden MandatsträgerInnen-Abgaben sind dafür nur ein
31 Beispiel.

32 33 34 **Europawahlen**

35 Beim Ergebnis der Europawahl zeichnete sich bereits ab, was sich in den
36 Ergebnissen der Kommunalwahl fortsetzen sollte. Dabei war man
37 überzeugt in den Europawahlkampf gezogen, hatte gegen Dumpinglöhne
38 und Finanzhaie gekämpft.
39

40 Bitter war das Ergebnis vor allem für die Jusos, da sie als einzige
41 Gliederung der Partei einen offensiven Europawahlkampf gestartet
42 hatten. Ein offenes und soziales Europa war die Vision, für die man auf
43 die Straße gegangen war. Zu einem echten Europawahlkampf ließen
44 sich die anderen Parteien aber nicht hinreißen. „WUMS“, „Wir in Europa“
45 und Silvana Koch-Mehrin prägten einen unpolitischen Wahlkampf.
46

47 Die SPD diskutierte selbst auch lieber über die Comics auf den Plakaten
48 als über europäische Politik. Schwierig war die Ausgangslage der SPD,
49 da wir die EU verteidigten, während andere Parteien einen
50 Oppositionswahlkampf führten. Selbst mit CDU und CSU verband man
51 einen europaskeptischeren Ansatz. So kam es, dass die marktradikale
52 Politik, die von EVP und Liberalen auf europäischer Ebene mitgetragen
53 wird, nicht mit diesen in direkte Verbindung gebracht wurde. Eine
54 Wahlbeteiligung von 43,1 Prozent sollte allen demokratischen Parteien
55 zu denken geben. Dies schadete aber besonders der SPD. Traurig für all
56 diejenigen, die in einem vereinigten Europa ihre Zukunft sehen und diese
57 mitgestalten wollen.
58

59
60 Das größte Problem nach der Europawahl war, dass die gleiche
61 Themensetzung, die man bei der Europawahl plakatiert hatte, auch für
62 die Bundestagswahl vorgesehen war. Ein Kurswechsel war nicht mehr
63 möglich. Am 14. Juni 2009, beschloss der Parteitag der SPD einstimmig
64 das Regierungsprogramm für die anstehende Bundestagswahl – auch
65 mit den Stimmen derjenigen, die sich heute gegen wesentliche
66 Aussagen dieses Programms stellen. Sogar die Juso-Bundesvorsitzende
67

1 stimmte dem Programm zu. Die Delegierten klatschen sich minutenlang
2 den Frust von der Seele. Angesichts der Niederlage bei der Europawahl
3 war der bevorstehende Bundestagswahlkampf ein ungeheurer Kraftakt.
4 Die Partei hat sich trotzdem zusammengerissen und ist gemeinsam
5 gestanden. Dies verdient besonderen Respekt.
6
7

8 **Bundestagswahlen**

9 Am 27. September 2009 endete die elfjährige Regierungsbeteiligung der
10 SPD in der Bundesrepublik mit einem dramatischen Wahlergebnis von
11 knapp 23 Prozent. Die SPD blieb damit sogar deutlich unter den letzten
12 Umfragewerten von 26 Prozent zurück. Die Suche nach Gründen für
13 dieses Ergebnis hat gerade erst begonnen und wird wohl noch einige
14 Zeit andauern. Schon jetzt ist aber klar, dass sich dieser Negativrekord
15 nicht auf eine einzelne Ursache oder einzelne Maßnahmen des
16 Regierungshandelns zurückführen lässt.
17

18 **Koalitionsdilemma**

19 Regierungshandeln in einer Koalition – zumal in einer großen Koalition –
20 beinhaltet unvermeidlich Kompromisse und Zugeständnisse an den
21 Koalitionspartner. Dennoch konnte die SPD in der Regierung auch
22 eigene Projekte durch- und umsetzen. Wo dies nicht möglich war,
23 scheute man aber die offene Auseinandersetzung mit der Union.
24 Öffentlichen Streit in der großen Koalition wollte man unbedingt
25 vermeiden. Um der Sache willen und um das eigene Profil zu schärfen,
26 hätte man diesen aber öfters suchen sollen.
27
28

29 Harmonie und Kompromissfähigkeit wurden in langen Nachtsitzungen im
30 Kanzleramt erzwungen. Dabei schaffte es die „Gipfel-Kanzlerin“
31 geschickt, Themen zu besetzen, ohne auf diesen Feldern konkrete
32 Maßnahmen anzugehen. Dies führte dazu, dass die SPD v.a. eines nicht
33 war: sichtbar. Sozialdemokratische Positionen gingen verloren im
34 großkoalitionären Politik-Brei. Erschwerend kam hinzu, dass sich SPD-
35 MinisterInnen ein ums andere Mal öffentliche Fehlritte leisteten. Ohnehin
36 hat man es in der elfjährigen Regierungszeit versäumt, die
37 Führungsriege in Regierungsverantwortung zu erneuern.
38
39

40 Auch die Union hatte unter der großen Koalition zu leiden. Verluste in
41 den Ländern und bei der Europawahl waren dafür Ausdruck. Allerdings
42 konnte die Union mit einer Perspektive für eine neue Regierungskoalition
43 aufwarten, was zumindest als Alternative zur ungeliebten großen
44 Koalition taugte. Die SPD hatte nach dem Nein der FDP und dem Nein
45 zur Linkspartei einfach keine Option außer einer Neuauflage der großen
46 Koalition.
47

48 Profitieren konnten die Oppositionsparteien, die tagtäglich den Wechsel
49 propagierten und sich selbst als erfrischend unverbraucht und
50 kompromisslos präsentierten. Aber die schwierige Ausgangslage in der
51 großen Koalition kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass inhaltliche
52 Fehler gemacht wurden.
53

54 **Wenig Mut für Neues**

55 So hat die SPD ihre Kernthemen Sozial- und Wirtschaftspolitik
56 vernachlässigt. Mit Ausnahme von Mindestlohn und der Eindämmung
57 der Leih- und Zeitarbeit, von denen sich offenbar nur wenige Menschen
58 betroffen fühlten, hatte die SPD an entscheidender Stelle wenig zu bieten
59 – und das angesichts einer Finanzkrise, die ihresgleichen sucht.
60
61

62 Mit dem Deutschlandplan hat Frank-Walter Steinmeier einen Weg
63 aufgezeigt, wie die SPD die Sozial- und Wirtschaftspolitik zukünftig
64 gestalten kann. Dies war auch bitter nötig, da das Regierungsprogramm
65 auf diesen Feldern keinen Mut bewies und auch keine Neuerungen mit
66 sich brachte. Gerade im Bereich der Sozialpolitik blieb das
67

1 Regierungsprogramm recht wortkarg. Allerdings wurde der Ansatz des
2 Deutschlandplanes nie von der Partei diskutiert, beschlossen und
3 verinnerlicht. Die Partei war ein weiteres Mal nicht einbezogen in wichtige
4 Zielformulierungen.

5
6 Was als breit angelegtes Konzept gedacht war, wurde in der
7 Öffentlichkeit auf die Schaffung von vier Millionen Arbeitsplätzen
8 reduziert. Dies rief Erinnerungen an Gerhard Schröder und sein nicht
9 erreichtes Ziel von 1998 wach. Der Deutschlandplan erreichte die
10 Menschen als plattes Wahlversprechen.

11
12 Auch im Bereich des komplizierten Steuersystems fehlte der SPD der
13 Mut zu Reformen. 300 Euro Abstandsprämie für diejenigen, die das
14 System nicht kapieren, war der Aufmacher, mit dem man im April 2009 in
15 den Wahlkampf gestartet war.

16
17 So ging mit der SPD eine Partei in den Wahlkampf ohne innovative
18 Konzepte, ohne Modernisierungswillen und ohne die
19 Aufbruchsstimmung, die der Sozialdemokratie sonst so eigen ist und die
20 die Menschen an ihr schätzen.

21 22 23 **Schwierige Aufgaben**

24 Mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu ermöglichen – das war der
25 Anspruch mit dem die SPD in die Regierung gekommen ist. In den
26 letzten Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland
27 auseinandergegangen.

28
29 Das schmerzt uns besonders. Diese Entwicklung konnten wir durch
30 unser Regierungshandeln nicht aufhalten. Wir mussten aber auch
31 erkennen, dass das Primat der Politik nicht mehr uneingeschränkt wirken
32 kann. Die SPD hat es in der Regierung aber auch versäumt, die Armut
33 im Land nach oben auf die politische Tagesordnung zu setzen. Der Blick
34 für die gesellschaftlichen Veränderungen hatte sich getrübt.

35
36 In der Regierungszeit musste die SPD die Veränderungen an den
37 sozialen Sicherungssystemen vornehmen, die auch mit
38 Leistungskürzungen verbunden waren. Dies geschah aber nicht aus
39 konstruierten Sachzwängen, sondern um den Sozialstaat finanziell
40 handlungsfähig zu halten. Maßnahmen wie die Rente mit 67 sind der
41 SPD nicht leicht gefallen. Wir haben aber einen Regierungsauftrag
42 angenommen; in einer Zeit, in der sich die Gesellschaft rasant verändert
43 und die sozialen Sicherungssysteme diesem Wandel nicht
44 natürlicherweise gewachsen sind. Viele haben die Sozialdemokratie nicht
45 mehr als Reformier und Modernisierer, sondern als „Kürzer“ und
46 „Abbauer“ verstanden.

47
48 Die Agenda 2010 teilt die Partei immer noch in verschiedene Lager. Als
49 Gerhard Schröder seine Reformen umgesetzt hat, waren diese kaum in
50 der Partei diskutiert. Anstatt nach dem Abgang von Gerhard Schröder
51 die Agenda-Politik zu evaluieren und, wo nötig, Korrekturen oder weitere
52 Schritte auch in der Partei zu beschließen, verschanzte man sich in der
53 jeweiligen innerparteilichen Wagenburg. Die positiven Auswirkungen
54 sozialdemokratischer Reformpolitik, insbesondere die sinkende Zahl der
55 Arbeitslosigkeit, wurden schließlich der CDU zugeschrieben.

56 57 **ZerreiBprobe**

58 Die Eigendynamik, der eine Partei – und in besonderem Maße die SPD –
59 unterworfen ist, darf auch im Kontext der vergangenen Bundestagswahl
60 nicht unterschätzt werden. Der Umgang in der Partei – und damit
61 mittlerweile auch automatisch die Außendarstellung – war in den letzten
62 Jahren miserabel. Indiskretionen sorgten dafür, dass Spiegel online der
63 erstaunten Parteibasis die Diskussionen und Ergebnisse der Gremien
64 vorwegnahm. Das ständige Gezänk um den Umgang mit der Linkspartei,
65
66
67

1 die Querelen in Hessen, Querschüsse von einem Ex-Minister Clement,
2 Dienstwagen etc. warfen kein gutes Licht auf die SPD. Fünf Vorsitzende
3 in fünf Jahren sind eine verheerende Bilanz der Personalpolitik. Zumal
4 bei der Linkspartei alte SPD-Führungsleute der ehemaligen Partei Lug
5 und Trug vorwarfen. Dass weite Teile der Partei die Regierungspolitik nie
6 wirklich mitgetragen hatten, tat ihr Übriges.

7
8 Eine Partei, die so viel Zerrissenheit ausstrahlt und noch dazu so
9 etabliert und farblos wirkt, tut sich in der Vertrauensbildung schwer. Eben
10 diese Botschaft kommunizierten auch alle Medien im Laufe des
11 Wahlkampfes zur Genüge. Nicht die Inhalte der SPD, sondern die
12 Probleme der SPD standen im Fokus der Berichterstattung.

13 **Farbspielden**

14
15 Vieles wurde über den „Kuschelwahlkampf“ geschrieben. Die Medien
16 weigerten sich an vielen Stellen tatsächlich über die verschiedenen
17 Wahlaussagen zu berichten. Dabei waren gerade dies die spannenden
18 Momente des Wahlkampfes. Als sich das Kanzlerduell nach der Halbzeit
19 in politischen Farbspielden verlor, ging auch die Spannung verloren.
20 Das einzige Thema, das wirklich ansatzweise polarisierte, war der
21 Atomausstieg. Mochte dieser auch gesamtgesellschaftlich
22 mehrheitsfähig gewesen sein, so war er entweder nicht
23 wahlentscheidend oder wurde klar den Grünen zugeordnet.

24
25
26 Durch die Gesetzgebung im Bürgerrechtsbereich, von Online-
27 Durchsuchungen über Vorratsdatenspeicherung bis hin zu den
28 berühmten Internetsperren, hat die SPD auch Teile des linksliberalen
29 BürgerInnentums und der jungen WählerInnenschaft verprellt.

30 **Rechts-Links-Schwäche**

31
32
33 Bei dieser Wahl haben wir an fast alle anderen Parteien verloren. Zwar
34 sind mit 1,2 Millionen WählerInnen die meisten zur Linkspartei
35 abgewandert, aber fast 2,6 Millionen WählerInnen haben bei anderen
36 Parteien wie CDU/CSU, Grüne und FDP ihr Kreuz gemacht. 2,1 Millionen
37 WählerInnen sind gar nicht erst zur Wahl gegangen. Dies zeigt, dass
38 sich das schlechte Ergebnis der SPD nicht mit einem einfachen Links-
39 Rechts-Schema erklären lässt, zumal Schwarz-Gelb eine Mehrheit in der
40 Bevölkerung bekommen hat. Die Gründe liegen tiefer und sind
41 vielfältiger. Die Aufarbeitung nimmt Zeit in Anspruch und kann nicht im
42 Hau-Ruck-Verfahren gelingen.

43
44
45 Nach den Wahlergebnissen im Jahr 2009 dürfen wir nicht einfach zur
46 Tagesordnung übergehen. Alle MandatsträgerInnen, Mitglieder und
47 Hauptamtliche sind aufgefordert, an der Aufarbeitung der Wahlen
48 mitzuwirken und die Erneuerung der SPD einzuleiten. Wir wollen dazu
49 unseren Beitrag leisten. Deswegen machen wir für die SPD im Land
50 konkrete Vorschläge und fordern Veränderungen:

51 **SPD in Baden-Württemberg – da sind wir daheim**

52 **Klare Alternativen aufzeigen: Opposition durch Inhalte**

53 Die schwarz-gelbe Landesregierung in Baden-Württemberg macht alles
54 andere als innovative und sozial gerechte Politik: Sie kämpft für
55 Studiengebühren und gegen den Atomausstieg, versenkt Milliarden in
56 der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und versagt, wenn es um
57 Mittelstandsförderung geht. Allein die SPD vermochte es bei den
58 zurückliegenden Wahlen zum Europaparlament und zum Deutschen
59 Bundestag nicht, von der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit v.a. der
60 Regierungsarbeit der CDU um Günther Oettinger zu profitieren. Der
61 wachsende Unmut der BürgerInnen schlägt sich nicht zu Gunsten der
62 SPD als größte Oppositionsfraktion im Landtag nieder.

63 **Nachhaltiges Wirtschaften als Basis für Wohlstand**

64
65 Gerade in einer Zeit, die aufgrund der aktuellen Wirtschafts- und
66
67

1 Finanzkrise stark von Unsicherheit und Zukunftsangst geprägt ist, ist es
2 die Aufgabe der Sozialdemokratie, den BürgerInnen tragfähige Konzepte
3 darzulegen, wie die Herausforderungen in Baden-Württemberg zu
4 meistern sind: Wie schaffen wir es, die stark exportabhängige Automobil-
5 und Maschinenbauindustrie zukunftsfest zu machen? Ist es uns möglich,
6 den ökologisch notwendigen Umbau der Wirtschaft zu vollziehen?
7 Schaffen wir es, für eine nachhaltig positive Entwicklung auf dem
8 Arbeitsmarkt zu sorgen?
9

10 Frank-Walter Steinmeier hat mit seinem „Deutschlandplan“ zur
11 Bundestagswahl ein Konzept vorgelegt, das wichtige Fragen, auch für
12 unser Bundesland, diskutiert und beantwortet. Die Chance, die dieses
13 Papier für Baden-Württemberg bietet, gilt es zu nutzen und mit eigenen
14 Ideen zu bereichern.
15

16 So bietet sich z.B. der Bereich der erneuerbaren Energien, deren Einsatz
17 als adäquater Ersatz zur Kernenergie es zu forcieren gilt, als Ideal für
18 Forschung und v.a. Produktion durch mittelständische Unternehmen im
19 Land an. Als SPD müssen wir aufzeigen, dass eine entsprechende
20 Förderung solcher Entwicklungen nur durch eine sozialdemokratische
21 Landesregierung möglich ist. Die SPD im Land fordern wir auf, die
22 Ansätze des Deutschlandplans für Baden-Württemberg aufzugreifen, zu
23 diskutieren und auf das Land anzupassen.
24

25
26 Der Automobilstandort Baden-Württemberg ist massiv von der aktuellen
27 weltweiten Absatzkrise betroffen. Erschwerend kommt hinzu, dass
28 Innovationen, gerade auf dem Gebiet alternativer Antriebstechniken,
29 vielfach zu spät als zukunftssträchtig erkannt wurden. Auch in der
30 Wirtschaftspolitik der Landesregierung wurde dieses Problem zu lange
31 ignoriert; es bleibt fraglich, ob eine schwarz-gelbe Bundesregierung hier
32 entsprechende Anstrengungen unternehmen wird, wie es eine
33 Bundesregierung mit Beteiligung einer starken SPD gemacht hat.
34

35 Die SPD kämpft in Baden-Württemberg für eine moderne und
36 nachhaltige Wirtschaftspolitik. Den Unternehmen müssen dazu
37 verstärkte Anstrengungen im Bereich der Innovationsfreudigkeit und
38 Umweltfreundlichkeit abverlangt werden. Gleichzeitig müssen aber auch
39 Anreize durch Forschungs- und Strukturförderung, z.B. im Bereich der
40 Infrastruktur, geschaffen werden.
41

42 **Bildung als Garant für Fortschritt und Wohlstand**

43 Während die schwarz-gelbe Landesregierung in Stuttgart Bildungspolitik
44 v.a. als Lobpreisung der eigenen Arbeit versteht, wächst bei den
45 LehrerInnen, den Eltern und v.a. auch den SchülerInnen und
46 StudentInnen im Land die Unzufriedenheit über die mangelhafte
47 Situation. Die Landespartei und vor allem die Landtagsfraktion müssen
48 hier ansetzen: Es muss verstärkt der Dialog mit Elternbeiräten gesucht
49 werden, die Probleme und Nöte der LehrerInnen müssen aufgegriffen
50 und die SchülerInnen und StudentInnen stärker eingebunden werden.
51 Ihnen müssen wir erklären, warum unsere Ideen die besseren sind.
52

53
54 Baden-Württemberg profitiert von einem hohen Bildungsgrad seiner
55 BewohnerInnen und hat es so in der Vergangenheit geschafft, sich durch
56 diesen wichtigen Standortfaktor eine gute Ausgangslage im
57 internationalen Wettbewerb zu verschaffen. Damit dies auch in Zukunft
58 so bleibt, muss sich die Bedeutung qualitativ hochwertiger Bildung
59 endlich auch in konkreter Politik niederschlagen. Wir können es uns nicht
60 erlauben, durch das starre dreigliedrige Schulsystem in Baden-
61 Württemberg mit seiner frühen – oft auch sozialen – Auslese, Kinder auf
62 der Strecke zu lassen.
63

64 Durch längeres gemeinsames Lernen in Ganztageschulen gewinnen wir
65 die Chance, jedem Jugendlichen einen qualifizierten Schulabschluss zu
66 verschaffen. Dazu gehört eben auch, dass die finanziellen Mittel für
67

1 Bildung aufgestockt werden: Kleinere Klassen, mehr LehrerInnen,
2 intensivere Betreuung, auch durch SchulsozialarbeiterInnen und
3 SchulpsychologInnen – hier gibt es noch deutlichen
4 Verbesserungsbedarf.

6 Aber nicht nur während der Schulzeit werden Weichen gestellt. Bereits
7 im Kindergartenalter wird die Grundlage gelegt für ein erfolgreiches
8 Absolvieren der Schullaufbahn. Die SPD tritt ein für flächendeckende
9 Angebote an frühkindlichen Betreuungs- und Kindergartenplätzen. Diese
10 Angebote wollen wir mittelfristig kostenlos zur Verfügung stellen.

12 Hochqualifizierte Tätigkeiten erfordern exzellente Hochschulen und gut
13 ausgebildete AbsolventInnen. Studiengebühren sind – gerade für sozial
14 schwächer gestellte Studierende – oft ein Hinderungsgrund für ein
15 Studium. Wir kämpfen für die Abschaffung dieser Bildungshürde.
16 Gleichzeitig muss eine angemessene Finanzierung der Hochschulen im
17 Land sichergestellt werden, so dass Forschung und Lehre auf hohem
18 Niveau möglich werden und bleiben.

20 **SPD breit verankern**

21 Nicht nur im Bildungssektor wächst die Unzufriedenheit mit der baden-
22 württembergischen Landesregierung um Ministerpräsident Oettinger
23 rapide: Ob der Stellenabbau bei der Polizei oder die unzureichende
24 finanzielle Unterstützung der Kommunen, wenn es um die Finanzierung
25 wichtiger Aufgaben, z.B. der Schulsozialarbeit, geht – die Menschen
26 spüren, dass einiges im Argen liegt.

29 Diese Entwicklung muss die SPD aufgreifen. Ein verstärkter Dialog mit
30 den Betroffenen zu führen und alternative Konzepte aufzuzeigen, ist
31 dabei ein Schlüssel, unsere Politik und unsere Köpfe vor Ort bei den
32 Menschen zu verankern.

34 Was der Landespolitik über Jahre nicht gelang, haben kommunale
35 EntscheidungsträgerInnen vielerorts geschafft. Durch pragmatische
36 Politik, die den Widrigkeiten der Landespolitik trotz, haben wir Vertrauen
37 bei den Menschen für sozialdemokratische Politik gewonnen. Der
38 Kontakt zu kommunal verankerten EntscheidungsträgerInnen der SPD
39 und deren Ideen kann uns helfen, Konzepte für die Arbeit auf
40 Landesebene zu entwickeln. Wir müssen es schaffen, das Vertrauen,
41 das die Bevölkerung in sozialdemokratische BürgermeisterInnen und
42 OberbürgermeisterInnen vor Ort setzt, durch kritisch-konstruktive
43 Oppositionsarbeit im Landtag auch auf Landesebene zu verstärken.

45 Die Mitglieder der Landtagsfraktion fordern wir auf, sich mindestens
46 einmal im Jahr mit den SPD-Gemeinderatsfraktionen in ihrem Wahlkreis
47 und in ihren Betreuungswahlkreisen zu treffen um den Austausch und die
48 Zusammenarbeit zu verbessern. Jede/r SPD-Landtagsabgeordnete
49 berichtet der Fraktionsgeschäftsführung jährlich über die stattgefundenen
50 Treffen.

53 **Perspektive: Blick nach vorne**

54 Jetzt gilt es, die verbleibenden eineinhalb Jahre bis zur Landtagswahl zu
55 nutzen: Wir müssen den Blick fest in die Zukunft wenden, die Menschen
56 von unseren politischen Ideen und Plänen überzeugen – anstatt
57 rückwärtsgewandte Debatten zu führen mit dem Ziel, innerparteiliche
58 Rechnungen zu begleichen.

60 Die WählerInnen verlangen nach klaren Alternativen zu einer
61 konservativ-bürgerlichen Politik im Land. Die SPD wird dabei nur
62 erfolgreich sein, wenn wir jetzt gemeinsam den Blick in die Zukunft
63 richten. Niemand außer dem politischen Gegner hat Interesse an einer
64 Sozialdemokratie, die in der Vergangenheit verharrt.

66 **SPD mit Struktur**

1 Unterstützung der Jusos

2 Es waren die Jusos, die die Stützen vergangener Wahlkämpfe und auch
3 dieses Wahlkampfes waren; es waren die Jusos, die an den Infoständen
4 dabei waren, die stundenlang plakatiert, die tagsüber vor Schulen
5 Wahlkampf-Materialien verteilt und die abends und nachts Aktionen vor
6 Kneipen und Discos durchgeführt haben. Für dieses Engagement
7 erwarten die Jusos eine Anerkennung ihrer Arbeit, die sich auch in der
8 finanziellen Unterstützung der vergangenen, aber auch zukünftiger
9 Wahlkämpfe widerspiegeln muss. Das ist gut investiertes Geld. Die
10 meisten Neueintritte laufen über die Jusos.

**12 SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion: zwei Seiten einer
13 Medaille**

14 Landesvorstand und Landtagsfraktion müssen sich bewusst sein, dass
15 sie einen politischen Auftrag haben und die politischen
16 Entscheidungsgremien sind, die inhaltliche Konzeptionen und Strategien
17 vorzulegen haben. Wenngleich sich das Verhältnis zwischen
18 Landesvorstand und Landtagsfraktion in den letzten zwei Jahren
19 verbessert hat, arbeiten beide Gremien meist unkoordiniert
20 nebeneinander.

22 Die regelmäßige Präsenz des kommissarischen Generalsekretärs der
23 Landes-SPD bei den Sitzungen der Landtagsfraktion ist ein erstes
24 positives Zeichen. Wir erwarten für den Landesparteitag im November
25 Auskunft darüber, wie der anstehende Landtagswahlkampf
26 organisatorisch zwischen Fraktion und Partei geregelt wird. Wir brauchen
27 klare Verhältnisse.

29 Es müssen Lösungen gefunden werden, die die organisatorischen
30 Stärken der SPD-Landesgeschäftsstelle und die inhaltlichen Stärken, die
31 etwa bei den Parlamentarischen BeraterInnen der Landtagsfraktion
32 gegeben sind, gewinnbringend unter Berücksichtigung des
33 Parteiengesetzes kombinieren.

**36 SPD-Landesvorstand muss zum inhaltlichen Motor der Landes-SPD
37 werden**

38 Der SPD-Landesvorstand muss wieder die inhaltliche Vorreiterrolle
39 einnehmen, d.h. inhaltliche Themen setzen und inhaltliche
40 Positionierungen vornehmen. Derzeit werden in den
41 Landesvorstandssitzungen vorwiegend organisatorische Punkte
42 besprochen bzw. zwar über aktuelle Tagespolitik diskutiert und in
43 stundenlangen Debatten bekannte Standpunkte ausgetauscht, allerdings
44 selten Beschlüsse hierzu gefällt. Ausnahmen blieben im vergangenen
45 Arbeitsjahr Beschlüsse zur Bahnprivatisierung sowie zur Leiharbeit der
46 PG „Gute Arbeit“.

49 Die Zeiten für Fensterreden im SPD-Landesvorstand mit der Wiedergabe
50 reflexartiger Aussagen sind vorbei. Der Landesvorstand ist nicht das
51 Wartehäuschen für zukünftige SPD-Bundestagsabgeordnete, sondern
52 muss inhaltlicher Motor der Landes-SPD werden. Unabdingbar hierfür ist,
53 dass alle politischen Ebenen, v.a. auch die kommunale, im neuen SPD-
54 Landesvorstand vertreten sind. Es ist bezeichnend, dass im jetzigen
55 SPD-Landesvorstand kein/e kommunale/r Vertreter/in
56 (OberbürgermeisterIn, BürgermeisterIn) und lediglich drei
57 Landtagsabgeordnete sitzen. Bei neuen Köpfen ist v.a. an erfolgreiche
58 SPD-Fraktionsvorsitzende vor Ort, aktive Betriebsratsvorsitzende und
59 VertreterInnen von Vorfeldorganisationen und Bündnispartner zu denken.

62 Verjüngung der SPD-Landtagsfraktion

63 Die SPD-Landtagsfraktion ist die zweitälteste Fraktion im baden-
64 württembergischen Landtag. Wenngleich die Aufstellung der Erst- und
65 ZweitkandidatInnen vor Ort erfolgt und „jung sein an sich“ kein
66 Programm ist, sollte sich die SPD-Landtagsfraktion nach der nächsten
67

1 Landtagswahl deutlich verjüngen.

2
3 Die Landes-SPD muss hierbei eine unterstützende Funktion ausüben,
4 wenn es darum geht, dass junge SPD-Mitglieder als Erst- und
5 ZweitkandidatInnen vor Ort aufgestellt werden. Unsere Forderung sind
6 mindestens fünf Erst-KandidatInnen im Juso-Alter.

7 **Selbstbeschäftigung muss zurückgehen / Foren und Beiräte der
8 Landes-SPD auf Effektivität überprüfen**

9 Jedes SPD-Mitglied verbringt die Mehrzahl seiner ehrenamtlichen Arbeit
10 nicht damit, für die Partei in der Öffentlichkeit zu werben, sondern in
11 Hinterzimmern von Kneipen oder Parteibüros in endlosen Sitzungen mit
12 einem geringen Wirken nach außen.

13
14 Foren und Beiräte in der Landes-SPD sollen die Möglichkeit bieten, an
15 der jeweiligen Thematik interessierte SPD-Funktionäre, SPD-Mitglieder
16 und Externe zusammenzubringen, um gemeinsam Positionen
17 auszutauschen, zu diskutieren und entwickeln. Im Idealfall entsteht so
18 ein Diskurs mit Bündnispartnern außerhalb der Partei, der hilft, unser
19 Profil in der Öffentlichkeit und gegenüber diesen Partnern zu schärfen.

20
21 Einige Beiräte und Foren werden diesem Ziel gerecht, viele kommen
22 diesem Auftrag allerdings nur unzureichend nach. Vielfach sind die
23 Beiräte Spielwiesen einzelner SPD-Bundes- oder Landtagsabgeordneter,
24 die entweder keinerlei Außenwirkung erzielen, so dass „im eigenen Saft
25 geschmort“ wird oder faktisch inaktiv sind und ein einziges Alibi-Treffen
26 in den zwei Jahren durchführen.

27
28
29 Der neu gewählte SPD-Landesvorstand muss hier eine kritische
30 Effektivitäts-Analyse vornehmen, an deren Ende eine deutlich geringere
31 Anzahl von Beiräten stehen muss.

32
33 **Organisatorische Erneuerung**

34 In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an den
35 Mitgliedern vorbei durchgesetzt worden oder bestehende
36 Entscheidungen der Partei, wie etwa der Parteitagsbeschluss gegen die
37 Bahnprivatisierung, wurden im Regierungshandeln einfach ignoriert. Die
38 SPD lebt aber – gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren Mitgliedern, die
39 mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen. Deshalb bedarf es auch einer
40 Diskussion über die organisatorische Erneuerung der SPD, die zu mehr
41 innerparteilicher Demokratie führen muss. Dazu gehört auch, die SPD-
42 Basis wieder stärker in alle Entscheidungen mit einzubeziehen.

43
44 Zwischen dem Parteivorstand und der Basis muss es eine intensivere
45 Kommunikation geben. Im Moment erfahren die GenossInnen
46 Neuigkeiten über die eigene Partei nur aus den Medien; es muss aber
47 einen direkten Kommunikationskanal innerhalb der Partei geben. Für uns
48 ist einer dieser möglichen Kommunikationskanäle das Intranet.

49
50 Ein erster Schritt, die Entfremdung zwischen Vorstandsgremien und
51 Partei zu beenden, ist eine starke Einbindung der Parteibasis in wichtige
52 Entscheidungsvorgänge. Dazu soll beispielsweise die Online-Plattform
53 „meinespd.net“ dienen. Die Idee ist es, Hintergrundinformationen und
54 einen täglichen Pressespiegel im Intranet zu veröffentlichen. Um die
55 parteiinterne Demokratie zu stärken, halten wir es für wichtig, umstrittene
56 Themen im Intranet zur Abstimmung zu stellen. Ob das Ergebnis
57 bindend oder nur beratend verstanden werden kann, soll ebenfalls
58 abgestimmt werden. Denkbar wäre, dass sowohl Parteivorstand,
59 Fraktion sowie einzelne Kreisverbände eine Abstimmung online stellen
60 können. Analog dazu sollten die einzelnen Landesverbände mit
61 landesspezifischen Themen verfahren.

62
63
64 Als basisdemokratisches Element wäre es wichtig, dass auch die Basis
65 die Möglichkeit hat, Abstimmungen zu initiieren. Dabei lassen wir nicht
66 außer Acht, dass viele Parteimitglieder kein Internet haben oder es nicht
67

1 aktiv nutzen. Trotzdem möchten wir dieses Medium als Chance nutzen,
2 das parteiinterne Meinungsbild abzufragen. Außerdem sollten wir die
3 neuen Medien dazu nutzen, die Interaktion von BürgerInnen mit SPD-
4 Mitgliedern dauerhaft zu garantieren.

5
6 Die Partei muss wieder zu ihrem alten Selbstverständnis der
7 Entscheidungsfindung von unten nach oben zurückfinden. Inhaltliche
8 Positionen müssen wieder richtig diskutiert werden und dürfen nicht
9 durch Absprachen bereits im Vorfeld festgelegt sein. Basisdemokratische
10 Beteiligungsmöglichkeiten wie Urwahlen sind ein elementarer Bestandteil
11 der innerparteilichen Demokratie.

12
13 Die SPD muss ihre Stärke als Mitgliederpartei wiedergewinnen, indem
14 sie die demokratische Beteiligung all ihrer Mitglieder organisiert.
15 Entscheidend ist es dabei auch, Konzepte zu entwickeln, die den
16 Parteimitgliedern mehr Angebote zur Diskussion und Mitentscheidung
17 bieten. Mit einer solchen Neuaufstellung wird die SPD wieder erfolgreich
18 sein und Mehrheiten für ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und
19 Solidarität gewinnen.

20 21 **SPD-Präsenz in der Fläche erhalten**

22 Die Organisationsreform der Landes-SPD hat mit der Schließung von
23 SPD-Kreisbüros zu einem Rückzug aus der Fläche geführt. Natürlich ist
24 es sinnvoller, in Menschen als in „Türschilder“ zu investieren, dennoch
25 muss die SPD als politische Partei auch den Anspruch haben, vor Ort bei
26 den Menschen Gesicht zu zeigen. Die SPD ist bei einer zentralen Lage
27 der Geschäftsstelle in der Innenstadt wichtige Anlaufstation für die
28 Bevölkerung und der sichtbaren Existenz der Partei. Die Verluste der
29 SPD-Bundestagsmandate in Mannheim, Lörrach und Waldshut,
30 verbunden mit der unabhängig davon geplanten bzw. bereits vollzogenen
31 Schließung und Verlagerung der SPD-Geschäftsstellen nach Freiburg
32 bzw. Mannheim werden – neben Südwürttemberg – v.a. in Baden zu
33 weißen Flecken ohne SPD-Präsenz führen.

34
35
36 Die SPD-Bundes- und -Landtagsabgeordneten sind hier in der
37 besonderen Pflicht, ihre Wahlkreisbüros zu offenen Bürgerbüros
38 weiterzuentwickeln. Das Haus der SPD in Ludwigsburg ist ein gutes
39 Beispiel, wie so etwas beim gemeinsamen Willen der örtlichen SPD und
40 lokaler SPD-MandatsträgerInnen funktionieren kann.

41 42 **SPD-Bundestags- und -Landtagsabgeordnete in die Pflicht nehmen**

43 Aufgrund des Rückzuges der SPD aus der Fläche sind insbesondere
44 unsere MandatsträgerInnen gefragt, vor Ort der SPD ein Gesicht zu
45 geben und für eine bessere gesellschaftliche Vernetzung unserer Partei
46 zu sorgen. Die Wahlkreisbüros müssen durch eine zentrale Lage in der
47 Innenstadt maximal im 1. Stock Anlaufstation für spontane Besuche der
48 Bevölkerung werden.

49
50
51 Den Bundestags- und -Landtagsabgeordneten wird zukünftig eine
52 verstärkte Rolle als Vermittler und Weitergeber von Inhalten aus Berlin
53 bzw. Stuttgart in die Ortsvereine wie auch als Multiplikator von
54 Meinungen der Ortsvereine an die Landes- und Bundes-SPD
55 zukommen.

56
57 Die Abgeordneten müssen sich ihrer Service-Funktion gegenüber den
58 SPD-Gemeinderatsfraktionen und Ortsvereinen bewusst werden. Mit
59 Unterstützung des Landesverbandes und der Parlamentarischen
60 BeraterInnen der Landtagsfraktion sollen deutlich mehr als bisher den
61 Ortsvereinen und Gemeinderatsfraktionen Muster-Anträge und Muster-
62 Pressemitteilungen zur Verfügung gestellt werden.

63 64 **Ein- und Austrittsmanagement professionalisieren**

65 Die Landes-SPD hat in den letzten zwei Jahren 4.000 SPD-Mitglieder
66 durch Tod, Umzug oder Austritt verloren. Gleichzeitig sind seit dem 01.
67

1 September 2007 bis zum 30. September 2009 1.408 Mitglieder im Juso-
2 Alter neu in die Partei eingetreten. Demnach sind 54,1 Prozent der
3 Neueintritte im Berichtszeitraum 2007-2009 unter 35 Jahre gewesen.

4
5 Es findet in der SPD kein koordiniertes Ein- und Austrittsmanagement
6 statt. Es gibt Jusos, die erst nach über einem halben Jahr ihr Parteibuch
7 ausgehändigt bekamen und seit ihrem Eintritt weder vom Ortsverein
8 noch dem Kreisverband noch den SPD-Abgeordneten einen
9 Willkommensgruß oder sonstige Informationen zur Mitarbeit erhalten
10 haben.

11
12 Neumitglieder sollten im Idealfall spätestens zwei Wochen nach ihrem
13 Eintritt das Parteibuch erhalten. Wir regen regionale Neumitgliedertreffen
14 an. Mitglieder des SPD-Landesvorstandes sollen sich als Neumitglieder-
15 Beauftragte federführend hierfür verantwortlich fühlen. In der Regional-
16 Ausgabe des vorwärts könnte in einer Reihe monatlich best practice-
17 Beispiele der Ansprache neuer SPD-Mitglieder wie die Neumitglieder-
18 Kampagne von Josip Juratovic MdB vor der Bundestagswahl vorgestellt
19 werden.

20
21 Jedes ausgetretene Mitglied, das hierfür eine inhaltliche Begründung
22 äußert, muss von dem/der örtlichen SPD-Bundes- bzw. -
23 Landtagsabgeordneten eine inhaltliche Antwort hierzu erhalten.

24 25 **Personal in der Landes-SPD**

26 Als Oppositionspartei in Baden-Württemberg und damit ohne Aussicht
27 auf attraktive Posten als Regierungsmitglieder und/oder der
28 Ministerialbürokratie, ist es für die SPD schwierig, hoch qualifizierte
29 Mitglieder für die Übernahme von Verantwortung zu gewinnen.

30
31 Umso wichtiger ist ein ganzheitliches und nachhaltiges Konzept der
32 Nachwuchsförderung. Eine strategische Personalplanung gibt es in der
33 SPD allerdings bisher nicht. Dies gilt zum einen für zu besetzende
34 Stellen, etwa in der Landesgeschäftsstelle, den Regionalzentren, der
35 Landtagsfraktion, der Landesgruppe sowie bei Kommunalverwaltungen
36 und kommunalen Unternehmen, wie Stadtwerken und
37 Energieversorgern, in denen ein/e SPD-Oberbürgermeister/in bzw. SPD-
38 Bürgermeister/in der Kommune vorsteht. Zum anderen aber auch über
39 für diese Ämter in Frage kommende Personen, wie z.B.
40 BerufseinsteigerInnen im Juso-Alter nach ihrem Studium.

41
42 Ziel muss es sein, Personal-Potentiale vor Ort zu erkennen und zu
43 fördern. Um sich ein breit gefächertes ExpertInnenwissen zu sichern,
44 muss die Partei auch vermehrt auf externe Qualifikationen zurückgreifen.
45 In vielen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und ökonomischen
46 Bereichen gibt es uns nahe stehende Personen, deren Wissen von uns
47 abgefragt werden kann. Auch hier bedarf es einer Systematisierung des
48 Prozesses, z.B. in Form eines ExpertInnenpools.

49
50 Wir begrüßen ausdrücklich die Mitgliederbefragung zur Wahl des SPD-
51 Landesvorsitzenden. Diese Mitgliederbefragung wurde auch von uns in
52 der Landesvorstands-Sitzung am 30. September 2009 gefordert. Wir
53 erwarten von den KandidatInnen und den Mitgliedern einen fairen
54 Umgang miteinander. Neben der persönlichen Qualifikation erwarten wir
55 von allen auch klare Aussagen zur inhaltlichen Positionierung der
56 Landes-SPD.

57 58 **Service-Leistungen des SPD-Landesverbandes**

59
60 Für eine stringente Weiterleitung von Informationen ist es wichtig, diese
61 über die neuen Medien, wie Internet, E-Mail und soziale Netzwerke
62 schnellstmöglich kommunizieren zu können. Es kann dabei nicht sein,
63 dass 25 Jahre nach der ersten E-Mail immer noch nicht alle Ortsvereine
64 und Gemeinderatsfraktionen per E-Mail vom Landesverband aus
65 erreichbar sind.
66
67

Antrag 34 P 02

Antragsteller: AfA-Landesvorstand
Empfänger: SPD-Landesvorstand
Betr.: Aufstehen für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit

Empfehlung erfolgt mündlich

Aufstehen für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit**I. Ursachen der sozialdemokratischen Wahlniederlage**

Die SPD hat bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 eine schwere Niederlage erlitten. Die Gründe für diese Niederlage sind zum Teil hausgemacht. Dabei sind insbesondere fünf Gründe zentral:

1. Die SPD hat sich seit 2000 kontinuierlich von ihrer Stammwählerschaft entfernt. Ursache waren falsche Weichenstellungen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Zu nennen sind insbesondere:

- die Teilprivatisierung der Altersversorgung durch die Einführung der Riester-Rente verbunden mit massiven Einschränkungen im Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung bis hin zur Rente mit 67
- die Arbeitsmarktreformen, die in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft Furcht vor Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen sozialen Abstieg ausgelöst haben. Viele Arbeitnehmer haben blanke Existenzangst und fühlen sich nach einem langen Arbeitsleben um die Früchte ihrer Arbeit betrogen.
- die Beförderung des Niedriglohnssektors im Gefolge der Arbeitsmarktreformen, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriften ließ.
- die zeitgleiche massive Entlastung der Unternehmen.
- die Ignorierung der volks- und weltwirtschaftlichen Verwerfungen, die durch Liberalisierung, Privatisierung und Umverteilung die Weltwirtschaftskrise wesentlich verursacht haben.

In der Folge hat die SPD in ihren Kernkompetenzen Arbeit und Soziales deutlich an Vertrauen verloren. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und Arbeitslose haben die SPD nicht mehr als Sachwalterin ihrer zentralen Interessen wahrgenommen. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften ist seitdem massiv gestört und gerade im mittleren Funktionärsbereich der Gewerkschaften hat die SPD vielfach die Unterstützung verloren.

Die Wahlniederlage vom 27. September ist die Quittung für falsche politische Weichenstellungen der SPD in den letzten Jahren.

2. Die SPD hat aufgrund dieser Politik ein Glaubwürdigkeitsproblem. Viele Menschen haben der SPD den teilweisen Kurswechsel seit dem Hamburger Landesparteitag nicht abgenommen. Richtige Entscheidungen, wie der konsequente Einsatz für Mindestlöhne, die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, eine klare Positionierung zur Regulierung der Leiharbeit, die Durchsetzung einer krisenmildernden Wirtschaftspolitik im Gefolge der Finanzkrise, klare Positionen zur Regulierung der Finanzmärkte wurden in breiten Teilen der Arbeitnehmerschaft von Wut und Ärger über die oben beschriebenen Maßnahmen überlagert. Man hat den Agenda-Politikern den ernsthaften Willen zur Veränderung auf diesen Handlungsfeldern schlicht nicht geglaubt.

3. Das Glaubwürdigkeitsproblem wurde noch dadurch verstärkt, dass der SPD eine reale Machtoption fehlte. Der definitive Ausschluss jeder Zusammenarbeit mit der Linken führte zu einem Wahlkampf für die

1 Junior-Partner-Rolle in der Großen Koalition. Die Alternative einer
2 Ampel-Koalition war unrealistisch und zudem konnte man nicht erklären,
3 wie Politik für Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit ausgerechnet mit der
4 FDP umgesetzt werden könnte.

5
6 4. Ein strukturelles Problem liegt in der geringer gewordenen
7 Verankerung der Partei in breiten Bevölkerungsschichten. Der ständige
8 Austausch mit Gewerkschaften und Betriebsräten, die Verankerung in
9 Vereinen, in Sport und Kultur, kurz die Vertrauensarbeit vor Ort ist lange
10 keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Ursachen sind sicher vielfältig und
11 regional unterschiedlich.

12
13 5. Die SPD hatte in den letzten Jahren ein innerparteiliches Defizit an
14 Demokratie und Transparenz. Die Programmdebatte z.B. war in der
15 Breite der Partei nicht verankert. Regierungsbeteiligung erfordert sicher
16 klare Führung. Wesentliche Entscheidungen etwa in der Sozialpolitik
17 wurden aber getroffen, ohne eine ausreichende Diskussion in der Partei
18 auch nur zuzulassen. Politik ist nie alternativlos.

20 **II. Anforderungen an die Neuausrichtung der SPD**

21 Ein personeller Neuanfang ist notwendig und richtig. Der Neuanfang
22 kann aber für die SPD nur erfolgreich gestaltet werden, wenn auch eine
23 inhaltliche, strukturelle und strategische Neuausrichtung eingeleitet wird.
24 Dabei sind dabei folgende Schwerpunkte zentral:

25
26 Die SPD braucht die Stärkung innerparteilicher Demokratie und
27 Transparenz. Wir werden den Neuanfang nur schaffen, wenn die
28 Mitglieder auf diesem Weg mitgenommen werden. Der Parteivorstand
29 wird aufgefordert, mit den Gliederungen Vorschläge zu erarbeiten, wie
30 die Beteiligungsrechte der Mitglieder wieder gestärkt werden können.

31
32 Die SPD muss Kurskorrekturen in den zentralen Politikfeldern
33 der Beschäftigungspolitik und der sozialen Sicherung vornehmen.
34 Insbesondere besteht der Korrekturbedarf bei den Reizthemen
35 „Bezugsdauer Arbeitslosengeld 1“, „Leistungshöhe des Arbeitslosengeld
36 2“ und „Rente mit 67“. Hier ist offensichtlich, dass sozialdemokratische
37 Politik an den Sorgen und Nöten der Menschen vorbeiging. Das war und
38 ist nicht ein Problem mangelnder oder falscher Kommunikation.

39
40 Die massive Exportorientierung der deutschen Wirtschaft bedarf
41 einer ausgewogenen Balance: Der Binnenmarkt muss gestärkt werden.
42 Im Mittelpunkt muss die Stärkung der Binnennachfrage durch
43 produktivitätsorientierte Löhne sowie der Ausbau öffentlicher
44 Dienstleistungen in Bildung und Weiterbildung, in der Forschung und
45 beim Energiesparen sowie bei Gesundheit und Pflege stehen.

46
47 Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren
48 überproportional gewachsen. Wir haben eine historisch niedrige
49 Lohnquote erreicht und die Lohnspirale entwickelt sich immer mehr nach
50 unten. Die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ist
51 spürbar und greifbar. Die Menschen wollen keinen „Nachtwächterstaat“,
52 sie wollen eine Politik, die solidarische, gerechte und humane
53 Bedingungen schafft. Die SPD muss sich für Verteilungsgerechtigkeit
54 durch die Einführung einer Vermögensteuer und eines höheren
55 Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer einsetzen. Die zusätzlichen
56 Einnahmen sollen vor allem für Bildung und andere öffentliche
57 Zukunftsinvestitionen sowie für die Armutsbekämpfung eingesetzt
58 werden.

59
60 Vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise
61 macht sich die SPD zu Recht für die Einführung einer
62 Finanzmarkttransaktionssteuer stark, denn die Krisenverursacher
63 müssen auch die Zeche bezahlen. Nur so kann ein von der Breite der
64

1 Bevölkerung akzeptierter solidarischer Lastenausgleich gewährleistet
2 werden.

3
4 Die SPD muss erkennen, dass sich insbesondere langjährige
5 Beitragszahler mit der Ablösung der Arbeitslosenhilfe durch die
6 Grundsicherung für Arbeitsuchende um ihre Lebensleistung betrogen
7 fühlen. Deshalb ist eine (zeitlich befristete und möglicherweise nach
8 Lebensjahren zeitlich gestaffelte) Anschlussleistung an das
9 beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld notwendig, die den direkten Abstieg
10 in die Grundsicherung verhindert.

11
12 Die SPD muss Abschied nehmen von der strikten Ausrichtung
13 der Alterssicherungspolitik am Beitragssatzziel. Die gesetzliche
14 Rentenversicherung hat durch die Leistungskürzungen und die
15 Veränderungen der Rentenanpassungsformel in weiten Teilen der
16 jungen und mittleren Generation an Akzeptanz verloren.

17
18 Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben von der Deckelung des
19 Beitragssatzes nicht profitiert, denn Ihre Beitragsbelastung ist durch die
20 einseitige Verlagerung der Risiken auf die private Vorsorge sogar
21 gestiegen. Die SPD muss sich für eine Resolidarisierung in der
22 Gesetzlichen Rentenversicherung stark machen.

23
24 Solidarische Alterssicherungspolitik muss sich am Lebensstandard
25 orientieren und Altersarmut ausschließen. Eine solidarische
26 Bürgerversicherung mit stark umverteilenden Elementen in Verbindung
27 mit einer armutsfesten Grundsicherung wird diesem Anspruch gerecht.

28
29 Die SPD muss sich für einen Kurswechsel in der aktiven
30 Arbeitsmarktpolitik einsetzen. Dazu gehört die strikte Orientierung an der
31 Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Öffentlich
32 geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt
33 phantasieloser Ein-Euro-Jobs wäre ein überfälliger Anfang.

34
35 Das Prinzip „Fordern und Fördern“ muss im Einklang stehen: Die
36 Qualifizierungsmaßnahmen wurden in den letzten Jahren massiv zu-
37 rückgefahren; hier ist ein Umdenken zwingend erforderlich, weil
38 Qualifizierung der Schlüssel zum Erfolg ist. Die SPD muss sich aber
39 auch für die Schaffung eines echten öffentlich geförderten
40 Beschäftigungssektors, der die Integration von Langzeitarbeitslosen mit
41 multiplen Vermittlungshemmnissen mittelfristig in den ersten
42 Arbeitsmarkt erleichtern soll, einsetzen.

43
44 Die SPD kann das Konzept der guten Arbeit nur glaubwürdig vertreten,
45 wenn die Ursachen für schlechte Arbeit klar benannt werden. Die
46 Mindestlohnpolitik ist richtig. Es müssen aber auch die Ursachen für die
47 massive Ausbreitung des Niedriglohnsektors beseitigt werden. Zentrale
48 Ursache war in den letzten Jahren die Zumutbarkeitsregelung im SGB II
49 (durchgesetzt von CDU/CSU und FDP im Vermittlungsausschuss), nach
50 der jede Arbeit zu noch so geringem Lohn zumutbar ist.

51
52 Die SPD muss sich wieder dafür einsetzen, dass zumutbare Arbeit an die
53 jeweiligen tariflichen Löhne gebunden wird und Tariftreueregelungen
54 insgesamt gefördert werden. Eine unmittelbare Ursache für die steigende
55 Niedriglohnquote ist die Förderung prekärer Beschäftigungsverhältnisse
56 zu Lasten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Hier muss die
57 SPD dafür sorgen, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse wie
58 Leiharbeit, befristete Beschäftigung und Mini-Jobs eingedämmt werden.

59
60 Die SPD muss ihre Politik wieder insbesondere an den
61 Interessen der breiten Arbeitnehmerschaft ausrichten. Die
62 Arbeitnehmerschaft bildet weiter die Basis der SPD und ihrer
63 Mehrheitsfähigkeit. Die SPD ist immer dann stark, wenn ihr in den für
64 uns zentralen Politikbereichen Beschäftigungssicherung und soziale
65
66
67

1 Gerechtigkeit die Kernkompetenz zugesprochen wird.

2
3 Umgekehrt verliert die SPD ihre Mehrheitsfähigkeit, wenn der Eindruck
4 entsteht, dass sich die Partei von den Interessen der breiten
5 Arbeitnehmerschaft abkoppelt. Angesichts steigender Arbeitsbelastung
6 müssen bewährte sozialdemokratische Konzepte wie z.B.
7 Humanisierung der Arbeit, Arbeitnehmerschutz und Gesundheitsprä-
8 vention wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.
9

10 Unbegrenzte unternehmerische Entscheidungsfreiheit im
11 europäischen Standortwettbewerb bringt schwerwiegende
12 gesellschaftliche und soziale Folgen mit sich: An kurzfristigen Renditen
13 orientierte Betriebsschließungen und Standortverlagerungen haben
14 Massenentlassungen zur Folge.
15

16
17 Die SPD muss sich für eine stärkere Demokratisierung der Wirtschaft
18 einsetzen. Mitbestimmung ist ein Standortvorteil: Sie erhöht Motivation
19 und Produktivität der Mitarbeiter und trägt wesentlich zum nachhaltigen,
20 wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen bei.
21

22 Volkswirtschaften profitieren von der Unternehmensmitbestimmung: Un-
23 ternehmen mit ausgedehnter Mitbestimmung weisen eine gerechtere
24 Einkommensverteilung auf, besitzen eine gute wirtschaftliche
25 Attraktivität, verfügen über eine starke Weltmarktposition und der soziale
26 Frieden ist weitestgehend sichergestellt. Die SPD muss sich für den
27 Ausbau der Gestaltungs- und der Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen
28 und Arbeitnehmer stark machen.
29

30
31 Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung müssen Entscheidungen
32 zu Standortverlagerungen als zustimmungsbedürftiges Geschäft, das
33 eine Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat erfordert, verbindlich für alle
34 Kapitalgesellschaften geregelt werden. Viele Unternehmen und Betriebe
35 haben durch ihre Größe keine Unternehmensmitbestimmung, deshalb
36 muss der §106 des Betriebsverfassungsgesetzes in seiner Rechtskraft
37 von einem Unterrichts- und Beratungsrecht zu einem
38 Mitbestimmungsrecht aufgewertet werden.
39

40 Nur auf dieser Grundlage wird für breite Wählerschichten die
41 Vertrauensbasis gegenüber der Sozialdemokratie hergestellt, die
42 notwendig ist, um überhaupt mit den vielen guten Angeboten unserer
43 Programmatik durchzudringen, die ohne Zweifel im
44 Regierungsprogramm und im Deutschlandplan gegeben sind.
45

46 Unabdingbar ist dabei die enge Zusammenarbeit mit den
47 Gewerkschaften auf allen Gliederungsebenen. Der Gewerkschaftsrat
48 muss politisch aufgewertet werden. Eine zusätzliche Regionalisierung
49 des Gewerkschaftsrates schafft die Grundlage für eine vertrauensvolle
50 Zusammenarbeit der SPD mit den Gewerkschaften auch auf den
51 verschiedenen Gliederungsebenen.
52

53 Notwendig ist schließlich eine stärkere Zielgruppenorientierung
54 unserer Arbeit. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen dabei
55 eine zentrale Rolle einnehmen. Bestehende Defizite müssen
56 aufgearbeitet und Vorschläge für stärkere Verankerung und Dialog
57 erarbeitet werden.
58

59 Die SPD wird nur dann glaubwürdig vermitteln, dass sie bereit
60 ist, ihre Ziele in reale Politik umzusetzen, wenn sie sich auch reale
61 Regierungsoptionen erschließt. Dazu ist die grundsätzliche Bereitschaft
62 zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien Voraussetzung.
63
64

65 Ohne eine starke SPD wird es in Deutschland keine Mehrheit für eine
66 Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben, deshalb muss
67

1 die SPD sich ihrer Kernkompetenzen für Solidarität, Gerechtigkeit und
2 Freiheit besinnen und eine solche Politik unter breiter Einbindung ihrer
3 Mitglieder auf allen Ebenen umsetzen.

4
5 **Antrag 35 P 03**

6
7 **Antragsteller: KV Ulm**
8 Mitgliederversammlung KV Ulm
9 06.10.2009

10
11 Das Wahlergebnis ist desaströs. Ein „weiter so“ darf es nicht geben. Wir
12 brauchen eine Bilanz der Regierungsjahre, um Korrekturen
13 vorzunehmen, denn die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter
14 auseinander gegangen und die Angst vor dem sozialen Abstieg hat die
15 Mittelschicht erreicht.

16
17 Wir brauchen wieder Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder, ein
18 Diktieren von oben nach unten darf es nicht mehr geben. Wir brauchen
19 eine andere strategische Ausrichtung in einem Fünf-Parteien-System.
20 Wir fordern erst die inhaltliche Erneuerung und dann die personelle. Nur
21 Personen, die glaubwürdig die Inhalte vertreten, können Menschen für
22 die SPD gewinnen.

23
24
25 ·Wir wollen in der Partei mehr Demokratie wagen.

26
27 ·Wir wollen mehr Sozialdemokratie wagen.

28
29 ·Wir brauchen eine inhaltliche und personelle Erneuerung.

30
31 ·Wir brauchen Regionalkonferenzen.

32
33 ·Wir wollen eine Mitgliederbefragung über den/die Landesvorsitzende/n
34 und Parteivorsitzende/n.

35
36 **Antrag 12 P 04**

37
38 **Antragsteller: Ortsverein Schramberg**
39 **Antrag an den Landesparteitag**

40
41 Der Parteitag wolle beschließen:

42
43 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die bedeutendste
44 Trägerin der demokratischen Tradition in Deutschland. Sie hat die
45 Volksherrschaft gegen das imperialistische Kaiserreich und seinen
46 sinnlosen Weltkrieg durchgesetzt. Sie hat sich unter schwersten Opfern
47 der Barbarei der braunen Diktatur entgegen gestellt.

48
49 Sie hat aber auch stets mehr Demokratie gewagt und dadurch vielen von
50 uns und unseren Mitmenschen die Hoffnung auf reale Beteiligung in
51 unserem Gemeinwesen durch Solidarität, Bildung und Wohlstand erfüllt.
52 Sie hat entscheidende Beiträge geleistet, von außen und innen die
53 sozialistische Diktatur der SED und der Blockparteien in der DDR
54 friedlich zu überwinden und die Macht des SED-Politbüros zu brechen.

55
56
57 Konsequenter haben wir – anders als Linke, Union und FDP – allen
58 Mitträgern dieses undemokratischen Systems Einfluss und Macht in
59 unseren Reihen verweigert.

60
61 In Zeiten grundsätzlicher Krisen, wie die, in der wir uns jetzt befinden, ist
62 es die Aufgabe der Parteimitglieder selbst, neben den etablierten
63 Funktionsträgern ihren Beitrag zu leisten, den Niedergang dieser
64 Errungenschaften, für die die deutsche Sozialdemokratie seit fast 150
65 Jahren steht, zu verhindern.

Empfehlung erfolgt mündlich

Ablehnung

1 Unsere Partei kann Glaubwürdigkeit und Vertrauen nur wieder gewinnen,
2 wenn sie nicht nur wieder mehr Solidarität, sondern mehr Demokratie
3 wagt!

4
5 Mit der demokratischen Tradition unserer Partei ist es nicht vereinbar,
6 wenn grundlegende Entscheidungen über ihre Zukunft nur in einem
7 kleinen Kreis beschlossen und dem satzungsmäßig an sich dazu
8 berufenen Parteitag und den Mitgliederinnen und Mitgliedern als
9 vollendete Tatsachen zur Akklamation vorgelegt werden.

10
11 Auch mit neuen Gesprächskreisen und Regionalkonferenzen alleine
12 werden die vielen in und außerhalb der Partei, die sich nicht mehr durch
13 die Führung vertreten fühlen, nicht eingebunden; ihr wichtiges Wissen
14 und ihre Positionen gehen weiter verloren. Demokratie lässt sich nicht
15 von oben bestimmen. Sie bedeutet ins-besondere nicht nur Anhörung
16 der Betroffenen zu vollendeten Tatsachen. Wirkliche Legitimität und
17 Unterstützung kann nur eine Führung beanspruchen, die in einer echten
18 Auswahl gewählt und bestätigt worden ist.

19
20 Es ist an uns, den Mitgliedern, nicht an kleinen Führungskadern, an den
21 Medien, Meinungsmachern und ihren Netzwerken oder jemand sonst,
22 immer wieder zu bestimmen, wer die große solidarische und
23 demokratische Tradition unserer Partei in den nächsten Jahren, gestützt
24 durch uns, weiterführen und wieder zur Geltung bringen soll. Wir
25 unterstützen damit voll die Initiativen des flügelübergreifenden Baden-
26 Württemberg weiten Treffens von ca. 200 Sozialdemokratinnen und
27 Sozialdemokraten am 3.10.2009 in Stuttgart-Heslach, der Initiatoren der
28 Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten in der SPD sowie zahlreicher
29 Untergliederungen nach einer möglichst umfassenden Beteiligung der
30 Basis bei der Neubestimmung unserer Parteiführung.

31
32 Aufgrund der mittlerweile erst eingetretenen Umstände ist es nicht
33 möglich, die Antragsfrist des § 18 II, III OrgStatut für einen
34 Bundesparteitag einzuhalten, der gerade nur wenig kürzer als die
35 Antragsfrist nach der Bundestagswahl gelegt wurde, so dass nach dieser
36 Wahl keine fristgemäßen Anträge mehr möglich sind. Umso mehr muss
37 es möglich sein, derart zentrale Fragen für das Selbstverständnis
38 unserer Partei durch den Bundesparteitag zu behandeln und nicht alleine
39 aus formalistischen Gründen auszuschließen.

40
41 Deshalb stellen wir folgenden Antrag zum Bundesparteitag und zum
42 Landesparteitag und fordern, diese vor Eintritt in die Wahlen zu den
43 Funktionsämtern zu beraten:

44
45
46 1. Der Bundesparteivorstand unterlässt es im Rahmen von § 23 Abs.
47 5 OrgStatut, dem Bundesparteitag am 13.-15.11.2009 Kandidaten
48 für den Parteivorstand, insbesondere einen Kandidaten für den
49 Parteivorsitz und den Generalsekretär vorzuschlagen.

50
51 2. Dieser Bundesparteitag soll nicht abschließend über die neue
52 Führung beschließen, sondern über die von seinen Delegierten
53 nominierten Kandidatinnen und Kandidaten für das Parteipräsidium eine
54 konsultative Mitgliederbefragung durchführen.

55
56 Die Kandidatinnen und Kandidaten haben gleiche Chancen zu erhalten,
57 den Mitgliedern ihre Vorstellungen von sozialdemokratischer Erneuerung
58 und verbesserter innerparteilicher Demokratie vorzustellen.

59
60 3. Nach den Ergebnissen der konsultativen Mitgliederbefragung ist es
61 an einem weiteren Bundesparteitag, unverzüglich entsprechend den
62 Vorgaben des Parteiengesetzes und der Satzung (OrgStatut) den
63 Parteivorstand zu wählen.

64 4. Auch der Landesvorstand der SPD in Baden-Württemberg ist nur
65 unter Berücksichtigung einer entsprechend zu oben durchgeführten
66 Mitgliederbefragung durch einen neuen Landesparteitag zu wählen.

1
2 Ebenfalls leiten wir diesen Antrag an unseren Kreisverband weiter und
3 fordern weitere Ortsvereine, Kreisverbände und Untergliederungen
4 unserer Partei auf, sich in gleicher Zielrichtung einzubringen oder diesen
5 Antrag zu unterstützen.
6

7 **Antrag 16 P05**

8 **Antrag: Direktwahl des Parteivorsitzenden**

9 Adressat: SPD-Bundes- und Landesparteitag

10 **Antragsteller: SPD-Kreisverband Stuttgart**

11
12 Wir fordern eine Direktwahl des/der Parteivorsitzenden und seiner/ihrer
13 Stellvertreter/innen durch alle eingetragenen Mitglieder. Das Statut ist
14 entsprechend anzupassen.
15
16

17 **Begründung:**

18
19 Die SPD hat sich in den letzten Jahren von einer mitgliederorientierten zu
20 einer funktionärgesteuerten Partei entwickelt. Dies hat dazu geführt,
21 dass die Funktionäre der Partei immer mehr den Kontakt zu den
22 Parteimitgliedern verloren haben. Auf der anderen Seite haben viele
23 Mitglieder, weil sie keinen Einfluss mehr nehmen konnten, die Partei
24 verlassen.
25
26

27
28 Zusätzlich wird der Anreiz für der Partei politisch nahe Stehende, in die
29 Partei einzutreten, durch die geringe Aussicht auf Einflussnahme er-
30 schwert. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 hat gezeigt, dass die
31 Partei hier auf einem Irrweg gelandet ist. Jetzt gilt es, die Partei zu
32 erneuern! Dabei müssen die Mitglieder angemessen beteiligten werden.
33 Dies kann nur durch eine direkte Wahl des/der neuen Parteivorsitzenden
34 sowie seiner/ihrer Stellvertreter geschehen. Auf Regionalkonferenzen
35 muss den KandidatInnen für die Ämter die Möglichkeit gegeben werden,
36 sich vorzustellen und für ihre Ideen und Konzepte zu werben.
37

38 **Antrag 20 P 06**

39 **Antrag**

40 **Antragsteller: SPD Stuttgart-Ost**

41 **Adressat:** Bundesparteitag, Landesparteitag und Bundesvorstand der
42 SPD über SPD-Ost Mitgliederversammlung
43
44

45 **SPD ERNEUERN**

46 Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit
47 Bestehen der Bundesrepublik erzielt und befindet sich in einer Substanz-
48 und identitätsgefährdenden Krise.
49

50
51 Erforderlich ist nun eine intensive Diskussion über die inhaltliche,
52 strategische, personelle und organisatorische Erneuerung der Partei. Wir
53 brauchen einen glaubwürdigen und einschneidenden
54 Erneuerungsprozess. Zudem muss die SPD ihre Rolle als
55 Oppositionspartei finden und sich neben „Grünen“ und „Linken“
56 profilieren. Dies wird ein schwieriger Weg.
57

58 Eine echte und glaubwürdige Erneuerung muss inhaltlich, strategisch,
59 organisatorisch und personell erfolgen. Unsere Grundwerte *Freiheit*,
60 *Gerechtigkeit und Solidarität* müssen für diesen Erneuerungsprozess die
61 handlungsleitenden Größen sein. Mit einer glaubwürdigen
62 Neuaufstellung kann die SPD wieder erfolgreich sein und Mehrheiten für
63 ihr Programm der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität gewinnen.
64 Glaubwürdig kann die Neuaufstellung jedoch nur dann sein, wenn wir zu
65 den Erfolgen aus 11 Jahren Regierungszeit stehen und gleichzeitig
66 gemachte Fehler benennen.
67

Erledigt durch P08 in der
Fassung der Antragskommission

Empfehlung erfolgt mündlich

Inhaltliche Erneuerung

Die SPD hat ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns trotz eines engagierten Wahlkampfs die Inhalte unseres Regierungsprogramms nicht abgenommen.

Einer der Hauptgründe des dramatisch schlechten Wahlergebnisses ist die Politik der Agenda 2010:

Fast zwei Drittel der angestammten SPD-Wählerinnen und Wähler empfinden, die SPD habe mit der Rente mit 67 und großen Teilen der Hartz-Gesetzgebung ihre Prinzipien aufgegeben. Daher brauche wir eine konsequente und überzeugende Aufarbeitung der 11 Regierungsjahre und eine Abkehr von den Teilen der Politik der Agenda 2010, die in der Partei nie Mehrheitsmeinung waren und von der Parteiführung herab diktiert wurden.

Die SPD muss zurück zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit finden. In der Regierungszeit haben wir häufig eine andere Politik verfolgt, als es das Regierungs- und das Grundsatzprogramm versprochen hatten. Wer sich im Programm für „Faire Löhne für gut Arbeit“ einsetzt und mit der Agenda 2010 bewusst eine dramatische Ausweitung des Niedriglohnssektors befördert hat, der hat ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Das gilt auch für andre Entscheidungen: Im Wahlkampf 2005 haben wir uns gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer eingesetzt; später haben wir sie deutlicher erhöht als vorher von der Union gefordert. Die geringen Entlastungen in anderen Feldern haben dies nicht auffangen können. In programmatischen Reden steht die SPD für eine öffentliche Daseinsvorsorge, im Regierungshandeln haben wir uns für die Privatisierung der Bahn eingesetzt. In der Finanzkrise fordern wir eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte, in der rot-grünen Bundesregierung wurden bestehende Regulierungen drastisch gelockert.

Hinzu kamen Fehlentscheidungen bei Bürgerrechten und Innenpolitik: Das Erstarken von FDP und Piratenpartei gerade bei Jungwählern ist auch auf die Entscheidungen für unsinnige Internetzensur und Online-Durchsuchungen zurückzuführen. Unser Grundwert der Freiheit darf nicht länger als Freiheit des Kapitals und Einschränkung des Einzelnen verstanden werden, sondern als Freiheit des Individuums zur Verwirklichung gleicher Chancen und Gerechtigkeit in der solidarischen Gemeinschaft.

Die Menschen glaubten uns die im Wahlkampf versprochene Neuausrichtung nicht, was auch an der fehlenden Abgrenzung gegenüber früheren Fehlentscheidungen lag: Es funktioniert nicht, im SPD-Regierungsprogramm eine sozial gerechtere Politik einzufordern und gleichzeitig die bisherige SPD-Regierungspolitik zu verteidigen. Die SPD muss die Agenda und ihr Folgen ehrlich, offen und konstruktiv aufarbeiten. Nur dann ist auch die Oppositionsrolle glaubwürdig auszuüben. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.

Strategische Erneuerung

Die scharfe Abgrenzung und das Ausschließen einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei hat die SPD in eine strategische Sachgasse manövriert. Die SPD ist dadurch bei der Koalitionsbildung immer von Union (schwarz-rot) oder FDP (rot-gelb-grün) abhängig. Beide Koalitionen sind in der Bevölkerung und insbesondere bei SPD-Anhängerinnen und -Anhängern unbeliebt.

Natürlich ist eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf der Bundesebene nicht ohne Weiteres möglich. Die SPD muss nun aber einen Diskurs einleiten, um Möglichkeiten für eine perspektivische Zusammenarbeit auszuloten. Dazu gehört auch, der SPLD in den Ländern, Koalitionen links von Union und FDP keine Steine in den Weg zu legen.

1
2 Teile der SPD haben sich in den letzten Jahren von ihren potenziellen
3 Wählerinnen und Wählern entfremdet. Sozialdemokratische
4 Oppositionspolitik muss in den nächsten vier Jahren zum Ziel haben,
5 auch in wahlkampffreien Zeiten kontinuierlich den Weg zurück zu den
6 Menschen vor Ort zu finden, um so verlorengegangenes Vertrauen
7 zurückzugewinnen.

8
9 Hierzu bedarf es den Schulterschluss mit den Gewerkschaften, aber
10 auch mit der Bürgergesellschaft zu üben. Nur durch den Gewinn von
11 Bündnis- und Dialogpartnern kann die SPD ihr sozialdemokratisches
12 Profil stärken und sich wieder als vertrauenswürdige Kraft der sozialen
13 Gerechtigkeit etablieren.

14 15 **Organisatorische Erneuerung und Rückbesinnung auf** 16 **innerparteiliche Demokratie** 17

18
19 In den vergangenen Jahren sind viele Entscheidungen der Partei an den
20 Mitgliedern vorbei durchgesetzt worden oder bestehende Beschlüsse der
21 höchsten beschlussfassenden Parteigremien, wie etwa der
22 Parteitagsbeschluss gegen die Bahnprivatisierung, wurden im
23 Regierungshandeln einfach ignoriert. Dieser Stil der Ignoranz gegenüber
24 legitimierte Parteigremien hat sich auch auf kommunaler und AUF
25 Länderebene etabliert.

26
27 Die SPD lebt aber immer noch – gerade in Wahlkampfzeiten – von ihren
28 Mitgliedern, die mit vollem Einsatz für ihre Partei kämpfen. Deshalb
29 bedarf es einer Diskussion über die organisatorische Erneuerung der
30 SPD, die zu einer Rückbesinnung auf mehr innerparteiliche Demokratie
31 und zu einer Öffnung der Partei gegenüber der Gesellschaft führen
32 muss.

33
34 Die SPD muss Konzepte zur Diskussion und zur demokratischen
35 Beteiligung entwickeln, um ihre Stärke als Mitgliederpartei
36 wiederzugewinnen. Das Argument innerer Geschlossenheit darf nicht
37 mehr Totschlagargument sein, um abweichende Meinungen in der Partei
38 zu unterdrücken, besonders dann nicht, wenn diese Meinung spürbar
39 Mehrheitsmeinung innerhalb der Partei ist.

40
41 Geschlossenheit kann nur dann funktionieren, wenn Beschlüsse in
42 legitimierte Gremien herbeigeführt werden und Ausdruck im politischen
43 Handeln von Amts- und Mandatsträgern finden. Nicht zuletzt die
44 Missachtung dieser Grundsätze hat zum Verlust von über einem Drittel
45 der Mitglieder seit 1998 geführt. Die verbliebenen Mitglieder wollen
46 keinen Wahlkampf mehr führen, in dem sie das Gegenteil von dem
47 propagieren sollen, was dann „oben“ umgesetzt wird.

48 **Personelle Erneuerung** 49

50 Der SPD fehlt es, wie dargelegt, an inhaltlicher Glaubwürdigkeit. Dies hat
51 auch – oder gerade – personelle Ursachen. Trotz eines insgesamt guten
52 Regierungsprogramms konnten wir die Wählerinnen und Wähler nicht von
53 der SPD überzeugen. Wir konnten als Sozialdemokratie nicht vermitteln,
54 warum diejenigen Personen, die jahrelang marktradikalen
55 Politikansätzen nachgeeifert haben, nun plötzlich eine sozialere, früheren
56 Entscheidungen entgegengesetzte Politik machen sollen.

57
58 Große Teile der Parteiführung haben sich bis heute nicht von den Fehlern
59 der SPD-Regierungspolitik distanziert. Gleichzeitig können diese
60 Personen keinen glaubwürdigen innerparteilichen Erneuerungsprozess
61 einläuten.

62 Die notwendige Erneuerung der Partei muss daher auch personelle
63 Erneuerung bedeuten. Die alten Köpfe können nicht glaubwürdig für
64 einen Neuanfang stehen. Daher muss bis zum Bundesparteitag im
65 November eine intensive innerparteiliche Diskussion auch über das
66 künftige Spitzenpersonal geführt werden.
67

1
2 Nach dem Parteitag muss die Partei über einen Vorstand verfügen, der
3 den inhaltlichen Neuanfang glaubwürdig und dauerhaft vertreten kann. In
4 diesem Zusammenhang muss die Selbstausrufung Frank-Walter
5 Steinmeiers zum Fraktionsvorsitzenden nur wenige Stunden nach dem
6 Debakel bei der Bundestagswahl aufs Schärfste kritisiert werden.

7
8 Franz Müntefering und er haben, sinnbildlich für die innerparteiliche
9 Meinungsbildung der Jahre 2002 – 2009, ihren Kurs fortgesetzt und
10 schnellstmöglich Fakten geschaffen, um eine innerparteiliche Diskussion
11 im Keim zu ersticken. Der Bundesparteitag darf sich nicht vor vollendete
12 Tatsachen stellen lassen, sondern muss einen offenen Diskurs über die
13 künftigen Repräsentanten der SPD führen.

14
15
16 **Antrag 21 P 07**

17 **Antragsteller: KVK Rottweil**

18
19 Der Parteitag wolle beschließen:

20
21
22 Der SPD-Vorstand unterlässt es im Rahmen von § 23 Abs. 5 OrgStatut,
23 dem Bundesparteitag Kandidaten für den Parteivorstand, insbesondere
24 für die Positionen des Parteivorsitzenden sowie des Generalsekretärs
25 vorzuschlagen.

26
27 Dieser Bundesparteitag soll nicht abschließend über die neue Führung
28 beschließen, sondern über die von seinen Delegierten nominierten
29 Kandidatinnen und Kandidaten für das Parteipräsidium eine konsultative
30 Mitgliederbefragung durchführen.

31
32 Die Kandidatinnen und Kandidaten haben gleiche Chancen zu erhalten,
33 den Mitgliedern ihre Vorstellungen von sozialdemokratischer Erneuerung
34 und verbesserter innerparteilicher Demokratie vorzustellen. Nach den
35 Ergebnissen der konsultativen Mitgliederbefragung ist es an einem
36 weiteren Bundesparteitag, unverzüglich entsprechend der Vorgaben des
37 Parteiengesetzes und der Satzung (OrgStatut) den Parteivorstand zu
38 wählen.

39 Auch der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg ist nur unter
40 Berücksichtigung einer entsprechend zu oben durchgeführten
41 Mitgliederbefragung durch einen neuen Landesparteitag zu wählen.
42 Wir fordern, diesen Antrag vor Eintritt in die Wahlen zu den
43 Funktionsämtern zu beraten.

44
45 **Zur Begründung:**

46
47 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die bedeutendste
48 Trägerin der demokratischen Tradition in Deutschland. Sie hat die
49 Volksherrschaft gegen das imperialistische Kaiserreich und seinen
50 sinnlosen Weltkrieg durchgesetzt.

51
52
53 Sie hat sich unter schwersten Opfern der Barbarei der braunen Diktatur
54 entgegen gestellt. Sie hat aber auch stets mehr Demokratie gewagt und
55 dadurch vielen von uns und unseren Mitmenschen die Hoffnung auf
56 reale Beteiligung in unserem Gemeinwesen durch Solidarität, Bildung
57 und Wohlstand erfüllt.

58
59 Sie hat entscheidende Beiträge geleistet, von außen und innen die
60 sozialistische Diktatur der SED und der Blockparteien in der DDR
61 friedlich zu überwinden und die Macht des SED-Politbüros zu brechen.
62 Konsequenter haben wir – anders als Linke, Union und FDP – allen
63 Mitträgern dieses undemokratischen Systems Einfluss und Macht in
64 unseren Reihen verweigert.

65
66 In Zeiten grundsätzlicher Krisen, wie die, in der wir uns momentan
67

Ablehnung

1 befinden, ist es die Aufgabe der Parteimitglieder selbst, neben den
2 gewählten Funktionsträgern ihren Beitrag zu leisten, um den Niedergang
3 dieser Errungenschaften, für die die deutsche Sozialdemokratie seit fast
4 150 Jahren steht, zu verhindern. Unsere Partei kann Glaubwürdigkeit
5 und Vertrauen nur wiedergewinnen, wenn sie nicht nur wieder mehr
6 Solidarität, sondern mehr Demokratie wagt!

7
8 Mit der demokratischen Tradition unserer Partei ist es nicht vereinbar,
9 wenn grundlegende Entscheidungen über ihre Zukunft nur in einem
10 kleinen Kreis beschlossen und dem satzungsmäßig dazu berufenen
11 Parteitag und den Mitgliedern als vollendete Tatsachen zur Akklamation
12 vorgelegt werden. Auch mit neuen Gesprächskreisen und
13 Regionalkonferenzen alleine werden die Vielen in und außerhalb der
14 Partei, die sich nicht mehr durch die Führung vertreten fühlen, nicht
15 eingebunden; ihr wichtiges Wissen und ihre Positionen gehen weiter
16 verloren.
17

18 Demokratie lässt sich nicht von oben verordnen. Sie bedeutet
19 insbesondere nicht nur Anhörung der Betroffenen zu vollendeten
20 Tatsachen. Wirkliche Legitimität und Unterstützung kann nur eine
21 Führung beanspruchen, die in einer echten Auswahl gewählt und
22 bestätigt worden ist.
23

24 Es ist an uns, den Mitgliedern, nicht an Führungskadern, an den Medien,
25 Meinungsmachern und ihren Netzwerken oder jemand sonst, immer
26 wieder zu bestimmen, wer die große solidarische und demokratische
27 Tradition unserer Partei in den nächsten Jahren, gestützt durch uns,
28 weiterführen und wieder zur Geltung bringen soll.
29

30
31 Wir unterstützen damit die Initiative des flügelübergreifenden baden-
32 württembergweiten Treffens von ca. 200 Sozialdemokratinnen und
33 Sozialdemokraten am 3.10.2009 in Stuttgart-Heslach, der Initiatoren der
34 Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten in der SPD sowie zahlreicher
35 Untergliederungen nach einer möglichst umfassenden Beteiligung der
36 Basis bei der Neubestimmung unserer Parteiführung.
37

38 Aufgrund der erst kürzlich eingetretenen Umstände ist es nicht möglich,
39 die Antragsfrist des § 18 II, III OrgStatut für einen Bundesparteitag
40 einzuhalten, der gerade nur wenig kürzer als die Antragsfrist nach der
41 Bundestagswahl gelegt wurde, so dass nach dieser Wahl keine
42 fristgemäßen Anträge mehr möglich sind. Umso mehr muss es möglich
43 sein, derart zentrale Fragen für das Selbstverständnis unserer Partei
44 durch den Bundesparteitag zu behandeln und nicht alleine aus
45 formalistischen Gründen auszuschließen.
46

47 **Antrag 22 P 08**

48 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
49 **Antragsteller: Kreisverband Rottweil**

50
51 **„Der Parteitag möge beschließen, entsprechend der beigefügten**
52 **Anlage den § 17 «Mitgliederentscheid» des Landesstatuts der SPD**
53 **Baden-Württemberg zu ändern und um einen § 17a «Verfahren des**
54 **Mitgliederentscheids» zu erweitern“.**

55 Ziel des Antrags:

56 Ziel des Antrags ist es, den Gedanken der „Direkten Demokratie“
57 innerhalb der SPD zu stärken und aus diesem Grund das Instrument des
58 Mitgliederentscheids zu einer praktikablen zweiten Säule der
59 innerparteilichen Willens- und Meinungsbildung auszubauen.
60

61 Zur Begründung:

62 Die Praxis der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass die Hürden für die
63 Durchführung eines Mitgliederentscheids in der SPD zu hoch sind. Die
64 einzig erinnerlichen Befragungen der Mitglieder waren auf Bundesebene
65
66
67

Annahme in folgender Fassung:

Der Landesvorstand soll zum nächsten Landesparteitag eine Satzungsänderung vorbereiten mit der Ermöglichung der Urwahl des oder der Landesvorsitzenden. Ebenso soll er für den nächsten Bundesparteitag einen Antrag mit der Möglichkeit der Urwahl des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten vorbereiten.

1 der Mitgliederentscheid zur Wahl des Bundesvorsitzenden im Jahr 1993
2 und auf Landesebene die Urwahl zur Spitzenkandidatur bei der
3 Landtagswahl 2001.

4
5 Dabei gibt es Themenfelder genug, die von den Mitgliedern nicht nur
6 kompetent diskutiert, sondern auch entschieden werden können. Die
7 Antragsteller denken hier in erster Linie an Fragen der grundsätzlichen
8 Ausrichtung der SPD in einzelnen Politikfeldern.

9 Ein gutes Beispiel ist die Bildungspolitik - ein Feld, das viele Mitglieder in
10 ihrer Rolle als Eltern betrifft und zu dem alle Mitglieder als ehemalige
11 Schüler kompetent beitragen können. Andere Beispiele sind die
12 Verkehrs- und Energiepolitik, deren Auswirkungen alle Mitglieder direkt
13 betreffen und zu denen alle Mitglieder einen direkten Bezug haben. Und:
14 Gäbe es ein stärkeres Votum der SPD für den Ausstieg aus der
15 Atomenergie, als einen Beschluss ihrer Mitglieder?
16

17 **Antrag 23 P 09**

18
19 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands – Kreisverband**
20 **Böblingen**

21 **Antragsteller: SPD-Kreisvorstand Böblingen**

22 **Adressat: SPD-Landesparteitag**

23 **Organisation ist Politik – Demokratie wächst von unten**
24

25 Die SPD in Baden-Württemberg fordert, künftig
26

- 27
- 28 • - die Partei- wie die Landesvorsitzenden
- 29 - sowie die Spitzenkandidaten/innen in Land und Bund
- 30 per Mitgliedervotum zu bestimmen,
- 31
- 32 • die Wahlkreiskandidaten/innen für den Landtag wie den
- 33 Bundestag in Mitgliederversammlung statt im Delegiertensystem
- 34 zu nominieren,
- 35
- 36 • in der Satzung zu verankern, dass bedeutende inhaltliche
- 37 Weichenstellungen auf Antrag per Mitgliederbefragung
- 38 entschieden werden können.
39

40 **Begründung:**

41
42 Seit dem Jahr 2000 hat die SPD bundesweit ein Drittel ihrer Mitglieder
43 verloren. Das hat nicht nur inhaltliche Gründe.

44 Wir müssen erkennen: Nicht nur die programmatische Ausrichtung einer
45 Partei, auch deren „Organisation ist Politik“ (Herbert Wehner). Auch
46 formal korrekt getroffene Entscheidungen können den Grundsatz
47 „Demokratie wächst von unten“ konterkarieren.
48

49 Es gilt, unsere Mitglieder bei weitreichenden Personal- und inhaltlichen
50 Entscheidungen stärker als bisher einzubinden. Nur wer regelmäßig
51 gehört wird und entscheiden kann, fühlt sich von seiner Partei auch ernst
52 genommen und somit in der Partei zu Hause. Wenn wir den
53 Genossinnen und Genossen mehr Verantwortung übertragen, wird die
54 Partei wieder „lebendiger“ und wir erreichen auch wieder eine stärkere
55 Bindung der Mitglieder an ihre Partei.
56

57 Gleichzeitig profitiert die SPD stärker als in jüngster Zeit von den
58 Kompetenzen und Ressourcen ihrer Parteimitglieder. Eine Partei ist nur
59 so stark wie die Mitglieder, die sie tragen.
60

61 **Antrag 51 P 10**

62
63 **Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg**

64 **Empfänger: SPD-Landesparteitag**

65 **Betreff: Direktwahl bei SPD-Spitzenämtern**
66
67

Erledigt durch P08

Nichtbefassung

Erledigt durch Statut

Erledigt durch P08 in der
Fassung der Antragskommission

1
2
3 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:
4

5 **Mehr Demokratie wagen!**
6

7 - Wir fordern eine Direktwahl des Parteivorsitzenden und seiner
8 StellvertreterInnen sowie der SpitzenkandidatInnen für Wahlen der SPD
9 auf Bundes- und Landesebene durch alle eingetragenen Mitglieder.
10

11 **Antrag 61 P 11**
12

13 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
14 **Antragsteller: Ortsverein Waiblingen**
15

16 **Antrag**
17

18 **Organisation ist Politik - Demokratie wächst von unten**
19

20
21
22 Antragssteller: SPD Ortsverein Waiblingen
23

24 Adressaten: SPD Landesvorstand
25 SPD Landesparteitag
26 SPD Parteivorstand
27 SPD Bundesparteitag
28
29

30 Die SPD in Waiblingen fordert, künftig
31

- 32 1. die Partei- und Landesvorsitzenden, sowie die Spitzen-
33 kandidaten/innen in Land und Bund per Mitgliedervotum
34 zu bestimmen sind.
35
36 2. die Wahlkreiskandidaten/innen für den Landtag wie den
37 Bundestag in Mitgliederversammlungen, statt im
38 Delegiertensystem zu nominieren.
39
40 3. in der Satzung zu verankern, dass bedeutende
41 inhaltliche Weichenstellungen auf Antrag per
42 Mitgliederbefragung entschieden werden können.
43
44

45 **Begründung:**
46

47 Seit dem Jahr 2000 hat die SPD bundesweit ein Drittel ihrer Mitglieder
48 verloren.

49 Das hat nicht nur inhaltliche Gründe.

50 Wir müssen erkennen: Nicht nur die programmatische Ausrichtung einer
51 Partei, auch deren „Organisation ist Politik“ (Herbert Wehner). Auch
52 formal korrekt getroffene Entscheidungen können den Grundsatz
53 „Demokratie wächst von unten“ konterkarieren. Es gilt, unsere Mitglieder
54 bei weitreichenden Personal- und inhaltlichen Entscheidungen stärker als
55 bisher einzubinden.
56

57 Nur wer regelmäßig gehört wird und entscheiden kann, fühlt sich von
58 seiner Partei auch ernst genommen und somit in der Partei zu Hause.
59 Wenn wir den Genossinnen und Genossen mehr Verantwortung
60 übertragen, wird die Partei wieder „lebendiger“ und wir erreichen auch
61 wieder eine stärkere Bindung der Mitglieder an ihre Partei. Gleichzeitig
62 profitiert die SPD stärker als in jüngster Zeit von den Kompetenzen und
63 Ressourcen ihrer Parteimitglieder.
64 Eine Partei ist nur so stark wie die Mitglieder, die sie tragen.
65
66
67

Erledigt durch P08

Nichtbefassung

Erledigt durch Statut

Antrag 62 P 12**Antagsteller SPD Ortsverein Fachsenfeld/Dewangen –**

in Ergänzung des Organisationsstatuts der SPD §13 Abs (1) oder ggf. an der entsprechenden Stelle im SPD Landesstatut folgenden Passus einzufügen:

Der/die SPD Landesvorsitzende Baden-Württembergs wird von den Mitgliedern gewählt.

Begründung:

Dieser Passus ist aus der aktuellen Situation der SPD geboten, damit der notgeborenen Mitgliederbefragung wenigstens nachträglich Ernsthaftigkeit verliehen wird.

Weiter ist dies ein Mittel, um die zu zeigen, dass die Demokratisierung der Partei nachhaltig in Gang gesetzt wird. Durch diese aktive Gestaltung von unten nach oben (unbeschadet weiterer Möglichkeiten) zeigt die SPD, dass sie ihre Mitglieder entscheidend einbezieht und motiviert sie dadurch zusätzlich.

Antrag 64 P 13

Empfänger: SPD-Landesparteitag Baden-Württemberg
Antragsteller: SPD-Ortsverein Waldshut

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Zukünftig sollen auf Bundesebene der/die neue SPD-Parteivorsitzende und der/die neue SPD-Generalsekretär/in per Fakultativer Mitgliederbefragung gefunden werden.

Begründung:

Bereits am Abend der Bundestagswahl wurde öffentlich die zukünftige Besetzung des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag quasi per Selbstdeklaration bekannt gegeben. In der darauf folgenden Woche wurden die weiteren höchsten Führungspositionen (Parteivorsitz, Generalsekretärin) in kleinstem Kreise vergeben und die Öffentlichkeit darüber informiert. Eine Bewertung oder Analyse des katastrophalen Abschneidens in der Bundestagswahl hatte nicht stattgefunden bzw. konnte in der kurzen Zeit nicht auch nur ansatzweise stattfinden. Dafür wird den verschiedenen Beschlussebenen der Partei zugemutet, solche Entscheidungen ohne Auswahl- und vor allem ohne Beteiligungsmöglichkeiten abzunicken.

Ziel des Antrages ist es nicht, einzelnen Personen die Fähigkeit für Führungspositionen abzusprechen. Ziel ist es

- der Parteibasis die ihr zustehende Beteiligung an wichtigen Entscheidungen zu geben,
- eine aktionsfähige weil breit abgestützte Parteiführung auszuwählen,

wichtige Entscheidungen, eben auch Personalentscheidungen, erst dann zu fällen, wenn die dazu erforderlichen Entscheidungsgrundlagen vorliegen, wie beispielsweise die Analyse der historisch schlechten Bundestagswahl.

Antrag 26 P 14

Antragsteller: ASF Baden-Württemberg, SPD 60 plus Baden-Württemberg, AfA Baden-Württemberg, AGS Baden-Württemberg, ASG Baden-Württemberg, ASJ Baden-Württemberg

Erledigt durch P08 in der
Fassung der Antragskommission

Erledigt durch P08 in der
Fassung der Antragskommission

Erledigt durch P08 in der
Fassung der Antragskommission

1
2 **Empfänger: SPD-Landesvorstand**

3
4 **Betreff: Im Land und in der Partei mehr Demokratie wagen**

5
6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7
8 Wir fordern die direkte Beteiligung aller SPD-Mitglieder bei der
9 Entscheidung wichtiger Sach- und Personalfragen.

10
11 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, bis Ende 2010 ein Konzept
12 vorzulegen, aus dem sich ergibt, wie die auf staatlicher Ebene geforderte
13 direkte Demokratie auch innerhalb der SPD Baden-Württemberg
14 umgesetzt werden kann.

15
16
17 **Begründung:**

18
19 Art. 20 (2) S. 1 GG: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Art. 21 (1) S.
20 1 GG: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes
21 mit.“

22
23 Dies bedeutet, dass Staatsgewalt ausschließlich ausgeübt werden darf,
24 wenn das Volk vorher beschlossen hat, dass und auf welche Art und
25 Weise - d.h. von wem, wie und wann - Staatsgewalt ausgeübt werden
26 darf. Das Volk bestimmt die Regeln im Staat, es ist der Souverän. Um
27 dieses Ziel zu verwirklichen, hat das Grundgesetz den Parteien in
28 unserer Demokratie eine wichtige Aufgabe zugeteilt. Was ist daraus
29 geworden? Wenn wir uns im Land umschaun, stellen wir fest, dass
30 Politikmüdigkeit eingekehrt ist und bei vielen Bürgern der Eindruck
31 entstanden ist, dass die Staatsgewalt tatsächlich nicht vom Volk, sondern
32 von den Parteien ausgeht. Es sind die Parteien, die bestimmen, wer
33 Kanzlerin oder Kanzler wird, wer in den Parlamenten sitzt, wer
34 Bundespräsident wird und oft genug auch, wer wichtige Behörden führt.

35
36 Die Diagnose, dass Parteien Mitglieder verlieren und nicht mehr gewählt
37 werden, weil sie sich zu weit von dem Volk entfernt haben ist nicht neu,
38 sie wurde schon früher gestellt. Es wird Zeit, etwas dagegen zu tun. Willi
39 Brandt hat bereits vor 40 Jahren gefordert: „Mehr Demokratie wagen“.

40
41 Die SPD steht in dieser Tradition und fordert deshalb in ihrem
42 Regierungsprogramm 2009 mehr direkte Demokratie durch
43 Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene. Wir
44 fordern, diesen Gedanken konsequent weiter zu entwickeln und mehr
45 innerparteiliche Demokratie zu wagen. Wie dies im Einzelnen
46 umzusetzen ist, bedarf einer breiten Diskussion.

47
48 Beteiligung kann z.B. in Form einer Anhörung, einer Umfrage, einer
49 Abstimmung, einer Empfehlung oder einer Entscheidung durchgeführt
50 werden. Dazu können z.B. neue Technologien genutzt werden. Wo das
51 Internet dazu beitragen kann, Meinungsbildungs- und
52 Beteiligungsprozesse zu verbessern, können wir diese Möglichkeit auch
53 innerhalb der SPD im Sinn einer Stärkung der Demokratie nutzen.

54
55 Die Stärkung der innerparteilichen Demokratie in der SPD wird zu einer
56 Stärkung der SPD führen. Eine Partei, die ernst genommen und gewählt
57 werden will, muss auf die Bürger zugehen und die Interessen des Volkes
58 vor die eigenen Parteiinteressen stellen. Das erfordert Uneigennützigkeit
59 und Selbstlosigkeit. Aber jedem Mitglied und jedem Funktionär einer
60 Partei muss klar sein, dass die Partei nicht um ihrer selbst willen besteht,
61 sondern ein Mittel zum Erreichen eines anderen Zweckes ist. Bei uns ist
62 das u.a. die Verwirklichung der Demokratie. Mittel und Zweck müssen
63 wieder in die richtige Reihenfolge gebracht werden, Volk und Partei
64 müssen wieder näher zusammen gebracht werden.

1
2 Das setzt voraus, dass eine Seite umkehrt. Und da in einer Demokratie
3 das Volk der Souverän ist, ist es Sache der Partei umzukehren und auf
4 die Bürger zuzugehen. Das kann dann gelingen, wenn die Partei bereit
5 ist, ihren Mitgliedern wieder Einfluss und dem Volk wieder die
6 Staatsgewalt zu überlassen. Ein erster Schritt dazu ist es, in allen
7 wichtigen Fragen die Parteibasis mitentscheiden zu lassen und zwar
8 nicht nur auf Parteitag und über Delegierte, sondern direkt.
9

10 Dann trägt jedes Parteimitglied Verantwortung, dann hat es Sinn, sich als
11 Parteimitglied zu informieren, über Sinn und Unsinn einer Regelung mit
12 anderen zu diskutieren und sich für eine bestimmte Lösung an der Basis
13 zu engagieren. Das sollte mehr Lust auf Politik machen, als die heute
14 von vielen empfundene Hilflosigkeit. Lust auf Politik und Lust auf
15 Demokratie!
16

17 **Antrag 25 P 15**

18
19 **Antragsteller:** ASF Baden-Württemberg, SPD 60 plus Baden-
20 Württemberg, AfA Baden-Württemberg, ASG
21 Baden-Württemberg, ASJ Baden-
22 Württemberg
23

24 **Empfänger:** SPD-Landesvorstand

25 **Betreff:** Vertretung der Arbeitsgemeinschaften in
26 Parteigremien
27

28 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

29
30 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, zum nächsten Parteitag
31 einen Vorschlag zur Satzungsänderung zu erarbeiten, dass im
32 Landesvorstand, in den Kreisvorständen und den Ortsvereinen, die
33 großen Arbeitsgemeinschaften (AfA, ASF, SPD 60 plus, Jusos) mit Sitz
34 und Stimme vertreten sind.
35

36 **Begründung:**

37
38 Seit längerer Zeit bemühen sich die Arbeitsgemeinschaften um ein volles
39 Stimmrecht im Landesvorstand. Laut § 10,3 des Organisationsstatuts der
40 SPD können die Satzungen der Gliederungen vorsehen,
41 stimmberechtigte Vertreter entsenden zu dürfen. Dabei darf die Zahl der
42 nicht vom Landesparteitag gewählten Landesvorstandsmit-glieder
43 insgesamt nicht mehr als ein Fünftel der satzungsgemäßen Gesamtzahl
44 der Landesvorstandsmitglieder mit Stimmrecht ausmachen.
45
46

47 Wir sehen darin die Chance, die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften
48 stärker zu integrieren. Letztlich geht es auch um die Stärkung der
49 innerparteilichen Demokratie, denn die Arbeitsgemeinschaften arbeiten
50 zielgruppenorientiert an der Basis der Partei.
51
52

53 Deshalb erscheint es nur folgerichtig, dieses Potential auch mit vollem
54 Stimmrecht statt bisher nur mit beratender Stimme auszuschöpfen.
55 Landesverbände wie Bayern oder Berlin praktizieren dies seit Jahren mit
56 Erfolg.
57

58 **Antrag 65 P 16**

59 **Antrag**

60 **Antragsteller:** AGS Baden-Württemberg

61 **Empfänger:** SPD-Landesvorstand

62 **Betr.:** „Mehr Demokratie wagen“: Vertretung der
63 Arbeitsgemeinschaften (AGS, AfA, ASF, ASG, ASJ)
64 im Landesvorstand
65
66
67

Ablehnung

Ablehnung

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 14 Abs. 1 der Satzung der SPD Baden-Württemberg wird wie folgt ergänzt:

Nach Satz 1 wird Satz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften haben im Landesvorstand Stimmrecht.

Begründung:

Nach den erheblichen Verlusten der SPD in den zurückliegenden Bundestagswahlen ist eine Stärkung der innerparteilichen Demokratie von höchster Priorität.

Die innerparteiliche Willensbildung darf nicht - wie bisher - überwiegend von "Oben nach unten" erfolgen. Vielmehr ist den Mitgliedern in den Ortsvereinen und Kreisverbänden größere Mitsprache einzuräumen.

Mitglieder unserer Partei, die den Eindruck haben, dass Ihre Argumente und ihr Votum nicht mehr wahrgenommen werden verlieren das Interesse an der Mitwirkung. Folge ist eine reine Funktionärspartei, die ihre Bestätigung lediglich in Wahlen findet oder - wie geschehen - erhebliche Einbußen an Stimmen hinnehmen muss, weil sie den Kontakt zu den Mitgliedern verloren hat.

Daher kommt dem Engagement der Mitglieder in den Arbeitsgemeinschaften erhebliche Bedeutung zu. In diesen werden – je nach Arbeitsgemeinschaft - spezifische Problemstellungen unter hieran interessierten Mitgliedern diskutiert und Lösungen erarbeitet.

Die Partei kann und darf auf dieses Wissen der in den Arbeitsgemeinschaften engagierten Mitglieder nicht verzichten. Es hat in die Entscheidungsprozesse einzufließen und muss zu diesem Zweck auch diskutiert und durch die Arbeitsgemeinschaften im Landesvorstand eingebracht und vorgestellt werden können.

Das entsprechende Stimmrecht, das es den Arbeitsgemeinschaften ermöglicht, sowohl formal (z.B. über Fragen der Tagesordnung) als auch über inhaltliche Fragen mitzuentcheiden ist Voraussetzung für ihre Beteiligung an der innerparteilichen Willensbildung.

Eine Stärkung der Mitsprache der Arbeitsgemeinschaften und eine angemessene Berücksichtigung von Erfahrungen der Mitglieder auf dem jeweiligen Tätigkeitsfeld der Arbeitsgemeinschaften werden sich positiv auf das Engagement der Mitglieder in unserer Partei auswirken.

Antrag 18 P 17**Antrag:**

Antragsteller: SPD Stuttgart-Ost
Betreff: Umwandlung Schwusos Arbeitskreis BaWü in die Schwusos Arbeitsgemeinschaft BaWü
Adressat: SPD- Landesparteitag über SPD-Ost

Begehren:

Empfehlung erfolgt mündlich

1 Der Landesparteitag möge beschließen, den Arbeitskreis Schwusos in
2 eine Arbeitsgemeinschaft Schwusos zu ändern.³

3
4 Begründung:

5
6 Gem. § 10 Abs.1 S.1 des Organisationsstatuts der SPD kann der
7 jeweilige Parteivorstand innerhalb der Partei Arbeitsgemeinschaften
8 bilden.

9
10 Da das Aufgabenspektrum der Schwusos ähnlich gefächert ist, wie das
11 der ASF, der Jusos und der AG60+, halten wir es für unerlässlich, den
12 Status einer Arbeitsgemeinschaft auch den Schwusos zu zusprechen.

13
14 Eine umfassende Organisation oder Teilnahme an Veranstaltungen,
15 Vernetzung mit Schwusos anderer Bundesländer, Besuche von Bundes-
16 oder Landeskonferenzen der Schwusos ist in dem bisherigen
17 Organisationsstatus, gemessen an den wachsenden Aufgaben und
18 Zielen, nicht möglich.

19
20 So lässt sich das Ziel einer Gemeinschaft von Lesben und Schwulen in
21 der SPD, die Erreichung der Gleichberechtigung bzw. die Integration der
22 Lesben und Schwulen in die sozialdemokratische Politik, nicht
23 verwirklichen.

24
25
26 **Antrag 60 P 18**

27
28 **Beschluss der Mitgliederversammlung des SPD-KV Freiburg am**
29 **16.10.2009.**

30
31 Empfänger: Antrag zum SPD Landesparteitag vom 27.11. –
32 28.11.2009 in Karlsruhe

33
34 **Antrag**

35 Hiermit beantragen wir, den Schwusos Arbeitskreis Baden-
36 Württemberg in die Schwusos Arbeitsgemeinschaft Baden-
37 Württemberg umzugründen.

38
39 **Begründung:**

40 Begründung:

41 Gem. § 10 Abs. 1 S. 1 des Organisationsstatut der SPD kann der
42 jeweilige Parteivorstand innerhalb der Partei Arbeitsgemeinschaften
43 bilden. Da die Aufgaben der Schwusos ähnlich denen der ASF, der
44 Jusos und AG60+ Querschnittsaufgaben sind, halten wir es für
45 unerlässlich, diesen Status auch den Schwusos zu zusprechen.

46 Eine umfassende Organisation oder Teilnahme an Veranstaltungen,
47 Vernetzung mit Schwusos anderer Bundesländer, Besuche von
48 Bundes- oder Landeskonferenzen der Schwusos ist uns in dem
49 bisherigen Organisationsstatus gemessen an unseren Aufgaben und
50 Zielen nicht möglich.

51 Durch eine Anerkennung als LAG ließe sich das Ziel einer
52 Gemeinschaft von Lesben und Schwulen in der SPD, die Erreichung
53 der Gleichberechtigung bzw. die Integration der Lesben und Schwulen
54 in die sozialdemokratische Politik verwirklichen.

55
56
57 **Antrag 27 P 19**

58
59 **Antragsteller: ASF Baden-Württemberg, SPD 60 plus Baden-**
60 **Württemberg, AfA Baden-Württemberg, AGS**
61 **Baden-Württemberg, ASG Baden-Württemberg,**
62 **ASJ Baden-Württemberg**

63 **Empfänger: SPD-Landesvorstand**
64
65

Empfehlung erfolgt mündlich

Überweisung an Landesvorstand

66
67 ³ dieser Antrag ist hinfällig sollte der AK auf dem Bundesparteitag nicht in AG geändert werden.

1 **Betreff: Ehrenamt in der Partei fördern und nicht**
2 **behindern**

3
4
5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6
7 Wir fordern den SPD-Landesvorstand auf, den Beschluss zum
8 Eigenanteil für die Teilnahme an Veranstaltungen (Parteitag, Delegiertenkonferenzen, Sitzungen, ...) ersatzlos zu streichen.

9
10
11 **Begründung:**

12
13 Der Eigenanteil hält finanziell schlechter gestellte Genossinnen und
14 Genossen von der aktiven Mitarbeit in Landes- und auch anderen
15 Gremien ab. Üblicherweise ist eine auswärtige Veranstaltung mit
16 erhöhten Kosten verbunden (Kaffee, Getränke, ...). In einigen
17 Veranstaltungsorten übersteigen selbst diese den Tagessatz eines
18 Arbeitslosengeld II-Empfängers für Ernährung für den gesamten Tag.

19
20 Die SPD kann es sich zum einen nicht leisten, auf die Mitarbeit von
21 Ehrenamtlichen zu verzichten, insbesondere steht es der
22 SOZIALdemokratischen Partei wirklich nicht gut an, Menschen auf Grund
23 ihrer finanziellen Lage von der Mitarbeit auszuschließen. Finanzielle
24 Spenden schließt dies nicht aus, aber auch Zeit ist eine Spende.

25
26
27
28 **Antrag 6 P 20**

29
30 **Antragsteller: Juso-Landesverband Baden-Württemberg**
31 **Empfänger: SPD-Landesparteitag**
32 **Betreff: Keine Koalitionsaussagen der SPD auf**
33 **Landes- und Bundesebene**

34
35 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

36
37 **Keine Koalitionsaussagen der SPD auf Landes- und Bundesebene**

38
39 Die SPD auf Landes- und Bundesebene macht ab der Bundestagswahl
40 2009 keine Koalitionsaussagen oder schließt im Vorfeld der Wahl keine
41 mögliche Koalition aus. Es soll mit allen demokratisch gewählten
42 Parteien nach der Wahl geredet werden, um einen geeigneten
43 Koalitionspartner zu finden.

44
45
46 **Antrag 42 P 21**

47
48 **Antragsteller: Landesvorstand**

49
50 **Antrag an den Landesparteitag**

51
52 **Die Charta für sozialen Zusammenhalt und Daseinsvorsorge Baden-**
53 **Württemberg nutzen, um die Handlungsfähigkeit des Sozialstaats**
54 **zu gewährleisten**

55
56 Der SPD-Landesparteitag hat am 14. Februar 2009 in Singen die
57 resolution zur „*Charta für sozialen Zusammenhalt und Daseinsvorsorge*
58 *Baden-Württemberg*“ beschlossen, an der die Arbeiterwohlfahrt Baden-
59 Württemberg (AWO), Arbeiter-Samariter- Bund Baden-Württemberg
60 (ASB), Betriebsseelsorge-Diözese Rottenburg-Stuttgart Caritas, der
61 PARITÄTISCHE Baden-Württemberg, Deutscher Gewerkschaftsbund
62 (DGB), Diakonisches Werk Württemberg, Gewerkschaft Erziehung und
63 Wissenschaft (GEW), Koordinierungsrat der Muslime, Naturfreunde
64 Württemberg, Pro Familia LV Baden-Württemberg sowie ver.di
65 Landesbezirk mitgewirkt haben.

Ablehnung

Überweisung an Landesvorstand
Der neu gewählten Landesvorstand
für das zu erarbeitende
Arbeitsprogramm

1
2 Die SPD Baden-Württemberg will die Möglichkeiten und Chancen, die
3 sich aus dem breiten Bündnis mit den Verbänden ergeben, verstärkt
4 fortführen und nutzen.

5
6 Dazu wollen wir eine institutionalisierte und in halbjährlichen stattfindende
7 Landeskonferenz von Vertreterinnen und Vertretern aller Unterzeichner
8 initiieren, um eine kontinuierliche und langfristig angelegte
9 Zusammenarbeit abzusichern.

10
11 Ein erstes Ziel dieser Zusammenarbeit soll eine von allen getragene
12 Forderung nach einem Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-
13 Württemberg sein. Wir brauchen einen solchen Bericht als Grundlage
14 und Orientierung für zeitnahe und effektives sozialstaatliches Handeln.

15
16 Darüberhinaus soll gemeinsam ein Aktionsplan erarbeitet werden, der
17 neben Maßnahmen zur Bekämpfung aktueller Krisenfolgen,
18 Handlungsstrategien erarbeitet, mit denen die Forderungen der
19 Sozialcharta nachhaltig umgesetzt werden können.

20
21 Gleichzeitig soll die Sozialstaats-Diskussion anhand der Charta verstärkt
22 in die Partei und in die Bevölkerung getragen werden sowie das
23 Sozialbündnis auch auf lokaler und kommunaler Ebene gefördert und
24 verbreitet werden.

25 26 27 **Begründung**

28
29 Die Handlungsfreiheit und Handlungsfähigkeit des Sozialstaats sind in
30 unserem sozialen und demokratischen Land ein hohes Gut, das durch
31 die gegenwärtige Krise größtem Druck ausgesetzt wird.

32
33 Nachdem die erste Welle des Einbruchs am Arbeitsmarkt infolge der
34 Wirtschaftskrise vor allem durch vermehrte und verlängerte Kurzarbeit
35 und andere Maßnahmen des Sozialstaats aufgefangen werden konnte,
36 droht nun eine zweite, tiefergehende Welle. Darauf muss mit einer
37 umfassende Gegenstrategie reagiert werden. Sie muss eingebettet sein
38 in eine Gesamtstrategie zum Erhalt der Handlungsfähigkeit des
39 Sozialstaates.

40
41 Denn die Bedienung der Schuldenlast der öffentlichen Haushalte wird
42 diese stärker belasten als je zuvor. Die Ausgaben dafür drohen, den
43 Mittelansatz und damit die Handlungsfreiheit und Handlungsfähigkeit des
44 Sozialstaat einschneidend einzuschränken.

45
46 Umso wichtiger ist eine engere und kontinuierliche Zusammenarbeit mit
47 den Verbänden und Organisationen, wie sie mit der Sozialcharta
48 begonnen wurde.

49
50 Gemeinsam mit allen Mitwirkenden der Sozialcharta müssen wir dafür
51 sorgen, dass der Sozialstaat in seiner Qualität erhalten bleibt bzw. den
52 Verhältnissen angepasst und umgebaut wird.

53
54 Die Mitarbeit so vieler Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster
55 verbands- und organisationspolitischer Ausrichtung an der Erarbeitung
56 der Charta zeigt das große Interesse und die hohe Notwendigkeit des
57 Anliegens. Sie signalisiert eine weitgehende Unterstützung und
58 Aufforderung, an der Arbeit zur Umsetzung der Charta auch in konkrete
59 Maßnahmen – und die wird umso dringlicher, als der Staat künftig mehr
60 Finanzmittel für die Bedienung seiner Schulden aufwenden muss und
61 deshalb weniger für soziale Belange zur Verfügung zu stehen droht.

1 **Antrag 38 P 22**2
3 **Antragsteller: Landesvorstand**4
5 **Neuformulierung des §6 des Landesstatutes zur Neuregelung der**
6 **Finanzbeziehungen zwischen den Kreisverbänden und mit dem**
7 **Landesverband**8
9
10 derzeitige Formulierung §6 Abs.1 Landesstatut:11
12 „Von allen Mitgliedsbeiträgen erhalten die Ortsvereine 15 %, die
13 Kreisverbände 10 %, der Landesverband 75 %, der davon die Anteile
14 des Parteivorstandes abführt.15 Durch Satzung der Kreisverbände können die Ortsvereine verpflichtet
16 werden, von ihren Beitragsanteilen einen bestimmten Satz an die
17 Kreiskasse abzuführen.“18
19 Vorschlag neu:20
21 Von allen Mitgliedsbeiträgen erhalten die Ortsvereine 15 %, die
22 Kreisverbände **9 % und** der Landesverband 75 %, der davon die Anteile
23 des Parteivorstandes abführt.24
25 Ein Prozent des Beitrags jedes Mitgliedes fließen in eine
26 Kreisverbandsumlage. Aus dieser Umlage wird ein Aufstockungsbetrag
27 für strukturell finanzschwache Kreisverbände zur Erreichung eines
28 Mindestbetrages an Beitragseinnahmen (so genannter Sockel) finanziert.
29 Die Berechnung der Beitragsanteile und die Feststellung der
30 Notwendigkeit der Aufstockung erfolgt jährlich.31
32 Die Höhe des den Kreisverbänden zustehenden Sockelbetrages wird alle
33 zwei Jahre durch die Kreisvorsitzendenkonferenz festgelegt. Der
34 verbleibende Restbetrag aus der Umlage fließt in einen Fonds.35
36 Die Richtlinien des Fonds werden ebenfalls von der
37 Kreisvorsitzendenkonferenz festgelegt. Die Verwaltung des Fonds erfolgt
38 durch ein von der Kreisvorsitzendenkonferenz alle zwei Jahre zu
39 benennendes Gremium, welchem vier Kreisvorsitzende (je eine/r
40 Vertreter/in pro Regierungsbezirk) sowie der/die Schatzmeister/in und
41 der/die Landegeschäftsführer/in angehören.42
43 Durch Satzung der Kreisverbände können die Ortsvereine verpflichtet
44 werden, von ihren Beitragsanteilen einen bestimmten Satz an die
45 Kreiskasse abzuführen.

Annahme